



# Geroldsecker Land

Jahrbuch einer Landschaft

57/2015







# Geroldsecker Land

Jahrbuch einer Landschaft

Heft 57  
„Recht und Ordnung“

2015 Herausgeber Stadt Lahr  
Redaktion und Gestaltung Gabriele Bohnert

07A 1104, 57.2015 LS  
0150

*Es ist in vielen Dingen eine schlimme Sache um  
die Gewohnheit. Sie macht, daß man Unrecht  
für Recht, und Irrtum für Wahrheit hält.*

Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799)



Herstellung: Druckhaus Kaufmann, Lahr  
Entwurf: Stefanie Reeb  
Copyright: Stadt Lahr  
ISSN 1614-1407

Foto auf dem Umschlag: Sulzbachpfad  
Aufnahme Peter Kees



# Inhalt

<b>Zum Geleit</b>	5
<i>Von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang G. Müller</i>	
<b>Unordnung und Genie</b>	6
<i>Eine Kalendergeschichte von Thomas Keilhack</i>	
<b>Der unglückliche Revolutionär Karl Friedrich Scholl (1809-1862)</b>	11
Pfarrer in Breitenbronn, Präzeptor in Ettenheim, Diakonus in Lahr	
<i>Von Dr. Walter Caroli</i>	
<b>Geachtet, geduldet, entrechtet</b>	23
Erinnerungen an Rechtsanwalt Ivan Isaak Meyer aus Nonnenweier	
<i>Von Martin Frenk</i>	
<b>Die „Reichskristallnacht“ in Lahr</b>	46
<i>Von Norbert Klein</i>	
<b>Ein ungehorsamer Polizist schreibt Geschichte</b>	71
Hans Weide spielte hinter den Kulissen eine wichtige Rolle beim Streit um das AKW Wyhl	
<i>Von Daniela Nußbaum-Jacob</i>	
<b>Friesenheims Recht und Ordnung</b>	81
Friesenheims Nachtwächter, Gendarmen, Feldhüter und die Gemeindeschutzpolizei im Einsatz	
<i>Von Ekkehard Klem</i>	
<b>Die „Lahrer Schaumschlägerei“</b>	91
<i>Von Ralf Bernd Herden</i>	
<b>Lahr im Ersten Weltkrieg</b>	94
Teil 2: Vom Jubel und vom Mangel	
<i>Von Thorsten Mietzner</i>	
<b>„Ich möchte nicht in fremder Erde liegen“</b>	111
Aus den Feldpostbriefen der Brüder Ernst und Hermann Krämer aus Seelbach, die im Frühjahr 1918 mit 20 und 18 Jahren an der Westfront gefallen sind	
<i>Von Erich Krämer</i>	

<b>Meine Erlebnisse im Weltkrieg 1914-1918</b>	126
<i>Von Edmund Ruf</i>	
<i>Bürgermeister in Ettenheim von Oktober 1946 bis Dezember 1955</i>	
<b>Kurioses aus der Zeit des Ersten Weltkrieges</b>	150
<i>Von Ralf Bernd Herden</i>	
<b>Ordnung muss sein</b>	155
<i>Eine Kalendergeschichte von Thomas Keilhack</i>	
<b>Zum Abbruch des Thomastor-Turmes im Jahr 1787</b>	161
<i>Von Dieter Weis</i>	
<b>Zum 100. Todestag von Otto Winterer (1846-1915)</b>	176
<i>Freiburgs „zweiter Gründer“ war ein Kind des Geroldsecker Landes</i>	
<i>Von Dr. Niklot Krohn</i>	
<b>‘s Milchhiesl</b>	181
<i>Die Geschichte der einstigen Ottenheimer Milchsammelstelle</i>	
<i>Von Martin Frenk</i>	
<b>Auf dem Altar des Mars geopfert?</b>	189
<i>Industrie und Garnison im 20. Jahrhundert in Lahr</i>	
<i>Von Thorsten Mietzner</i>	
<b>Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</b>	208



# Zum Geleit

*Von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang G. Müller*

Das diesjährige Schwerpunktthema des Jahrbuchs lautet „Recht und Ordnung“ – ein weit gefasstes Begriffspaar, über das sich trefflich philosophieren lässt. So ist die als Einführungsbeitrag gewählte Kalendarergeschichte ein guter Einstieg. Stehen diese kurzen, sprachlich geschliffenen, amüsanten und doch nachdenklichen Erzählungen seit Johann Peter Hebel im Zeichen der Volksaufklärung.

Von ganz unterschiedlichen Ausgangspunkten sind auch die Autorin und Autoren an das Thema herangegangen. Da ist die Rede von Menschen, die entrechtet wurden in Zeiten, als Unrecht rechtens war, und anderen, die für sich in Anspruch nahmen, in den gleichen Zeiten immer nur nach der geltenden Ordnung gehandelt und keine andere Wahl gehabt zu haben. Dass es aber immer auch die Möglichkeit gibt, nach dem eigenen Gewissen zu entscheiden, zeigt die Geschichte jenes Polizisten, der einen Großeinsatz der Polizei gegen die Demonstranten beim geplanten AKW Wyhl durch Befehlsverweigerung verhinderte.

Dass Ordnung und Verordnungen in Kriegszeiten das tägliche Leben noch viel stärker bestimmen, zeigen die Beiträge, die sich ein weiteres Mal mit dem Ersten Weltkrieg beschäftigen. Und wie anrührend ist die Gleichzeitigkeit von hoffnungsvoller Pflichterfüllung und tiefer Verzweiflung, wie sie in den Felpostbriefen zweier junger Männer an ihre Familie, zu der sie nicht mehr zurückkehren sollten, aufscheint!

Die Auslegung von Recht und vor allem Ordnung kann aber auch wieder zu so ungewöhnlichen Situationen führen wie jener, als die Polizei mit Schaumlöschkanonen gegen deutsche und kanadische Jugendliche vorging.

Und so wünsche ich Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, anregende, nachdenkliche aber auch amüsante Stunden bei der Lektüre des neuen Jahrbuchs Geroldsecker Land.

# Unordnung und Genie ✓

*Eine Kalendergeschichte von Thomas Keilhack*

Die Begriffe „Recht“ und „Ordnung“ erscheinen meistens als Paar; weit ab aller rechtsphilosophischer Überlegungen benutzen wir sie zur Durchsetzung kurzfristiger Ziele im politischen Diskurs wie auch in unserem täglichen Sprachgebrauch, wobei das ältere Begriffspaar „Zucht und Ordnung“ vielen von uns auch noch in den Ohren klingelt. Recht und Ordnung sind zunächst nur zwei Worte, die mit Inhalt ausgefüllt werden müssen. Man kann, das englische „law and order“ ist nicht weit, an John Wayne denken, der mit seiner Winchester endlich im Städtchen aufräumt. Angesichts der jüngsten deutschen Vergangenheit kann man es verstehen, dass es manchen unwohl wird, wenn einer, mit der Faust auf den Tisch hauend, Recht und Ordnung einfordert; schließlich kann man mit Hilfe dieser beiden Schlagworte auch ein Konzentrationslager führen, da werden die Henker nicht widersprechen.

Im dörflichen Kontext spielt der Begriff „Recht“ eine nicht zu verachtende, aber doch kleinere Rolle, was verständlich ist. Recht rührt sehr schnell an eine höhere Sphäre, die den Menschen unübersichtlich und kompliziert erscheint, und wer es noch nicht weiß, macht sehr schnell die Erfahrung, dass Recht und Gesetz zwei verschiedene Paar Stiefel sind. Man kann natürlich im Umgang mit seinen Mitmenschen dreimal am Tag Recht bekommen oder Recht haben, und Schadenfreude steckt oft dahinter, wenn man findet, dass es dem anderen „gerade recht geschieht.“ Man kann sein Recht ohne Umwege beim Bürgermeister einfordern, aber wird der Streitfall unübersichtlich, braucht's halt doch einen Rechtsanwalt, will man sich nicht das Recht des Stärkeren gefallen lassen. Apropos: Es wird sich nicht mehr ganz genau erforschen lassen, ob der Graf von Geroldseck das Recht des Stärkeren zur Anwendung brachte, als er die Burg Lützelhardt zerstörte, oder ob er sich auf eine höhere Ordnung berief, sprich: auf sein Recht zur Fehde mit dem Nachbarn oder auf das Recht in der höheren Reichspolitik, als deren Exekutor er sich erfolgreich präsentierte. Dem Lützelhardter wird es egal gewesen sein.

Der Begriff Ordnung steht näher an den Menschen. Wir kennen die Gemeindeordnung, nehmen die Friedhofsordnung zur Kenntnis, be-



achten die Schwimmbadordnung, und wer kennt nicht die eine oder andere Hausordnung. Der Gemeinderat beugt sich über die Tagesordnung, in der Sitzung ruft der Bürgermeister den Abgeordneten N. zur Ordnung, und was wäre ein modernes Bildungszentrum ohne Schulordnung. Die Gewerbeordnung sorgt für Sauberkeit in der Küche vom „Ochsen“ und in den Räumen der Metzgerei, wollen wir es wenigstens hoffen. Tante Marie hielt schwer auf Ordnung in ihrer Küche, bis in die letzte Schublade, während die Ordnung im Holzschöpfl vom Nachbarn eher von zweifelhafter Natur war. Ordnung herrschte auch in der Kirche, wo die Frauen links saßen und die Mannsbilder gefälligst rechts. Die diversen Ordnungen, im Großen wie im Kleinen, sichtbar, handfest und begreifbar, überzogen mit ihrem Beziehungsgeflecht im Dorf jeden Lebensbereich. Oft hatte das Bedürfnis nach Ordnung etwas kultisches, etwas fetischhaft unreflektiertes an sich. Es war sehr merkwürdig zu hören, wenn die Älteren der verloren gegangenen Ordnung des Tausendjährigen Reiches hinterher trauerten, ohne auch nur einen Moment wahrzunehmen, wie durch Krieg und Verlust ihre private (glückhafte) Lebensordnung gründlich zerstört worden war.

In der ferneren Nachbarschaft führte ein Handwerker eine kleine Holzwerkstatt, in der er aus dem duftenden Holz der Tanne oder der Buche so ziemlich alles herstellte, was ländlicher Haushalt oder Kleinbetrieb im Kleinen und Großen benötigte: ein Stiel für die Axt, eine Baumleiter, eine Wagendeichsel, vielleicht auch mal ein kleines Bücherregal. Diese düstere und verstaubte Werkstatt war in unser Kinderreich gut integriert, denn wir konnten uns dort ohne weiteres mit dünnen Holzplatten versorgen, wie wir sie zum Drachenbau benötigten. Die Werkstatt, eingerichtet vielleicht in den zwanziger Jahren, widersprach allem, was ich sonst aus den gut geführten modernen Werkräumen in unserem Dorf kannte; ein eifriger Mitarbeiter des Gewerbeaufsichtsamtes, hätte er sich nur einmal in diesen Teil des Dorfes verirrt, wäre geschockt und weinend zusammengebrochen angesichts der zu verzeichnenden Verstöße gegen Unfall- und Brandschutz, von der Nichtbeachtung irgendwelcher Umweltschutzgesetze ganz abgesehen. Heute kann ich mir durchaus vorstellen, dass man vom Seelbacher Rathaus aus eine wohlwollende und schützende Hand über diese museumsreife Werkstatt hielt, und vielleicht hegte man auch den vernünftigen Hintergedanken, dass sich dieses Problem eines Tages von ganz alleine auf biologischem Weg erledigen würde.

Diese Holzwerkstatt – es lässt sich nicht anders beschreiben – war die Heimat von geordnetem Chaos mit der Gegenwart von Genie; es war unbegreiflich, wie in diesem mit Sägmehl überpuderten Durcheinander die schönsten Werkstücke entstehen konnten, die nicht nur exakt gefertigt waren, sondern auch Eleganz verströmten und gut in der Hand lagen: die perfekte Einheit von Sinn und Form, Design auf dem Dorf. Der Inhaber, in meiner Erinnerung immer schon ein alter Mann, war zu uns Kindern von einer nachsichtigen Freundlichkeit, die ein Reflex seiner Abgeklärtheit und Lebensweisheit war. Von stattlicher Größe und mit erheblichem Leibesumfang gesegnet, waren seine Bewegungen gemessen und von Würde geprägt, Eile und Hast waren ihm fremd. Ich sehe ihn noch immer an der Bandsäge stehen, auf dem Kopf eine abgegriffene Kappe, unter deren Schirm zwei helle und wache Augen hervor blickten. Erst beendete er sorgfältig den Arbeitsvorgang, und erst dann drehte er sich bedächtig nach uns um, wenn wir polternd von der Straße her in die Werkstatt stürzten, die zwei schmalen Stufen hinunter, die diese Wunderhöhle von der ach so ordentlichen Welt da draußen trennten.

Es war tatsächlich eine Wunderhöhle, was sich unter den zwei funzeligen Blechlampen unseren Augen darbot. Rechts im Raum standen die Säge und eine urtümliche Hobelmaschine, weiter hinten, zum Hof hin, gab es eine Drechselbank – der sozusagen mechanische Bereich, wo wir nicht so gerne gesehen waren. Links herum, da, wo die eigentliche Werkstatt mit den zwei leim- und ölverschmierten Hobelbänken unmerklich in ein spinnwebenreiches Holzlager übergang, befand sich eine grosse Holzkiste mit den Holzschnittabfällen, das eigentliche Ziel unserer Expeditionen. Ringsum lehnten rohe Bretter, gehobelte Latten, stapelten sich rostige Eimer mit vertrocknetem Leim und muffelndem Firnis, überall standen und lagen hölzerne Gegenstände, Fensterrahmen mit zerbrochenen Scheiben, kaputte Wagenräder, wackelige Stühle und anderes Zeug, von Kunden herbeigeschleppt zur schleunigsten Reparatur, aber offensichtlich längst vergessen. An den Wänden hingen an rostigen Nägeln Handsägen, Beißzangen, alles mögliche rostige Werkzeug, dessen Unordnung sich auf jeder freien Fläche fortsetzte, ganze und abgebrochene Meterstäbe, Schleifpapiere, Winkeleisen, Hämmer, sämtlich Utensilien, die seit vielleicht fünfzig Jahren in Gebrauch waren und Spuren häufigen und fleißigen Gebrauchs trugen wie Narben. Dazwischen entdeckten wir persönliche Habseligkeiten,



Kleidungsstücke, Brillenetuis, Schreibzeug, verdreckte Kaffeetasen, alte Zeitungen, die Post der letzten Wochen, ein Vesperbrett mit einem Stück angeschnittenem Speck, das gute Brot neben dem Senftöpfchen. Neben der Türe zu den privaten Räumlichkeiten hing in einem Rahmen das verblichene Foto eines älteren Mannes mit weißem Spitzbart; erst viel später konnte ich dieses Bild aus meiner Erinnerung heraus und mit Hilfe eines Lexikons als eine Aufnahme von August Bebel identifizieren. Aus dem Hintergrund der Werkstatt dudelte ständig das Radio, aufgeschraubt auf einem Brettchen an der Wand. Es war das pralle Leben.

Über das Privatleben dieses Menschen wussten wir Kinder natürlich nichts. Interessant und nützlich war dieser Mann für uns nur in seiner Werkstatt mit ihren Schätzen, in der er jahraus jahrein in der gleichen Arbeitskluft herumwirkte, blauer Kittel über einer braunen Cordhose. Ich erinnere mich nicht an irgendwelche häuslichen Verhältnisse; da war keine Frau, keine Kinder; vermutlich lebte er in einem Junggesellenhaushalt alleine in dem verwinkelten Haus, nicht weit weg von der Schutterbrücke, und wir wollen es besser nicht wissen, wie es damals in der Küche und Stube über der Werkstatt dieses Ordnungsgenies aussah. Später – da war unser Freund und seine Werkstatt schon längst Geschichte – hörte ich, er sei ein ziemlicher Freigeist gewesen, der am Stammtisch seine republikanischen Ideale hochhielt und, wie man mit säuerlicher Miene anfügte, am Tag der Fronleichnamsprozession, die an seinem Haus vorbeizog, die Fensterläden rundum geschlossen hielt.

Ich gäbe manches darum, wenn es mir noch vergönnt gewesen wäre, mich mit diesem Zeugen vergangener Jahrzehnte unterhalten zu können. Natürlich war er in einer gewissen launigen Weise gegen uns Kinder gesprächig und aufgeschlossen, aber unser Gesprächsstoff hielt sich in den Grenzen kindlicher Wahrnehmungsfähigkeit. Wie kam dieser Mann zu seinem Beruf? Wie war sein Elternhaus? War er im Krieg gewesen? Woher nahm dieser Mensch die Kraft, in dieser gewollten Unordnung zu leben, aber aus diesem Chaos einwandfreie Handwerkskunst zu liefern, die sein Auskommen sicherte? Wie kam er mit seinem Alleinsein zurecht?

Jahre später, Ende der sechziger Jahre, wurde mir die Existenz dieses Menschen noch einmal bildhaft vor Augen geführt, denn ich kam durch einen Zufall gerade recht zu seiner Beerdigung. Viel-

leicht hätte er, der Meister der Dialektik zwischen äußerer Unordnung und innerer Festigkeit, an dem Tableau vor seinem Haus seine diebische Freude gehabt. Dicht vor dem Eingang zur Haustüre stand auf einer Bahre sein schwarzer Sarg, davor der Ortspfarrer mit den Ministranten, mit Tragekreuz und Weihrauchkessel. Dann aber, in einem ordentlichen Halbkreis und respektvollem Abstand, sah ich die Trauergemeinde versammelt: rechts vom Pfarrer klumpten die schwarz gekleideten Frauen, eindeutig in der Mehrzahl, dicht gedrängt, ohne jede sichtbare Ordnung, flüsternd und zwitschernd wie die Stare im Lindenbaum, aber sichtbar ergriffen und hingegeben an die Rituale öffentlicher Trauer. Rechts vom Pfarrer reihten sich die Männer auf, korrekt in schwarzen Sonntagsanzügen, in ordentlichen Dreierreihen, als hätten sie in militärischer Ordnung gerade einen Schwenk im Gleichschritt nach links vollführt, schweigend, aber mit gelangweilten, verschlossenen Mienen, als ginge sie das Ganze nichts an, mit den Gedanken vielleicht schon beim Bier danach. In diesem Szenarium allerdings fanden recht eindeutig Sinn und Form nicht zueinander.

In der Woche darauf konnte ich vom Bus der MEG aus beobachten, wie zwei Arbeiter dabei beschäftigt waren, Haus und Werkstatt auszuräumen, besenrein vermutlich. In zwei riesige Stahlcontainer flogen Holzbretter, Latten, Stühle, ein Tisch und vermutlich alles, was dieser Werkstatt einmal Charme verliehen hatte. Am Gasthaus „Engel“ stieg ich aus und eilte zurück zur Werkstatt, wo ich mir aus dem ganzen Schutt einen wunderschönen alten „Franzosen“ mit schön poliertem Holzgriff sicherte, der perfekt in der Hand lag. Ich habe ihn heute noch.



# Der unglückliche Revolutionär Karl Friedrich Scholl (1809-1862) ✓

Pfarrer in Breitenbronn, Präzeptor in Ettenheim, Diakonus in Lahr

Von Dr. Walter Caroli



## Die Revolution im Überblick

Die „Deutsche Revolution“ von 1848/49, in der vor allem Forderungen nach Einheit („ein einiges deutsches Vaterland“) und Freiheit („in einer Verfassung verankerte Grundrechte“) erhoben wurden, nahm ihren Anfang in Baden und setzte sich in weiteren deutschen Bundesstaaten fort. Radikaldemokratische Anhänger einer Republik aus dem Großherzogtum Baden waren Friedrich Hecker (1811-1881) und Gustav Struve (1805-1870). Im April 1848 wollten beide, enttäuscht über die Beschlüsse des demokratisch gewählten Parlaments in Frankfurt a. M., wenigstens in Baden eine Republik durchsetzen;

Abb. 1 Die Schlacht bei Waghäusel am 21. Juni 1849



ihr bewaffneter Aufstand von Konstanz aus nach Karlsruhe scheiterte in mehreren Gefechten. Im September 1848 initiierte Gustav Struve einen weiteren Aufstand von Lörrach nach Karlsruhe; der revolutionäre Zug gelangte nur bis Staufen, wo er durch großherzogliche Soldaten zerschlagen wurde. Nach dem Scheitern der Frankfurter Nationalversammlung war Baden vom Mai bis Juni 1849 unter der Führung von Lorenz Brentano vorübergehend eine Republik. Diese Revolutionsherrschaft endete mit der Entscheidungsschlacht am 21. Juni 1849 bei Waghäusel. Bundestruppen unter preußischem Befehl gewannen in diesem und in nachfolgenden Gefechten bei Rastatt die Oberhand. Die etwa 30.000 badischen Revolutionäre waren in der Auseinandersetzung mit den 60.000 gut ausgerüsteten nassauischen, württembergischen und preußischen Soldaten von vorneherein auf verlorenem Posten gewesen.

<sup>1</sup> Vgl. Martin JORDAN, Die Handschuhsheimer vor 1900. Ortssippenbuch Heidelberg-Handschuhsheim, Heidelberg 1988, S. 422; Familienbuch der evangelischen Gemeinde Handschuhsheim, angefangen 1731, S. 371.

Ein glühender Befürworter revolutionärer Veränderungen war damals auch der Breitenbronner Pfarrer Karl Friedrich Scholl. Dieser war am 16. März 1809<sup>1</sup> in Handschuhsheim bei Heidelberg als Sohn des reformatorischen Schullehrers Philipp Michael Scholl und des-

Im Jahr 1809 wurde in der evang.  
reformirten Pfarrkirch Handschuhsheim  
am Sonntag den 16. März Abends 6 Uhr  
geboren:  
Carl Friedrich Scholl,  
Vater: Philipp Michael Scholl, von reformir. Pfal.  
Lebens, Mütter: Maria Catharina geb. Mutsch-  
ler.  
Taufzeuge:  
Herr Carl Friedrich Bender von reformir. Pfarrer  
zu Rastatt und Herr Friedrice dessen Ehefrau  
geb. Heddeus.  
Also am 16. März 1809, vor dem reformirten  
Geburtdienst in Handschuhsheim zu Handschuhsheim  
von Jahr 1809, öffentlich angezeiget, wird  
Mutterbuch geschrieben:  
H. Handschuhsheim den 16. April 1809.  
E. v. d. H. v. d. H.

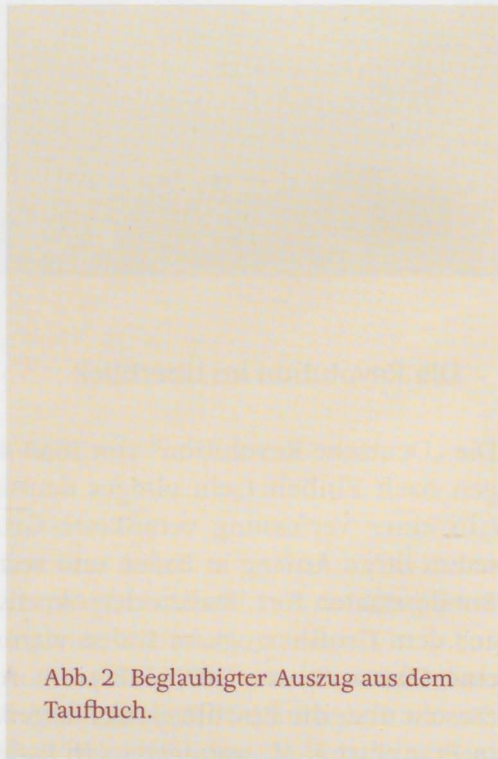


Abb. 2 Beglaubigter Auszug aus dem Taufbuch.



Großherzoglich Ministerium des Innern,  
Großherzoglich Evangelische Konsistorial-Direktion!

Hochachtbare Letzter Herr Karl  
Ludwig Pfeill von Gumpfenhausen,  
evangelischer Vikar in Heilbronn,  
um Heirats-Erlaubnis etc.

Es mußte mir eine Tage vor mir  
auf dem 12. März 1862.  
großherzoglich Ministerium des Innern  
evangelischer Konsistorial-Direktion vom 12. März  
C. G. N. 1862. quäntlich übertragene Pfarrer  
Herrn Karl Ludwig Pfeill, evangelischer  
Vikar in Heilbronn, mit mir in dem  
Ministerium des Innern Martin Pfeill von Gumpfen  
hausen und seiner Frau Katharina  
geb. Scholl zu verheiraten, und bitte daher  
indem ich mich anzuwenden die Ehe zu sein  
unserer, da die Eheverträge und die  
Pflichter der Eheverträge sind  
großherzoglich evangelischer Konsistorial-Direktion  
Herrn Pfeill, die Erlaubnis dazu quäntlich  
ertheilen zu wollen.

Erlaubnis vom 12. März 1862.

Karl Ludwig Pfeill, Vikar,

Abb. 3 Die Bitte des Karl  
Friedrich Scholl um Hei-  
raterlaubnis

sen Ehefrau Maria Katharina geb. Mutschler geboren worden, hatte das Gymnasium in Heidelberg besucht und dort anschließend evangelische Theologie studiert. Nachdem ihm nach der Vikarzeit 1842 eine Pfarrverweserstelle in Breitenbronn zugewiesen worden war, bat er um Erlaubnis, die Heidelberger Bäckerstochter Katharina Elisabetha Schmitt heiraten zu dürfen.



Sein Bittbrief vom 16. März 1842 an das Ministerium des Inneren, Abteilung Evangelische Kirche, hat u. a. den folgenden Wortlaut:

*Ich wünsche mich einige Tage vor meinem Aufzuge auf die mir durch Hohen Beschluß Hochpreislichen Ministeriums des Innern Evangelischer Kirchen-Section vom 23. Januar l. J. No. 1269 gnädigst übertragene Pfarrverweserstelle in Breitenbronn mit meiner Braut Katharina Elisabetha Schmitt, ehelich ledigen Tochter des verstorbenen Bürgers und Bäckermeisters Johann Martin Schmitt von Heidelberg und seiner Ehefrau Katharina geb. Ernst zu verehelichen, und bitte daher ... gehorsamst, die Erlaubniß dazu gnädigst ertheilen zu wollen.*<sup>2</sup>

<sup>2</sup> GLAK 76 Nr. 7011  
<sup>3</sup> Vgl. GLAK 235 Nr. 9862

Karl Friedrich Scholl wirkte ab 1842 als Pfarrverweser in Breitenbronn und verfügte nur über äußerst geringe Einkünfte. Da ihm gesagt worden war, er werde die Pfarrei übernehmen können, wartete er auf die Ernennung, aber die Wartezeit wollte schier kein Ende nehmen. Dann endlich, nach fünf Jahren Wartezeit, durfte er als Pfarrer tätig sein. Der Großherzog verlieh ihm auf Antrag des Innenministeriums am 14. August 1847 die evangelische Pfarrei Breitenbronn inklusive der Filiale Guttenbach mit einer Kompetenz von 700 Gulden.<sup>3</sup>



Abb. 4 Die 1841 erbaute evangelische Kirche von Breitenbronn, in der Karl Friedrich Scholl predigte.

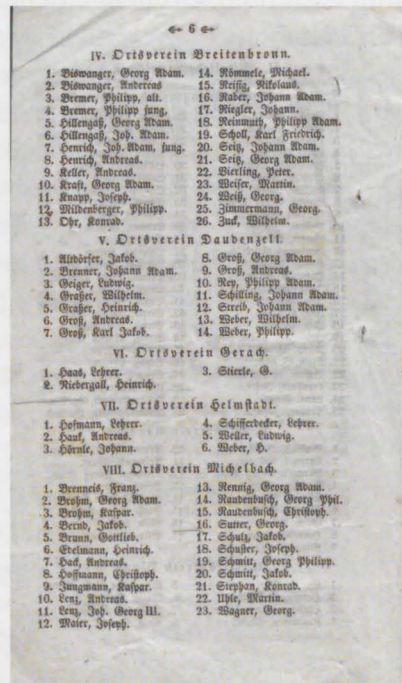
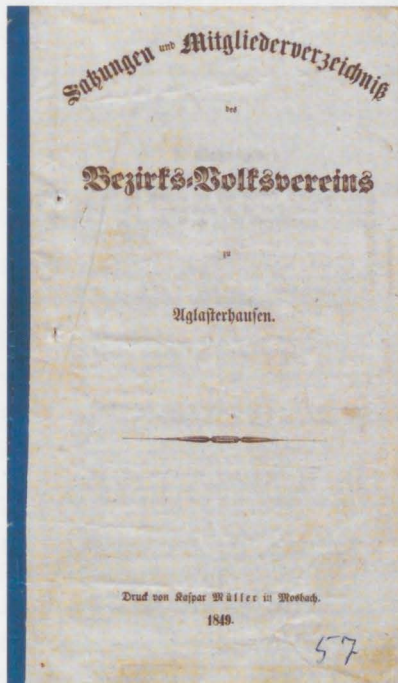


Während der Revolution von 1848 bauten die Demokraten ein dichtes Organisationsnetz auf. Es entstanden zahlreiche Volksvereine. Die badische Regierung beobachtete mit Argwohn deren Aktivitäten. So erließ das badische Innenministerium am 1. Juli 1848 ein Rundschreiben an alle Bezirksämter mit dem folgenden Inhalt:

*An mehreren Orten bilden sich sogenannte demokrathische Vereine, welche ganz offen für die Einführung einer Republik thätig sind. Die öffentlichen Blätter haben die Beschlüsse mitgetheilt, welche der Congress von Ausschüssen der demokrathischen Vereine in der Woche nach Pfingsten in Frankfurt gefasst hat, und welche in jeder Weise auf eine republikanische Umgestaltung oder Umwälzung losgehen. Ebenso enthält die Mannheimer Abendzeitung vom heutigen No. 151 einen Aufruf „an das deutsche Volk“. ... dieser Aufruf zielt auf einen gewaltsamen Umsturz, indem er verlangt, daß Vereine und Volksversammlungen die Nationalversammlung als eine volksfeindliche Macht verwerfen ... Die Aemter, in deren Bezirke sich solche Vereine bilden oder gebildet haben, werden beauftragt, die Statuten derselben zu erheben, ihr Treiben zu beobachten und so weit möglich zu konstatiren, sofort darüber, so wie über die Zahl und Eigenschaft der Mitglieder alsbald Vorlage anher zu machen.<sup>4</sup>*

Unter den eingesandten Unterlagen waren auch die Satzung des Bezirks-Volksvereins Aglasterhausen und – darin enthalten – das Mitgliederverzeichnis des Ortsvereins Breitenbronn, in dem sich Karl Friedrich Scholl engagierte.

Abb. 5 (links)  
Titelseite der Satzung des Bezirks-Volksvereins in Aglasterhausen.  
  
Abb. 6 (rechts)  
Karl Friedrich Scholl im Mitgliederverzeichnis des Bezirks-Volksvereins in Aglasterhausen.



Die Badische Revolution, die Scholl glühend befürwortete, gab seinem Leben eine tragische Wendung.<sup>5</sup> Am 17. Mai 1849 beteiligte er sich bewaffnet an einem Zug gegen Reichstruppen, die unter dem Kommando des Obristen Heinrich Wilhelm von Hinckeldey<sup>6</sup> (1793–1952) standen.<sup>7</sup> Dabei kam es allerdings nicht zu Kampfhandlungen.

Als am 21. Juni des Jahres die im Odenwald operierenden reaktionären Reichstruppen Fourage und Lebensmitteln von der Gemeinde Breitenbronn verlangten, widersetzte sich Scholl dieser Lieferung und erklärte, er werde *nichts als Pulver und Blei* liefern. Zudem forderte er, nachdem er am Ausmarsch des ersten Aufgebots teilgenommen hatte, vom Bürgermeister die Aufstellung und den Ausmarsch eines zweiten Aufgebots der Bürgerwehr, das sich den Reichstruppen entgegenstellen sollte.

Nachdem die Revolution gescheitert war, konnte sich Scholl zunächst einer Verhaftung durch Flucht entziehen. Seine Waffen, die er während der Revolutionszeit besessen und getragen hatte, sind im Verzeichnis vom 30. Juni 1849 aufgeführt: Eine Doppelflinte, zwei Pistolen und vier Säbel/Degen.<sup>8</sup> Als Scholl verhaftet und in Untersuchungshaft verbracht worden war, wollten Mitglieder seiner von ihm betreuten Kirchengemeinden Breitenbronn und Guttenbach ihren beliebten Pfarrer nicht verlieren. Sie schrieben deshalb am 19. September 1849 einen Bittbrief an das Kriegsministerium; er war von 67 Personen unterschrieben und sollte dem Pfarrer den Verbleib im Kirchendienst ermöglichen. In dem Schreiben heißt es u. a.:

*„Es möge unser Pfarrer Karl Friedrich Scholl wieder aus seiner Haft nach Hause entlassen werden, in welcher er sich schon seit 7 Wochen in Mosbach befindet. Wir erlauben uns durchaus keinen Eingriff in den Gang seiner Untersuchung; wir wünschten nur seine Untersuchungshaft abgekürzt und beendigt*



Abb. 7 Heinrich Wilhelm von Hinckeldey, Oberst und Kommandeur des Dragonerregiments Markgraf Maximilian I

<sup>5</sup> Zum Gesamtvorgang vgl. Heinrich RAAB (bearbeitet von Alexander MOHR), *Revolutionäre in Baden 1848/49*, Stuttgart 1998, S. 851.

<sup>6</sup> Heinrich Wilhelm von Hinckeldey galt für die badischen Revolutionäre als Symbolfigur des reaktionären Staates. Er war

Kommandant des ersten Dragonerregiments „Markgraf Max“ und ehemaliger Begleitoffizier und Mentor der badischen Prinzen Ludwig und Friedrich. Nach dem Tod des Generals von Gager hatte Hinckeldey das Kommando bei der Niederschlagung des Hecker-Aufstands. Gemeinsam mit General Hoffmann

verhalf er der großherzoglichen Familie zur Flucht in die Bundesfestung Germersheim. 1851 erhielt er das Kommando über die Festung Rastatt, starb aber schon ein Jahr später im Alter von 59 Jahren.

<sup>7</sup> Vgl. GLAK 234 Nr. 1964

<sup>8</sup> Vgl. GLAK 364 Nr. 529, S. 14



zu sehen. Derselbe weilt schon seit 7 Jahren in unserer Mitte und hat sich unsere Liebe und unseren Dank im reichsten Maaße erworben. Er hat durch Wort und That so viel Gutes unter uns gestiftet, daß wir ihm zum immerwährenden Danke verpflichtet sind. Durch Aufopferung seiner Zeit, seiner Kräfte und seiner Mittel hat er, wo es Noth war, jedem unter uns nur Gutes zu thun, zu helfen und zu dienen gewußt, so daß wir nur mit der innigsten Theilnahme den trüben Verlauf beobachten können, den der Gang seines Lebens jetzt genommen hat. Wir sind mit seiner christlichen Predigtweise und mit seiner würdigen und gewissenhaften Amtsführung in Kirche und Schule durchaus zufrieden. Seine freien Stunden füllte er mit den nützlichsten Beschäftigungen aus und bietet uns in seinem häuslichen und öffentlichen Leben als Ehegatte, Vater, Mitbürger und Unterthan allezeit das Muster der Ordnung, der Ehrbarkeit und des Gehorsams dar. Nie hat er irgend Worte der Aufreizung zur Ungesetzlichkeit zu uns gesprochen, noch dem letzten Aufstande angehangen; vielmehr hörten wir ihn oftmals sich tadelnd äußern über die Überschreitung und Gesetzlosigkeiten, welche der Aufruhr in seinem Gefolge hatte. Unmöglich können wir glauben, daß ein Mann, der durch seine Lehre und durch seinen Wandel nur als ein Beförderer alles Guten unter uns erschienen ist, als Hochverräther sich soll gegen den Fürsten und das Vaterland vergangen haben. ... Es möge unser Pfarrer Scholl seiner Untersuchungshaft – deren Ungemach er schon allzu lange ertragen hat – entlassen und wieder in unsere Mitte und zu den Seinigen zurückkehren dürfen.“<sup>9</sup>

Vor Gericht nahm man von diesem beherzten Eintreten der Kirchengemeinden wenig Notiz. Im Verfahren wurden Scholl zwei hauptsächliche landesverrätherische Vergehen zur Last gelegt: Zum einen die Teilnahme im Mai 1849 an dem Zug gegen die Reichstruppen und zum anderen – datiert vom 21. Juni 1849 – seine Verweigerung der Lieferung von Fourage an die Hinckeldey-Truppen und seine Äußerung über die Notwendigkeit der Aufstellung und Aussendung eines zweiten Aufgebots der Bürgerwehr. Für die Beweislage wurden die geständigen Äußerungen Scholls und die eidlichen Aussagen von zwei Zeugen herangezogen: Auf den Vorwurf, er habe die Lieferung von Fourage und Lebensmitteln an die Reichstruppen nicht zulassen wollen, erwiderte der Pfarrer, er habe allerdings „gerathen“ diesem Befehl zur Lieferung ... keine Folge zu leisten, denn einige Stunden zuvor hätte die Gemeinde an die Metternichschen Freischaaren eine solche Lieferung gemacht, und er habe anfänglich (gedacht), die fragliche Lieferung solle wieder an solche geschehen. Allein als er erfahren, daß die Requisition von den Truppen in Zwingenburg ausgegangen sei, habe er auch gerathen dieselbe nicht zu befolgen, weil er wegen der Nähe der Freischaaren für den Ort Gefahr befürchtet



*hätte. Den Vorwurf bezüglich des Ausmarsches des zweiten Aufgebots versuchte Scholl dadurch zu entkräften, dass er anführte, er habe den Ausmarsch dieses Aufgebots aus dem Grunde gewollt, weil es ihm als eine Ungerechtigkeit geschienen, daß die Kinder (er meinte die jungen Teilnehmer der Bürgerwehr) todt geschossen würden, während die andern zu Hause blieben. Auch habe er von dem Bürgermeister nicht so wohl verlangt, daß das zweite Aufgebot ausmarschiere, sondern ihm gegenüber nur geäußert, es solle das zweite Aufgebot ausmarschieren, um die Flüchtlinge zurückzuhalten (gemeint war wohl aufzuhalten), weil sonst das erste Aufgebot bei Heidelberg allein stünde.*

<sup>10</sup> Vgl. GLAK 234 Nr. 1964

Die beiden Zeugen Feist und Stech belasteten Scholl schwer, denn ihre Aussagen bestätigten beide Hauptanklagepunkte. Zwar versuchte der Pfarrer später deren Glaubwürdigkeit und auch den Inhalt ihrer Aussagen in Frage zu stellen, man gewinnt aber den Eindruck, als hätten sie doch den Sachverhalt treffend wiedergegeben. Karl Friedrich Scholl war zweifellos mit Feuereifer ein Befürworter der Revolutionssache, deswegen hatte er sich wohl auch zu emotionalen Ausbrüchen hinreißen lassen.

Der erste Zeuge, Bürgermeister Feist, gab an, dass ein Freischärler am 21. Juni Lebensmittel für seine angeblich in Schönbrunn liegende Mannschaft verlangt habe. Da dieser jedoch keine schriftliche Weisung vorlegen konnte, habe er das Begehren dem Pfarrer Scholl mitgeteilt, der darauf gesagt habe, *man müsse allerdings etwas zusammenbringen*, und daraufhin sei eine Lieferung gemacht worden. An demselben Tage sei nun auch ein Bote mit einer schriftlichen Aufforderung des Bürgermeisters von Neunkirchen gekommen, Fourage und Lebensmittel für die Reichstruppen zu liefern. Er habe Pfarrer Scholl erneut um Rat gefragt *und dieser habe solchen dahin erteilt: Da heute schon einmal geliefert worden, und auch kein eigentliches Kommando dazu da sei, so solle keine Lieferung mehr gemacht werden. Auf die Vorstellung des Andreas Stech, dass dies dem Ort Nachteil bringen könne, wäre Scholl heftig geworden, habe daraufbestanden, keine Lieferung zu machen, und geäußert: Wenn nur alles zusammenhielte, wollte man schon Herr über die Truppen werden. An dem selben Tag sei auch Pfarrer Scholl mit dem Lehrer Reisig zu ihm gekommen, und habe erklärt, man solle das zweite Aufgebot gegen die Reichstruppen ausmarschieren lassen.*<sup>10</sup>

Der zweite Zeuge Andreas Stech betonte, dass Pfarrer Scholl in Wut geraten sei und ihm die Tür gewiesen habe, nachdem er, Stech, die

Gefahr für den Ort im Falle einer Nichtlieferung der Fourage ins Spiel gebracht hatte. Scholl habe geäußert, dass nichts geliefert werde als Pulver und Blei. *Wenn er nur 10 Mann hätte, wolle er 400 der Truppen damit zurückschlagen.* Dann habe er gerufen: *Bürger, wer geht mit?* Auch habe Scholl gesagt, *es wäre jetzt zwar Kriegszustand, aber wenn nur Alles zusammenhielte, könnte man schon Herr über die Truppen werden,* und er habe an den Bürgermeister *das Begehren gerichtet, das zweite Aufgebot ausmarschieren zu lassen.*<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Vgl. ebd.

<sup>12</sup> Vgl. ebd.

Dass sich Scholl an einem hochverräterischen Aufstand beteiligt und zum bewaffneten Widerstand aufgerufen hatte, erschien dem Großherzoglichen Hofgericht wegen des eigenen Geständnisses des Angeschuldigten in Verbindung mit den im Wesentlichen miteinander übereinstimmenden, eidlich bekräftigten Aussagen der abgehörten Zeugen als vollständig erwiesen. Der Breitenbronner Pfarrer wurde wegen dieses aktiven Einsatzes in der Badischen Revolution des Hochverrats angeklagt und zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren verurteilt. Das Urteil hat den folgenden Wortlaut:

*In Untersuchungssachen gegen Pfarrer Karl Friedrich Scholl von Breitenbronn wegen Hochverrats wird auf amtspflichtiges Verhör zu Recht erkannt: Pfarrer Karl Friedrich Scholl sei der Teilnahme an den hochverräterischen Unternehmungen für schuldig zu erklären und deshalb unter Verfallung in die Untersuchungs- und Straferstehungskosten zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren, sowie zum ... Ersatz des durch den hochverräterischen Aufstand entstandenen Schadens zu verurteilen.*

*Mannheim , den 11. Oktober 1849*

*Großherzoglich Badisches Hofgericht*

Im Rekurs wurde mit Urteil vom 6. Mai 1850 die Gefängnisstrafe auf vier Monate ermäßigt und später auch noch der Schadenersatz fallen gelassen. Zu diesem Zeitpunkt hatte Karl Friedrich Scholl bereits 10 Monate in Untersuchungshaft gesessen. Das Großherzogliche Oberhofgericht reagierte auf das Begnadigungsgesuch Scholls in der Weise, dass die Umwandlung der Gefängnisstrafe in eine Arbeitshausstrafe oder in eine Vorstrafe anempfohlen wurde.<sup>12</sup> Von den vier Monaten musste Karl Friedrich letztlich nur zwei absitzen, weil ihm die Hälfte der Haftstrafe anlässlich des Geburtstages des Großherzogs erlassen worden war.

Die rechtskräftig gewordene Verurteilung führte gleichwohl 1850 zur Entlassung aus dem Pfarrdienst. Verzweifelt, aber vergebens ver-



suchte Scholl wieder als Pfarrer tätig werden zu können. In einem langen Brief an den Oberkirchenrat schilderte er am 31. Juli 1851 die trostlose Situation seiner Familie mit fünf Kindern (Maria Eva Petronella geb. 6.12.1842, Sophia Margaretha geb. 1.12.1844, Evelina Katharina Augusta geb. 16.12.1846, Karl Philipp Jakob geb. 9.11.1847, Heinrich Otto Nikolaus geb. 4.3.1849)<sup>13</sup>. Scholl wörtlich: *Das wäre wohl das Härteste, wenn sie, die doch jedenfalls an dem, was ich gethan habe, unschuldig sind, durch die Aufrechterhaltung der ... höchsten Entschließung am meisten leiden müßten, indem ihr Schicksal von gewagten Unternehmungen abhängig gemacht wurde, und sie nicht einmal, wie die Familien anderer Entlassener, und (wie ich höre) sogar wieder angestellten Geistlichen eine Sustentation (einen Lebensunterhalt) beziehen.*<sup>14</sup>

1852 fand er als Lehrer an der Höheren Töchterschule in Schopfheim Beschäftigung und erhielt zwei Jahre später eine Anstellung als Präzeptor an der Höheren Bürgerschule in Ettenheim. Dort war Scholl Mitstreiter Gartenhausers bei der Gründung eines örtlichen Gewerbevereins.<sup>15</sup> Immer wieder versuchte Karl Friedrich Scholl, doch noch seinen früheren Beruf ausüben zu dürfen, zumindest aber eine besser besoldete Stelle zu erlangen.

Der Direktor an der Höheren Bürgerschule in Ettenheim, Dr. Cajus Gartenhauser, stellte ihm im August 1857 zu seiner Unterstützung ein hervorragendes Zeugnis<sup>16</sup> aus. Er sei ein *äußerst fleißiger, pünktlicher und gewissenhafter, dabei gerader Mann*. Der öftere Umgang mit ihm führe dazu, *ihn als würdigen evangelischen Geistlichen zu verehren*.

Karl Friedrich Scholl schaffte es schließlich, als Zweiter Diakonus und Präzeptor in Lahr angestellt zu werden, was sein bisheriges bescheidenes Einkommen auf jährlich 1.100 Gulden erhöhte. Im August 1862 bewarb er sich um die frei gewordene Pfarrstelle in Dinglingen. In seinem Schreiben vom 25. August 1862 an den Oberkirchenrat führte er u. a. aus, dass die Stelle ihm vor allem wegen der Erziehung seiner Kinder erwünscht sei. Er glaube, sie könne

<sup>13</sup> Evangelische Kirchengemeinde Aglasterhausen, Bearbeiter: Ludwig GRUPPENBACHER (Hg.), Familienbuch 1603-1915 der Evangelischen Kirchengemeinde Daudenzell und der Evangelischen Kirchengemeinde

Breitenbronn, Sinsheim 2004, S. 219.

<sup>14</sup> GLAK 76 Nr. 7011

<sup>15</sup> Über die Rolle Scholls bei der Gründung eines Vorläufers der späteren Volksbank Ettenheim

(heute Volksbank Lahr) vgl. Walter CAROLI, 150 Jahre Volksbank Lahr. Vom Vorschussverein zur Bank der Region (erscheint im Frühjahr 2015).

<sup>16</sup> GLAK 76 Nr. 7011



ihm übertragen werden, weil er am 5. Februar 1836 als Pfarrkandidat aufgenommen worden sei, seitdem in verschiedenen Stellen zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten gearbeitet habe und auch für seine derzeitige Arbeit als Diakonus beim Großherzoglich Evangelischen Dekanat Lahr kein nachteiliges Zeugnis zu erwarten habe.<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Vgl. ebd.

<sup>18</sup> Vgl. Heinrich NEU, Pfarrerbuch der evangelischen Kirche Badens, Teil II, Lahr 1939, S. 549.

Eine Antwort hat Scholl nicht mehr erreicht, denn er starb in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober des gleichen Jahres (1862) im Alter von 53 Jahren in Dinglingen.<sup>18</sup> und wurde am 7. Oktober vom damaligen Dekan der Diözese Lahr, Pfarrer Karl Wilhelm Friedrich Trautz, dort beerdigt.<sup>19</sup> Der Eintrag im Totenbuch stammt von Hermann Fesenbeckh, Stadtvikar in Lahr, der zu jener Zeit vorübergehend das Amt des Pfarrverwesers in Dinglingen bekleidete.

<sup>19</sup> Vgl. Dinglinger Kirchenbücher, Totenbuch 1837-1866, Jahr 1862, S. 306, Nr. 20, Archiv der Luthergemeinde Lahr-Dinglingen. Die Entdeckung des bislang unbekanntes Todesortes Scholls gelang dem Genealogen Klaus Siefert aus Lahr-Dinglingen.

Ob Karl Friedrich Scholl in Dinglingen eine Chance gehabt hätte, die Pfarrei zu übernehmen, bleibt ungewiss. Vertretungsweise war er dort bereits tätig gewesen, denn einige Einträge im Dinglinger Totenbuch und im Taufbuch tragen seine Handschrift. In Dinglingen trat im Februar 1863 der neue Pfarrer Philipp Jakob Ludwig Daniel Wernigk seinen Dienst an.<sup>20</sup>

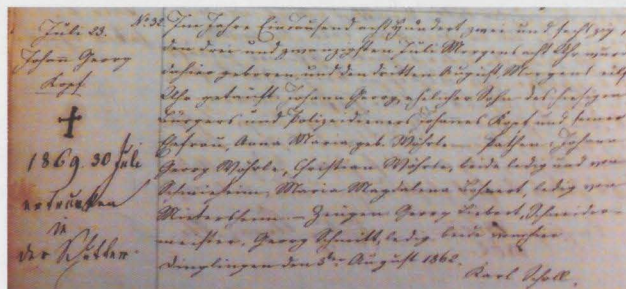
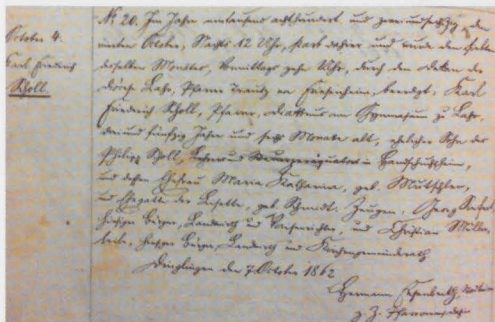
<sup>20</sup> Vgl. Walter CAROLI, Dinglingen. Das Dorf am Schutterlindenberg. Eine Ortsgeschichte, Grenzach-Wyhlen/Weinstadt 2011, S. 409.

### Abbildungsnachweis

- 1: J-G\_W 4, GLAK
- 2: EKIBA Familienbuch Handschuhsheim
- 3: GLAK 76 Nr. 7011
- 4: Gemeinde Aglasterhausen
- 5: GLAK 364 Nr. 540, fol. 57
- 6: GLAK 364 Nr. 540 fol. 59 b
- 7: Wehrgeschichtliches Museum Rastatt
- 10: Totenbuch 1837-1866, Archiv der Luthergemeinde Dinglingen
- 11: Taufbuch 1859-1884, Archiv der Luthergemeinde Dinglingen

Abb. 8 (links) Eintrag im Dinglinger Totenbuch.

Abb. 9 (rechts) Eintrag Scholls im Dinglinger Taufbuch









# Geachtet, geduldet, entrechtet ✓

Erinnerungen an Rechtsanwalt Ivan Isaak Meyer aus Nonnenweier  
 Von Martin Frenk

Gedenkorte, Gedenktafeln oder Gedenksteine im öffentlichen Raum und an Gebäuden bewahren die Erinnerungen an bedeutende Personen oder an Ereignisse im Wandel der Zeiten. In Nonnenweier weist in der Schmidtenstraße ein Gedenkstein darauf hin, dass auf der gegenüberliegenden Straßenseite bis 1938 die ehemalige Synagoge<sup>1</sup> stand. Mit einer Skulptur in der Wittenweierer Straße, direkt am Rathaus wird an die am 22. Oktober 1940 stattgefundene Deportation jüdischer Mitbürger in das südfranzösische Internierungslager Gurs<sup>2</sup> erinnert.<sup>3</sup> Beide Denkmäler halten nicht nur die Erinnerung an das einstige jüdische Leben im Dorf wach. Sie rufen damit auch die Schicksale der ehemaligen jüdischen Mitbürger ins Gedächtnis zurück, die im Dritten Reich deportiert, planmäßig umgebracht, in den Tod getrieben wurden oder in Folge von Misshandlungen starben. Und letztlich zeugen sie vom geschehenen Unrecht, als ab 1933 auch in Nonnenweier Menschen nur deshalb systematisch entrechtet wurden, weil sie der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörten.

Gedenken und Erinnern als Zeichen gegen das Vergessen sind heute gerade im Schwanauer Ortsteil vielleicht wichtiger denn je. Zumal die Gefahr besteht, dass auch noch die letzten Spuren vom einst regen jüdischen Leben innerhalb des Dorfes verblassen. Es ist deshalb die moralische Verpflichtung der Nachfahren der Täter, dass nicht nur das furchtbare Geschehen nicht in Vergessenheit gerät, sondern auch die Namen der Opfer nicht vergessen werden. „Das Geheimnis

Abbildung S. 22:  
 Ivan Meyer in den  
 1950er Jahren

<sup>1</sup> Die erstmals 1771 erwähnte Synagoge stand an der Stelle der heutigen Schmidtenstraße 10 und wurde im Rahmen der Reichsprogromnacht zerstört. LABSCH-BENZ S. 23

<sup>2</sup> Im „Camp de Gurs“, im heutigen Departement Pyrénées maritimes, südlich von Pau gelegen, wurden in den Jahren zwischen 1939 und 1943 über 60.000 Menschen festgehalten.

Darunter waren etwa ein Drittel deutsche Flüchtlinge und die unterschiedlichsten Personengruppen: Spanienkämpfer, die nach dem Ende des spanischen Bürgerkrieges nach Frankreich geflohen sind, französische Kommunisten, politische Häftlinge, „feindliche Ausländerinnen“, jüdische Flüchtlinge, Prostituierte und ethnische Minderheiten.

<sup>3</sup> Der Nonnenweierer Stein zur Erinnerung an die nach Gurs verschleppten Nonnenweierer Juden wurde im Rahmen des badenweiten „Ökumenischen Jugendprojektes zur Erinnerung an die am 22. Oktober 1940 deportierten badischen Jüdinnen und Juden“ erstellt. STUDE S. 279–287

der Erlösung heißt Erinnerung“, so lautet eine jüdische Weisheit, während Bertolt Brecht einmal formulierte, dass ein Mensch erst dann wirklich tot sei, wenn niemand mehr an ihn denkt. Brechts Aussage ist sicherlich richtig, denn ist erst einmal der Name eines Menschen vergessen, dann verschwindet auch die Erinnerung an ihn. Und mit der Erinnerung an Menschen und deren Namen geht auch ein Teil unserer Geschichte verloren. Deshalb ist es wichtig, dass das Andenken an Menschen bewahrt wird. Denn hinter jedem Namen verbirgt sich eine Lebensgeschichte mit ihren Hoffnungen, mit ihrer Leidenschaft, mit Mut und Verzweiflung. Insofern soll dieser Aufsatz ein Beitrag zum geschichtlichen Bewusstsein sein, wie er gleichzeitig auch an den entrechteten einstigen jüdischen Nonnenweierer Mitbürger Dr. Ivan Isaak Meyer erinnern soll, der so vor dem Vergessen bewahrt werden kann.

## Die jüdische Gemeinde Nonnenweier

Die ersten Juden ließen sich Anfang des 18. Jahrhunderts in Nonnenweier nieder. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass hier, vor der Zeit des Nationalsozialismus, eine jüdische Landgemeinde existierte, die als Religionsgemeinschaft sogar eine Synagoge unterhielt. Doch dieses Zeugnis jüdischer Kultur wurde in der Pogromnacht des 9. Novembers 1938 vollständig zerstört. Zur jüdischen Gesellschaftsform gehörte ein jüdischer Friedhof<sup>4</sup>, eine Mikwe<sup>5</sup> und bis 1876 eine jüdische Schule<sup>6</sup>. Nachdem im Großherzogtum Baden die Konfessionsschulen zu Gunsten von Simultanschulen abgelöst wurden, besuchten jüdische und christliche Kinder dieselbe (Volks-)Schule.

In Nonnenweier hießen die jüdischen Familien hauptsächlich Baum, Wertheimer, Weil, Moch oder Meier. Deren Erwerbsleben erstreckte sich größtenteils auf den Viehhandel, zu einem geringen Teil auf den Kaufmannsstand. Denn bis es im Großherzogtum Baden 1862<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Der jüdische Friedhof, östlich des Dorfes an der Landstraße in Richtung Kippenheimweiler auf der höchsten Erhebung der Gemarkung gelegen, wurde 1880 angelegt. LABSCH-BENZ S. 24

<sup>5</sup> Mikwe bezeichnet sowohl das Gebäude für das rituelle Tauchbad in einer jüdischen Gemeinde als auch dieses Tauchbad selbst. Die Nonnenweierer

Mikwe war in der heutigen Ottenheimer Straße 12. LABSCH-BENZ S. 24

<sup>6</sup> Im Gebäude, in dem die Mikwe untergebracht war, war bis 1876 auch die israelitische Volksschule. Hier wurden auch die Gemeindeversammlungen abgehalten. LABSCH-BENZ S. 24

<sup>7</sup> Mit dem „Gesetz die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten

betreffend“ vom 4. Oktober 1862 erhielten die Juden im Großherzogtum Baden in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen die bürgerliche Gleichstellung. Damit waren alle Rechtsbeschränkungen für Juden aufgehoben, so dass den Juden erstmals auch politische Ämter offen standen.



zur Gleichstellung sowie nach der 1871 erfolgten Reichsgründung<sup>8</sup> zur Verleihung der vollen staatsbürgerlichen Rechte<sup>9</sup> kam, waren die Existenzmöglichkeiten der Juden überall stark eingeschränkt. Bis 1806 waren sie von der Landwirtschaft und dem Handwerk ausgeschlossen und mussten unter teilweise strengsten diskriminierenden Auflagen leben. So waren 1927 in der Riedgemeinde insgesamt elf Viehhändler, sieben Kaufleute, ein Metzger, drei Kolonialwarengeschäfte, ein Mehl- und Getreidegroßhändler sowie ein Gastwirt verzeichnet<sup>10</sup>. Das als koschere Speisegaststätte bekannte „Restaurant zum Strauß“, wurde von David Frank in der heutigen Nonnenweierer Hauptstraße 30 (gegenüber der Kirche) betrieben. „s Düvets“, wie die Gaststätte im Dorf genannt wurde, war wegen des guten Essens und der vorzüglichen Weine weithin bekannt und wurde deshalb auch sehr gerne von Christen besucht. Nach dem Tod von David Frank im Jahre 1909 wurde der Gasthof zunächst von seiner Witwe Sofie geb. Königsbacher weitergeführt. Nach deren Tod im Jahre 1934 führten die Töchter Ernestine und Frieda das Gasthaus gemeinsam weiter, bis sie 1938 in die USA emigrierten<sup>11</sup>. Heute befinden sich in dem sanierungsbedürftigen Haus gemeindeeigene Wohnungen. Wenn es im Ortskern auch diverse Straßen und Plätze gab, in denen mehrere jüdische Häuser beieinander standen, so gab es doch keine „Judengasse“, also keine Straße oder gar ein Ghetto als abgesondertes Wohnviertel, in welchem ausschließlich Juden lebten und arbeiteten. Dennoch kam es in den Jahren 1846, 1848, 1870, 1880, 1892 und auch 1918 zu Übergriffen gegen die Nonnenweierer Juden<sup>12</sup>. Insofern wird das Zusammenleben in der vorhandenen Literatur als ein differenziertes beschrieben. Dort wo es zu Belästigungen jüdischer Mitbürger kam, wird es als ein „recht gespanntes Verhältnis“<sup>13</sup> bezeichnet. An anderen Textstellen wird es als „ausgezeichnet“ oder auch als „ein erfreulich gutes“<sup>14</sup> dargestellt, das von „gegenseitiger Toleranz geprägt war“<sup>15</sup>. Im Rückblick kann sicherlich festgestellt werden, dass die

<sup>8</sup> Als Reichsgründung wird gemeinhin die am 18. Januar 1871 erfolgte Kaiserproklamation im Spiegelsaal des Schlosses Versailles verstanden.

<sup>9</sup> Am 22. April 1871 wurde das am 3. Juli 1869 im so genannten Norddeutschen Bund erlassene „Gesetz betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staats-

bürgerlicher Beziehung“ auf das gesamte Gebiet des neuen Deutschen Reiches ausgedehnt (Bundesgesetzblatt 1869, S. 292). Die Verordnung hatte nur einen Artikel: „Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere

soll die Befähigung zur Teilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Ämter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.“

<sup>10</sup> MEYER S. 28 und 31

<sup>11</sup> KATTERMANN S. 107

<sup>12</sup> LIESSEM-BREINLINGER S. 87-103

<sup>13</sup> MEYER S. 16 und 28

<sup>14</sup> KATTERMANN S. 17-22

<sup>15</sup> WATZINGER S. 11

jüdischen Gemeindemitglieder sowohl im kulturellen wie auch im politischen Leben des Dorfes eingegliedert und von der christlichen Mehrheit des Dorfes überwiegend auch als gleichwertige Bürger behandelt und geachtet wurden. Hinzu kam, dass es zwischen vielen jüdischen und christlichen Familien gute und freundschaftliche Beziehungen gab. Dennoch war das Zusammenleben angesichts der vorgekommenen und dokumentierten antisemitischen Ereignisse in Nonnenweier deutlich schlechter als in anderen Dörfern mit jüdischem Bevölkerungsanteil der Region.

Ihre Blütezeit erlebte die jüdische Gemeinde Nonnenweier 1885 mit insgesamt 250 Mitgliedern. Hier wie überall zum Ende des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland legten die jüdischen Familien bei ihren Kindern großen Wert auf eine „höhere Bildung“. Zum einen ist in der jüdischen Tradition „Lernen“ von zentraler, identitätsstiftender Bedeutung. Das gilt aber nicht nur für Inhalte, Werte und Normen jüdischer Überlieferungen und Bräuche, sondern insbesondere auch für die allgemeine Bildung und Erziehung insgesamt<sup>16</sup>. Darüber hinaus wurde im 1. Konstitutionsedikt des Großherzogtums Baden vom 14. Mai 1807 unter anderem auch die staatliche Schulpflicht für jüdische Kinder festgelegt. Sehr schnell bekam Erziehung und Bildung im Judentum einen höheren Stellenwert und war wesentlich fester verankert als im Christentum. Denn die Juden erkannten sehr früh, dass Bildung einen weltlich nützlich-

<sup>16</sup> SCHOEPS S. 244

<sup>17</sup> vgl. HAPP

<sup>18</sup> Bei dem Lahrer Gymnasium handelte es sich um das heutige Scheffel-Gymnasium

<sup>19</sup> MEYER S. 28 und 29

<sup>20</sup> KATTERMANN S. 111

<sup>21</sup> Dr. Hugo Schleicher (\*23.4.1894 † 28.2.1972) war Rechtsanwalt in Offenburg und half der Gemeinde als Jurist 1918 beim Verkauf von Wald. Später lebte er mit seiner Familie in Mannheim. Drei Wochen vor Kriegsbeginn 1939, gerade noch rechtzeitig konnte er gegen Zahlung einer enormen Vermögensabgabe und der Reichsfluchtsteuer zunächst nach Schottland und später in die USA auswandern. KATTERMANN S. 130

<sup>22</sup> Dr. Bertold Moch (\*22.8.1901 † 7.3.1981) war ab 1927 als Rechtsanwalt in Karlsruhe tätig. Als man ihm 1933 die Zulassung entzog, beschlossen er und seine Ehefrau Martel geb. Bloch (\*4.3.1903 † 3.9.1973) nach Palästina auszuwandern. Dort baute er unter schwierigen Verhältnissen eine große Wäscherei auf. Ihre Gräber befinden sich auf dem Ölberg in Jerusalem. KATTERMANN S. 122 und 123

<sup>23</sup> Dr. Josef Wertheimer (\*9.6.1887 † 1942) studierte Medizin und war bei Ausbruch des 1. Weltkrieges Schiffsarzt auf einem Ozeandampfer der Hapag-Lloyd Werft. Nach dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit im Jahre 1934 wan-

derte er 1938 nach Spanien aus, wo er 1942 in Madrid verstarb. KATTERMANN S. 134

<sup>24</sup> Die am 26. Juni 1893 in Nonnenweier geborene Dr. Jenny Dreifuß war ab 1924 in Mannheim Lehrerin an der Elisabeth-Schule (heute Elisabeth-Gymnasium in D 7). Sie war 1933 von Hitlers „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ betroffen und wurde vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Nachdem 1934 auch in Mannheim jüdische Sonderklassen und eine jüdische Schule eingerichtet wurden, wurde Jenny Dreifuß Lehrerin an der Jüdischen Schule in K 2. Angesichts der bevorstehenden Deportation nach Gurs nahm sie



chen Wert darstellt, durch den nicht nur Wohlstand sondern auch ein gesellschaftlicher wie beruflicher Aufstieg möglich wäre. Alle jüdischen Familien, die es sich irgendwie leisten konnten, ließen deshalb wenigstens einen Sohn studieren<sup>17</sup>. Auch in Nonnenweier waren viele jüdische Familien auf eine gründliche und umfassende Ausbildung ihrer Kinder bedacht und ermöglichten ihnen, am Lahrer Gymnasium<sup>18</sup> das Abitur und anschließend eine wissenschaftliche Ausbildung zu absolvieren. Insofern wird verständlich, dass aus der doch relativ kleinen jüdischen Landgemeinde eine überdurchschnittlich große Zahl von Akademikern hervorgegangen ist<sup>19</sup>. Neben Dr. Ivan Meyer und dem wohl bekanntesten jüdischen Mitbürger Nonnenweiers, dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. jur. Ludwig Frank<sup>20</sup> seien noch erwähnt die Rechtsanwälte Dr. jur. Hugo Schleicher<sup>21</sup>, Dr. jur. Berthold Moch<sup>22</sup>, der Mediziner Dr. Josef Wertheimer<sup>23</sup>, die Gymnasialprofessorin Dr. Jenny Dreyfuß<sup>24</sup>, der Realschullehrer Baruch Frank<sup>25</sup>, der Gutsverwalter Alexander Moch<sup>26</sup>, der Apotheker Max Metzger<sup>27</sup>, die Dentistin<sup>28</sup> Thea Höchster geb. Schleicher<sup>29</sup> sowie der Lehrer und Kantor Simon Metzger<sup>30</sup>.

Ab den 1890er Jahren ist in Nonnenweier wie in allen jüdischen Landgemeinden des Deutschen Reichs eine von Jahr zu Jahr stärkere Abnahme der Bevölkerung festzustellen. Diese Abwanderungen hatten wirtschaftliche Gründe und hingen mit dem Emanzipationsgesetz von 1862 zusammen. Darin war den badischen Juden zum

sich wie sieben weitere Mannheimer Bürger jüdischen Glaubens selbst das Leben, indem sie den Gashahn öffnete. <https://www.mannheim.de/tourismus-entdecken/verlegeorte> (zuletzt abgerufen am 01.08.2014); KATTERMANN S. 105

<sup>25</sup> Baruch Frank (\*1868 † 1927) war Realschullehrer und der sechs Jahre ältere Bruder von Dr. Ludwig Frank. WATZINGER S. 11; KATTERMANN S. 111

<sup>26</sup> Alexander Moch (\*18.8.1893 † 1977) war akademischer Landwirt. Im 1. Weltkrieg war er in einem Sturmbataillon bei Verdun eingesetzt, wo er verschiedene Auszeichnungen erhielt. Nach dem Krieg arbeitete er zunächst als Obergärtner in

Ahlem bevor er die Leitung der jüdischen Landwirtschaftsschule auf dem Markenhof bei Kircharten übernahm. Nachdem der Hof 1925 verkauft worden war, übernahm er diese Aufgabe auf jüdischen Gütern in Norddeutschland. 1939 wanderte er mit seiner Familie über England nach Kenia aus. Nach 23jähriger Tätigkeit als Großfarmer wanderte die Familie 1963 nach Israel ein, wo er seinen Lebensabend verbrachte, bis er 1977 in Tel Aviv verstarb. KATTERMANN S. 125

<sup>27</sup> Max Metzger (\*13.2.1865 † ca. 1938) war Apotheker und wanderte mit seiner Ehefrau Jette geb. Meyer vor 1914 in die USA aus. Bruder von Simon Metzger

(vgl. Anm. 30). KATTERMANN S. 118

<sup>28</sup> Dentist war in Deutschland bis 1952 eine Berufsbezeichnung für Zahnheilkundige ohne akademische Ausbildung.

<sup>29</sup> Thea Höchster geb. Schleicher (\*22.11.1898 † 1973) war eine Schwester von Dr. Hugo Schleicher (vgl. Anm. 21). Während ihr Ehemann im KZ Theresienstadt umgekommen ist, überlebt sie und wandert nach 1945 nach Israel aus. KATTERMANN S. 130

<sup>30</sup> Simon Metzger (\*14.8.1878 † 1972) war Oberkantor in Karlsruhe und übersiedelte 1940 über Luxemburg zu seinem in New York lebenden Sohn Alfred. Bruder von Max Metzger (vgl. Anm. 27). KATTERMANN S. 119

ersten Mal die völlige Gleichstellung, vor allem Freizügigkeit sowie das Recht zur Niederlassung in jedem beliebigen Ort im Staat zugesichert worden, sofern sie Bildung und bürgerliche Berufe angenommen und ihr Dasein als fremde Nation aufgegeben hätten<sup>31</sup>. Vorher waren ihnen die meisten südbadischen Städte verschlossen. So lebten 1896 in Nonnenweier noch 213 Juden<sup>32</sup>. 1927 waren es noch etwa 80 Personen<sup>33</sup>, während es 1933 lediglich noch 65 Menschen jüdischen Glaubens waren, die in Nonnenweier ihren festen Wohnsitz hatten. Als nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten der Antisemitismus zum Regierungsprogramm geworden war, waren Diskriminierung und systematische Ausgrenzungen der jüdischen Bevölkerung vom öffentlichen Leben an der Tagesordnung. Auch in Nonnenweier schändeten Nationalsozialisten und deren Sympathisanten während der 1938 erfolgten Novemberpogrome<sup>34</sup> die Synagoge in der Schmidtenstraße. So fand das jüdische Leben im heutigen Ortsteil der Gemeinde Schwanau ein zunächst langsames, dann abruptes Ende mit der am 22. Oktober 1940 erfolgten Deportation der damals noch verbliebenen 27 jüdischen Mitbürger ins Internierungslager im südfranzösischen Gurs. Von ihnen kehrte 1947 nur Jette Rosenberger im Alter von 78 Jahren zurück. Sie starb 1950 in Nonnenweier und war die letzte, die auf dem jüdischen Friedhof ihre letzte Ruhestätte fand. Am Ende der NS-Herrschaft war die traditionsreiche jüdische Gemeinde in Nonnenweier vernichtet.

<sup>31</sup> Vgl. Anm. 7

<sup>32</sup> LIESSEM-BREINLINGER S. 100

<sup>33</sup> MEYER S. 28

<sup>34</sup> Pogrom ist die Bezeichnung für gewaltsame Ausschreitungen gegen politische, religiöse oder ethnische Gruppen.

Das Elternhaus von Ivan Meyer in der Nonnenweierer Hauptstraße 12.





## Ivan Isaak Meier

Der am 21. November 1901 geborene Ivan Isaak Meier gehört zum Kreis der oben erwähnten Intellektuellen des Dorfes Nonnenweier. Als Sohn des Viehhändlers Max Meier und dessen Ehefrau Clara geb. Wolf<sup>35</sup> wurde er im Wohnhaus der Eltern in der heutigen Nonnenweierer Hauptstraße 12 geboren. Die Familie entstammte einer alteingesessenen und traditionsverbundenen jüdischen Familie. Die jüdischen Feiertage und Gesetze bestimmten das Leben der Familie, was jedoch nicht bedeutete, dass sich die Familie von ihrer nicht-jüdischen Umgebung abschottete.

Zunächst besuchte der junge Ivan Meier ab 1907 die gemischt-religiöse Volksschule in Nonnenweier, wo er gemeinsam mit christlichen Kindern unter anderem von dem jüdischen Oberlehrer Nathan Schleicher<sup>36</sup> unterrichtet wurde. Ivan Meier las sehr viel und zeigte bald auch eine ungewöhnliche sprachliche Begabung. Deshalb ermöglichten Max und Clara Meier ihrem Sohn ab 1910 den Besuch des humanistischen Großherzoglichen Gymnasiums in Lahr. Auch hier lernten seinerzeit jüdische und nicht-jüdische Kinder gemeinsam. Mit Ivan Meier besuchte auch Bertold Moch<sup>37</sup>, ebenfalls ein Sohn der jüdischen Landgemeinde, die Lahrer Bildungsstätte. Beide erhielten eine solide humanistische Bildung, wobei Ivan Meier eine bleibende Vorliebe für die lateinische und griechische Klassik entwickelte. So sprach er neben Deutsch und Englisch auch Griechisch und Latein. Freunde und Bekannte amüsierte er sein Leben lang immer wieder

<sup>35</sup> Max Meier (\*23.9.1872 † 8.2.1946) und Clara Meier geb. Wolf (\*28.5.1876 † 18.3.1962) wurden am 22. Oktober 1940 von Nonnenweier nach Gurs deportiert. Da für die deportierten Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland bis 1942 und unter der Voraussetzung dass sie den Aufenthalt in den von den französischen Behörden überwachten Hotels oder anderen Unterkünften finanzieren konnten, die Möglichkeit bestand die Aufnahmelager zu verlassen, überlebten beide in einem Kloster der in der Region Armagnac gelegenen Kleinstadt Nogaro.

Hier verstarb Max Meier im Jahre 1946, worauf die Mutter zum Sohn in die USA zog, wo sie 1962 starb. KATTERMANN S. 116 f. Ivan Meyer hat 1955 versucht, den Leichnam seines Vaters in die Bundesrepublik überführen zu lassen und hat beim damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss Antrag auf Übernahme der Überführungskosten gestellt. Aus den im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrten Akten (Bestand EA 4/204 (Justizministerium: Wiedergutmachung: Gnadengesuche, Revisionen) Büschel 3609) geht hervor, dass hierfür jedoch kein Rechtsan-

spruch bestand. Nach mündlicher Auskunft von Nonnenweiers Ortsvorsteherin Dagmar Frenk fand eine Überführung nicht statt.

<sup>36</sup> Nathan Schleicher (\*4.8.1862 † 1937), der Vater von Dr. Hugo Schleicher (Anm. 21) und Thea Höchster geb. Schleicher (Anm. 29) war von 1891 bis 1922 Religions- und Volksschullehrer in Nonnenweier. Sein Grab befindet sich jedoch nicht auf dem Nonnenweierer sondern auf dem Schmieheimer Friedhof. MEYER S. 27; KATTERMANN S. 129

<sup>37</sup> Vgl. Anm. 22

damit, dass er ausgiebig Passagen der Originalliteratur zitierte. Jedenfalls legte Ivan Meier 1920 an der seit 1948 als Scheffel-Gymnasium bezeichneten Lehrer Bildungsanstalt erfolgreich die Abiturprüfung ab.<sup>38</sup>

<sup>38</sup> LZ vom 7. Juli 1920

<sup>39</sup> Universitätsarchiv Freiburg B 44/51/564 und B 44/55/482

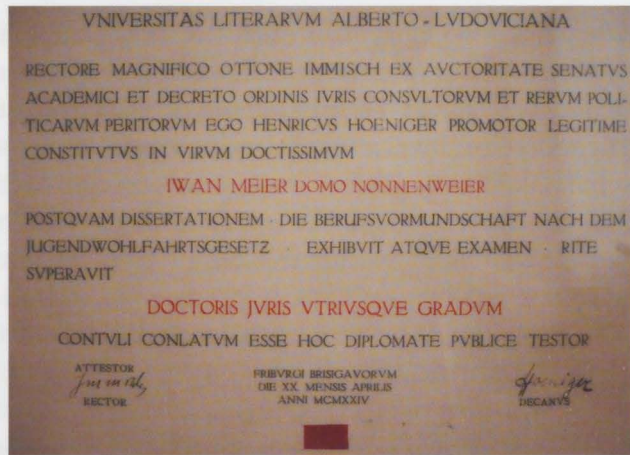
Noch im selben Jahr begann er an der Universität Freiburg mit dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. Dass sich Ivan Meier der Jurisprudenz verschrieb, ist sicherlich kein Zufall. Denn trotz der 1871 erfolgten vollständigen rechtlichen Gleichstellung hatten es Juden im deutschen Reich nach wie vor schwer, eine Laufbahn im öffentlichen Dienst einzuschlagen. In den diplomatischen Dienst oder in die oberen Ränge der staatlichen Bürokratie zu gelangen, war fast unmöglich. Da gläubige Juden den christlichen Eid nicht leisten konnten, wurden Juden sehr oft auf Grund von verwaltungsrechtlichen Zusatzbestimmungen oder Anordnungen vom Erziehungs- und Rechtswesen ausgeschlossen. Fast gleichzeitig mit der Reichsgründung entwickelte sich die freie Advokatur. Da die Auseinandersetzung mit dem Recht eine der zentralen Säulen jüdischer Kultur darstellt, lag es nahe, dass sehr viele Juden die Möglichkeit ergriffen, sich nach dem erfolgreichen Abschluss eines Jurastudiums freiberuflich auf dem juristischen Sektor zu betätigen. Hinzu kam, dass sie als Rechtsanwalt nicht auf das Wohlwollen staatlicher Stellen angewiesen waren.

Obwohl nach der 1919 erfolgten Gründung der Weimarer Republik nunmehr auch den Juden alle Karrieren und Schulen offen standen, konzentrierten sich jüdische Studenten dennoch weiterhin auf die Studiengänge, die ihnen nach dem erfolgreichen Studienabschluss den Aufbau einer selbständigen beruflichen Existenz ermöglichten. Vermutlich hat bei der Auswahl seines Studiums auch Ivan Meier so gedacht.

Nach den im Archiv der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg verwahrten „Studien- und Sittenzeugnisse“<sup>39</sup> geht hervor, dass er vom Wintersemester 1920 bis zum Dezember 1923 immatrikuliert war. Neben dem in den juristischen Vorlesungen erworbenen Wissen erarbeitete sich Ivan Meier zusätzlich auch noch fächerübergreifende Kenntnisse in Volkswirtschaftslehre, Psychologie, Philosophie und deutscher Literatur. Auch zu speziellen Rechtsgebieten wie Gerichtliche Medizin, Militär- und Strafprozessrecht, Verwaltungsrecht, Kirchenrecht und Völkerrecht besuchte er Seminare. Hierzu belegte er bei den seinerzeit weit über Freiburg hinaus anerkannten Rechtsgelehrten und führenden Hochschullehrern wie beispielsweise Prof. Dr. Otto Lenel, Prof. Dr. Wilhelm van Calker oder Prof. Dr. Claudius



## Ivan Meyers Promotionsurkunde



von Schwerin die Studienfächer, die für die Auslegung der bestehenden Gesetze unabdingbar waren. Seinen Neigungen entsprechend besuchte er darüber hinaus noch Kurse und Seminare unter anderem bei Prof. Dr. Edmund Husserl, Prof. Dr. Philipp Witkop oder bei Prof. Dr. Heinrich Finke. Ganz offensichtlich war er ein sehr begabter junger Mann und ein herausragender Student mit vielseitigen Interessen.

1924 schloss er sein Rechts- und Staatswissenschaftliches Studium mit der Promotion ab.<sup>40</sup> Dabei wurde er bei Prof. Dr. Claudius von Schwerin mit der 1923 eingereichten und 1924 erschienenen Dissertation „Die Berufsvormundschaft nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz“ zum Dr. jur. promoviert. Im Anschluss absolvierte er mindestens bis 1927 sein Referendariat.<sup>41</sup>

Noch während seiner Studienzeit hat er aus Anlass der 220-Jahrfeier der jüdischen Gemeinde Nonnenweier eine fundierte Festschrift geschrieben. Diese Arbeit ist teilweise unter Mithilfe von Berthold Rosenthal verfasst, dessen „Heimatgeschichte der Badischen Juden“ im gleichen Jahr erschienen ist.<sup>42</sup> Nach Meinung von Jürgen Stude ist sie die erste Darstellung einer jüdischen Landgemeinde in Baden. Sie ist zugleich auch eine interessante Quelle, da Meier nicht nur aus Akten, sondern auch aus eigener Anschauung und Erlebtem berichtet.

Vermutlich gleich nach Abschluss seiner Studien- und Referendariatszeit ging er 1927 für neun Monate auf eine von „Cook's Tours“ organisierte Luxus-Weltreise. Die Erlebnisse dieser Reise begleiteten ihn sein ganzes Leben. Viele dieser Geschichten erzählte er Winthrop Baum<sup>43</sup>, einem heute in New York lebenden entfernten Verwandten, und ließ auch andere an diesen Erinnerungen Teil haben.

<sup>40</sup> Universitätsarchiv Freiburg B 29/1171. In der Promotionsakte ist das am 17. November 1923 eingereichte Gesuch verwahrt, ihn zur „Doktorprüfung“ zuzulassen.

<sup>41</sup> In seiner 1927 erschienenen „Jubiläumsschrift der jüdischen Gemeinde von Nonnenweier“ bezeichnete sich Meyer auf S. 28 noch als Referendar.

<sup>42</sup> LABSCH-BENZ S. 18

<sup>43</sup> Winthrop Baum ist der Sohn von Walter Baum, der mit seiner Mutter Flora Baum noch vor 1939 in die USA ausgewandert ist. KATTERMANN S. 99

Wie Winthrop Baum mitteilte, hat er nach seiner Weltreise, die ihn unter anderem auch nach Palästina führte, seinen Namen von Meier in Meyer geändert. Baum vermutet, dass er mit der Änderung der Namensschreibweise einen moderneren Eindruck auf seine Kundschaft machen wollte. Zumal es in seiner Familie einen Onkel gab, der sowohl mit dem Vor- wie auch mit dem Nachnamen Meier hieß.<sup>44</sup> Vielleicht wollte er sich auch nur von diesem Verwandten distanzieren.

## Der Rechtsanwalt

Nach seiner Rückkehr von dieser Weltreise war er zunächst in Freiburg als Rechtsanwalt tätig.<sup>45</sup> Dabei war er als Beratungs- und Prozessanwalt äußerst korrekt und durch seine vollendeten Umgangsformen das Vorbild des integren und noblen Rechtsanwalts der sogenannten Alten Schule. Sehr schnell waren auch seine Fähigkeiten in der rechtlichen Analyse bekannt, vor allem jedoch seine brillante, sprachgewandte und schlagfertige Rhetorik. Dadurch wurden seine Tätigkeiten als Jurist gerühmt und seine Arbeit sehr geschätzt und respektiert. Vor allem aber hatte er Sinn für Humor, durch den er auch diffizile juristische Situationen versöhnlich aufzulösen verstand. Leicht nachzuvollziehen, dass Ivan Meyer als gebildeter, kulturell vielseitig interessierter und integrier Jurist sehr geachtet und in bestem Ansehen stand. In der Zeit vom 19. Februar 1932 bis zum 29. April 1933 war Ivan Meyer beim Amtsgericht Lahr und dem Landgericht Offenburg als Rechtsanwalt zugelassen. Dies ergibt sich aus einer in der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe noch vorhandenen „Rechtsanwalts-Liste“<sup>46</sup>.

Obwohl er die Zulassung beim Landgericht Freiburg bzw. dem Landgericht Offenburg hatte, war er ab 1928 zusätzlich noch als Rechtsanwalt in Berlin tätig. Weshalb und wann genau er als Rechtsberater nach Berlin ging, ließ sich nicht mehr ermitteln. Jedenfalls vertrat er dort als freier Anwalt oder auch als „Rechtskonsulent“<sup>47</sup> die Inter-

<sup>44</sup> KATTERMANN S. 117

<sup>45</sup> Schreiben von Ivan Meyer an die Oberfinanzdirektion Freiburg vom 2. August 1958 (StAF: P 303/4 Nr. 365). Allerdings teilte die Rechtsanwaltskammer Freiburg am 6. November 2013 mit, dass man bezüglich des

ehemaligen und verstorbenen Rechtsanwalts Dr. Ivan Meyer über keinerlei Unterlagen verfüge, zumal die Rechtsanwaltskammer Freiburg erst 1946 gegründet wurde.

<sup>46</sup> Mitteilung der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe vom 26.

November 2013

<sup>47</sup> Rechtskonsulent ist ein Rechtsanwalt, der ohne Zulassung zur advokatorischen Praxis gewerbsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgt und Geschäfte bei den Behörden wahrnimmt.



essen der Eidgenössischen Bank AG Zürich<sup>48</sup> in deutschen Rechtssachen. Wie die Bank in einem Schreiben vom 2. Februar 1934 an die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin bestätigte, hat er die Mandate, die die Bank ihm übertragen hatte, stets mit vollem Erfolg erfüllt.<sup>49</sup> Neben seinen Tätigkeiten für die Eidgenössische Bank nahm er auch als Syndikus die Interessen der Berliner Kreditanstalt für Industrie und Verkehrsmittel<sup>50</sup> wahr.<sup>51</sup> Neben weiteren hochrangigen Klienten vertrat er die Interessen der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ in Bremen. Im Jahr 1932 wurde er in einem Steuerstreit gegenüber dem damaligen Reichsfinanzministerium tätig. Darin ging es um Steuernachzahlungen von ca. 1,5 Millionen Reichsmark, die er zur Zufriedenheit der Gesellschaft im Rahmen eines außergerichtlichen Vergleichs erledigen konnte. Hans Fr. Wriedt<sup>52</sup>, der seinerzeitige Generaldirektor, überreichte ihm als Dank für seine Bemühungen ein goldenes Zigarettenetui mit einer Widmung darin.<sup>53</sup>

<sup>48</sup> Die Eidgenössische Bank AG Zürich wurde 1863 in Bern als Handels-, Effekten- und Notenbank gegründet. 1892 wurde der Hauptsitz nach Zürich verlegt. Nachdem die Bank 1945 in Turbulenzen geraten war, wurde sie von der Schweizerischen Bankgesellschaft übernommen.

<sup>49</sup> GLAK 243 Zug. 2004-125 Nr. 8422

<sup>50</sup> Die „Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG“ beschäftigte sich mit der Vergabe von Krediten für Industrie und Handel. Nach der im Landesarchiv Berlin verwahrten Handelsregisterakte wurde die Anstalt 1924 gegründet und 1943 wieder gelöscht.

<sup>51</sup> Schreiben von Ivan Meyer an die Oberfinanzdirektion Freiburg vom 2. August 1958 (StAF P 303/4 Nr. 365)

<sup>52</sup> Hans Fr. Wriedt (\*30. 9. 1890 † ?) war nach einer kaufmännischen

Lehre in Lübeck und einem praktischen Ausbildungsjahr in England ab 1910 Mitinhaber der Firma Holdorf & Richter, Fischkonservenfabrik in Kiel. 1920 trat er in den Aufsichtsrat der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ in Bremen ein. 1924 wurde er Generaldirektor der Gesellschaft und baute das Unternehmen zum größten Fischereiuunternehmen Deutschlands aus. 1931 trat er von dem Amt zurück und lebte seit 1935 im Ausland. Ab 1936 war er für die englisch-amerikanische Fischerei- u. Minen-Interessen in Kanada tätig. Nach dem II. Weltkrieg kehrte er nach Deutschland zurück. Am 22. Oktober 1936 ernannte ihn die Universität Greifswald zum Ehrensenator. Die Ehrung erhielt er als tatkräftigen Förderer der deutschen Hochseefischerei aber auch als „warmherziger“ Freund der wissenschaftlichen Forschung,

der er durch die Bereitstellung von erforderlichen Finanzmitteln die Gründung der Biologischen Forschungsanstalt Hiddensee ermöglichte und somit der Meeresforschung neue Möglichkeiten und Wege erschloss. 1938 wurde er als Ehrensenator im Personal- u. Vorlesungsverzeichnis sowie im Album der Ehrensenatoren der Universität Greifswald gestrichen, da das Hanseatische Sondergericht Hamburg gegen ihn Haftbefehl wegen Devisenvergehens erlassen hatte. Im Jahre 2000 erfolgte durch Senatsbeschluss posthum die Rehabilitation. Frau Barbara Peters, stellv. Leiterin des Universitätsarchivs der Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald sei für diese Hinweise herzlich gedankt.

<sup>53</sup> Schreiben von Ivan Meyer an die Entschädigungskammer des Landgerichts Karlsruhe vom 19. Juli 1963 (GLAK 243 Zug. 2004-125 Nr. 8422)

Nachdem er sich ab 1930 fast ausschließlich in Berlin aufhielt, hatte er sich im Bank-Bürohaus in der Kronenstraße 11<sup>54</sup> entsprechende Räumlichkeiten angemietet und sich dort eine Rechtsanwaltskanzlei eingerichtet. Da er als ein im damaligen Freistaat Baden zugelassener Rechtsanwalt an dem Berliner Bürogebäude jedoch kein entsprechendes Hinweisschild anbringen durfte, beantragte er kurz vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft Berlin. Dieser Antrag wurde jedoch infolge des nationalsozialistischen Regierungsantritts abgelehnt. Denn nach der nationalsozialistischen Anschauung waren Juden mit dem öffentlichen Dienst unvereinbar, so dass die Regierung bereits im März und April 1933 die ersten antijüdischen Gesetze erließ. Um diese um- und durchzusetzen, musste die „Entjudung“ natürlich zu allererst innerhalb des Staats- und Behördenapparates sowie der Justiz beginnen.<sup>55</sup> Deshalb wurde bereits am 7. April 1933, also nur wenige Wochen nach der Machtergreifung das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen.<sup>56</sup> In Paragraph 3, dem so genannten „Arierparagraphen“ war festgelegt, dass Beamte mit „nicht-arischer Abstammung“ in den Ruhestand zu versetzen sind. Diese Bestimmung wurde mit dem ebenfalls am 7. April 1933 erlassenen und am 10. April 1933 in Kraft getretenen „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“<sup>57</sup> auch auf die freiberuflich tätigen Juristen ausgedehnt.

Damit waren im Deutschen Reich zum ersten Mal seit 1871 wieder Sonderrechte für Juden geschaffen. Zunächst gab es auf Grund von Einwänden durch Reichspräsident Paul von Hindenburg noch Ausnahmen für Frontkämpfer, Väter oder Söhne von Kriegsgefallenen und alle jüdischen Beamten, die vor dem 1. August 1914 verbeamtet worden waren. Diese Ausnahmeregelungen wurden in den folgenden fünf Jahren jedoch sukzessive zurückgenommen. So wurde der „Arierparagraph“ zum Vorbild für die gesamte weitere antijüdische Gesetzgebung und entzog den Juden in Deutschland nicht nur die wirtschaftliche Lebensgrundlage, sondern führte zu deren Ausschluss aus Vereinen, Verbänden, Parteien und schließlich aus dem gesamten öffentlichen Leben.

Ivan Meyer war im Sinne der nationalsozialistischen Rassengesetzgebung „Volljude“ und galt somit natürlich als „nicht arisch“. Dadurch war er allen Maßnahmen der Diskriminierung, Entrechtung und auch der beruflichen Verdrängung ausgesetzt. Als Angehöriger des Geburtsjahrgangs 1901 war er weder Frontkämpfer noch war er vor 1914 als Rechtsanwalt zugelassen. Folglich galten für ihn auch nicht

<sup>54</sup> Das Bank-Bürohaus Kronenstraße 11 wurde 1911 in einer pulsierenden Geschäftsgegend zwischen Friedrichstraße, Leipziger Straße und Unter den Linden errichtet. 1990 wurde das historische Gebäude in die Denkmalliste Berlin aufgenommen und im Jahre 2000/2001 komplett saniert und renoviert.

<sup>55</sup> DRESSEN S. 17

<sup>56</sup> Reichsgesetzblatt I (1933), S. 175

<sup>57</sup> Reichsgesetzblatt I (1933), S. 188



die in den entsprechenden gesetzlichen Ausführungsbestimmungen formulierten Ausnahmeregelungen. „Auf Grund von § 1 des Gesetzes vom 7. April 1933“ wurde seine Zulassung als Rechtsanwalt am 15. Mai 1933 zurückgenommen.<sup>58</sup> Ab diesem Zeitpunkt war er in Deutschland lediglich noch geduldet und stand unter ständiger Beobachtung durch die Nationalsozialisten. Seine renommierte Klientel versuchte wohl in diversen Eingaben und Bittschriften ihm die Möglichkeit zu verschaffen weiterhin als Rechtsanwalt, Rechtsberater oder in vergleichbarer Weise tätig zu sein.<sup>59</sup> Letztendlich hatten alle Bemühungen jedoch keinen Erfolg und seine Kunden mussten ihn, wenn auch nur widerwillig, verlassen. Aber man darf auch nicht verkennen, dass sie durch die eingetretenen politischen Verhältnisse und die hieraus resultierenden gesetzlichen Vorgaben und Erlasse dazu gezwungen wurden. Kurze Zeit haben ihm in Berlin noch Freunde, Kollegen und auch Kunden nach ihren jeweiligen Möglichkeiten geholfen wirtschaftlich zu überleben. Aber auch dies war nur über einen überschaubaren Zeitraum möglich. Deshalb nahm er wieder seinen Wohnsitz im Elternhaus in Nonnenweier.<sup>60</sup> Dorthin wurde neben diversen Möbelstücken und Wertgegenständen auch die gesamte Berliner Praxiseinrichtung mit der umfangreichen juristischen Bibliothek verbracht, die er vor 1933 von der Kreditanstalt für Industrie und Verkehrsmittel erwerben konnte. Er musste sich jedoch verpflichten, diese aus eigenen Mitteln laufend zu ergänzen.<sup>61</sup> Auf Grund der zunehmenden Diskriminierungen und Entrechtungen befasste sich Ivan Meyer schon sehr früh mit dem Gedanken an eine Emigration. Zumal seinerzeit die Auswanderung der Juden aus Deutschland das erklärte Ziel der nationalsozialistischen Regierung war und deshalb von ihr auch gefördert wurde. Denn um Deutschland „judenrein“ zu machen, zielte die Gesetzgebung zunächst „nur“ darauf ab, die Juden durch die Verdrängung aus dem kulturellen und dem wirtschaftlichen Leben zum Verlassen des Landes zu bewegen.<sup>62</sup> Deshalb sollten die in den Gesetzen verankerten Repressalien den Emigrationswillen fördern. Allerdings war es auf Grund von Sonderabgaben unter anderem der so genannten „Reichsfluchtsteuer“<sup>63</sup> nur wohlhabenden Juden möglich, legal in ein fremdes Land zu emigrieren. Erschwerend kam hinzu, dass seitens der nationalsozialistischen Regierung großer Wert darauf gelegt wurde, dass die Juden nicht in ein an das Deutsche Reich angrenzendes Land, von wo sie leicht zurückkehren konnten, sondern möglichst nach Übersee auswanderten.<sup>64</sup> Diese Politik änderte sich erst nach den am 15. September 1935 erlassenen „Nürnberger Gesetzen“<sup>65</sup>, die die Grund-

<sup>58</sup> Mitteilung der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe vom 26. November 2013

<sup>59</sup> Schreiben der Eidgenössischen Bank AG Zürich vom 2. Februar 1934 (GLAK 243 Zug. 2004-125 Nr. 8422)

<sup>60</sup> Schreiben von Ivan Meyer an die Oberfinanzdirektion Freiburg vom 4. April 1962 (StAF P 303/4 Nr. 365)

<sup>61</sup> Vgl. Anm. 50

<sup>62</sup> BRÜCHERT-SCHUNK: In alle Winde zerstreut.

<sup>63</sup> Die „Reichsfluchtsteuer“ war eine 1931 von der Regierung Brüning als Reaktion auf die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöste Kapitalflucht eingeführte Sondersteuer.

<sup>64</sup> Dies geht aus verschiedenen Akten des Auswärtigen Amts Berlin hervor; vgl. MICHAELIS

<sup>65</sup> Nach den „Nürnberger Gesetzen“ wurden Juden zu Staatsbürgern ohne Reichsbürgerrechte degradiert. Reichsgesetzblatt 1935 I, S. 1145 -1147

lage für die weitere „Entjudung“ lieferten. Insbesondere jedoch nach Kriegsbeginn, als die Nationalsozialisten in der „Judenfrage“ von der Vertreibung zur Vernichtung übergingen.

Die ablehnende Haltung vieler Länder, jüdische Emigranten aufzunehmen, war dabei Wasser auf die Mühlen der NS-Propaganda. So höhnte Hitler in einer Rede vom 30. Januar 1939<sup>66</sup>: *„Es ist ein beschämendes Schauspiel, heute zu sehen, wie die ganze Welt der Demokratie vor Mitleid trieft, dem armen gequälten jüdischen Volk gegenüber jedoch hartherzig und verstocket bleibt angesichts der doch offenkundigen Pflicht, zu helfen.“* Als einziges Überseeeland öffneten die Vereinigten Staaten einer großen Zahl jüdischer Emigranten ihre Grenzen. Voraussetzung für die Einwanderung war jedoch die Eidesstattliche Erklärung eines in den USA lebenden Verwandten, der den Lebensunterhalt garantierte. Allerdings hatten die USA für jedes Auswanderungsland jährliche Quoten festgelegt, so dass für Einwanderungswillige, die eine solche Bürgerschaft (Affidavit of support) besaßen, trotzdem sehr oft jahrelange Wartezeiten entstanden. Deshalb war es vielen Juden nicht mehr möglich rechtzeitig auszuwandern.

Ivan Meyer muss den alltäglichen Kleinkrieg gegen die Juden, die Flut immer neuer Verordnungen und Schikanen, die ihren Lebenskreis mehr und mehr einengten, mit großer Verbitterung registriert haben. Dennoch zögerte er die Entscheidung zur Emigration lange hinaus. Denn Auswandern bedeutete Aufgabe der gesamten familiären Bindungen, der Heimat und natürlich auch der freundschaftlichen Verbindungen. Vermutlich waren es bei Ivan Meyer genau die geschilderten starken emotionalen Bindungen, die ihm die Trennung so schwer machten.

### Ein schwieriger Neubeginn in Amerika

Bis Ivan Meyer in die USA emigrierte, vergingen drei lange und vermutlich auch zermürbende Jahre. Ob es die „Nürnberger Gesetze“ oder die damit in zunehmendem Maß einhergehenden Repressalien waren, die letztendlich den Ausschlag für die Emigration gaben, lässt sich heute nicht mehr sagen. Die Vermutung liegt jedoch nahe. Denn durch das am 13. Mai 1935 erlassene „Gesetz zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung“<sup>67</sup> konnten die Nationalsozialisten gegen die bereits mit einem Berufsverbot belegten jüdischen Rechtsanwälte vorgehen. Zumal sich dieses Gesetz nicht gegen die (noch) zugelassenen jüdischen Anwälte, sondern vorrangig gegen die „ehemaligen“, deren Zulassung bereits zurückgenommen

<sup>66</sup> DOMARUS S. 1065ff

<sup>67</sup> Reichsgesetzblatt I (1935), S. 1475



war, richtete<sup>68</sup>. Nachdem ihm das Finanzamt Charlottenburg am 13. Juli 1936 bestätigt hatte, dass er innerhalb des Deutschen Reiches keine Steuerrückstände habe<sup>69</sup>, emigrierte er noch im selben Jahr nach Amerika. Die Auswanderung erfolgte gerade noch rechtzeitig. Denn mit dem am 1. Dezember 1936 erlassenen „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung“ griff die nationalsozialistische Finanzverwaltung ganz gezielt auf das Vermögen von Juden mit Auswanderungsabsichten zu.<sup>70</sup> Dadurch, dass er vor dem Dezember 1936 emigrierte, konnte er vermutlich einen Großteil seines finanziellen Vermögens vor dem Zugriff des nationalsozialistischen Staates retten. Andererseits teilte Winthrop Baum mit, dass er in Amerika eine Tante hatte, die bereits vor 1933 in die USA emigriert war, die ihn in der „neuen Welt“ aufnahm und auch in vielfältiger Weise unterstützte.

Wie schwer ihm der Abschied gefallen sein muss, wird in einem Schriftsatz vom 4. April 1962 an die Restitutionskammer beim Landgericht Freiburg deutlich. Darin heißt es unter anderem: *„Leider haben zu wenig deutsche Juden das Ausmass des drohenden Verbrechens im Jahr 1936 geahnt. Leib und Leben von Manchem wäre gerettet worden. Auch meinen Eltern wäre die KZ Zeit erspart geblieben und das Lebewohl von meinem Vater in 1936 waere nicht fuer immer gewesen.“*<sup>71</sup> Eltern und Verwandte blieben also im Dorf, von wo aus sie am 22. Oktober 1940 in das Internierungslager Gurs im unbesetzten Südfrankreich deportiert wurden.

Als Ivan Meyer endlich in den USA angekommen war und sich in New York niedergelassen hatte, teilte er das Schicksal mit allen emigrierten deutschen Juristen. Das deutsche Jurastudium wurde nicht anerkannt, so dass ihm die berufliche Qualifikation fehlte, was zwangsläufig den Aufbau einer vollkommen neuen Existenz nach sich zog. Mit der Bedeutungslosigkeit seiner juristischen Ausbildung sah er sich plötzlich mit zahllosen ökonomischen und administrativen Schwierigkeiten konfrontiert. Wie er in dem oben bereits zitierten Brief an die Restitutionskammer beim Landgericht Freiburg weiter schreibt, verließ er Deutschland nur mit dem Nötigsten. In den USA wollte er sich anwaltlich betätigen und, falls die Nazilage sich nicht besserte, die Eltern nachkommen lassen. Aber durch die Nichtanerkennung des deutschen Studiums gestalteten sich sowohl der berufliche Neuanfang wie auch das Einleben in der neuen Heimat als sehr beschwerlich. Selbstverständlich war unter den gegebenen Umständen das Nachkommen der Eltern auch nicht mehr möglich. Aber Ivan Meyer ließ sich nicht unterkriegen und begann, nachdem er den erforderlichen Sprachtest bestanden hatte, an der

<sup>68</sup> LADWIG-WINTERS S. 53 - 55

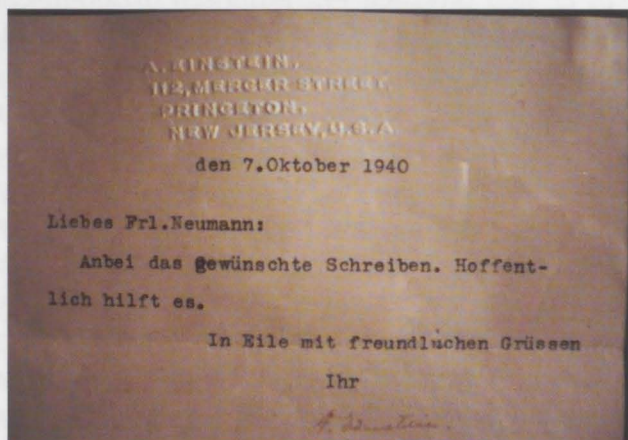
<sup>69</sup> Eine Fotokopie dieser Bestätigung befindet sich in den Prozessakten der Entschädigungskammer des Landgerichts Karlsruhe (GLAK 243 Zug. 2004-125 Nr. 8422).

<sup>70</sup> Reichsgesetzblatt I (1936), S. 1000

<sup>71</sup> Schreiben von Ivan Meyer an die Restitutionskammer des Landgerichts Freiburg vom 4. April 1962 (StAF P 303/4 Nr. 365)

renommierten Columbia Universität in New York ein erneutes Studium der Rechtswissenschaften. Dies konnte er vermutlich auf Grund der Unterstützung durch seine Tante finanzieren. Aber wie Winthrop Baum mitteilte, lebte er auch sehr einfach und in überaus bescheidenen Verhältnissen, so dass er zum Leben nur sehr wenig benötigte. Zudem arbeitete er neben seinem Studium als Rechtsassistent. So konnte er 1940 an der Columbia Universität in New York seinen Bachelorabschluss in Jura absolvieren. Danach studierte er bis 1942 an der New Yorker Fordham Universität, wo er seinen Juraabschluss absolvieren wollte. Damit hätte er die Zulassung zur Anwaltschaft beantragen können. Unglücklicherweise für ihn traten die Vereinigten Staaten ausgerechnet 1942 in den Zweiten Weltkrieg ein. Deshalb durfte er die abschließenden Prüfungen nicht mehr machen. Ohne diese Examina war er jedoch nicht dazu befähigt, als eigenständiger Anwalt zu arbeiten. So war er bis zum endgültigen Abschluss, den er erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges ablegen konnte, als Bürokraft beim amerikanischen Verfassungsgericht tätig. Eine eigene Kanzlei konnte er erst nach Kriegsende und nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiengangs an der Fordham Universität gründen. Am Exchange Place Nr. 40 in New York unweit der New Yorker Börse war er bis zu seinem Tod im April 1999 als „Attorney and Counsellor at Law“ tätig. Dabei war Erbrecht eines seiner Fachgebiete. Unter anderem gehörte Albert Einsteins Sekretärin zu seiner Kundschaft. In seinem Nachlass befindet sich ein Brief Einsteins, den der Mathematiker an ihn richtete, nachdem dessen Sekretärin im Krankenhaus lag. Ein weiterer Schwerpunkt seiner juristischen Tätigkeit war allgemeines Wirtschafts- und Immobilienrecht. Als Rechtsanwalt vertrat Meyer jedoch auch sowohl Entschädigungsforderungen von Verfolgten des Nationalsozialismus, wie er

Schreiben Albert Einsteins aus dem  
Nachlass von Ivan Meyer.





auch immer wieder die Interessen jüdischer Familien und Emigranten vertrat, die in Deutschland ihren Anspruch auf Wiedergutmachung geltend machten. So wurde er weltweit einer von wenigen Rechtsspezialisten für jüdische Ausgleichsansprüche.

## Wiedergutmachung

Die beruflichen Erfolge in Amerika dürfen jedoch nicht das unter dem NS-Regime erlittene Unrecht vergessen lassen. Denn nach Deutschland, insbesondere in die „alte Heimat“ Nonnenweier wollte Dr. Ivan Meyer nie mehr zurückkehren. Zumal hier nichts mehr war wie vor dem Krieg. Alle Verwandte waren in den Vernichtungslagern ermordet worden. Vermutlich war es so, dass er sich ein Leben in einem Land, das zu solchen Gräueltaten fähig war, nicht mehr vorstellen konnte. Andererseits kam er nach dem Krieg mehrmals auch gerne zu Besuch nach Deutschland. Die Kontaktaufnahme zur alten Heimat wurde ihm auch dadurch erleichtert, dass er – trotz der schlimmen Erfahrungen – wusste, dass es Menschen gab, die auch in den Jahren der Nazidiktatur persönlich keine Schuld auf sich geladen hatten. Und so ließ er trotz der Verfolgung und des schweren Unrechts, das auch seine Familie ertragen musste, persönliche Freundschaften unter anderem zu Schulkameraden und insbesondere zu ehemaligen Nachbarn nie abbrechen.

Ein anderer Grund seiner Besuche begründete sich auch auf die angestrebten Wiedergutmachungsverfahren, in welchen er Entschädigung für den Verlust von persönlichem Eigentum und für das durch die Nationalsozialisten begangene Unrecht verlangte. Denn nachdem Ivan Meyers Eltern am 22. Oktober 1940 von Nonnenweier aus ins südfranzösische „Camp de Gurs“ am Westrand der Pyrenäen deportiert worden waren, wurde das gesamte in Nonnenweier gelegene Vermögen durch das Deutsche Reich konfisziert. Grundlage hierfür war die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz<sup>72</sup>, die

<sup>72</sup> Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (Reichsgesetzblatt I (1941), S. 722) besagt, dass Juden, die ihren Aufenthalt im Ausland haben, die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wird. Gleichzeitig verloren sie damit

ihr gesamtes Vermögen, das an das Deutsche Reich fiel. In einem zusätzlichen Runderlass wurde diese Bestimmung auch auf die in die besetzten Gebiete, in Ghettos und Konzentrationslager deportierten Juden erweitert. Die Siegermächte hoben

diese Verordnung genauso wie das Reichsbürgergesetz am 20. September 1945 durch das Kontrollratsgesetz Nr. 1 auf.

besagte, dass ein Jude, der seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt, die deutsche Staatsangehörigkeit verliert und nach dem Verlust der Staatsangehörigkeit sein Vermögen an das Reich fällt. Dabei machte es keinen Unterschied zwischen Juden, die die Staatsgrenze als Emigranten überschritten und denjenigen, die in einem Zug mit dem Endziel Konzentrationslager saßen. Die „Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens“<sup>73</sup> vom 3. November 1939 definierte die Juden kollektiv als Feinde und legalisierte diese Enteignung.<sup>74</sup> Insofern war diese Bestimmung der letzte Zugriff auf all das, was die deportierten Juden noch hatten. Dadurch war es der Finanzverwaltung möglich, das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der Deportierten „zugunsten des Deutschen Reiches“ einzuziehen.<sup>75</sup> Bis 1942 waren für diese Enteignungen das Berliner Finanzamt Moabit-West und der Berliner Oberfinanzpräsident zuständig. Mit den Deportationen nahm die Verwaltung und Verwertung jüdischen Eigentums jedoch einen solchen Umfang an, dass sie bis auf einige Ausnahmen (Wertpapier- oder Edelmetallverwertung u.a.) dezentral organisiert und an die regionalen Finanzbehörden abgegeben wurden.<sup>76</sup> So war es den örtlichen zuständigen Finanzbeamten möglich, schon kurze Zeit nach den Deportationen die verlassenen Wohnungen zu besichtigen und zu überprüfen, ob alle angegebenen Gegenstände vorhanden waren. Danach überführten sie das letzte Hab und Gut der Verschleppten in Staatsbesitz, klärten offene Vermögensfragen, organisierten den Abtransport oder führten die Versteigerung der Möbel und des gesamten übrigen Hausrates durch. Letztlich verwalteten und vermieteten sie die Häuser und Wohnungen oder übergaben sie an die jeweilige Kommune.

So geschah es auch in Nonnenweier. Das gesamte bewegliche „nicht-arisches“ Vermögen der „evakuierten“ Juden wurde abtransportiert und in aller Regel den Menschen in den ausgebombten Städten zur Verfügung gestellt. Lediglich das, was der Staat nicht selbst benötigte, wie Möbel, Wohnungseinrichtungen, Gebrauchsgegenstände, Kinderspielzeug, Wäsche selbst Lebensmittel, wurde feilgeboten und öffentlich versteigert. Insofern kann man davon ausgehen, dass es in einigen Nonnenweierer Haushalten noch immer Gegenstände gibt, die aus den damaligen Verkäufen und Versteigerungen stammen. Möglicherweise haben die Nachfahren der seinerzeitigen Erwerber nicht die geringste Ahnung, woher diese Dinge kommen. Dennoch muss in diesem Zusammenhang die Frage erlaubt sein, weshalb sich seinerzeit niemand gewundert hat, dass „umgesiedelte“ oder „evakuierte“ Menschen, mit denen man zum Teil über Jahrzehnte in dersel-

<sup>73</sup> Reichsgesetzblatt I (1939), S. 2141

<sup>74</sup> DRESSEN S. 34

<sup>75</sup> FRIEDLÄNDER S. 317ff

<sup>76</sup> Vgl. KULLER



ben Straße gewohnt hatte, ihr Eigentum nicht mitnehmen konnten. Wusste damals tatsächlich niemand, welches Schicksal die „Deportierten“ erwartete?

Auch Max und Clara Meier verloren auf Grund ihrer Deportation nach Gurs ihren gesamten Besitz. Das in der heutigen Nonnenweierer Hauptstraße 12 gelegene Grundstück mit dem darauf stehenden Wohngebäude wurde am 23. Juli 1942 auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz als „reichsfeindliches Vermögen“ auf den Reichsfiskus übertragen.<sup>77</sup> Genauso wie seine Eltern verlor auch Ivan Meyer mit seiner Emigration sein gesamtes in Deutschland zurückgelassenes Hab und Gut. Nach 1945 versuchte er seine Entschädigungsansprüche wie auch die seiner Mutter durchzusetzen. In diesen Verfahren zur Wiedergutmachung hatten die überlebenden Opfer jedoch die Beweislast zu tragen. Sie mussten nachweisen, was ihnen alles weggenommen wurde. Bei Grundstücken war dies relativ einfach, da musste man nur die alten Grundbucheinträge heranziehen. Aber beim versteigerten Hausrat war das nicht möglich. Die Antragsteller hatten keine Quittungen, keine Unterlagen, aus denen hervorging, was versteigert, verkauft oder vom Staat beschlagnahmt bzw. konfisziert worden war.

Nachdem die Akten der 1951 beim Finanzamt Offenburg angemeldeten Entschädigungsansprüche verlorengingen, musste Ivan Meyer 1953 einen erneuten Antrag stellen. Dieses Verfahren war beim Landesamt in Freiburg anhängig. Nachdem am 19. Juli 1957 das Bundesrückerstattungsgesetz<sup>78</sup> erlassen worden war, erhob er bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Freiburg Klage gegen das „Deutsche Reich“, vertreten durch die Oberfinanzdirektion Freiburg wegen rückerstattungsrechtlichem Schadensersatzanspruch. Hierin beantragte er für die durch die Nationalsozialisten entzogenen Vermögensgegenstände finanziellen Ersatz nach Maßgabe des Wiederbeschaffungswertes. Hierbei listete er seine Ansprüche detailliert auf:

*„Praxiseinrichtung, Bibliothek, Porzellan, Kleider, Silber, Weltreiseandenken, Geige, Grammophon, Platten, antike silberne Gabel, und antikes silbernes Messer mit ziselierter Harfe, Radierungen, Photographenapparat, Stativ, 2 Glasgemälde, (General Lafayette und La jeune Hollandaise) Radio, Waesche, Hemden, Krawatten & sonstige Artikel“*

Wie Meyer in der Auflistung weiter ausführte, soll die Gestapo seine aus mehreren hundert Bänden bestehende juristische Bibliothek nach Straßburg transportiert haben, während die anderen Gegenstände an Ort und Stelle versteigert wurden.<sup>79</sup> 1962 wurde der Klage

<sup>77</sup> Eintrag im Grundbuch von Nonnenweier vom 23. Juli 1942; Grundbuch Band 2 Heft 20

<sup>78</sup> Bundesgesetzblatt I (1957), S. 734

<sup>79</sup> StAF P 303/4 Nr. 365

stattgegeben und Meyer erhielt eine finanzielle Entschädigung für das konfiszierte Eigentum. Eine weitere Klage, die er 1964 bei der Entschädigungskammer des Landgerichts Karlsruhe gegen das Land Baden-Württemberg wegen Schadens im beruflichen Fortkommen eingereicht hatte, endete am 24. April 1964 mit einem Vergleich. Hierin wurde ihm ab dem 1. Januar 1956 eine Rente als selbständigem Erwerbstätigem zuerkannt.<sup>80</sup>

<sup>80</sup> GLAK 243 Zug.  
2004-125 Nr. 8422

## Schlussbemerkungen

Nur wenige Juristen sind in der Emigration ihrem Beruf treu geblieben. Bei den meisten war das Trauma zu groß, Unrecht am eigenen Leib erfahren zu haben. Dr. Ivan Meyer hingegen blieb beim juristischen Metier. Hierfür, aber auch für eine adäquate materielle Absicherung nahm er in Kauf, in Amerika ein zweites Studium absolvieren zu müssen. So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass er nach seiner erfolgreichen Integration in den USA und nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur keinen Anlass mehr sah, nach Deutschland zurückzukehren. Zumal sehr schnell bekannt wurde, dass die einstigen jüdischen Emigranten in der Bundesrepublik kaum willkommen waren. Denn an den meisten zentralen staatlichen Stellen saßen nach wie vor diejenigen, die während der NS-Zeit ihre Karriere begonnen und nach 1945 auch bruchlos fortgesetzt hatten. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass kaum eine Stadt, nicht einmal die Bundesregierung daran dachte, die Exilanten um Rückkehr zu bitten. So macht der bewegende Lebensweg Ivan Meyers in exemplarischer Weise deutlich, wie schwer es Menschen jüdischen Glaubens zur Zeit des Nationalsozialismus aber auch nach dem Zusammenbruch des so genannten „Dritten Reiches“ in Deutschland hatten. Es ist deshalb zu bewundern, dass er sein Heimatdorf Nonnenweier trotz aller Enttäuschungen nicht vergessen hatte. Wie wichtig ihm „seine Heimat“ auch tatsächlich war, wird insbesondere daran deutlich, dass er der Gemeinde immer wieder finanzielle Mittel in nicht unerheblichem Umfang zum Erhalt des jüdischen Friedhofes zur Verfügung stellte. Dies zeigt, dass es ihm sehr gut gelungen ist, die Zurücknahme seiner Anwaltszulassung, die Emigration mit der Verlust der angestammten Heimat einherging und auch den Neubeginn seines beruflichen Lebens im amerikanischen Exil zu bewältigen. Wie sehr er jedoch auch ganz persönlich mit „seinem Dorf“ verbunden war, wird 1979 in einer Weihnachtskarte deutlich, die er seiner ehemaligen Nachbarin Mar-



tha Schlager geschrieben hat. In jenem Jahr hatte er Nonnenweier und auch Lahr besucht. Wohl noch unter dem Eindruck der bei dieser Reise gemachten Begegnungen und Ereignisse stehend schreibt er: *„Der Oberbürgermeister von Lahr<sup>81</sup> war sehr gastfreundlich zu mir als ich dort war. Ich habe das alte Gymnasium besucht, mit schweren Erinnerungen. Leider sind beinahe alle meine Schulkameraden tot. Es ist ein schreckliches und betruübendes Gefühl in die Alte Heimat zu gehen wenn das Herz ‘voll’ ist. Man darf nicht denken“.*

Als Fazit kann deshalb gesagt werden, dass es Dr. Ivan Meyers Lebenslauf verdient, lebendig gehalten zu werden. Zeigt dieses Leben doch sehr gut auf, wohin es führt, wenn Toleranz und Menschenwürde außer Kraft gesetzt werden. So ist diese Lebensgeschichte nicht nur ein Stück Zeitgeschichte aus dem finstersten Kapitel der deutschen Historie, sondern streift auch die komplizierte dörfliche Erinnerungsgeschichte bezüglich der einstmals in Nonnenweier lebenden Juden. Denn was die einstige blühende jüdische Landgemeinde und deren Angehörigen betrifft, so ist in der Riedgemeinde bis heute eine unfassbare Kontinuität des Schweigens und Verdrängens festzustellen. Deshalb sollen diese Zeilen nicht nur ein Denkmal für den Menschen Ivan Meyer sein, sondern auch ein Mahnmal dafür, dass eine Gemeinschaft sich ihrer Geschichte verpflichtet fühlen muss.

#### Für die Unterstützung sei recht herzlich gedankt:

Winthrop Baum (New York), Jens Blümle (Grundbuchschriftsteller der Gemeinde Schwanau), Gisela Erler (Landesarchiv Berlin), Dagmar Frenk (Ortsvorsteherin in Nonnenweier), Dr. Jan Figlestahler (Präsident der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe), Michael Goldau (Ettenheim), Jost Grosspietsch (Sulzburg), Dr. Hans Klees (Geschäftsführer der Rechtsanwaltskammer Freiburg), Dr. Simone Ladwig-Winters (Berlin), Lore Merkt (Nonnenweier), Thorsten Mietzner (Stadthistoriker der Stadt Lahr), Barbara Peters (stellv. Leiterin des Universitätsarchivs der Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald), Jochen Rees (Sachgebietsleiter im Staatsarchiv Freiburg), Achim Schlager (Nonnenweier), Hans Schlager (Friesenheim), Dr. Martin Stingl (Referatsleiter im Generallandesarchiv Karlsruhe) Jürgen Stude (Neuried), Hartmut Wohlfarth (Oberamtsrat im Bundesministerium der Finanzen in Berlin), Dr. Gerd Wegner (Leiter Arbeitskreis Geschichte der Meeresforschung) Christa und Rudolf Ziegler (Nonnenweier) und Alexander Zahoransky (Diplom Archivar im Archiv der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg).

<sup>81</sup> Mit dem „Oberbürgermeister von Lahr“ ist Dr. Philipp Brucker gemeint, der den Besuch Ivan Meyers in Lahr literarisch verarbeitet hat. In seinem Buch „Wohin gehen wir jetzt?“ hat er unter dem Titel „Der Jude“ seine Erinnerungen und Gefühle an diesen Besuch in einer überaus persönlichen Weise „aufgearbeitet“.

## Literatur

Karl Ludwig BENDER, Joachim KRÄMER und Eugen EBLE (Hrsg.), Ortschaftsbuch Nonnenweier, Grafenhausen 1971

Philipp BRUCKER, Der Jude. In: Philipp BRUCKER, Wohin gehen wir jetzt?, Lahr 1982, S. 135

Max DOMARUS, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. II 1, München 1965

Wolfgang DRESSEN, Betrifft: »Aktion 3« – Deutsche verwerfen jüdische Nachbarn, Dokumente zur Arisierung, Berlin 1998

Saul FRIEDLÄNDER, Das Dritte Reich und die Juden, Band 2. 1939-1945, München 2006

Katharina HAPP, Das jüdische Bildungsbewusstsein. Hausarbeit im WS 1998/99 an der Freien Universität Berlin, im Internet unter: <http://www.grin.com/de/e-book/107724/das-juedische-bildungsbe-wusstsein> (zuletzt abgerufen am 01.08.2014)

Hildegard KATTERMANN, Das Ende einer jüdischen Landgemeinde, Nonnenweier in Baden, 1933-1945. Freiburg 1984

Christiane KULLER, Finanzverwaltung und Judenverfolgung. Antisemitische Fiskalpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschen. In: Zeitenblicke 3 (2004), Nr. 2, (13.09.2004) <http://www.zeitenblicke.historicum.net/2004//02/kuller/index/html> (zuletzt abgerufen am 01.08.2014)

Elfie LABSCH-BENZ, Die jüdische Gemeinde Nonnenweier. Freiburg 1981

Simone LADWIG-WINTERS, Anwalt ohne Recht: Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933. Berlin 1998

Salcia LANDMANN, Wer sind die Juden: Geschichte und Anthropologie eines Volkes, Olten 1974

Renate LIESSEM-BREINLINGER, Die Judengemeinde von Nonnenweier im 19. Jahrhundert. In: Geroldsecker Land 19, 1977, S. 87-103

Ivan Isaak MEYER, Jubiläumsschrift der jüdischen Gemeinde von Nonnenweier. Nonnenweier 1927

Dolf MICHAELIS, Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Auswanderungs- und Transferfrage im nationalsozialistischen Deutschland. In: Werner FEILCHENFELD, Dolf MICHAELIS, Ludwig PINNER, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933 bis 1939. Tübingen 1972, S. 15-33

Julius SCHOEPS, Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh, München 1992

Jürgen STUDE, Das Mahnmal zur Erinnerung an die deportierten ba-



dischen Jüdinnen und Juden in Neckarzimmern. In: Jahrbuch für badische Kirchen- und Religionsgeschichte. 1.2007. S. 279-287

Karl Otto WATZINGER, Ludwig Frank, Ein deutscher Politiker jüdischer Herkunft. Sigmaringen 1995

Das Elternhaus von Ivan Meyer wurde vom Autor dieses Beitrags fotografiert. Die anderen Abbildungen stammen aus dem Besitz von Winthrop Baum und wurden für den Druck von Peter Kees überarbeitet.

Das Zigarettenetui mit der Widmung von Hans Wriedt, dem früheren Generaldirektor der „Nordsee“, vgl. S. 33.



# Die „Reichskristallnacht“ in Lahr ✓

Von Norbert Klein

Auch die Provinzstadt Lahr blieb am 10. November 1938 nicht von den reichsweiten Ausschreitungen der sogenannten Reichskristallnacht verschont. Die Lahrer SS, die seit der Machtübernahme 1933 nun bereits zum SS-Sturmbann aufgestiegen war, kam ihrem Tagesauftrag äußerst regime- und führertreu nach, indem sie 103 jüdische Männer ins Konzentrationslager Dachau überstellte. Als ich erfuhr, dass es 1949 einen Lahrer Synagogenprozess gegeben hatte, wollte ich als Polizeibeamter wissen, welche Täter für diese 103 Festnahmen zur Verantwortung gezogen worden waren. Deshalb nahm ich Einblick in die Ermittlungsakten<sup>1</sup>, die im Staatsarchiv in Freiburg archiviert sind, und ließ mir im Bundesarchiv<sup>2</sup> in Berlin die Personalakten von einigen NSDAP- und SS-Männern kopieren, um die Abläufe während der Reichskristallnacht in Lahr rekonstruieren zu können.

<sup>1</sup> Staatsarchiv Freiburg F 179/6-159

<sup>2</sup> NSDAP-Personal-akten des Bundesarchives in Berlin

Bevor ich jedoch meine Rechercheergebnisse vorstelle, möchte ich darstellen, wie es im Deutschen Reich überhaupt zu diesen jüdenfeindlichen Maßnahmen kam.

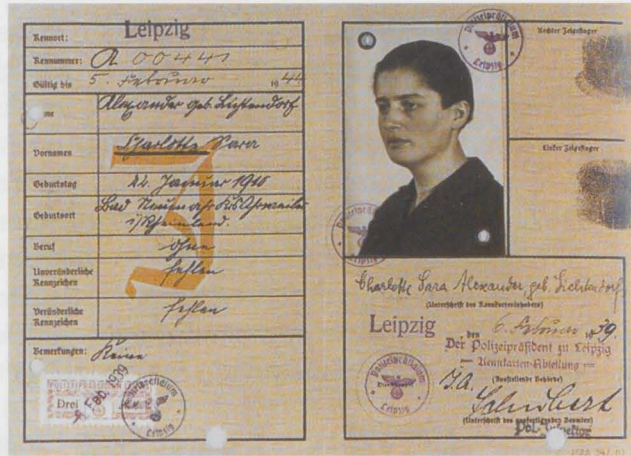
## Die „Reichskristallnacht“ am 9./10. November 1938

Die „Reichskristallnacht“ wird so genannt, weil bei den Repressalien gegen die deutschen Juden, die am späten Abend des 9.11.1938 begannen und den ganzen darauffolgenden Tag anhielten, sehr viele Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte und vor allem die Scheiben vieler Synagogen zerschlagen wurden.

Die „Reichskristallnacht“ 1938 im Deutschen Reich hatte eine längere Vorgeschichte. Schon vor der Machtübernahme im Jahr 1933 hatten die Nationalsozialisten kein Hehl daraus gemacht, dass die NSDAP eine antisemitische Partei war. Nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 war jedoch der Weg frei, diese Politik auch aktiv umzusetzen. Dies zeichnete sich in den ersten antijüdischen Gesetzen des Jahres 1933 ab, die z.B. den Juden verboten, weiterhin Beamter zu sein oder als Redakteur bei einer Zeitung mitzuarbeiten. Aufgrund der Notstandsgesetze nach dem Reichstagsbrand am 28.2.1933 wurden die ersten Konzentrationslager errichtet, in denen nach und nach alle politischen Gegner verschwanden. Die Nationalsozialisten



Ausweis einer Jüdin aus dem Jahr 1938.



installierten eine offene Angstpolitik, aufgrund der sehr rasch allgemein bekannt war, dass man bei öffentlicher Ablehnung der getroffenen Maßnahmen relativ schnell verhaftet werden konnte.

So wurde es auch in Lahr akzeptiert, dass 1933 neben anderen Büchern auch jüdische Bücher öffentlich verbrannt wurden, dass es 1935 zu ersten Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte kam oder dass im gleichen Jahr per Gesetz die Eheschließung mit jüdischen Partnern zum „Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verboten wurde. Erst im Jahr 1938 nahmen die Repressalien in bedeutendem Umfang zu. Als besonders symbolträchtige Aktionen galten die Abrissmaßnahmen der Hauptsynagogen in München, Nürnberg und Dortmund.<sup>3</sup> Im Rahmen einer Verhaftungswelle im Juni 1938 gegen sogenannte „Asoziale“ wurden 1.500 Juden festgenommen und in Konzentrationslager verbracht. Jüdische Ausweise waren durch ein „J“ zu kennzeichnen, außerdem wurden die Juden gezwungen, die zusätzlichen Vornamen „Sara“ bzw. „Israel“ anzunehmen.<sup>4</sup>

Vom 26.-28. Oktober 1938 wurden 17.000 Juden, die aus Polen stammten aber in Deutschland lebten, in einer Blitzaktion zuhause abgeholt und über die polnische Grenze verbracht. Durch eine besorgniserregende Postkarte seiner Schwester erfuhr der in Paris lebende 17-jährige polnische Jude Herschel Grynszpan am 3. November von dieser sogenannten Polenaktion. Seine Eltern waren ebenfalls von Hannover aus nach Polen deportiert worden. Er besorgte sich einen Revolver und begab sich zur Deutschen Botschaft in Paris, um dort aus Rache für das Leiden seiner Eltern einen deutschen Diplomaten zu erschießen. Grynszpan verlangte einen Legationssekretär zu

<sup>3</sup> GOLL, S. 136<sup>4</sup> GOLL, S. 136

sprechen, um ein wichtiges Dokument abzugeben. Als er daraufhin zu Ernst vom Rath geführt wurde, gab er fünf Schüsse auf diesen ab, dabei verletzte er ihn an der Schulter und durchschoss seine Milz. Am 9. November 1938, um 17.30 Uhr erlag vom Rath diesen Verletzungen. Der NS-Führung gab dieses Attentat den Vorwand, brutale Ausschreitungen gegen jüdische Bürger, jüdische Geschäfte und vor allem gegen jüdische Synagogen zu organisieren. Im Laufe der „Reichskristallnacht“ wurden 2.276 Synagogen zerstört, 7.500 jüdische Geschäfte zerstört und rund 30.000 jüdische Männer festgenommen. Bei den Aktionen wurden 91 Juden getötet.<sup>5</sup>

### 9. November 1938 – 15. Jahrestag des Hitlerputsches 1923

Wie es zu diesen gewaltbereiten Ausschreitungen kommen konnte, lässt sich dadurch erklären, dass der deutsche Diplomat an einem ganz besonderen Tag gestorben ist. Der 9. November galt im Jahr 1938 als der nationalsozialistische Kulttag schlechthin. Denn an diesem Tag wurde mit großem Aufwand in München und allen deutschen Gemeinden des 15. Jahrestages des Hitlerputsches am 9.11.1923 gedacht. Der Putsch gegen die Regierung in Berlin begann in München, der damaligen Hochburg der NSDAP. Der Umsturz des 9.11.1923 schlug zwar fehl, dieses Ereignis wurde jedoch nach der Machtübernahme 1933 zum symbolischen Fanal aufgewertet.<sup>6</sup>

Gerade der Gedenktag im Jahr 1938 zählte propagandamäßig zu einem der Höhepunkte der nationalsozialistischen Machtentfaltung. Zum 15jährigen Jahrestag wurden mit großem Prunk typische Massenveranstaltungen der NSDAP inszeniert, die die Volksmassen mitreißen und begeistern sollten. Am Vorabend, also am 8.11.1938, hielt Adolf Hitler wie 15 Jahre zuvor eine flammende Rede im Bürgerbräukeller. Am Morgen des 9. November versammelten sich die Parteigenossen vor dem Bürgerbräukeller. An ihrer Spitze marschierten Reichskanzler Adolf Hitler und die am Putsch beteiligten Parteigenossen bis zur Feldherrenhalle. Bei allen nationalsozialistischen Veranstaltungen spielten Symbole eine gewichtige Rolle. So wurde den Putschisten von 1923 die sogenannte Blutfahne vorweggetragen. Diese Fahne war bereits beim Aufstand 1923 dabei gewesen und wurde damals angeblich mit dem Blut der getöteten Parteifreunde getränkt. Am Wegrand standen in regelmäßigen Abständen zwei Säulen mit einem brennenden Becken. Immer wenn Adolf Hitler an den einzelnen Säulen vorbeiging, wurde über Lautsprecher der Name eines der 16 getöteten Putschisten aufgerufen.



Ernst vom Rath  
(oben) und sein  
Attentäter Herschel  
Grynszpan (unten)

<sup>5</sup> GOLL, S. 137

<sup>6</sup> SCHÜTZ, S. 351



An der Feldherrenhalle wurde am „Mahnmal für die Gefallenen des 9.11.1923“ die erste Gedenkveranstaltung abgehalten. Die Rückseite des Mahnmals trug die Inschrift „Und Ihr habt doch gesiegt!“ Dann ging der Marsch weiter zum Königsplatz, wo in zwei Ehrentempeln die Sarkophage der 16 Getöteten aufgestellt waren. Vor tausenden Mitgliedern aller NS-Organisationen fand hier eine beeindruckende Totenehrung durch den Reichsführer Adolf Hitler statt.<sup>7</sup> Dieser emotionsgeladene Tag klang am Abend in einer Parteiversammlung aus, bei der bekannt wurde, dass der Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath seinen Verletzungen erlegen war. Nachdem sich Adolf Hitler mit Propagandaminister Josef Goebbels besprochen hatte, verließ er die Veranstaltung und übertrug diesem die Organisation des nun folgenden Pogroms. Da die dann folgende Verständigung der einzelnen NS-Organisationen so schnell umgesetzt werden konnte, kann man davon ausgehen, dass sich die Nationalsozialisten seit dem Attentat von Herschel Grynszpan auf diese großangelegten, reichsweiten Aktionen gegen jüdische Bürger und deren Besitz vorbereitet hatten. Den Aufrufen der SA- und Gestapo-Reichsleitungen, die noch vor Mitternacht ergingen, folgten insbesondere in den Großstädten Trupps von zivil gekleideten SA-Männern und Parteiangehörigen. Ausgestattet mit Werkzeugen und Waffen brachen sie in Synagogen ein, steckten diese in Brand und zerschlugen die Schaufenster der jüdischen Geschäfte. Brutal gingen diese Schlägertrupps auch gegen Juden in ihren Wohnungen vor. Reichsweit wurden etwa 30.000 jüdische Männer in Schutzhaft genommen. Bei den Festnahmeak-

<sup>7</sup> SCHÜTZ, S. 352-357

Der Marsch zur Feldherrenhalle am 9.11.1933 in München zum 15. Jahrestag des Hitlerputsches mit der sogenannten „Blutfahne“.



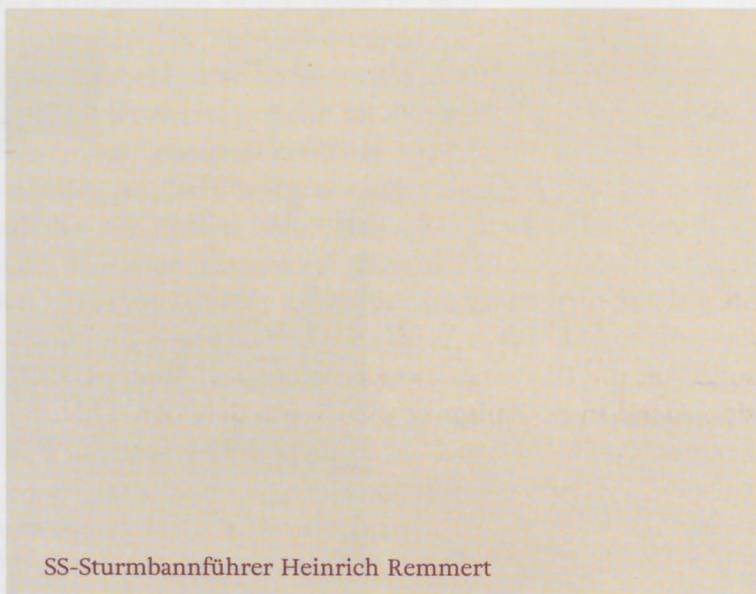
tionen wurden nicht nur die Männer, sondern oftmals auch ihre Familienangehörige misshandelt. Im Südwesten des Reiches kamen die Befehle der Reichspropagandaleitung erst verzögert am frühen Morgen des 10. November 1938 an.

### Verlauf der „Reichskristallnacht“ am 10.11.1938 in Lahr<sup>8</sup>

Zwischen 3 und 4 Uhr morgens wurde NSDAP-Kreisleiter Richard Burk in seiner Privatwohnung in der Stefaniestraße 19 telefonisch von Gaugeschäftsführer Rückert von der Gaupropagandaleitung in Karlsruhe informiert, dass es in Lahr im Laufe des Tages eine SS-Aktion geben würde. Burk erhielt die Anweisung, dass von Parteiseite nichts unternommen werden soll, Parteiangehörige hatten sich von den Aktionen fernzuhalten. Demonstrationen sollten nicht verhindert werden.

Auch SS-Sturmbannführer Heinrich Remmert vom SS-Sturmbann III/86, dem die einzelnen SS-Stürme mit ca. 60 SS-Männern in den Kreisen Lahr und Wolfach unterstanden, wurde zwischen 4 und 5 Uhr morgens von SS-Obersturmbannführer Greulich, dem Leiter der vorgesetzten 86. SS-Standarte in Offenburg, über die bevorstehenden Demonstrationen informiert und beauftragt, die männlichen Juden aus dem Sturmbannbereich Lahr in Schutzhaft zu nehmen. Es gibt vage Angaben, dass auch der Leiter der Gebietsführerschule der Hitlerjungen im Lahrer Reichswaisenhaus ebenfalls nachts durch den Sicherheitsdienst in Karlsruhe genauestens instruiert wurde.

<sup>8</sup> Alle nun folgenden Abläufe entstammen den Gerichtsakten zum Lahrer Synagogenprozess vom 30.06. – 01.07.1949, Staatsarchiv Freiburg F 179/6-159





Mit detaillierten Fernschreiben der Gestapoleitung in Berlin wurden Demonstrationen angeordnet, bei denen jüdische Geschäfte und Häuser zerstört werden durften. Synagogen sollten nur dann in Brand gesteckt werden, wenn keine benachbarten Häuser in Gefahr waren. Und es gab auch ganz konkrete Anweisungen, 20-30.000 möglichst wohlhabende Juden festzunehmen und diese den Konzentrationslagern zuzuführen. Die Hitlerjungen aus Lahr hatten die Rolle der aufgebrachtten Bevölkerung zu übernehmen und lautstark vor den jüdischen Wohnungen und Geschäften zu demonstrieren. Woraufhin die Lahrer SS die männlichen Juden in Schutzhaft nehmen sollte, um Schlimmeres zu verhindern. Die Lahrer Polizei erhielt die Anweisung, Demonstrationen nicht zu verhindern und sich den tumultartigen, judenfeindlichen Aktionen fernzuhalten. Ein Befehl, der ausgeführt wurde, obwohl für jedermann sichtbar viele Straftaten verübt wurden.

Gegen 6.30 Uhr ging Kreisleiter Burk in ziviler Kleidung zum SS-Sturmbannbüro im Neuen Rathaus und erfuhr dort von SS-Sturmbannführer Heinrich Remmert, dass dieser bereits seine SS-Männer beauftragt hatte, die Juden im gesamten Kreisgebiet in Schutzhaft zu nehmen. Um 7 Uhr wurden noch der ehemalige SS-Sturmbannführer Hans Radlbeck und Ernst Ebert, ein Angehöriger der motorisierten SS ins Sturmbannbüro beordert. Ebert erhielt den Auftrag, SS-Oberscharführer Kurt Still nach Grafenhausen zu fahren. Dort wurde ihnen von zwei Ortpolizisten ein Jude übergeben, den sie nach Kippenheim brachten, wo er sich den dort bereits versammelten Juden aus Ettenheim, Altdorf, Rust, Schmieheim und Kippenheim anschließen musste. Daraufhin war für Ebert der Auftrag erledigt, er nahm an keinen anderen Aktionen mehr teil.

Hans Radlbeck wurde in seiner Wohnung in der Bismarckstraße 4 verständigt und begab sich sofort ins nahe gelegene SS-Sturmbannbüro, das sich im Lahrer Rathaus gleich nebenan befand. Dort erhielt er in Anwesenheit von Kreisleiter Burk von Heinrich Remmert den Auftrag, die Juden Lederer und Ullmann zu ihrem Schutz ins Sturmbannbüro zu holen. Auf seine Nachfrage wurde ihm erklärt, dass die Schutzhaft nur bis zum Abend aufrechterhalten werden sollte, bis die Demonstrationen dann zu Ende seien. Radlbeck begab sich zuerst in die Luisenstraße 15, um dort den 49jährigen Leopold Lederer abzuholen. Der Großhandelskaufmann wohnte dort mit seiner Ehefrau Jenny. Ihre Söhne Hans (17 Jahre) und Walter (14 Jahre) sowie ihre Tochter Anneliese (16 Jahre) waren bereits zuvor zu ihrer Sicherheit in die Niederlande ausgereist. Als Radlbeck in den Haus-

flur des Anwesens Luisenstraße 15 kam, hörte er bereits einen heftigen Radau. Oben randalierten vor der Wohnungstür ca. 20 junge Männer der HJ-Gebietsführerschule Lahr lautstark und versuchten mit Gewalt den Glasabschluss der Eingangstür einzudrücken. Hierbei fielen auch Ausdrücke wie „haut den Juden“. Radlbeck schrie sie an und forderte sie auf, unverzüglich das Haus zu verlassen. Er begleitete sie hinab auf die Luisenstraße. Zurück im Haus, schloss er die Haustüre ab. Als er oben vor der Wohnungstür ankam, befanden sich dort bereits wieder 3-4 junge Männer, die durch die Hintertür ins Haus eingedrungen waren, auf dem Treppenabsatz. Er verjagte auch diese und drohte ihnen Prügel an, wenn sie wiederkämen. Die Zeugen dieses Vorfalles, Herr und Frau Elgott, bestätigten später diese Angaben. Auf sein Klopfen hin öffnete dann Frau Lederer die Wohnungstür. Er informierte sie, dass ihr Mann zum Neuen Rathaus kommen solle und dass er ihn zur Sicherheit dorthin begleiten werde. Zu Fuß gingen die beiden Männer dann in Richtung Neues Rathaus. Bei der katholischen Kirche wurde Herr Lederer von einem jungen Mann tätlich angegriffen, den Hans Radlbeck aber ebenfalls abwehren konnte.

Dank einer beachtlichen Dokumentation der Geschichte der Lahrer Juden von Hildegard Kattermann<sup>9</sup> kann man rekonstruieren, welche Schicksale die festgenommenen Juden und ihre Familien erleiden mussten. Leopold Lederer<sup>10</sup> wird fünf Wochen im Konzentrationslager Dachau behalten. Er blieb mit seiner Frau bis zum 22.10.1940 in Lahr und wurde mit ihr und allen anderen Juden, die noch nicht ausgewandert waren, nach Gurs deportiert. 1942 erfolgte dann der Abtransport ins Vernichtungslager Auschwitz, in dem beide umgebracht wurden. Ihre Kinder wurden in den Niederlanden aufgespürt und kamen ebenfalls in ein Konzentrationslager. Während die beiden Söhne im KZ Sobibor ermordet wurden, überlebte Anneliese Lederer das KZ Theresienstadt und lebte nach der Befreiung in der Tschechoslowakei, Schweden und Belgien.

Gegen 8.30 Uhr übergab Radlbeck den festgenommenen Lederer an Heinrich Remmert. Nun erhielt er Unterstützung durch SS-Obersturmführer Dinter, mit dem er weiter zur Wohnung von Oskar Ullmann in der Tiergartenstraße 8 ging. Der 59jährige Ledererhändler wurde zum Büro der NSDAP-Kreisleitung ins Alte Rathaus verbracht. Auf dem Weg dorthin scheint es zu keinerlei Übergriffen gekommen zu sein. Dinter und Radlbeck begaben sich daraufhin wieder ins SS-Sturmbannbüro ins Neue Rathaus. Oskar Ullmann<sup>11</sup> wurde vier Wochen, sein Bruder Bernhard Ullmann (Stefanienstraße

<sup>9</sup> KATTERMANN, Namensliste

<sup>10</sup> KATTERMANN, Namensliste

<sup>11</sup> KATTERMANN, Namensliste



41), der letzte Vorsteher der jüdischen Gemeinde Lahrs, fünf Wochen in Dachau festgehalten. Beide blieben mit ihren Ehefrauen in Lahr und wurden am 22.10.1940 gemeinsam nach Gurs deportiert. Aufgrund der unterschiedlichen Deportationen in Richtung Auschwitz und den unterschiedlichen Ankunftszeiten, kann man davon ausgehen, dass Elsa und Oskar Ullmann am 12.8.1942 und Johanna und Bernhard Ullmann am 4.9.1942 in Auschwitz-Birkenau ermordet wurden. Bernhard hatte seine Kinder retten können. Bereits 1936 hatte er seinen Sohn Hans (damals 22 Jahre) und die Zwillinge Edith und Ruth (15 Jahre) nach Palästina ausreisen lassen. Die einzige Tochter von Oskar Ullmann, die 27-jährige Irma Ullmann, musste miterleben, wie ihr Vater abgeholt und für einige Wochen in Dachau festgehalten wurde. Ihr gelang es, vor der Deportation der Eltern nach Halle umzuziehen und 1941 in die USA auszuwandern.

Im Sturmbannbüro erhielten Radlbeck und Dinter nun den Auftrag, den 56jährigen Textilkaufmann Sigmund Laufer aus dem Vulmersbergweg 12 zu holen. Wegen des weiten Weges und weil Radlbeck wusste, dass Herr Laufer kränklich war, holten sie zunächst das Auto aus Radlbecks Garage und fuhren mit diesem nach Burgheim. SS-Obersturmführer Dinter holte Herrn Laufer aus der Wohnung. Im Auto brachten sie ihn dann zum Sturmbannbüro. Sigmund Laufer<sup>12</sup> blieb sechs Wochen im KZ Dachau. Da er in privilegierter Mischehe mit einer nichtjüdischen Frau lebte, wurde er am 20.10.1940 nicht nach Gurs deportiert. Es ist nicht belegt, wann er dann doch verhaftet wurde, denn 1945 wurde er durch die Amerikaner im KZ Theresienstadt befreit und kehrte nach Lahr zurück. Er starb am 16.1.1963 in Herbolzheim.

Nach der Rückkehr (ca. 10.00 Uhr) ins Sturmbannbüro erhielten die beiden von Heinrich Remmert den Auftrag, in den Südbezirk zu fahren, um dort die eingesetzte SS bzw. die Gendarmerie zu unterstützen. Da sie in Kappel und Rust aber niemand antrafen, fuhren sie wieder in Richtung Lahr. In Kippenheim trafen sie am Rathaus auf einen großen Menschenauflauf. Der Ortspolizist an der Rathhaustür erklärte ihnen, dass sich im Rathaussaal eine Anzahl Juden und einige SS-Führer befinden würden. Oben im Rathaus trafen sie Heinrich Remmert und den SS-Hauptsturmführer Karl Friedrich Rieflin aus Langenwinkel. Radlbeck meldete, dass er im Südbezirk nicht benötigt werde, woraufhin ihn Remmert nach Lahr entließ. In der Bismarckstraße angekommen, trennten sich die beiden SS-Männer.

<sup>12</sup> KATTERMANN, Namensliste

SS-Hauptsturmführer Karl Friedrich Rieflin





Das Schuhhaus Haberer in  
der Friedrichstraße in Lahr

In Lahr fand seit 8 Uhr im Gasthaus Löwen eine Versammlung der Kreisbürgermeister statt, zu der der Landrat Paul Strack bereits einige Tage zuvor eingeladen hatte. Auch NSDAP-Kreisleiter Richard Burk nahm bis um 10 Uhr an dieser Versammlung teil und begab sich dann auf Inspektionsreise nach Kippenheim und Ettenheim, um sich über den Ablauf der dortigen Judenaktionen zu erkundigen. Bis 12 Uhr kehrte er jedoch wieder zur Versammlung zurück und unterbrach diese. Die Bürgermeister wurden aufgefordert, sich auf den Urteilsplatz zu begeben. Dort hatte sich vor der Schuhhandlung Leo Haberer, Friedrichstraße 6, bereits eine große Menschenmenge versammelt. Der Schuhmacher Tibi sowie der Lumpensammler Wendelin Schorpp stachelten einen Trupp von Hitlerjungen der Lahrer HJ-Gebietsführerschule mit den Worten „nur drauf“ an, den



Schuhladen zu demolieren und die Ware auf die Straße zu werfen. Diese Aktionen liefen unter lautem Gejohle der Hitlerjungen ab. Die Schüler der Friedrichschule, die schulfrei erhalten hatten, um bei der Judenaktion mitzumachen, kamen hinzu und mischten nun teilweise ebenfalls mit. Der 12-jährige Sohn des Lumpensammlers, Kurt Schorpp, der in der Lahrer Hitlerjugend war, kletterte die Regenrinne hinauf bis auf den Balkon im 1. Stock und drang in die Wohnung ein, wo die 55-jährige Anna Haberer, ihre 30-jährige Tochter Hilda und Leo Haberers Schwester Delphine Haberer (64 Jahre) verängstigt saßen. Er warf einige Sofakissen hinunter auf die Straße. Nach der Aussage von zwei Zeitzeugen wurde Leo Haberer bei dieser Aktion von SS-Männern festgenommen. Bei seinem Abtransport wurde er vom SS-Mann Stolz geohrfeigt. In einem Ermittlungsbericht erwähnte Kriminalassistent Lauenroth ebenfalls, dass Stolz, der später im Krieg gefallen sein soll, bei dieser Aktion als Hauptakteur aufgetreten ist. Der 65jährige Leo Haberer<sup>13</sup> verbrachte drei Wochen im KZ Dachau. Noch im November 1938 wurde das Schuhgeschäft verkauft. Arisiert hieß das damals in der Amtssprache der Nationalsozialisten. Die Familie musste daraufhin ins Judenhaus in die Schlosserstraße 5 umziehen. Leos Bruder Eugen, der mit seiner Frau Fanny Haberer (51 Jahre) in der Metzgerstraße 14 wohnte, wurde am 10.11.1938 ebenfalls verhaftet. Er starb am 29.6.1940 mit 64 Jahren. Leos Tochter Hilda konnte 1939 in die USA ausreisen. Leo Haberer, seine Frau Anna und seine Schwester Delphine sowie seine Schwägerin Fanny wurden am 22.10.1940 nach Gurs deportiert. Leo Haberer und seine Schwester Delphine wurden nacheinander in mehrere Lager verlegt. Leo wurde 1943 befreit und zog 1946 in die USA, wo er am 23.10.1959 verstarb. Delphine hat ebenfalls die Lager überlebt und kam 1955 ins jüdische Altersheim nach Grafenstaden bei Straßburg, wo sie am 21.5.1961 verstarb. Leos Ehefrau hatte nicht so viel Glück. Sie wurde am 24.8.1942 im KZ Auschwitz ermordet. Seine Schwägerin Fanny wurde aus einem Kloster deportiert und am 4.11.1942 im KZ Auschwitz ebenfalls umgebracht.

Um 12.30 Uhr verließ Landrat Paul Strack das Landratsamt in der Friedrichstraße 17 und wollte über den Urteilsplatz nach Hause gehen, um dort zu Mittag zu essen. Vor dem Schuhhaus Haberer bemerkte er die Zerstörung durch den Mob. Doch anstatt Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu ergreifen, verließ er angeekelt diesen Tatort.<sup>14</sup> Die Staatsanwaltschaft Offenburg warf ihm während des Synagogenprozesses vor, dass er weitere Zerstörungen und Plünderungen hätte unterbinden müssen.

<sup>13</sup> KATTERMANN, Namensliste

<sup>14</sup> Ermittlungsakte, Vernehmung Landrat Paul Strack am 07.06.1947

Kurz darauf müssen die Bürgermeister mit verfolgen, wie unter großem Gejohle und unter Begleitung einer größeren Menge ca. 85 festgenommene Juden aus Ettenheim, Altdorf, Rust, Schmieheim und Kippenheim die Marktstraße heraufgeführt und zum Landratsamt begleitet wurden. Anführer dieses Zuges war SS-Sturmbannführer Karl Friedrich Rieflin, der Chef des Lahrer Sicherheitsdienstes. Er hatte am Morgen den Auftrag übernommen, mit einem Lastwagen voller Hitlerjungen nach Kippenheim zu fahren, dort die Synagoge zu zerstören und dann den Transport der festgenommenen Juden aus dem Südbezirk zu überwachen. Aus der Vernehmung des Kippenheimer Bürgermeisters Friedrich Spielmann ist bekannt, dass auch die Bürgermeister des Südbezirkes am frühen Morgen, bevor sie zur Bürgermeisterversammlung nach Lahr gefahren sind, über die anstehenden Festnahmen der Juden informiert worden waren. Nun sahen sie zu, wie diese an ihnen vorbeigeführt wurden. Auch Kreisleiter Burk war Zeuge dieser Geschehnisse.

Die rasenden Demonstranten zogen dann unter der Anführung von Tibi und Schorpp weiter zur Zollamtstraße 5 zur Metzgerei und zum Weinrestaurant Karl Haberer. Auch dort wurde in den Laden eingedrungen und alles demoliert. Der Schumacher Tibi ging beim Zerschlagen der Möbel besonders engagiert zur Sache. Wendelin Schorpp war nun dabei, als die Hitlerjungen die Wurstwaren und Kalbsköpfe auf die Straße warfen und auf ihnen herumtrampelten. Michael Schorpp, der Bruder des Lumpensammlers, der mittlerweile hinzugestoßen sein musste, tobte sich derweilen im benachbarten Weinlokal aus. Ob dann mit Unterstützung der Hitlerjungen auch die Weinfässer im Keller geleert werden, wurde nie ganz geklärt. Zerstört wurden sie auf jeden Fall nicht, da belegt ist, dass diese Fässer später an einen anderen Lahrer Weinhändler verkauft wurden. Der 75jährige Metzgermeister Karl Haberer<sup>15</sup> wurde verhaftet und verbrachte obwohl hochbetagt einige Wochen im Konzentrationslager Dachau. Nach seiner Rückkehr starb der gebrochene Mann am 3.12.1938. Karls Ehefrau Marie Haberer war bereits 1930 verstorben. Sein Sohn Ernst Haberer, ebenfalls Metzgermeister, konnte im Jahr 1937 mit 36 Jahren in die USA auswandern. Karls Tochter Julie Haberer (46 Jahre) konnte sich während der Aktion in den Geschäftsräumen ihres Vaters in die Nachbarwohnung zu Nothburga Schmidt flüchten. Am 22.10.1940 wurde sie nach Gurs deportiert und kam 1942 in ein Vernichtungslager im Osten, wo sie verschollen ist. Es ist davon auszugehen, dass sie dort wie alle anderen Lahrer Juden, die aus Gurs abtransportiert worden waren, ebenfalls ermordet wurde.

<sup>15</sup> KATTERMANN,  
Namensliste



Kehren wir nun wieder zu Hans Radlbeck zurück. Kurz nach seiner Rückkehr nach Lahr erhielt er von Heinrich Remmert den Auftrag, zum Schuhhaus Haberer in die Friedrichstraße zu gehen, weil dort Scheiben eingeworfen wurden. Er sollte dort nach dem Rechten sehen. Bei seinem Eintreffen um ca. 13 Uhr waren bereits beide Schaufensterscheiben zerstört. Einige Demonstranten warfen immer noch Steine auf die Holzverkleidung im Schaufenster. Er musste also dort angekommen sein, als die eigentliche Aktion bereits beendet war und die Demonstranten in die Zollamtstraße weitergezogen waren. Er forderte die jungen Männer sofort auf, das Werfen einzustellen und auseinander zu gehen, was diese nach mehrfacher Aufforderung auch taten. Radlbeck vermutete bei seinen Vernehmungen, dass es sich dabei um unbekannte Männer der Gebietsführerschule gehandelt hatte. Nachdem er die letzten Demonstranten vor dem Schuhgeschäft Haberer vertrieben hatte, wollte Hans Radlbeck wieder nach Hause gehen. An der Ecke Friedrichstraße/Adolf-Hitler-Straße, so hieß damals die Lahrer Marktstraße, kam ihm ein Junge entgegengesprungen, der ihn mit seinem Namen ansprach. Radlbeck wurde dringend aufgefordert, zum Marktplatz zu kommen, wo man die Schaufensterscheiben des Kaufhauses Dreyfuss einwarf. Im Eilschritt lief er dorthin und kam gerade noch rechtzeitig, bevor die ganze Schaufensterscheibe zu Bruch ging. Ein kleines Loch befand sich bereits in der Scheibe. Er verhinderte energisch weitere Steinwürfe und verscheuchte 6-8 junge Steinewerfer. Er verschloss die Schaufensterläden und ließ diese sicherheitshalber vernageln. Diese Aktionen wurden später durch zwei Zeugen bestätigt. Dann ging er nach Hause. Die demolierten Geschäfte wurden anschließend von Lahrer SS-Männern bewacht, um weitere Beschädigungen zu verhindern.

<sup>16</sup> KATTERMANN, Namensliste

Soweit der Tagesablauf nach den Vernehmungsakten der Staatsanwaltschaft. Aufgrund der Aussagen in den Prozessakten des Lahrer Synagogenprozesses konnten nur vier Verhaftungen belegt werden. Es ist jedoch bekannt, dass insgesamt 18 Lahrer Juden festgenommen und nach Dachau verbracht wurden: außer den bereits genannten waren dies Sally Bruchsaler, Bahnhofstraße 4, Ernst Dreyfuß, Marktplatz 5, Hermann Hauser, Bertholdstraße 8, Bernhard Kahn, Luisenstraße 13, Julius Kaufmann, Burgheimerstraße 14, Berthold Maier, Schützenstraße 8, Karl Maier, Kirchstraße 28, Fritz Valfer, Schlosserstraße 7, Leopold Weil, Altvaterstraße 7 und Moritz Weil und sein Sohn Theo-David Weil, Neuwerkhof 8.<sup>16</sup>

Sof Nr	Zugl. Nr.	Name	Vorname	Art	Geb. Ort	geb. Ort	geb. Ort	geb. Ort	Beruf	Wohnort + Straße
20977		Berndt	Lehrer	SS. B.	1899	Walden	Walden	Walden	Kaufmann	Breslau, Bismarckstr. 10
20978		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20979		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20980		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20981		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20982		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20983		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20984		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20985		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20986		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20987		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20988		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20989		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20990		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20991		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20992		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20993		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20994		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20995		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10
20996		Walt	Bankier	"	1899	Walden	Walden	Walden	"	Breslau, Bismarckstr. 10

Es steht fest, dass die Festnahmen durch Lehrer SS-Männer durchgeführt wurden, die dabei allerdings nicht so glimpflich vorgehen, wie es Hans Radlbeck in seinen Vernehmungen geschildert hatte. Dies wird von der Jüdin Hanna Eiermann in einem Brief<sup>17</sup> an ihre Eltern beschrieben:

*Hier in Lahr hat die Gebietsführerschule gehaust wie das Vieh. Das Brüllen allein war nimmer menschlich zu nennen. Man hat die Leute, und zwar gerade solche, die als grundanständig und reell seit Jahrzehnten hier bekannt sind, aus den Betten gerissen, verprügelt, im Nachthemd durch die Stadt geschleift unter Grölen und Johlen. Man hat den Vorübergehenden Steine in die Hände gedrückt und sie zum Werfen aufgefordert. Aber die Volksempörung wollte und wollte sich nicht einstellen! Ich habe nur Empörung über das Geschehene bei allen anständigen Menschen gesehen!*

Auch Hildegard Kattermann hat durch ihre Kontakte zu überlebenden Zeitzeugen mehr über die Festnahmeaktionen erfahren, als in den Prozessakten zu lesen war, denn Frau Kattermann berichtet davon, dass auch Wohnungsfenster mit Steinen eingeworfen wurden, Möbel aus den Wohnungen und Kultgegenstände aus dem Betsaal

Hier eine Seite aus dem Eingangsbuch des KZ Dachau vom 11.11.1938: Eingangsnummer 20.972 Leo Haberer, Nr. 20.973 Moritz Weil, Nr. 20.974 Berthold Maier, Nr. 20.979 Karl Maier und Nr. 20.993 Eugen Haberer.

<sup>17</sup> STUDE, S. 161



in der Bismarckstraße 12 auf die Straße geworfen wurden und die jüdischen Männer mit roher Gewalt am frühen Morgen in ungenügender Kleidung aus den Wohnungen gezerrt und auf Lastwagen verladen wurden, dabei sind manche der Männer wie der 75jährige Metzgermeister Haberer blutig geschlagen worden.<sup>18</sup> Die Erwähnung, dass Lastwagen zum Abtransport verwendet wurden, lässt darauf schließen, dass diese Verhaftungen durch die anderen Lahrer SS-Männer durchgeführt wurden. Ihre brutale Vorgehensweise dokumentiert uns aber noch heute, dass die Lahrer SS bei Weitem nicht daran dachte, die Juden nur in Schutzhaft zu nehmen und sie dadurch vor den Demonstrationen der aufgehetzten Hitlerjungen in Sicherheit zu bringen.

Am Nachmittag wurden sämtliche Juden vom Landratsamt in den Milchhof in die Kaiserstraße gebracht, wo sie von SS-Leuten bewacht wurden. Es gab in den Prozessakten keinerlei Hinweise, dass der Gefangenentross beim Marsch durch Lahr gedemütigt wurde, wie es z.B. im benachbarten Offenburg<sup>19</sup> oder in Baden-Baden der Fall gewesen war. Der Chef der Lahrer Polizei, Polizeihauptmann Ludwig Walter, erhielt von Landrat Paul Strack den Auftrag, am Abend für den Abtransport der Juden zu sorgen. Von der Stadtverwaltung erhielt er die Order, die Festgenommenen vorher zu verpflegen. In der benachbarten Gaststätte Rössle organisierte Walter eine Suppe. Die Suppe wurde von Gastwirt Wilhelm Bertsch an die Gefangenen ausgegeben. Der Abtransport der Juden gegen 20.00 Uhr zum Lahrer Bahnhof erfolgte noch durch die Lahrer SS. Erst dort übernahm Walter die Begleitung mit acht seiner Kollegen. Die jüdischen Männer wurden in zwei Personenwagons untergebracht, die auf dem Dinglinger Bahnhof an einen Sammeltransport aus ganz Baden angehängt wurden. Die Wagons wurden jeweils von Polizeibeamten der einzelnen Städte begleitet. Gegen 10.00 Uhr am Morgen des 11.11.1938 kam der Sonderzug auf dem Bahnhof in Dachau an. Die Polizeibeamten mussten den Zug verlassen, der von SS-Männern des Konzentrationslagers Dachau übernommen wurde. Mit einer Stichbahn wurden die Juden dann ins KZ Dachau abtransportiert.<sup>20</sup>

In der Lahrer Zeitung wurde am 12.11.1938 lediglich berichtet, dass es nach dem Tod vom Raths am Donnerstag dem 10.11.1938 „vor den Behausungen der Söhne Israels“ zu spontanen Demonstrationen gekommen sei, bei denen auch jüdische Geschäfte demoliert wurden und dass deshalb „eine größere Anzahl Juden in Schutzhaft genommen werden mussten“. Die Deportation ins Konzentrationslager Dachau wurde auch in den Folgetagen mit keinem Wort erwähnt.

<sup>18</sup> Kattermann, S. 22/23

<sup>19</sup> RUCH, S. 9

<sup>20</sup> Ermittlungsakte, Vernehmung Polizeihauptmann Ludwig Walter

Am 10.11.1938 wurden nachweislich reichsweit fast 30.000 Juden festgenommen. 10.911 Juden, davon etwa 4.600 aus Wien, wurden ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Die Gefangenen mussten oft stundenlange Appelle in der Novemberkälte über sich ergehen lassen. Auch die Lahrer Juden wurden ständig geschlagen und gedemütigt. Diese Torturen hielten an, bis die gebrochenen Männer zusagten, nach ihrer Rückkehr nach Lahr aus dem Deutschen Reich auszureisen, und versprachen, über die Misshandlungen zu schweigen. Sollten sie diese Versprechen nicht einhalten, wurde damit gedroht, dass dann die gesamte Familie in ein Konzentrationslager käme. Die Angst vor dieser Deportation ließ die freigelassenen Juden tatsächlich schweigen. Überlebende Familienmitglieder haben das immer wieder bestätigt.

<sup>21</sup> GOLL, S. 135

<sup>22</sup> GOLL, S. 193

<sup>23</sup> KATTERMANN, Namensliste

Durch die Festnahmeaktionen am 10.11.1938 wurde somit lediglich die Vertreibung der deutschen Juden aus dem Deutschen Reich vorbereitet. Mit der Ausreise war eine Enteignung der jüdischen Besitztümer verbunden, denn nach der Veräußerung des Eigentums musste die Verkaufssumme auf ein deutsches Konto hinterlegt werden, so dass dieses nach der Auswanderung im Deutschen Reich zurückblieb.<sup>21</sup> Genau auf dieses Geld hatten es die Nazistrategen abgesehen, um den bereits geplanten Krieg mitzufinanzieren. Das besonders Perfidie der nationalsozialistischen Politik bestand zusätzlich darin, dass die Geschädigten für die zerstörten Güter an das Reich eine Entschädigung in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark zu zahlen hatten.<sup>22</sup> Vor der Reichskristallnacht waren bereits 56 Lahrer Juden ins Ausland ausgeweist. Nach der Entlassung aus dem KZ Dachau hat es keiner der festgenommenen Männer mehr geschafft, das Land zu verlassen. Insbesondere der Kriegsbeginn im September 1939 hat dies verhindert. Als dann am 22.10.1940 die restlichen 26 in Lahr verbliebenen Juden in das Pyränenlager nach Gurs<sup>23</sup> deportiert wurden, war die Vernichtung der Juden immer noch nicht geplant. Als Alternative war unter anderem auch eine Deportation auf die afrikanische Insel Madagaskar angedacht gewesen.

Die so genannte „Endlösung der Judenfrage“, also ihre totale Vernichtung, wurde dann erst im Zuge des Zweiten Weltkrieges ermöglicht bzw. begünstigt und bei der so genannten Wannseekonferenz am 20.1.1942 beschlossen. Begünstigt durch den Krieg deshalb, weil die eigens dazu errichteten Vernichtungslager weit weg vom Deutschen Reich, auf besetztem polnischem Boden entstehen konnten.



Die zerstörte Synagoge in Kippenheim. Der Mann in Uniform ist vermutlich SS-Hauptsturmführer Karl Friedrich Rieflin.



### Der Lahrer Synagogenprozess vom 30.6. – 1.7.1949<sup>24</sup> Erste Strafverfolgungen

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges nahmen die alliierten Streitkräfte die deutschen Soldaten in Kriegsgefangenschaft. Man war stark daran interessiert, Kriegsverbrecher und besonders aktive Parteimitglieder vor einem ordentlichen Gericht zur Verantwortung zu ziehen. So wurden schon bald SS-Angehörige und herausragende NSDAP-Politiker in besonderen Internierungslagern zusammengeführt. In Lahr wurde das ehemalige Reichsarbeitslager in Dinglingen zu einem Gefangenenlager umfunktioniert. Um den schrecklichen Maßnahmen des nationalsozialistischen Reiches gerecht zu werden, wurde von den Siegermächten am 20.12.1945 das Kontrollratsgesetz Nr. 10 erlassen. Mit diesem Gesetz wurde bekräftigt, dass Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eines besonderen Strafverfahrens unterzogen werden mussten.

Der erste Kriegsverbrecherprozess in der französischen Besatzungszone fand am 15.5.1946 im Rastatter Schloss statt<sup>25</sup>, in dem später auch der Prozess gegen die Lagerbesatzungen des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof verhandelt wurden. Bei diesem Prozess wurde auch der bereits erwähnte SS-Hauptsturmführer Karl Friedrich Rieflin, der nach seiner Bewerbung vom 8.6.1943<sup>26</sup> bis zum September 1944 als Aufseher im KZ Struthof eingesetzt worden war, wegen Grausamkeiten gegenüber den KZ-Häftlingen zu lebenslanger Haft mit Zwangsarbeit verurteilt.

<sup>24</sup> Die folgenden Inhalte wurden den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft Offenburg entnommen.

<sup>25</sup> WALTER, S. 222

<sup>26</sup> Bewerbungsschreiben Rieflins, Museum des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof im Elsass.

Im Auftrag der französischen Militärregierung wurde von den badischen Staatsanwaltschaften aber auch gegen die Akteure des 10. Novembers 1938 ermittelt. Und so kam es dann auch zu zahlreichen so genannten „Synagogenprozessen“. Wie Martin Ruch in seinem Buch berichtet, gab den Anstoß für einen der ersten Prozesse der Offenburger Jude Gustav Haberer, der den Holocaust überlebt hatte und im Jahr 1946 an den neugewählten Offenburger Stadtrat mit der Bitte herantrat, die Vorfälle von damals zu untersuchen.<sup>27</sup> So kam es, dass dieser Stadtrat am 6.11.1946 die Staatsanwaltschaft um Prüfung bat, ob die Offenburger Täter zur Verantwortung gezogen werden können. Die Hauptverhandlung fand dann vom 14.-21.6.1948 vor dem Offenburger Landgericht statt.<sup>28</sup>

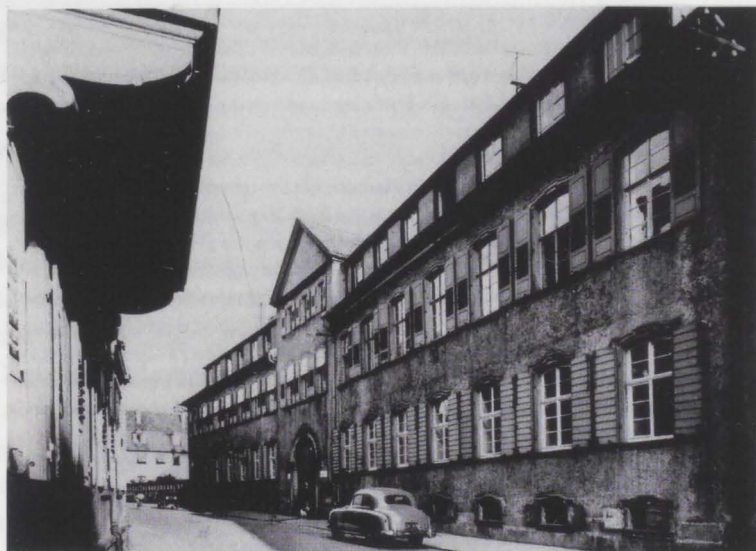
Dort wurden dann auch vom 20. bis 23. Oktober 1948 der „Ettenheimer Synagogenprozess“ und vom 30. Juni bis 1. Juli 1949 der „Lahrer Synagogenprozess“ verhandelt. Beide Prozesse kamen zustande, weil es im Landkreis Lahr ebenfalls einen überlebenden Juden gab, der die französischen Justizbehörden 1946 und die Oberstaatsanwaltschaft Offenburg im Mai 1947 über die Vorfälle in Ettenheim und Kippenheim informierte. Der Ettenheimer Rechtsanwalt Alfred Strupp wurde wegen seiner jüdischen Abstammung am 9. November 1938 in Ettenheim verhaftet und über Lahr ins KZ Dachau verbracht. Der Deportation im Oktober 1940 ist er entgangen, da er mit einer nichtjüdischen Frau verheiratet war. Dennoch kam er später ins KZ Theresienstadt, das er bis zu dessen Befreiung am 8. Mai 1945 durch die russischen Truppen überlebte.<sup>29</sup>

<sup>27</sup> RUCH, S. 46/47

<sup>28</sup> RUCH, S. 94/95

<sup>29</sup> SCHELLINGER  
2002, S. 178

Das Offenburger Landgericht, in dem die Synagogenprozesse stattfanden.





## Vorermittlungen der Staatsanwaltschaft Offenburg

Aufgrund der Informationen von Alfred Strupp eröffnete die Staatsanwaltschaft Offenburg zwei getrennte Ermittlungsverfahren, um die Ereignisse in Ettenheim und Lahr genauer zu erforschen. Der erste Auftrag zur Suche nach möglichen Tätern in Lahr erging am 26.3.1947. Bis zur Eröffnung der Hauptverhandlung am 30.6.1949 vor dem Landgericht bemühte sich die Staatsanwaltschaft Offenburg mit Hilfe der Kriminalpolizei in Lahr und anderen Untersuchungsstellen über zwei Jahre lang, Licht ins Dunkel der Lahrer Geschehnisse zu bringen. Das ist ihr aber nur in begrenztem Maße gelungen, denn letztendlich konnten nur fünf Tatverdächtige ermittelt werden.<sup>30</sup> Dass nicht mehr Täter gefunden werden konnten, könnte zum einen am fehlenden Geschick und Sachverstand der ermittelnden Untersuchungsführer oder am mangelnden Interesse der beteiligten Behördenvertreter gelegen haben. Nämlich am mangelnden Interesse, die Wahrheit des Jahres 1938 tatsächlich aufzudecken. Schließlich waren die Ermittler bereits während der Nazizeit tätig und sind offensichtlich nach Ende des Krieges problemlos entnazifiziert worden, so dass sie nun wieder das gleiche Amt wahrnehmen konnten.

<sup>30</sup> Ermittlungsakte,  
Anklageschrift vom  
31.03.1947

Der Lahrer Kriminalassistent Lauenroth erwies sich als besonders geschickt, denn er konnte sehr rasch in der schwierigen Nachkriegszeit herausfinden, dass vom bis zu 30 Mann zählenden SS-Sturmabteilung III/86 fünf Männer im Krieg gefallen waren und elf Männer sich entweder in Kriegsgefangenschaft befanden oder vermisst wurden. Drei SS-Männer saßen in Dinglinger Internierungshaft, sieben andere befanden sich in den Internierungslagern in Dachau, Darmstadt oder Augsburg. Fünf weitere SS-Angehörige befanden sich auf freiem Fuß, da ihnen bislang nichts vorgeworfen werden konnte. Trotz dieser überaus erstaunlichen Ermittlungsergebnisse gelang es den erfahrenen Kriminalisten aber nicht, diesen Sturmabteilungsmännern auch eine Beteiligung nachzuweisen. Ermittlungstaktisch unklug war es, die Vernehmung dieser aufgrund ihrer SS-Zugehörigkeit vermeintlich Tatverdächtigen durchzuführen, bevor ausreichende, belastende Zeugenaussagen vorlagen. Mit Sicherheit muss es auch in Lahr einige Zeitzeugen gegeben haben, die sich während der Nazizeit zumindest gedanklich von gewissen Gewaltexzessen und somit auch von den Verhaftungen des 10. November 1938 distanziert hatten. Solche Zeugen hätten mit Sicherheit auch dazu beitragen können, die anderen SS-Männer, die ebenfalls Verhaftungen durchgeführt haben

mussten, zu identifizieren. Doch solche Zeugen wurden weder ermittelt, noch scheinen sie sich freiwillig gemeldet zu haben.

Ohne diese belastenden Zeugenaussagen fiel es den Lahrer SS-Angehörigen sehr leicht, sich durch vermeintliche Alibis zu entlasten. Der eine war im November 1938 im Krankenhaus, ein anderer war mit seinem Chef auf Dienstreise und alle Vernommenen gaben an, auch später von ihren Kollegen nie erfahren zu haben, wer denn tatsächlich dabei gewesen war. Sehr oft ist in den Prozessakten folgende Aussage zu lesen: *„Wenn es auch komisch klingt, so kann ich beim besten Willen nicht angeben, von wem eigentlich die Juden festgenommen wurden.“* Ansonsten wiederholen sich die Kriminalbeamten in den Resümees ihrer Ermittlungen ständig: *„Die Vernehmungen haben nichts Positives ergeben, was zur Ermittlung der Täter hätte führen sollen.“*<sup>31</sup>

Obwohl sich Landrat Paul Strack und sein Stellvertreter, Regierungsrat Arnold Knöpfler, der nach der Zerstörung der Kippenheimer Synagoge persönlich vor Ort war, bei ihren Anhörungen in Widersprüche verstrickten, wurde ihren entlastenden Aussagen Glauben geschenkt. Der Staatsanwalt, der die Vernehmungen stets zugeleitet bekam, stellte ebenfalls deren Aussagen nicht in Zweifel. Am meisten enttäuscht, dass er keinerlei gezielte Ermittlungen in Richtung der HJ-Gebietsführerschule „Fritz Kröber“ gegeben hat. Schließlich lagen genügend Zeugenaussagen vor, dass die aufgehetzten Hitlerjungen bei den Verhaftungsaktionen und bei der Zerstörung der jüdischen Geschäfte stets dabei gewesen waren. Warum nur hatte die Staatsanwaltschaft Offenburg deshalb nicht konkret in diese Richtung ermittelt?<sup>32</sup>

Um fundiertere Vernehmungsergebnisse zu erhalten, hätte man so wichtige Anhörungen wie die des tatverdächtigen NSDAP-Kreisleiters Richard Burk, die im Internierungslager in Freiburg stattfanden, nicht fremden Kriminalbeamten ohne großes Hintergrundwissen überlassen dürfen. Bei diesen Vernehmungen konnten widersprüchliche Aussagen nicht herauskristallisiert bzw. solche als Vorhalt zielgerichtet gegen den Vernommenen verwendet werden. Außerdem wurde sehr viel Zeit und Energie in Vernehmungen von Kippenheimer Zeugen investiert, um dort belastende Hinweise gegen Richard Burk zu sammeln. In Lahr konnte nicht herausgefunden werden, ob der Kreisleiter doch für die Anordnung der Demonstrationen verantwortlich gewesen war. So wurde gegen ihn im Lahrer Verfahren auch keine Anklage erhoben. Als zweitrangiger Nebentäter wurde er allerdings im Ettenheimer Verfahren angeklagt. Aufgrund seiner geschickten Verteidigung konnte er dort lediglich einer „gemein-



Landrat Paul Strack

<sup>31</sup> SCHELLINGER 2002, S. 183

<sup>32</sup> SCHELLINGER 2002, S. 185



schädlichen Sachbeschädigung“ überführt werden, wofür er zu einer einmonatigen Haftstrafe verurteilt wurde.<sup>33</sup> In seinem Auftrag waren die Gesetzestafeln von der Kippenheimer Synagoge heruntergestoßen worden.

Es ist unvorstellbar, dass der bedeutende NS-Führer Richard Burk, der seit Januar 1937 die Kreisleitung über 4.000 Parteigenossen in Lahr übernommen hatte und deshalb eine herausragende Rolle im nationalsozialistischen Machtgefüge innehatte, keine Anweisungen weitergegeben haben oder anderweitig an den Abläufen dieses ereignisreichen Tages beteiligt gewesen sein soll. Schließlich war er doch der Erste, der in Lahr über die zu erwartenden Judenaktionen informiert worden war. Der Synagogenprozess war auch das einzige Verfahren, in dem Richard Burk angeklagt wurde. Seine zweifelhafte Rolle gerade in den letzten Kriegstagen wurde nie untersucht. In einem Flugblatt vom 17. April 1945, also einem Tag vor dem Einmarsch französischer Armeeeinheiten in Lahr, kündigte er an, „dass neue Divisionen und auf das modernste bewaffnete Verbände den Feind im Osten aufhalten werden“ und dass denjenigen, die eine weiße Fahne hissen, die Todesstrafe droht.<sup>34</sup> Gerade durch diese Order, dass man sich nicht ergeben dürfe, wurde die Einnahme Lahrs durch die anrückenden französischen Streitkräfte verzögert, so dass diese die letzten Kampfflugzeuge nach Lahr schickten, die nochmals viele Häuser zerstörten.

Während sämtlicher Vernehmungen wurde lediglich noch ein einziger SS-Mann erwähnt, der eine Verhaftung durchgeführt haben soll: der SS-Oberscharführer Karl Still. Still war während des Krieges an der Ostfront gefallen und konnte somit nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Somit war es auch für das Ansehen der Lahrer SS nicht mehr schädlich, wenn die Ermittlungsführer einen weiteren SS-Mann mit den Festnahmen in Verbindungen bringen konnten.

Nachdem es im September und Oktober 1948 endlich gelungen war, auch die beiden Hauptverdächtigen Radlbeck und Remmert zu vernehmen, wurden die Vorermittlungen abgeschlossen. Am 31.3.1949 erhob Staatsanwalt Karl Nägele beim Landgericht Offenburg Anklage wegen Freiheitsberaubung in Tateinheit mit einer Beihilfe der Zwangsverschleppung gegen Ernst Ebert, Hans Radlbeck und Heinrich Remmert und gegen die Schorppbrüder wegen Rädelsführerschaft bei den am 10.11.1938 stattfindenden Gewaltaktionen gegen die Lahrer Juden.<sup>35</sup>

<sup>33</sup> SCHELLINGER 2002, S. 188 und SCHELLINGER 2010

<sup>34</sup> Flugblatt des NSDAP-Kreisleiters Richard Burk vom 17.04.1945, Stadt-AL Sammlungen Geschichte Mappe 9 (Zweiter Weltkrieg)

<sup>35</sup> Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Offenburg vom 31.03.1939, Seite 1-8

## Das Gerichtsverfahren am 30.6./1.7.1949

Leider konnten im Staatsarchiv Freiburg keine Gerichtsakten des Lahrer Synagogenprozesses erhoben werden. In den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft sind lediglich ein Kurzprotokoll des zweitägigen Prozesses, der schließlich am 30. Juni und 1. Juli 1949 vor dem Landgericht Offenburg stattfand, und das 34-seitige Urteil enthalten. Die Verhandlung fand unter der Leitung von Landgerichtspräsident Dr. Pfeiffer statt. Dem Geschworenengericht gehörten neben Amtsgerichtsrat Friedrich und Gerichtsassessor Dr. Reichert noch sechs Schöffen an.<sup>36</sup> Oberstaatsanwalt Karl Nägele vertrat die Anklage. An den beiden Verhandlungstagen wurden 22 Zeugen gehört, sämtliche Angeklagte plädierten auf nicht schuldig.

Stills Fahrer, der SS-Oberscharführer Ernst Ebert, wurde zwar im Lahrer Prozess angeklagt, wurde aber wegen seiner passiven Rolle bei der Festnahme eines Grafenhausener Juden freigesprochen<sup>37</sup>. Die Brüder Michael und Wendelin Schorpp wurden ebenfalls freigesprochen.<sup>38</sup> Da nur ein einziger Zeuge die beiden an den verschiedenen Tatorten gesehen haben will, die beiden Brüder aber genügend andere Zeugen aufgeboten hatten, die deren Anwesenheit an anderen Orten bestätigten, konnte dem Hauptbelastungszeugen kein Glauben geschenkt werden.

Das Gericht sah in Heinrich Remmert als Auftraggeber für sämtliche Schutzhaftbefehle des Kreises Lahr den Hauptverantwortlichen für 103 rechtswidrige Freiheitsentziehungen und verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnisstrafe.<sup>39</sup> Hans Radlbeck, der lediglich drei Festnahmen getätigt hatte, wurde im Vergleich zu Remmert „verhältnismäßig hart“ zu zwei Monaten Gefängnisstrafe verurteilt. Im Vergleich zu anderen Synagogenprozessen fielen die Strafen jedoch sehr milde aus. Für die gleichen Tathandlungen wurden 1946 noch Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren verhängt. Ab 1948 fielen die Strafen immer milder aus, da das Interesse der Bürger an der Entnazifizierung und an der Verfolgung von Straftaten der Nazizeit sehr nachgelassen hatte.<sup>40</sup> Der Vorsitzende Richter Dr. Pfeiffer wird bei der Strafbemessung vermutlich auch berücksichtigt haben, dass ein so genanntes Straffreiheitsgesetz in Arbeit war, durch das dann am 11.11.1949 alle NS-Straftäter, die vor 1949 verurteilt worden waren, amnestiert wurden. Das bedeutet, dass die abgeurteilten Täter dann nicht mehr als vorbestraft galten.<sup>41</sup>

Am meisten enttäuscht, dass das Gericht offensichtlich den ständigen Behauptungen Radlbecks und Remmerts Glauben geschenkt

<sup>36</sup> Gerichtsprotokoll des Landgerichts Offenburg vom 30.06.1949

<sup>37</sup> Urteil des Landgerichts Offenburg vom 01.07.1949

<sup>38</sup> Urteil des Landgerichts Offenburg vom 01.07.1949

<sup>39</sup> Urteil des Landgerichts Offenburg vom 01.07.1949

<sup>40</sup> SCHELLINGER 2002, S. 180/181

<sup>41</sup> Straffreiheitsgesetz vom 31.12.1949, BGBl. 1950 S. 37



hatte, dass sie bei ihren Aufträgen immer davon ausgegangen waren, dass die jüdischen Männer nur bis zum Ende des Tages in Schutzhaft genommen werden sollten. Als äußerst erfahrene SS-Männer, die in vielen einschlägigen Fortbildungsmaßnahmen auf die Gewaltstrategien der SS eingeschworen worden waren, hätten beide wissen müssen, dass während der nationalsozialistischen Herrschaft die Schutzhaft dann angewandt wurde, wenn politische Gegner zum Schutz des Staats in Konzentrationslager weggesperrt wurden. Ein kurzer Blick auf die SS-Laufbahnen der beiden Haupttäter Radlbeck und Remmert zeigt auf, über welchen Erfahrungsschatz die beiden verfügten.

Hans Radlbeck<sup>42</sup> wurde 1889 in Lahr geboren. Nach einer Lehre als Automechaniker legte er 1911 am Staatstechnikum in Konstanz das Ingenieurexamen ab. Nach seinem Militärdienst beim Infanterieregiment 169 in Lahr diente er im 1. Weltkrieg beim Offenburger Infanterieregiment 170. 1919 gründete er in Lahr eine eigene Autoreparaturwerkstatt und eine Fahrschule. Politisch betätigte er sich in mehreren Soldatenorganisationen. 1930 trat er der NSDAP und der in Lahr neu gegründeten SS bei. Schon vorher war Radlbeck in der Lahrer Bevölkerung als Antisemit bekannt. Als 1931 ein SS-Sturm aufgestellt wird, übernahm er als SS-Sturmführer dessen Leitung. 1933 wurde der Lahrer SS-Sturm zum Sturmabteilung erhöht. Hans Radlbeck wurde auch dessen Führung übertragen. 1934 folgte die Beförderung zum SS-Sturmabteilungsführer. Ein Jahr danach fand ein Gaugerichtsverfahren gegen ihn statt, da er den Bürgermeister Kamill Ringwald diskreditiert haben soll. Er wurde zwar rehabilitiert, aber in der Zwischenzeit war die Stelle des Sturmabteilungsführers anderweitig besetzt worden, so dass er in die Altersabteilung der SS übernommen wurde. Ab 1937 war er dann Ortsgruppenleiter der NSDAP-Ortsgruppe Lahr-Ost. Bei der „Reichskristallnacht“ wurde er also nur als Reservemann eingesetzt. Die Frage, warum er als nicht ordentliches SS-Mitglied dann als einziger Festnehmender vor Gericht gestellt wurde, muss unbeantwortet bleiben. Immerhin wurde er offensichtlich gerade wegen dieser Unterstützung 1939 zum SS-Obersturmführer befördert.

Heinrich Remmert wurde 1905 in Ennigloh bei Osnabrück geboren. Der gelernte Monteur trat mit 20 Jahren der NSDAP und der SA bei. In einer SA-Beurteilung wird er als „alter Schläger“ bezeichnet, ein Qualitätsmerkmal, das wohl seinen Aufstieg zum SA-Sturmabteilungsführer begünstigte. Seine diesbezüglichen Qualifikationen mussten wohl überzeugend gewesen sein, denn 1933, als die ersten Konzent-

<sup>42</sup> SS-Personalakte  
Hans Radlbeck, Bundesarchiv Berlin

rationslager eröffnet wurden, erhielt er die Lagerleitung im KZ Esterwegen. Nach dem Röhmputsch wechselte er zur SS und wurde Lagerkommandant im KZ Lichtenburg. In beiden Lagern zeichnete er sich mehrfach durch besondere Brutalitäten aus, weshalb er nach dem Krieg zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt wurde. Als 1936 älteren SS-Männern die Lagerleitungen der KZ übertragen wurde, erhielt der 31jährige Remmert die herausragende Funktion als Leiter des Lahrer Sturmbannes III/86. 1937 folgte wohl als weitere Belohnung für seine KZ-Dienste die Beförderung zum SS-Obersturmbannführer. Bei einer Fortbildungsmaßnahme wurde allerdings festgestellt, dass er für dieses herausragende Amt nicht die erforderlichen Führungsqualitäten und Umgangsformen besaß. Drei Monate vor der „Reichskristallnacht“ hatte der Chef des SS-Hauptamtes in Berlin angeordnet, Remmert in einen zivilen Beruf umzusetzen. Da ihn aber bis zum April 1939 niemand einstellen wollte und sein Antrag auf eine weitere Verwendung in einem Konzentrationslager abgelehnt wurde, blieb er weiterhin im Amt. Im November 1938 musste Remmert eigentlich über seine beendete SS-Karriere verbittert gewesen sein. Und dieser Mann soll sich bei den Judenaktionen in Lahr zurückhaltend verhalten haben?

Beide gerieten nach dem Krieg in Kriegsgefangenschaft. Als ehemalige SS-Sturmbannführer saßen sie dann von 1945 an jahrelang in Internierungshaft. Remmert, der inzwischen freigelassen worden war, wurde im Mai 1949 jedoch wieder in Untersuchungshaft genommen, weil man weitere Tatvorwürfe wegen seiner Grausamkeiten in den beiden Konzentrationslagern erhob. Im Gerichtsverfahren und nach ihrer Verurteilung zeigten beide Haupttäter keinerlei Reue, denn sie gingen beide erfolglos in Revision. Und beide wurden 1950 durch das Straffreiheitsgesetz rehabilitiert.

### Schlussbetrachtungen des Verfassers

Während meiner Recherchen beschäftigte ich mich immer wieder mit der Frage, inwieweit sich die unbeteiligten Lahrer Bürger, die den Verhaftungen tatenlos zugesehen hatten, schuldig gemacht haben. Überlebende Juden warfen diesen Menschen nämlich vor, dass man das ganze Treiben während der „Reichskristallnacht“ und die Verhaftungen der ehemaligen Nachbarn nicht verhindert und nur schweigend zugesehen habe. Ich maße mir nicht an, diese schwierige Frage zu beantworten. Aber ich habe weiter recherchiert, um zu verstehen, warum es so weit hat kommen können. Bei der Auswer-



tung der Zeitungen des Jahres 1938 habe ich mir ein Bild verschaffen können, wie sich die nationalsozialistische Propaganda auch auf die Bevölkerung in Lahr hat auswirken können.

Die gesamte Propaganda des Jahres war darauf ausgelegt, Hitler als den Führer darzustellen, dem das deutsche Volk so viel zu verdanken hatte. Das Großdeutsche Reich, zu dem im Jahr 1938 Österreich und das Sudetenland hinzugekommen waren, wurde durch eine wiedererstarke Wehrmacht geschützt. Auch in Lahr gab es zahlreiche Großveranstaltungen, u.a. die Einweihungsfeier der neu gebauten Serrekaserne, bei denen die gesamte Stadt beflaggt wurde und bei denen alle Parteiformationen in ihren Uniformen paradierten und aufmarschierten. Sei es an Hitlers Geburtstag, den Sonnenwendfeiern mit ihren nächtlichen Fackelmärschen oder bei den zahlreichen Gedenkfeiern am 9. November 1938. Auch in Lahr gab es am Vortag der „Reichskristallnacht“ an mehreren Plätzen eindrucksvoll inszenierte Totenehrungen. Bei diesen Veranstaltungen wurde auch in Lahr begeistert gejubelt, mit dem rechten Arm der Hitlergruß entboten und die nationalsozialistischen Errungenschaften gefeiert. Wer nicht euphorisch mitgerissen wurde, hielt sich zurück, denn die Nazis hatten auch in Lahr schon öfters bewiesen, dass Parteigegner mit Repressalien zu rechnen hatten.

Als nun die Lahrer Juden unter großem Spektakel festgenommen wurden, war auch den letzten Zweiflern klar geworden, wohin die Politik Hitlers führte. Die Juden hatten ab sofort keine weiteren Schonungen zu erwarten. Ihnen konnte man nicht mehr helfen! Jetzt war es zu spät! Diese Judenaktionen waren zudem eine ganz deutliche Warnung an alle Deutschen, was passieren konnte, wenn man nicht den nationalsozialistischen Vorstellungen entsprach. Jetzt klingt es auch verständlicher, wenn es damals schweigende Zeugen gab, die tatenlos die Festnahmen zulassen mussten. Aber wo waren diese Zeugen, als man ab 1947 sachdienliche Hinweise suchte?

Die Ereignisse des 9. und 10. November sind nicht wieder gut zu machen. Aber durch das Gedenken an die vielen Opfer dieser Tage, speziell an die 15 Opfer aus Lahr, sollte sich immer mehr der Wille herauskristallisieren, dass so etwas Schreckliches nie wieder passieren darf!

## Quellen

Staatsarchiv Freiburg F 179/6-159: Ermittlungsakten des Lahrer Synagogenprozesses vom 30.06.-01.07.1949

Bundesarchiv Berlin:

- Personalakten SS-Obersturmbannführer Hans Radlbeck
- Personalakten SS-Obersturmbannführer Heinrich Remmert
- Personalakten SS-Hauptsturmführer Karl Friedrich Rieflin
- Personalakten SS-Rottenführer Karl Stolz
- Personalakten NSDAP-Kreisleiter Richard Burk

## Literatur

Thomas GOLL, Der 9. November. Schicksalstag der Deutschen. Hg. von der Bundesanstalt für politische Bildung. Bonn 2011

Die Wannsee-Konferenz und der Völkermord an den europäischen Juden. Katalog der ständigen Ausstellung. Hrsg. vom Haus der Wannseekonferenz. Berlin 2008

Hildegard KATTERMANN, Geschichte und Schicksal der Lahrer Juden. Lahr 1979 (darin eine Namensliste ohne Seitenangaben)

Kurt Salomon MAIER, Unerwünscht: Kindheits- und Jugenderinnerungen eines jüdischen Kippenheimers. Hrsg. Von der Evangelischen Landeskirche in Baden. Ubstadt-Weiher / Heidelberg / Neustadt a.d.W. / Basel 2011

Martin RUCH, Das Novemberpogrom 1938 und der „Synagogenprozeß“ 1948 in Offenburg: Verfolgte berichten. Täter stehen vor Gericht. Norderstedt (BoD) 2008

Uwe SCHELLINGER (Hg.), Gedächtnis aus Stein: die Synagoge in Kippenheim 1852 – 2002. Hrsg. im Auftrag des Fördervereins Ehemalige Synagoge Kippenheim e.V. Heidelberg 2002

Uwe SCHELLINGER: Ein Täter in der Provinz: Der Lahrer NSDAP-Kreisleiter Richard Burk und das Novemberpogrom 1938. In: Der Storchenturm, Monatszeitschrift für Lahr, 11/2010

Schicksal und Geschichte der jüdischen Gemeinden Ettenheim, Altdorf, Kippenheim, Schmieheim, Rust, Orschweier. Hrsg. Historischer Verein für Mittelbaden. Ettenheim 1988

Brigitte SCHÜTZ, München – „Hauptstadt der Bewegung“. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus. Hrsg. vom Münchner Stadtmuseum, o.O. 2002

Jürgen STUDE, Die Lahrer Juden. In: Geschichte der Stadt Lahr, Band 3: Im 20. Jahrhundert. Hrsg. Stadt Lahr, Lahr 1993, S. 143-167

Martin WALTER, Vom Großherzoglichen Hofgericht zum Tribunal Général de la Zone Française d'Occupation. Zur Geschichte der Gerichte in Schloss Rastatt. In: Die Ortenau, Zeitschrift des Historischen Vereins für Mittelbaden, 92. Jahresband 2012, S. 217-228



# Ein ungehorsamer Polizist schreibt Geschichte ✓

Hans Weide spielte hinter den Kulissen eine wichtige Rolle beim Streit um das AKW Wyhl  
 Von Daniela Nußbaum-Jacob

Ein Polizist ist in der Regel ein Sinnbild für dienstlichen Gehorsam und die Verkörperung der Interessen des Staates. Aber ein Polizist ist keine Maschine, sondern ein Mensch, der durchaus seine eigene Meinung über die Ereignisse hat, mit denen er sich beruflich auseinandersetzen muss. Meistens behält er die Meinung für sich und folgt seinen Befehlen. In ganz seltenen Fällen folgt allerdings ein Polizist seinen eigenen Prinzipien und nicht dem Automatismus des vorgeschriebenen Verhaltens. Einen solchen Fall gab es vor 40 Jahren in Lahr. Und diese Prinzipientreue hatte nachhaltige Folgen – nicht nur für den Polizisten selbst, sondern für sehr, sehr viele Menschen. Das waren auf der einen Seite die Polizeikollegen und auf der anderen Seite die Demonstranten. Sie standen sich 1975 in Wyhl gegenüber, wo der Bau eines Atomkraftwerkes geplant war.

Seit der Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011 ist der Atomausstieg in Deutschland von Regierungsseite eine beschlossene Sache, die auch von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird. 80 Prozent halten den Ausstieg für richtig, nur acht Prozent für falsch und 12 Prozent sind unentschieden, wie aus der repräsentativen Umfrage „Meinungsklima Chemie“ hervorgeht, die für den Verband der Chemischen Industrie im September 2011 erstellt wurde und der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“ vorliegt.

Das war in den 70er Jahren noch anders gewesen. Die Landesregierung Baden-Württemberg plante damals, das Rheintal zwischen Frankfurt und Basel solle „die Wirtschaftsachse überhaupt werden.“ (Baden-Württembergischer Staatsanzeiger 1972). Das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL berichtete im Heft 14 vom 31.3.1975: Sachverständige seien der Ansicht, *„die Ebene (Anm. d. Autorin: des Rheines) solle freigegeben werden für die gewerbliche und industrielle Nutzung, während die Funktionen Wohnen, Erholung usw. in der Vorbergzone und in den Seitentälern angesiedelt werden sollten.“*

Und zu dieser geplanten Wirtschaftsachse gehörten Atomkraftwerke (AKWs), die viel Energie für die Bewohner und die geplante Industrie erzeugen sollten. Diese hochfliegenden Pläne wurden aber nicht

von allen Bewohnern des Rheintals begrüßt. Bereits 1972 wehrte sich die Kaiserstühler Bevölkerung, vor allem die Winzer, mit 65.000 Einsprüchen erfolgreich gegen ein geplantes AKW in Breisach. Daraufhin wurde 1973 die kleine Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl als neuer AKW-Standort ausgewählt. In dem kleinen Dorf, das 1970 gerade 2.689 Einwohner zählte, gab es dazu ein pro und contra, der geplante Bau spaltete die Bevölkerung bis hinein in einzelne Familien. Bei einer Abstimmung innerhalb des Dorfes votierten 55 Prozent mit Ja - nicht zuletzt weil der Gemeinderat im Wyhler Amtsblatt den AKW-Bau mit vielen Versprechungen über die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Bau eines Frei- und Hallenbades und einer möglichen Senkung der Beiträge und Steuer „versüßt“ hatte. Im Raum stand auch die Drohung, dass die Menschen notfalls enteignet würden, da das AKW ja ohnehin gesetzlich durchgedrückt werde. Da sei es besser, jetzt mitzumachen, weil es jetzt noch Geld für die Grundstücke gebe.

Es gab allerdings auch viele Kaiserstühler, die sich Gedanken darüber machten, welche Folgen der Bau eines AKWs für sie haben würde. *„Sie befürchteten, dass die Kondensdämpfe aus den Kühltürmen mehr Nebel über dem Rhein erzeugen und die Sonneneinstrahlung dadurch so reduziert wird, dass der Wein Öchsle-Grade verliert und der Tabak nicht mehr richtig reift; dass das zurückstromende Kühlwasser den Rhein derart übertemperiert; dass das biologische Gleichgewicht zerstört wird, zumal der Fluss durch das stromaufwärts gelegene französische Kernkraftwerk Fessenheim schon vorgewärmt ist; dass die Entnahme von 9,6 Millionen Kubikmeter Rheinwasser pro Tag den ohnehin zu niedrigen Grundwasserspiegel am Oberrhein so weit senkt, dass die Rheinauen versteppen und die Strahlenbelastung des zwei 3.765-Megawattblöcke umfassenden Werks trotz aller Sicherheitsvorkehrungen nicht doch eine Dosis erreicht, die Gesundheit und Leben von Pflanze, Tier und Mensch bedroht“*, schrieb DER SPIEGEL 14/1975.

1974 wurden 96.000 Unterschriften gegen das geplante AKW beim Landratsamt Emmendingen abgegeben, Bürgerinitiativen gebildet, dabei gab es sogar einen Zusammenschluss von 21 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen. Unter denen, die dem geplanten Bau kritisch gegenüberstanden, war auch ein Polizist, Hans Weide aus Schwannau-Ottenheim. Der gebürtige Kasseler war 1964 durch den Aufbau der Bereitschaftspolizei (Bepo) nach Lahr gekommen. Schon ein Jahr später zog er nach Ottenheim, lebt seither in der Riedgemeinde und engagierte sich hier auch schon bald im Vereinsleben und im Ortschafts- und Gemeinderat. Da Fragen des Natur- und Umweltschutzes schon immer zu seinen Interessensgebieten zählten, hatte Weide

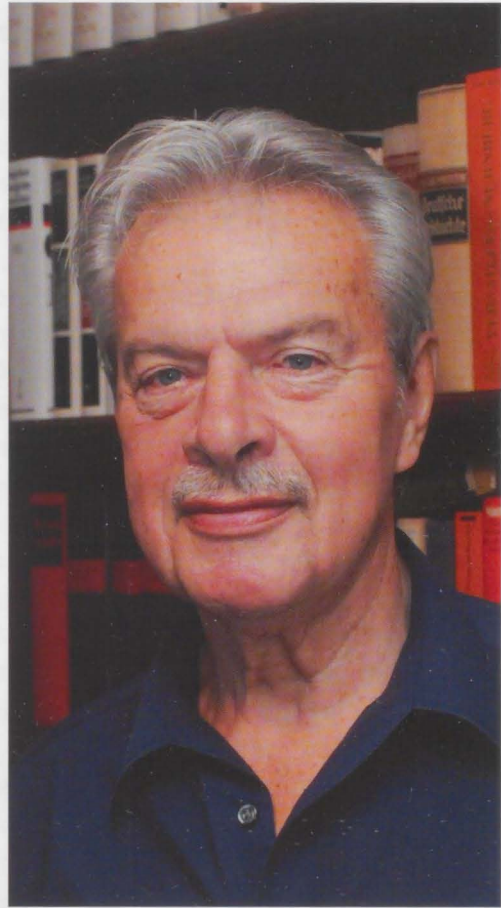


die Diskussion über das geplante AKW in Wyhl eingehend verfolgt. Er ging zu Versammlungen – die ersten waren noch im evangelischen Pfarrhaus in Weisweil – und informierte sich über den AKW-Bau und seine möglichen Folgen sowie über die Sorgen der Kaiserstühler Bevölkerung. *„Je mehr ich erfuhr, desto mehr war ich davon überzeugt, dass die Einheimischen mit ihren Bedenken gegen das AKW richtig liegen“*, betont er. Auch an Demonstrationen nahm er teil, gab sich dabei aber immer als Polizist zu erkennen und warb sogar um Verständnis für seine Kollegen (*„Die tun doch nur ihre Pflicht“*).

Der damals 38-Jährige, der als Lehrer, Ausbilder und taktischer Führer der Bereitschaftspolizei arbeitete, versteckte seine Ansichten auch nicht vor seinen Arbeitskollegen. Auf seinem Auto prangte der blaue Aufkleber *„Stoppt die Atomkraft, kämpft für das Leben“* und er bezog auch in Gesprächen klar gegen den geplanten Bau Stellung. Dabei nahm er in Kauf, dass er teils offen angefeindet und von den Vorgesetzten mündlich verwarnt wurde. Aber sie konnten nicht beweisen, dass er gegen seine Dienstpflicht verstoßen hatte. Allerdings machten sie ihm das Leben schwer, obwohl Weide nur das gegen das Atomkraftwerk tun wollte, was nicht verboten war.

Die Gegner des geplanten AKW-Baues beließen es nicht beim Demonstrieren, sondern beschritten den Rechtsweg. Nachdem am 22. Januar 1975 das baden-württembergische Wirtschaftsministerium die erste Teilerrichtungsgenehmigung für den ersten Block des Atomkraftwerkes bei Wyhl erteilt hatte, reichten die Gemeinden Sasbach, Forchheim, Endingen und Weisweil sowie Einzelpersonen Klage beim Verwaltungsgericht in Freiburg ein. Später kam auch die Stadt Lahr als Klägerin hinzu. Solche Klagen vor dem Verwaltungsgericht haben normalerweise eine aufschiebende Wirkung, das bedeutet, der Verwaltungsakt (in diesem Fall die Teilerrichtungsgenehmigung und damit der Baubeginn) kann erst vollzogen werden, wenn die Klage dagegen von dem Gericht abgewiesen wurde.

Es gibt jedoch eine Ausnahme und von der machte die Landesregierung in diesem Fall Gebrauch: Die Regierung kann den sofortigen



Hans Weide  
Aufn. Horst Künstle

Vollzug des Verwaltungsaktes anordnen, wenn dies im öffentlichen Interesse geboten erscheint. Sie führte als Begründung an, dass ohne das AKW eine nicht wieder zu schließende Lücke in der Stromversorgung des Landes entstehen würde. „*Ohne das Kernkraftwerk Wyhl werden zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen*“, sagte Ministerpräsident Hans Filbinger 1975 im Stuttgarter Landtag.

Die Gegner des Atomkraftwerkes zogen nochmals vor Gericht und beantragten, die aufschiebende Wirkung der Klage wiederherzustellen. Daraufhin bat das Verwaltungsgericht die Betreiberfirma, die Kernkraftwerk Süd GmbH, eine Tochtergesellschaft des Badenwerks, bis zur Entscheidung über diesen Antrag mit dem Baubeginn zu warten. Die Betreiberfirma lehnte dies ab mit der Begründung, jede Bauverzögerung würde sie monatlich sechs Millionen DM kosten. Der damalige Wyhler Bürgermeister drohte im Amtsblatt mit einem Zwangsgeld bei Betreten oder Daueraufenthalt auf dem Bauplatz. Die Betreiberfirma warnte für diesen Fall in einem Flugblatt vor hohen Geld- oder Freiheitsstrafen. Am 17. Februar 1975 rückten Baumaschinen auf das 40 Hektar große Gelände im Wyhler Wald an, die ersten Bäume wurden gefällt.

Schon am nächsten Tag kamen 300 Demonstranten – überwiegend Frauen aus den Kaiserstuhlgemeinden – zum Bauplatz und hinderten mit passivem Widerstand die Bauarbeiter an ihrer Arbeit. Sie stellten sich einfach an die Plätze, auf die die Bäume beim Fällen stürzen würden. Die Arbeiter, die das Gelände noch eingezäunt hatten, verließen schließlich zusammen mit den angerückten Polizisten das Gelände, etwa 180 Demonstranten blieben über Nacht. Am nächsten Tag kamen viele AKW-Gegner auch aus dem Elsass, aber in der darauffolgenden Nacht räumten 600 Polizisten mit Hundestaffeln und zwei Wasserwerfern den Platz und zäunten ihn dann mit Panzerdraht (NATO-Draht) ein. Hans Weide war bei dieser Platzbesetzung und der Räumung nicht dabei, aber er hatte hinterher mit vielen Kaiserstühlern gesprochen, die er inzwischen kennen gelernt hatte: „*Sie haben geweint*“, erinnert er sich. Bei der Räumung des Platzes sei die Polizei mit zu großer Härte vorgegangen.

Wiederum einen Tag später hatten die AKW-Gegner zu einer Kundgebung auf der NATO-Rampe in der Nähe des Bauplatzes aufgerufen und etwa 10.000 Demonstranten kamen. Dabei wurde dazu aufgerufen, immer wieder zum Bauplatz zu gehen und mit den dort wartenden Polizisten zu sprechen und für den Rechtshilfefonds zur Finanzierung der Gerichtskosten zu spenden. Es wurden „Rechts-



schutzbons“ aus Papier zu Preisen von 5 DM, 10 DM und 20 DM verkauft, der Erlös sollte in einen Treuhandfonds fließen. Auch Hans Weide hat damals solche Rechtsschutzbons an seine Kollegen von der Bereitschaftspolizei in Lahr verkauft. 2.500 DM hat er auf diese Weise zu dem Fonds beigetragen. *„Viele Kollegen sagten mir unter vier Augen, dass sie ebenfalls gegen die Baupläne waren und mein Verhalten in dieser Angelegenheit bewunderten, sich aber selbst nicht trautes, sich offen gegen das geplante AKW einzusetzen“*, berichtet er.

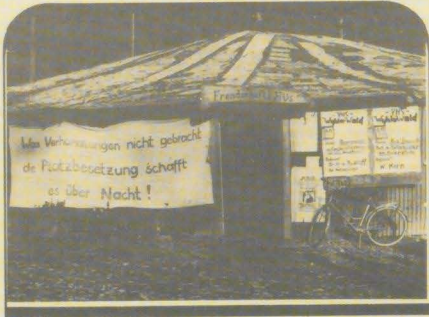
Am Sonntag war eine Großkundgebung in Wyhl geplant. Und auch Hans Weide ging mit Frau und seinen vier Kindern – das Jüngste war erst 1974 auf die Welt gekommen – hin, zusammen mit, wie er schätzt, etwa 10.000 bis 12.000 weiteren Demonstranten. Was Weide nicht wusste: Einige AKW-Gegner nutzten die Gelegenheit zu einer weiteren Platzbesetzung. Die Einheimischen kannten in der wasserdurchzogenen Auelandschaft Schleichwege, um sozusagen von hinten auf den Bauplatz einzudringen, dabei gab es auch Verletzte auf beiden Seiten. Das Gelände wurde wieder besetzt, der damalige Polizeipräsident besah sich die Lage mit dem Hubschrauber aus der Luft und ordnete den Rückzug der zahlenmäßig unterlegenen Polizei an. Die Demonstranten fühlten sich zunächst als Sieger, weil sie den Bauplatz zurückerobert hatten. Aber niemand wusste, was als Nächstes kommen würde.

Hans Weide erfuhr es am nächsten Tag als Erster. Er wurde bei der Bereitschaftspolizei aus dem Unterricht herausgebeten und erhielt den Auftrag, die Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei bei der Platzräumung am nächsten Morgen zu führen. Dafür standen mehrere Hundertschaften Polizisten und einige Wasserwerfer bereit. *„Das wäre der größte Polizeieinsatz in der Geschichte von Baden-Württemberg bis zu diesem Datum gewesen“*, betont Weide. Er dachte damals an die vielen Kaiserstühler, die er kennen gelernt hatte und gegen die er nun mit Gewalt vorgehen sollte, und daran, dass er ihre Sache für gerecht hielt und selbst gegen den geplanten Bau war.

Der Ottenheimer fragte einen Kollegen, ob er die Einsatzleitung an seiner Stelle übernehmen könne. Der sagte zu und Weide holte sich auch das Einverständnis des Chefs zu diesem Wechsel. Eine Stunde später musste Weide erneut zu seinem Chef, und erfuhr, dass das Innenministerium angeordnet habe, dass er den Einsatz leiten sollte und nicht der Kollege. Weide vermutet, dass damit überprüft werden sollte, ob er zu seinem dienstlichen Auftrag stand und er hatte auch die möglichen Konsequenzen einer Befehlsverweigerung vor Augen: Die Entlassung aus dem Polizeidienst. Trotzdem sagte er zu

# RECHTSSCHUTZBON

ZUR ABWEHR  
EINES ATOMKRAFTWERKS WYHL



MIT IHRER SPENDE ÜBER DM 20,-

in den Treuhandfond leisten Sie einen persönlichen Beitrag zur endgültigen Abwehr einer großen Bedrohung unseres heimatlichen Lebensraumes. Ihre Hilfe wird eingesetzt zur bestmöglichen Vorbereitung und Durchführung des zweiten Wyhlprozesses vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim.

**DIE BADISCH-ELSÄSSISCHEN  
BÜRGERINITIATIVEN**

Einer der verkauften Rechtsschutzbons im Wert von DM 20,00 (links die Vorderseite, unten die Rückseite mit der Begründung).

#### Noch kann das Atomkraftwerk Wyhl gebaut werden!

Der Bevölkerung unserer Region ist es zu verdanken, daß dieses Vorhaben bis heute nicht Wirklichkeit geworden ist. Seit mehreren Jahren kämpft sie auf allen Ebenen: unermüdlicher Bürgerprotest, Bauplatzbesetzung, Verhandlungen mit der Landesregierung . . . Jedes gewaltfreie Mittel ist wichtig, vor allem auch die Klagen von Mitbürgern und Gemeinden vor Gericht.

**Das Freiburger Verwaltungsgericht hat im März 1977 die Genehmigung für das Atomkraftwerk Wyhl aufgehoben.**

In einem Klagepunkt (Berstschutz) hat uns das Gericht zugestimmt. Dadurch hat es deutlich gemacht, daß der Schutz von Leben und Gesundheit Vorrang hat vor der Förderung der Atomenergientzung.

**Dieses Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig.**

Landesregierung und Kernkraftwerk Süd (Badenwerk und Energieversorgung Schwaben) haben beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim Berufung eingelegt. Das heißt für uns: der Prozeß gegen die KKW-Betreiber geht weiter. Gewinnen wir diesen Prozeß, so sind wir unserem Ziel wesentlich nähergekommen:

**„Kei KKW in Wyhl un au sunscht nirgends!“**

Diejenigen Mitbürger, die stellvertretend für uns Klage führen, tragen ein hohes persönliches Risiko. Sie können nicht, im Gegensatz zu Landesregierung und Badenwerk, die finanziellen Belastungen auf die Steuer- und Stromzahler abwälzen.

Unser Bemühen, Recht zu bekommen, kostet Zeit, Kraft und Geld. Wir haben diesen Einsatz bisher nicht gescheut. Wir helfen denjenigen, die stellvertretend für alle betroffenen Bürger das Wagnis des Prozesses auf sich nehmen.

**Deshalb sind wir alle aufgerufen, in gemeinsamer Verantwortung mit den Klägern die Prozeßkosten und das finanzielle Risiko zu tragen!**

Finanziert werden müssen:

- wissenschaftliche Gutachten, die die Schutzansprüche der Bevölkerung unterstützen und absichern,
- qualifizierte Rechtsanwälte mit umfangreichen Erfahrungen auf dem Gebiet des Atomrechts,
- die Prozeßkosten der privaten Kläger.

**Diese Kosten werden sich im Bereich sechstelliger Zahlen bewegen!**

Ihr Beitrag wird auf das

Treuhandkonto Nr. 10141834 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00)

eingezahlt. Mit dessen treuhänderischen Verwaltung ist Herr K.H. Ulhaas, Steuerberater in Freiburg, beauftragt. Die Spenden werden von ihm im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß der Badisch-elsässischen Bürgerinitiativen zur Abdeckung der oben genannten Kosten eingesetzt. Überschüsse dienen der Abwehr bestehender und geplanter Atomanlagen, insbesondere am Oberrhein. Durch diese Zahlung wird dieser Verwendungszweck anerkannt.

**Wir danken Ihnen und bitten Sie: Helfen Sie uns beim Vertrieb der Rechtsschutzbons! Helfen Sie uns auch weiterhin, unsere Überzeugung in die Tat umzusetzen: Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends!**

Weitere Bons im Wert von DM 5,- 10,- 20,- 50,- 100,- 500,- zu bestellen über: c/o Öko-Institut, Schönauer Straße 3, 7800 Freiburg; Tel. (0761) 42090 / 42099

**DIE BADISCH-ELSÄSSISCHEN BÜRGERINITIATIVEN**  
Kontaktadresse: Hauptstr. 53, 7831 Weisweil

**№ 1875 120-**



seinem Chef: „*Ich kann das nicht machen, ich kann das mit meinem Gewissen nicht vereinbaren.*“

Weide fuhr nach Hause, aber das Ganze ließ ihm keine Ruhe, nicht nur, weil er einen Befehl verweigert hatte und die Konsequenzen würde tragen müssen. Er dachte an den Einsatz, den nun ein anderer leiten würde, und – da er sowohl die Entschlossenheit der Polizei wie auch der Demonstranten kannte – an die möglichen schlimmen Folgen für die Kaiserstühler und seine Kollegen. „*Ich muß etwas tun*“, sagte er sich. Er rief Günter Richter an, den evangelischen Pfarrer aus Weisweil. Dieser war ein führendes Mitglied der Widerstandsbe-  
 wegung und hatte immer Gewaltlosigkeit gepredigt. Weide nannte seinen Namen nicht, bat Richter aber, sofort wegen einer dringenden Angelegenheit herzukommen. Richter kam und brachte den Mühlenbesitzer Siegfried Göpper mit, den Weide als „Kopf des Widerstandes“ bezeichnet. Dem Polizisten war damals klar, dass er nun gegen das Prinzip der Amtsverschwiegenheit verstoßen würde – ein Dienstvergehen, das für ihn drastische Folgen haben würde, wenn es herauskam. Die Drei trafen sich daher nicht bei ihm, sondern in der Wohnung eines Nachbarn.

Die AKW-Gegner hatten zwar damit gerechnet, dass die Polizei irgendwann versuchen würde, den Platz nochmals zu räumen, aber sie waren entsetzt, dass es schon in wenigen Stunden mit einem solchen Großaufgebot soweit sein sollte. Pfarrer Richter sagte, er kenne die Telefonnummer des evangelischen Landesbischofs Dr. Hans-Wolfgang Heidland und rief diesen an. „*Es war Gottes Fügung, dass ich Heidland erreichte*“, ist sich Richter sicher und dann verwendet er den Begriff „Gottes Fügung“ nochmals, denn der Landesbischof hatte die private Telefonnummer des Ministerpräsidenten Filbinger und rief bei diesem an. „*Wir saßen da mit hängenden Köpfen*“, erinnert sich Weide. Nach einer Stunde kam der erlösende Anruf des Landesbischofs, Filbinger habe den Einsatz noch einmal verschoben.

Was in den nächsten Monaten folgte, ist bekannt, der Platz blieb monatelang besetzt, es wurde sogar ein „Freundschaftshaus“ darauf errichtet, dort fand Unterricht der „Volkshochschule Wyhler Wald“ statt. Schließlich kam es zur Offenburger Vereinbarung zwischen den Bürgerinitiativen, der Landesregierung und der Betreiberfirma, die Auseinandersetzung verlegte sich wieder in die Gerichtssäle, bis vors Bundesverwaltungsgericht. Das wies 1985 die Klagen gegen das geplante Kernkraftwerk im südbadischen Wyhl ab, der Bau des umstrittenen Strommeilers wäre nun möglich gewesen. 1986 ereignete sich jedoch der Super-GAU von Tschernobyl, dessen Folgen auch in

Südbaden zu spüren waren. Von der Landesregierung hieß es dann, das AKW sei „politisch nicht durchsetzbar“, auf den Bau wurde verzichtet.

Und Hans Weide? Sein Verstoß gegen die Amtsverschwiegenheit wurde jahrzehntelang nicht bekannt, da die drei Beteiligten darüber schwiegen. Aber er hatte ja vorher den Befehl verweigert, die Platzräumung zu leiten, und wurde deshalb für unbestimmte Zeit nach Stuttgart abgeordnet – ironischer Weise unter anderem als Beschützer für das Haus des Ministerpräsidenten Filbinger. Als er wieder in den Dienst nach Lahr zurückkehrte, bekam er eine Stabsstelle als Schulleiter, eine reine Schreibtischtätigkeit. Er hatte viele dienstliche Nachteile, befördert wurde er nie mehr, obwohl er sich dafür qualifizieren wollte. Und im Kollegenkreis musste er sich so manche Spitze anhören.

Seinen Widerstand gegen die Atomkraft setzte Weide unbeirrt fort. Als Anfang der 80er Jahre im elsässischen Gerstheim, gegenüber von Schwanau gelegen, Messtürme errichtet wurden und er herausfand, dass ein AKW geplant war, regte er in Ottenheim die Gründung einer Bürgerinitiative an. *„Der damalige Ortsvorsteher Hans Reiter war der Vorsitzende dieser Initiative, ich war der Geschäftsführer“*, sagt Weide. Dazu gehörte, dass er die Besetzung des Platzes von der deutschen Seite aus und die Teilnahme an den Demonstrationen organisierte. Der Widerstand lohnte sich, die Baupläne wurden nicht verwirklicht.

Auch im Widerstand gegen ein geplantes AKW in Meißenheim stand Weide, seit 1971 im Gemeinderat, nach der Gemeindereform Ortschaftsrat von Ottenheim und dann Gemeinderat in Schwanau, zuerst stellvertretender Ortsvorsteher sowie von 1989 bis 2004 Ortsvorsteher in Ottenheim mit vornedran. *„Ich kannte mich durch meinen Beruf im Verwaltungsrecht aus und hatte daher einen entsprechenden Sprachschatz“*, nennt er bescheiden als Grund für seine Führungsrolle.

Im Jahr 2000 wurde seine Rolle in der Verschiebung der Bauplatzräumung in Wyhl plötzlich bekannt, weil Pfarrer Richter in einer Gedenkveranstaltung des SPD-Ortsvereins Weisweil (25 Jahre AKW-Widerstand in Wyhl) darüber sprach. Ein Journalist der Badischen Zeitung berichtete darüber und prompt ging eine entsprechende Meldung bundesweit über die Nachrichtenagentur dpa. Bei Weide stand das Telefon nicht mehr still. *„Das war mir nicht recht, ich hatte Angst, dass mir meine Pension gestrichen wird“*, sagt er ernst. Er will bis heute keinen Ruhm für seine Tat, *„schließlich habe ich ein Dienstvergehen begangen.“* Für ihn sind Männer wie der Pfarrer Günter Richter, der Mühlenbesitzer Sigfried Göpper und der Fischer Baltasar Ehret



die entscheidenden Köpfe im Widerstand gegen das AKW gewesen. Er selbst habe einfach vom Schicksal die Chance bekommen, etwas Wichtiges zu tun. Die nutzte er und hat damit Geschichte geschrieben.

## Literatur

Wolfgang BITTNER/Mark von HOFE (Hrsg.): Erlebte Geschichten, „Ich mische mich ein“, Markante deutsche Lebensläufe, Hans Weide „Den Charakter ändert man nicht so schnell“, S. 167-175 ,  
 Wolfgang STERNSTEIN: „Atomkraft - nein danke“, Der lange Weg zum Ausstieg, S.34, S. 42, S. 52, S.64/65, S. 82, S. 85  
 Jahrbuch des Landkreises Emmendingen für Kultur und Geschichte Band 26/2012, „Arbeit, ein Leben lang“, Siegfried GÖPPER, „Mehr als 80 Sprossen“, S. 45-62.  
 Bund Regionalverband südlicher Oberrhein: AKW-KKW Wyhl Chronik: Der Widerstand im Wyhler Wald (Internet),  
 DER SPIEGEL 14/1975 vom 31.3.1975, „Mer setze uns durch weil mer Recht hen“, Bürgerprotest gegen geplantes Kernkraftwerk Wyhl am Oberrhein  
 DER SPIEGEL 1/1986 vom 30.12.1985 „Lichter aus“, Das Kernkraftwerk Wyhl darf, nach über zehnjährigem Rechtsstreit, jetzt gebaut werden – doch es fehlt an Bedarf.



Auf einer im Jahre 1900 abgestempelten Postkarte ist das Friesenheimer Rathaus in seiner ursprünglichen Baufassung zu sehen. Rechts neben dem großen Eingangstor zum Unterstellraum der Feuerspritze befanden sich die Räume der Polizeidiener und der Nachtwache.



# Friesenheims Recht und Ordnung ✓

Friesenheims Nachtwächter, Gendarmen, Feldhüter und die  
Gemeineschutzpolizei im Einsatz

Von Ekkehard Klem

## Das Rathaus Friesenheim als Polizeiwache mit Ortsarrest

Viele Funktionen hatte das Friesenheimer Rathaus in seiner langen Baugeschichte zu erfüllen. Das Gebäude wird in das frühe 16. Jahrhundert datiert, die Jahreszahl 1548 auf dem vor dem Rathaus stehenden Stockbrunnen dürfte auch das Baujahr des Rathauses sein. Das Gebäude wurde als Gasthaus errichtet und diente mit seiner Gaststube dem Rat der Gemeinde als Versammlungsort. Auf dem Gebäude lag, bei der Veräußerung an die Gemeinde Friesenheim im Jahr 1853 eine Realwirtschaftsgerechtigkeit und es führte den Namen „Zum weißen Rössle“. Im Kaufvertrag wurde es als zweistöckiges Steinhaus mit Stallungen beschrieben, es sollte künftig nur noch Rathaus sein. Es war über eine außenliegende Holzterrasse zum ersten Obergeschoss erschlossen, hier befanden sich die Räume für Bürgermeister, Ratschreiber, Rechner und Gemeinderat. Im Dachgeschoss wohnte der Lehrer.

Die Räume des Erdgeschosses wurden über zwei große Hoftore erschlossen. Untergebracht war hier die Feuerwehr mit ihrem Gerät. Die Wache für die beschäftigten Polizeidiener und die zur Nachtwache eingeteilten Bürger befand sich auf der Südwestseite des Rathauses. Sie hatte einen getrennten Eingang. Zur Polizeiwache im

Im Jahre 1905 wurde das Friesenheimer Rathaus umgebaut. Die Polizeiwache im Erdgeschoss blieb erhalten.



Erdgeschoss gehörte auch eine Arrestzelle zur Unterbringung von festgenommenen Personen. Die Festnahmen erfolgten durch die Gendarmerie in Lahr, jedoch auch durch die Polizeidiener der Ortspolizeibehörde Friesenheim.

<sup>1</sup> Gemeindearchiv Friesenheim, Heft 400, Sicherheits- und Polizeistrafsachen, 1919-1929

Gendarmeriekommissär Wild aus Lahr musste im Jahr 1929 im Auftrag des Landrates den vorhandenen Ortsarrest einer Nachschau auf Sicherheit, Ausrüstung und Reinlichkeit unterziehen. Für Friesenheim wurde vermerkt, dass ein fester Ortsarrest vorhanden, jedoch sehr unsauber sei. Eine Weißelung des Raumes wäre angebracht. Die beiden vorgefundenen Matratzen seien recht schmutzig. Ein fehlender Wasserkrug wurde ebenfalls beanstandet. Bei der Vollzugsmeldung der Gemeinde wurde jedoch angeführt, dass dieser vom Polizeidiener im Rathaus verwahrt werde. Weiter wurde vermerkt, dass die Unreinlichkeiten neben dem Arrest und der dadurch entstehende üble Geruch beseitigt wurden.

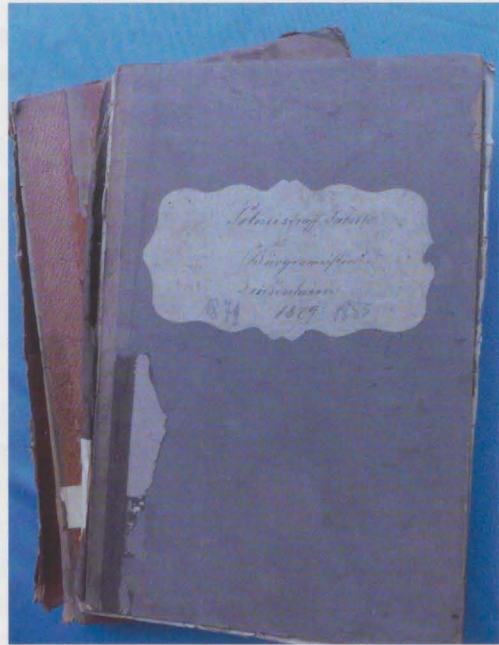
Im Frühjahr 1930 kam der Gemeinde über eine Verfügung des Bezirksamtes bezüglich des Ortsarrestes eine kräftige Rüge ins Haus. Es heißt darin unter anderem:

*„Der Grund, weshalb Ortsarreste vielfach in einem so verwahrlosten, unsauberen Zustand sind, liegt darin, dass dieselben von durchreisenden Handwerksburschen, meist übelster Sorte, vielfach als Nachtquartier in Anspruch genommen werden. Dies sollte schon deshalb nicht geduldet werden, weil dadurch die Ortsarreste ihrem eigentlichen Zweck entzogen werden und ein solcher im Bedarfsfalle gerade belegt sein könnte. In der Regel bedienen sich auch nur solche Elemente des Ortsarrestes als Nachtquartier, die Veranlassung haben, sich einer Kontrolle der Gendarmerie zu entziehen. Wo aber wirklich einmal das Bedürfnis auftritt, einen Mittellosen auf der Wanderschaft aufnehmen zu müssen, sollte er auf Fürsorgekosten der Gemeinde einem Gasthaus überwiesen werden. Man kann einer vorübergehend in einem Ortsarrest von der Polizei untergebrachten Person, die unter Umständen der besseren Bevölkerungsschicht angehören kann, nicht gut zumuten, in einem unsauberen, verwahrlosten Ortsarrest, der sonst nur für völlig heruntergekommene Bettler benützt wird, eingesperrt zu werden“.*<sup>1</sup>

Die meisten Gäste im Ortsarrest waren nach der Straftabelle tatsächlich Bettler. Personen, die beim Betteln angetroffen wurden, erhielten durchweg 24 Stunden Arrest und mussten diesen in der Arrestzelle im Rathaus absitzen. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass die Bettler dankbar waren, in den Arrestzellen der Rathäuser auf Gemeindegeldern übernachten zu können.



In der Straftabelle des Bürgermeisteramtes Friesenheim aus dem Jahre 1879 sind die kleinen Sünden der Bürgerschaft bis zum Jahre 1885 verzeichnet. Die von den Polizeidienern ausgesprochenen Geldstrafen wurden an die Gemeindekasse abgeführt.



Die Ortsarreste in den Rathäusern des ehemaligen Landkreises Lahr wurden erst um 1975 aufgehoben. Das war möglich, weil beim Polizeirevier Lahr zentral Arrestzellen eingerichtet worden waren.

### Die Polizeistraftabelle des Bürgermeisters von Friesenheim aus dem Jahre 1879

Nach einer Verordnung des Großherzogtums Baden aus dem Jahre 1879 mussten die Bürgermeister als Verwalter der Ortspolizei über die an sie gelangten Anzeigen wegen Strafen und über deren Erledigung eine Tabelle führen, die vierteljährlich dem Bezirksamt zur Prüfung vorzulegen war. Bei Geldstrafen war der gehörige Vollzug, das war die erfolgte Bezahlung des Strafbetrages an die Gemeindekasse, zu bescheinigen.<sup>2</sup>

Diese Polizeistraftabelle ist im Gemeindearchiv Friesenheim als Buch aus dem Jahre 1879 erhalten und verzeichnet die damaligen kleinen Sünden der Friesenheimer Bürgerschaft.<sup>3</sup>

Das Buch beginnt mit Eintragungen im Oktober 1879 und endet, nachdem es voll geschrieben war, im Dezember 1885. Es wurde entsprechend der Vorgaben von Bürgermeister Bähr alle drei Monate abgeschlossen und unterzeichnet. Die Einträge im Sündenregister wurden jedoch nicht von Bürgermeister Johann Bähr (Amtszeit 1870

<sup>2</sup> § 28 der Verordnung das Polizei- und Finanzstrafverfahren bei den Bezirksämtern und Bürgermeistern betreffend vom 11.9. 1879 (GuVBl S. 613)

<sup>3</sup> Gemeindearchiv Friesenheim, Buch Nr. 51, Polizeistraftabelle 1879-1885

bis 1889) vorgenommen, sondern von den gemeindlichen Polizeidienern, diese traten auch als Anzeiger auf. In Friesenheim waren damals die Polizeidiener Michael Bähr, Ebbing und Karl Hamm für die Einhaltung von Recht und Ordnung zuständig.

Anzeigen wurden jedoch auch von den Wachtmeistern aus Lahr gemacht, die öfters die Nachtwachen auf dem Friesenheimer Rathaus und die Tätigkeiten der örtlichen Polizeidiener unterstützten und überprüften. Als Anzeiger traten jedoch auch die Feldhüter Jakob Erb und Seger sowie Hilfsfeldhüter Hertenstein in Erscheinung.

Der erste Eintrag in der Straftabelle galt dem Friesenheimer Fabrikanten Emil Krämer wegen nicht versehen der Nachtwache. Gleichlautende Einträge tauchen noch für viele Friesenheimer auf, die es lieber vorzogen, die Nacht zu Haus im Bett zu verbringen, als im unbeleuchteten Dorf Streife zu laufen und nach dem Rechten zu schauen. Das Fernbleiben von der Nachtwache wurde von der Gemeinde mit einer Mark Strafe geahndet.

Schreiner Heinrich Zanger und Maurer Karl Wieber II mussten jeder zwei Mark bezahlen, weil sie am Sonntag öffentliche Arbeit verrichtet hatten. Anzeigen gab es auch wegen Lärm und Unfug machen, Ärgernis erregen, Störung machen oder auch wegen Trunkenheit. Oft erscheint auch die Übertretung der Polizeistunde. Alle diese Unbotmäßigkeiten wurden mit einer Strafe von einer Mark geahndet. Als sich der Sattler Sohn und der Schuhmacher Bohnert in die Haare bekamen, mussten sie wegen Schlägerei und Tätlichkeit drei und vier Mark an die Gemeindekasse bezahlen. Eine Mark musste auch der jüdische Bürger Lazarus Haberer bezahlen, weil er durch Arbeit die christliche Sonntagsfeier störte.

Auffällig in der Straftabelle ist, dass die Friesenheimer durchweg mit Strafen in Höhe von einer oder zwei Mark davon kamen. Auswärtige hatten es bei den Polizeidienern schon schlechter, es gab keinen einheimischen Rabatt. Sie mussten bei den Tatbeständen in den Bereichen grober Unfug, Ruhestörung und Trunkenheit 24 Stunden Arrest absitzen.

Pech hatten auch die zur Nachtwache eingeteilten Friesenheimer Bürger, wenn Wachtmeister Bauer aus Lahr zur nächtlichen Kontrolle nach Friesenheim radelte oder marschierte. Am 4. Mai 1880 fand er die Nachtwächter Andreas Wieber, Christian Wieber und Josef Siegele schlafend im Wachlokal vor. Die Anzeige lautete auf Vernachlässigung der Nachtwache, die Strafe pro Person wurde auf eine Mark festgesetzt.



Am 18. Oktober 1880 waren die beiden Polizeidiener Bähr und Ebbing zur Kontrolle der Polizeistunde unterwegs. In welcher Gaststätte die 15 übersitzenden Zecher angetroffen wurden, ist aus der Straftabelle leider nicht ersichtlich. Die Strafe wurde pro Person auf eine Mark festgesetzt und von folgenden Personen beglichen:

Lorenz Schlenk led., Karl Huber led., Jakob Bühler, Viktor Hassur, Friedrich Zipf Maurer, Heinrich Wieber Zigarrenmacher, Johannes Kiesele, Lorenz Hugelmann, August Hess, Georg Roth, Andreas Erb, Johann Fünér, Michael Hurst von Oberweier und Georg Schwend von Oberweier.

Am 15. April 1882 kam der Lindenwirt Maier Haberer zur Anzeige. Weil er seinen Hund ohne Maulkorb herumlaufen ließ, musste er eine Mark Strafe bezahlen.

Eine Mark mussten auch die Gemeinderäte wegen unentschuldigtem Ausbleibens aus der Sitzung bezahlen. Als Rechtsgrundlage für die Strafe wurde ein Gemeinderatsbeschluss angeführt. Nachdem sich Gemeinderat Andreas Erb nachträglich entschuldigte, wurde die Strafe jedoch erlassen.

Ab dem Jahr 1883 tauchen in der Straftabelle Anzeigen der Feldhüter Jakob Erb und Seger auf. Es kamen folgende Tatbestände zur Anzeige: Über fremdes Eigentum gelaufen, über mehrere Wiesen gefahren, schnelles Reiten, einen verbotenen Weg gelaufen, den Güterweg im Loh nicht eingehalten, einen Rain angezündet, fünf Stück Hühner weiden lassen, zwei Stück Rebstock beschädigt, drei Stück Gänse auf Klee weiden lassen, mehrere Wagen voll Dung über einen Dienstgarten geführt, Kirschen entwendet, über Klee gefahren, im Schemental Frucht verdorben, während des Gottesdienstes Kirschen gebrochen, drei Rebstock verdorben mit Vieh anbinden, Hühner in der Frucht weiden lassen, Nuss entwendet.

Die jüdische Ehefrau von Karl Haberer musste am 6. Juli 1884 an Polizeidiener Ebbing zwei Mark bezahlen, weil sie am Sonntag auf dem Feld Tabak gesetzt hatte. Zur Anzeige kamen auch einige Jugendliche, die der Feldhüter beim Stehlen von Äpfeln und Kirschen ertappte. Da die Kinder jedoch erst neun Jahre alt waren, wurden die Einträge in der Tabelle wieder gestrichen.

Ganze zwei Seiten in der Straftabelle benötigten die beiden Polizeidiener Ebbing und Hamm um insgesamt 19 Knechte und Mägde wegen Ruhestörung und groben Unfugs am 12. August 1884 einzutragen. Die Personen arbeiteten bei den Friesenheimer Landwirten, beim Lehrer, beim Bäcker und in den Gasthäusern Adler und Krone. Die Friesenheimer Mägde und Knechte hatten einen Kameradschafts-

abend hinter sich, der bestimmt lustig und vergnügt verbracht wurde, jedoch von der Polizeigewalt als Ruhestörung gewertet wurde. Die männlichen Rädelsführer mussten drei Mark berappen, die Damen waren mit zwei bzw. einer Mark dabei.

Die Straftabelle endet am 31. Dezember 1885, das Buch wurde am 6. Januar 1886 dem Bezirksamt in Lahr zur Kontrolle vorgelegt. Die beiden Polizeidiener erhielten dabei eine Rüge mit der Aufforderung, die Einträge in die Tabelle künftig nicht nachträglich, sondern sofort mit der Anzeige einzutragen.

### Die Nachtwache in Friesenheim

Die Bürger einer Gemeinde hatten nicht nur Rechte sondern auch Pflichten. Das angenehme am Bürgerrecht war das Einrücken in den Bürgergenuss. Voraussetzung hierzu war das Erreichen des fünfundzwanzigsten Lebensjahres und das Führen einer eigenen Haushaltung oder die Einnahme einer selbständigen Lebensstellung. Nach Bezahlung eines Eintrittsgeldes konnte man am Allmendgut und am Bürgerholz teilhaben. Zu den Bürgerpflichten gehörte unter anderem jedoch auch die Teilnahme an der Nachtwache. Hierzu wurde man zum Nachtwächterdienst eingeteilt und hatte zusammen mit dem Polizeidiener die Nachtpatrouille durch die unbeleuchteten Gassen der Gemeinde durchzuführen.

Der Dienst wurde sehr unwillig absolviert. Aus der Straftabelle ist ersichtlich, dass der Dienst häufig verspätet oder gar nicht angetreten wurde oder die Nachtwache schlafend in der Wachstube angetroffen wurde.

Wegen Personalmangel fasste der Gemeinderat am 20. Februar 1885 den Beschluss, dass auch die nicht bürgerlichen Einwohner von Friesenheim zum Nachtwachdienst herangezogen werden können. Der Bürgerausschuss genehmigte diesen Beschluss einstimmig. Trotz dieser Vergrößerung des Personenkreises für die Nachtwache gab es auch weiterhin Schwierigkeiten. Die Vernachlässigung der Nachtwache stand auf der Tagesordnung.

Wegen der andauernden Probleme beschloss am 5. November 1891 der Bürgerausschuss, die Nachtwachenpatrouille abzuschaffen und einen ständigen Nachtwächter einzustellen. Dieser Beschluss wurde dem Großherzoglichen Badischen Bezirksamt zur Genehmigung vorgelegt. Die folgenden Bedingungen für eine Aufhebungsgenehmigung kamen umgehend:



1. Ein zuverlässiger Mann muss während der Nacht im Wachlokal anwesend sein, das Licht muss brennen. Eine genügende Bewaffnung ist erforderlich. Die Schlüssel für das Feuerspritzenlokal sowie des Kirchturmes wegen des Brandläutens müssen zugänglich sein.

2. An den Ortseingängen und in den Ortsstraßen sind feste Laternen anzubringen und zwar in der Weise, dass von jeder Laterne die nächste erblickt werden kann und dass die Laternen von eingetretener Dunkelheit im Sommer bis morgens um 3 Uhr und im Winter bis morgens um 4 Uhr zu brennen haben.

3. Die Ortspolizei muss bis  $\frac{1}{2}$  Stunde nach Eintritt der Feierabendstunde bzw. bis die Wirtshäuser geleert sind im Dienst bleiben.

<sup>4</sup> Gemeindearchiv Friesenheim, Heft 397, Die Aufhebung der Nachtwache, 1885-1911

Ein Nachtwächter wurde von der Gemeinde nicht eingestellt, vielmehr einigte man sich anlässlich einer Tagfahrt mit dem Bezirksamt über die Aufstellung von Straßenlaternen. Gefordert wurde die Aufstellung von insgesamt 4 Laternen und zwar an folgenden Stellen:

Laterne 1: Lahrgasse beim Wohnhaus des Franz Kohler etwa 80 m von der Brauerei Neff in Richtung Lahr

Laterne 2: Lottergasse (heute Friedenstraße) vor der Cigarrenfabrik Lögler

Laterne 3: Schopfheimer Weg (heute Weinbergstraße) vor dem Haus des G. Bähr

Laterne 4: Engalgasse bei Mich. Fünier.

Nachdem die vier Laternen montiert waren und die erforderlichen Regelungen über das Füllen, Reinigen und das Anzünden der Laternen getroffen waren, ging in Friesenheim am 1. Januar 1898 das Licht an. Die neue Straßenbeleuchtung mit Petroleumlampen ersetzte die bisherige Nachtwache.<sup>4</sup>

Wenn es in Friesenheim Nacht wird, leuchten heute viele Straßenlaternen mit LED-Lichtern die Ortsstraßen aus. Am 1. Januar 1898 wurden die ersten vier Petroleumlampen in der Friesenheimer Ortsmitte montiert.



## Die Probleme mit dem Jugendschutz und der Sperrstunde in den Gasthäusern

Eine weitere unangenehme Aufgabe der örtlichen Polizeidiener war die Überwachung der örtlichen Gastronomie. Die durch den Rat festgesetzte Sperr- oder Polizeistunde sollte der Sicherung der Nachtruhe dienen. Zur festgesetzten Sperrstunde durfte in den Gaststätten kein Ausschank mehr stattfinden, die Gäste sollten ihre Getränke austrinken und nach Hause gehen.

Auch in früheren Zeiten war der Ausschank von Alkohol an Jugendliche und der Gasthausbesuch durch Jugendliche reglementiert. Das Oberamt Lahr wendet sich im Jahr 1841 unter dem Betreff „*das unter jungen Leuten immer mehr zunehmende Sittenverderbnis*“ an den Bürgermeister in Friesenheim:

*„Man hat Kenntnis erhalten, dass junge Leute beiderlei Geschlechts, welche von den Sonntagsschulen noch nicht entlassen sind, die Wirtshäuser und öffentliche Tanzbelustigen besuchen und auf solche Weise schon in ihrer zarten Jugend dem Sittenverderbnis entgegen gehen“.*

Gleichzeitig wurde durch eine Anordnung an die Ortspolizeibehörde eine Strafe für die Gastwirte und Schüler festgesetzt. Die Anordnung musste einmal im Jahr durch den Polizeidiener bekannt gemacht werden.

Die Ausnahmen von der Sperrzeit waren vom Bezirksamt in Lahr zu bekommen. Das Gasthaus Rössle hatte im Jahr 1905 die Ausnahmegenehmigung, anlässlich des jeden Mittwoch stattfindenden Kegelabends im Nebenzimmer bis 12 Uhr nachts zu wirten.

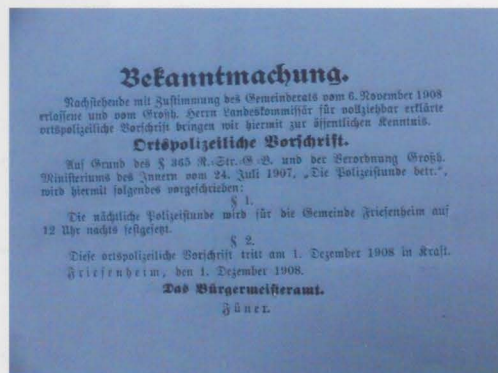
Auf Drängen der übrigen Gaststätten wurde im Jahr 1908 durch ortspolizeiliche Vorschrift die nächtliche Polizeistunde für die gesamte Gemeinde Friesenheim auf 12 Uhr nachts festgesetzt.

Während des I. Weltkrieges mussten die badischen Untertanen zu recht unterschiedlichen Zeiten die Gaststätten verlassen. Das Groß-

herzogliche Ministerium des Innern verordnete die Polizeistunde für Städte mit über 10.000 Einwohnern auf 12 Uhr, in den Amtsstädten mit über 4.000 Einwohnern auf 11 Uhr und in allen übrigen Gemeinden auf 10 Uhr. In Friesenheim mussten daher die Wirtschaften bereits um 10 Uhr abends den Bierhahn zudrehen.

Im Kriegsjahr 1916 wurde im Dezember zwecks Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln die Polizeistunde in Lahr auf 11 Uhr und

Im Jahre 1908 wurde die Polizeistunde für die Gemeinde Friesenheim durch eine ortspolizeiliche Vorschrift auf 12 Uhr nachts festgelegt.





in den übrigen Orten des Lahrer Bezirks auf 10 Uhr abends festgesetzt. Für Zuwiderhandlungen wurden 10.000 Mark Strafe oder Haft bis zu 3 Monaten angedroht.

Der Polizeidiener stellte diese Anordnung den Friesenheimer Gaststätten zu. Auf der Zustellungsurkunde sind folgende Gaststätten bzw. Unterschriften aufgeführt:

Gasthaus Rössle (Franz Glyckherr), Bahnhofsgaststätte (Frau Ernst Lembke), Gasthaus Sonne (Eberle), Gasthaus Neff (Franz Carl Neff), Gasthaus Linde (Ed. Teufel), Gasthaus Ochsen (Frau Chr. Bähr), Gasthaus Krone (Hissin), Brauerei Kohler (Ed. Kohler, Bierbrauer), Gasthaus Adler (Frau Adolf Arnold), Gasthaus Löwen (Jakob Fünér), Feldschlösschen (Frau Karl Haupt) und der Salmen (Hermann Saal).

Man kann sich gut vorstellen, dass die Polizeidiener keine leichte Arbeit hatten, um in den 12 Gaststätten in Friesenheim die Sperrstunde zu überwachen. Vielleicht wurde jedoch auch ab und zu ein Auge zugeedrückt.

Im Jahr 1928 beschloss der Gemeinderat Friesenheim die ortspolizeiliche Vorschrift, die Polizeistunde von nachts 12 Uhr auf nachts 1 Uhr festzusetzen. Die Rechnung wurde jedoch ohne den Bezirksrat des Bezirksamts Lahr gemacht. Der Bezirksrat lehnte in seiner Sitzung am 30. August 1928 den Friesenheimer Antrag ab. Der Gemeinde Friesenheim wurde mitgeteilt, dass eine derartige Ausnahmeregelung allerhöchstens für die Stadt Lahr zweckmäßig und am Platze sei. Die Festsetzung der Polizeistunde auf 12 Uhr genüge weitaus. Auch aus Kreisen der Wirte würde eine Verlängerung der Polizeistunde in der Regel nicht begrüßt, da es eine bekannte Tatsache sei, dass die Unkosten der letzten Stunde den Gewinn, der etwa erzielt werden könnte, erheblich überschreiten würden.<sup>5</sup>

Die Gemeinde Friesenheim wusste sich jedoch zu helfen und ging zu einer großzügigeren Genehmigung einer Sperrzeitverkürzung von Fall zu Fall über. Die Lahrer Gendarmerie hatte bei Kontrollen damit zu kämpfen, dass die Polizeistundenverlängerungen angeblich mündlich ausgesprochen waren und die erforderlichen schriftlichen Genehmigungen erst nachträglich erteilt wurden. Der Friesenheimer Bürgermeister Ernst Ehret hatte bei dem traditionellen Wirtshausbesuch nach einer Gemeinderatssitzung immer einen gesiegelten Genehmigungsvordruck für eine Sperrzeitverkürzung dabei. Im Bedarfsfalle hätte man nur noch den Namen der Gaststätte und das Datum eintragen müssen.

<sup>5</sup> Gemeindearchiv Friesenheim, Heft 398, Polizeistundenverlängerungen, Übertretung der Polizeistunde, 1836-1949

## Gemeindefschutzpolizei in Friesenheim

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde, mit Zustimmung der französischen Besatzungsmacht, die Wiedereinführung der Gemeindefschutzpolizei im Lande Baden realisiert.

Im Jahr 1951 wurde der Gemeinde Friesenheim vom Landratsamt Lahr aus empfohlen, die vor dem Zweiten Weltkrieg vorhandene kommunale Polizeibeamtenstelle von Karl Friedrich Erb<sup>6</sup> wieder neu zu besetzen. Durch Gemeinderatsbeschluss vom 9. Mai 1951 wurde dieser Empfehlung einstimmig zugestimmt und gleichzeitig vorgeschlagen, die Stelle mit Ratsdiener Josef Kohler, der sich seit 1945 im Dienste der Gemeinde befand, zu besetzen. Nach Absolvierung der Lehrgänge auf der Polizeischule konnte die Ernennung zum Polizeiwachtmeister, die Uniformierung und die Bewaffung des Beamten erfolgen.<sup>7</sup>

Im Zuge der Neubildung des Bundeslandes wurde das Polizeigesetz für Baden-Württemberg erlassen. Nach diesen Vorgaben ging zum 1. April 1956 in den Gemeinden mit weniger als 75.000 Einwohnern der kommunale Polizeivollzugsdienst auf das Land über.

Polizeiwachtmeister Josef Kohler blieb auf seinen Wunsch bei der Gemeinde Friesenheim und leitete bis zu seiner Pensionierung, zusammen mit der Angestellten Sonja Schmider, das Amt für öffentliche Ordnung. Die Aufgaben der Sicherheit und Ordnung für Friesenheim werden heute vom Polizeirevier Lahr wahrgenommen.

<sup>6</sup> Ortssippenbuch Friesenheim, OZ 1252

<sup>7</sup> Gemeindearchiv Friesenheim, Heft 145, AZ. 100.31 Wiedereinführung der Gemeindefschutzpolizei, 1950 – 1956

Im Jahre 1951 wurde in Friesenheim eine kommunale Gemeindefschutzpolizei eingerichtet. Der uniformierte Polizeiwachtmeister Josef Kohler sorgte im gleichen Jahr beim Umzug des Männergesangvereins Friesenheim für die Verkehrssicherheit.





# Die „Lahrer Schaumschlägerei“ ✓

Von Ralf Bernd Herden

Nun hat im Allgemeinen ein Schaumschläger weder mit dem ehrenwerten Handwerk des Konditors (der schlägt ja bekanntlich den Baiser-Schaum), noch mit dem Einsatz eines Schaumlöschfahrzeuges der Feuerwehr zu tun. Meist versteckt sich hinter diesem Wortungetüm ein Phrasendrescher. Bei der Lahrer Schaumschlägerei 1979 wurde – wohl in nicht wenigen Fällen – zugeschlagen, und sicher manchmal auch kräftig. Nur nicht mit Worten, und schon gar nicht mit der wohlschmeckenden Zielsetzung des Konditors, auch nicht „feinherb“. Ein Schaumlöschfahrzeug (oder war es nicht sogar ein Löschpanzer mit Schaumlöschkanone, wie teilweise behauptet wurde) spielte dabei jedoch eine der Hauptrollen.

Einige hundert Jugendliche – damals noch Deutsche und Kanadier – bevölkerten Anfang Oktober 1979 den herbstlichen Vergnügungspark auf dem Friedrich-Ebert-Platz. Generationen von Lahrern werden, meist frohe und glückliche, Erinnerungen mit diesem Vergnügungspark verbinden. Die Familie Adolf Hahn bot hier mit einem „Frühlingsfest“ und einem „Herbstfest“ u.a. Autoscooter, Karussell und Schießbude.

Die Geschichte, die mit der „Lahrer Schaumschlägerei“ endete, begann wohl an einem Mittwochabend ihren Lauf zu nehmen. Genau werden wir es wohl nie mehr erfahren. Was im englischen „ring the bell“ genannt wird, heißt auf deutsch „Hau den Lukas“. Eine Gruppe kanadischer Jugendlicher nahm sich an diesem Abend nicht den beliebten Jahrmarktskräftemesser vor, sondern einen uns unbekannt, deutschen Altersgenossen. Der schlicht verprügelt wurde, aus welchem Grund auch immer.

Die Reaktion war, dass die deutsche Gruppe es natürlich nicht dabei bewenden ließ, Rache zu schwören, sondern dies mit Tatkraft am folgenden Abend auch umsetzte. Einige kanadische Jugendliche bezogen so am Donnerstag eine Abreibung, was der Völkerfreundschaft natürlich nicht besonders zuträglich war. Der Verfasser dieser Zeilen kann sich noch daran erinnern, dass über die gelaufenen und anstehenden Auseinandersetzungen auch in weniger handfesten und handgreiflichen Kreisen der Lahrer Jugend teilweise doch recht lebhaft diskutiert wurde.

Der Freitagabend sollte dann nach Ansicht der beteiligten Jugendlichen zum Großkampftag werden. Doch wirklich zum Überlaufen kam das Fass am Samstagabend.

Rund 250 kanadische Jugendliche rückten auf dem Friedrich-Ebert-Platz an, allerdings nicht mit den üblicherweise an der Schießbude zu erwerbenden Plüschtieren, sondern teilweise mit massiven Baseball-Schlägern ausgestattet. Eine sportliche Betätigung war jedoch wohl nicht beabsichtigt. Diese Gruppe entsprach durchaus dem Bild der guten Organisation, welches die Lahrer von den Kanadiern gewohnt waren, nur in eine völlig andere Richtung, als allgemein vertraut war: Man wollte die eigene Schlagkraft im wahrsten Sinne des Wortes dazu benutzen, seiner Position gegenüber den deutschen Jugendlichen Geltung zu verschaffen.

Der sonst stets unerschrockene Vergnügungsparkbesitzer Adolf Hahn sah sich nunmehr mit einer Situation konfrontiert, die dem von ihm beabsichtigten Angebot absolut nicht entsprach. So rief er denn die deutsche und die kanadische Polizei um Hilfe. Die herbeigeeilte Polizei war jedoch hoffnungslos in der Minderzahl. Die kanadische Militärpolizei wusste sich zu helfen und fackelte nicht lange: Sie rief die Flugplatzfeuerwehr zur Hilfe, welche laut „Lahrer Zeitung“ mit „zwei Spezialfahrzeugen“ (also doch Löschpanzer?) anrückte, und mit deren Schaumlöschkanonen einen Schaumteppich vom Vergnügungspark bis zum (damaligen) kanadischen Kino legte. Der Rest der Beruhigungsmaßnahme war wohl für die Militärpolizei zwar auch nicht gerade Routine, aber auch kein Problem: Man fischte sich die eigenen Staatsangehörigen aus der „Schaumsuppe“. Die deutschen Polizisten sollen sich, so unbewiesene, böse Zungen, in ihrer Tätigkeit vor allem darauf konzentriert haben, den auf der schaumbedeckten B 415 (Autobahnzubringer) dahin kriechenden Verkehr zu sichern.

Für den folgenden Sonntag rief die Lahrer Polizei sicherheitshalber alle verfügbaren Beamten zum Dienst, um die normale Besatzung des Polizeireviers zu verstärken. Doch an diesem Abend war aus der Konfrontation mehr ein Verbrüderungsfest geworden. Sehr zum Ärger der Autofahrer auf der B 415 ließen sich auf dem Autobahnzubringer doch jetzt deutsche und kanadische Jugendliche gemeinsam nieder, „wohlversorgt mit Bierflaschen und Partybierdosen mit mehreren Litern Inhalt. Erboste Autofahrer, die durch ihre Reaktion schwere Unfälle gerade noch verhindern konnten, drohten damit, die Blockade mit ihren Kraftfahrzeugen zu durchbrechen. Die Lahrer Polizei rückte mit rund 20 Mann aus und



sorgte mit Hilfe der Schlagstöcke für Ruhe und Ordnung.“ So berichtete „j.r.“ (Jörg Rittweger), damals stellvertretender Chefredakteur der „Lahrer Zeitung“, am 8. Oktober 1979 seinen Lesern. Die Situation habe sich später entspannt, die Zusammenrottung jedoch nicht aufgelöst.

Die „Lahrer Schaumschlägerei“ war sicherlich ein untypisches Ereignis, und hatte wohl so gut wie nichts mit der Nationalitätenfrage zu tun, sondern einen eher jugendtypischen Hintergrund. Besorgte Lahrer diskutierten die „Frage der Verhältnismäßigkeit des Schaumkanoneneinsatzes“ noch heftig, als das Problem für die beteiligten Jugendlichen (abgesehen von den vielleicht länger spürbaren Folgen der erlittenen Blessuren) längst erledigt war.

# Lahr im Ersten Weltkrieg ✓

Teil 2: Vom Jubel und vom Mangel

Von *Thorsten Mietzner*

Im letztjährigen „Geroldsecker Land“ wurde versucht zu schildern, wie der Erste Weltkrieg die Stadt Lahr beeinflusst hat. Wie er die Stadtverwaltung modernisierte und die politischen Verhältnisse veränderte. 1919 war die Stadt nicht mehr dieselbe wie 1914. Eine solche „strukturelle“ Sicht auf die Stadt und ihre Geschichte ist nötig, denn in ihr werden die Veränderungen und der geschichtliche Verlauf oft deutlicher als im kleinen Detail. Doch geht dabei etwas anderes verloren. Nämlich die konkrete und alltägliche Erfahrung der Menschen jener Zeit. Was hilft es, wenn man weiß, wann die Stadt ein Lebensmittelamt einrichtete und wie es organisiert war, wenn man nicht gleichzeitig schaut, ob dessen Tätigkeiten im Leben der Menschen überhaupt etwas bewirkte? Gerade der Erste Weltkrieg war eine Zeit, in der die Menschen in kürzester Zeit Erfahrungen machten, die sich oft widersprachen und Veränderungen bewirkten, für die die Geschichte sonst Jahrzehnte braucht. Dieser Krieg war für die Menschen in aller Regel eine Zeit der Entbehrung, der Not und der tiefen Schicksalsschläge. Schon 1914 setzte deshalb der Kampf um den „Sinn“ dieses Krieges und dieser Zeit ein. Warum hatte man gelitten? Warum waren der Sohn, der Ehemann, der Vater gefallen?

Dieser Artikel versucht zu beschreiben, wie die in Lahr verbliebenen Menschen den Ersten Weltkrieg erlebten. Wie sich ihre Lebenssituation veränderte, aber auch, wie sie darauf reagierten. Die Erfahrung im Krieg – so wird angenommen – war eine entscheidende Voraussetzung für das Verhalten in den Zeiten der Weimarer Republik. Dabei können in diesem Aufsatz bei weitem nicht alle Erfahrungen und Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918 geschildert werden. Die Haltung zum Krieg, die Verbindung von Heimat- und Kriegsfront, Durchhalteparolen oder der inszenierte Patriotismus gerade der Schulkinder kommen hier nicht vor.<sup>1</sup> Eine Geschichte Lahrs im Ersten Weltkrieg bleibt weiterhin zu schreiben.

<sup>1</sup> Vgl. ergänzend auch Ursula HUGGLE, *Alltag in Lahr 1900 bis 1950*. In: Stadt Lahr (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Lahr*, Bd.3: Im 20. Jahrhundert, Lahr 1993, S. 67 ff.



## „Augusterlebnis“ und Kriegsbeginn

Lange galt das sogenannte „Augusterlebnis“ als das prägende Phänomen des Kriegsausbruches. Mit „Augusterlebnis“ bezeichnen Historiker die Welle der Euphorie und Begeisterung, die Anfang August 1914 Deutschland überschwemmt habe, als die Menschen auf den Straßen und Plätzen den Ausbruch des Krieges mit Begeisterung feierten und sich die Männer in Scharen freiwillig zu den Waffen meldeten. Inzwischen sind die Bilder, die Historiker von jenen Tagen zeichnen, deutlich differenzierter geworden. Beginnen wir also auch für Lahr mit dieser Frage: Wie standen die Lehrerinnen und Lehrer zu diesem Krieg, der „*wie ein Gewittersturm am heißen Sommertag [...] herein[brach]*“<sup>2</sup>, um die Worte des Dinglinger Pfarrers Adolf Ludwig zu benutzen.

Natürlich gab es Kriegsbegeisterung und patriotischen Überschwang. Der komplette Abiturjahrgang des Lahrer Gymnasiums etwa meldete sich freiwillig zu den Waffen.<sup>3</sup> Versammlungen mit der unvermeidlichen „Wacht am Rhein“ und anderen patriotischen Liedern lassen sich mehrfach nachweisen. Typisch etwa die Geschehnisse im „Rappen“:

„[W]er am Samstag abend [d.i. der 1. August] z.B. die Lokale des „Rappen“ betrat und hörte, wie dort aus freiem Impuls, einzig in dem Gefühl gegenseitiger Zusammengehörigkeit, Leute aus allen Bevölkerungsschichten, Beamte, Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende, Männer jeder politischen Richtung, sich zwanglos zusammengeschart hatten, wie dann, nachdem von verschiedenen Seiten in zündenden Worten auf die Aufgaben, die unserer harren, hingewiesen war, sich alle Anwesenden wie ein Mann erhoben und die „Wacht am Rhein“ anstimmten, dem wird ein solcher feierlicher Moment ewig im Gedächtnis sein.“<sup>4</sup>

Unvermeidlich auch die Fülle von Gedichten, die in den ersten Kriegswochen in der Lahrer Zeitung veröffentlicht wurden und einem überbordenden Patriotismus Raum geben sollten:

„Es brauset so herrliche Kunde  
Landeinwärts von Munde zu Munde:

Erstritten habt ihr so heiligen Sieg

Im auferzwungenen Völkerkrieg

Mit eurem jungfrischem Blute!

(...)

Wenn einst es ruht zum letzten Appell,

Erwachtet, ihr Schläfer, und seid zur Stell’!

<sup>2</sup> Adolf LUDWIG, Der Krieg 1914. In: Die Heimat für die evangelische Kirchengemeinde Dinglingen, Mietersheim, Langenwinkel (im Folgenden: Heimat), Nr. 18/1914

<sup>3</sup> Lahrer Anzeiger (LA) v. 10.8.1914. Vgl. auch den Zeitzeugenbericht v. Karoline HÄMMERLIN, in: Scheffel-Gymnasium Lahr (Hrsg.), 1804 – 2004. 200 Jahre Scheffel-Gymnasium Lahr, o.O. (Lahr) 2004, S. 46

<sup>4</sup> Lahrer Zeitung (LZ) v. 3.8.1914

*Den Edelsten werdet ihr angereicht,  
Die je fürs Vaterland zogen zum Streit.  
Herbei dann, ihr Kämpfer! Herbei! Hurra!*“

dichtete etwa die die Lahrer Malerin Emma Brauer nach der Schlacht bei Mühlhausen.<sup>5</sup>

Doch steckt in diesen Quellen und auch in den Rückblicken aus der Nachkriegszeit viel Wunschdenken. Dass der „Parteienzwist“ endlich überwunden sei, der „Geist von 1914“ die sozialen Spannungen beseitigt habe, war vor allem eine Denkfigur des liberalen Bürgertums im und nach dem Krieg. Ein genauerer Blick zeigt, dass die Stimmung am und nach dem 1. August durchaus ambivalent war.

Da war zum Beispiel eine Stimme „vom Lande“, die am 7. August 1914 im „Lahrer Anzeiger“ veröffentlicht wurde. Hier ist eine der eher seltenen Frauenstimmen jener Zeit zu vernehmen, die die Stimmung im dörflichen Umland von Lahr beim Abschied der Männer aus dem Dorf schildert. Von Euphorie oder Begeisterung ist hier nichts zu lesen. *„Wenn man die abgearbeiteten Männer ansieht, die von der Ernte, vom Acker weg, abgerufen werden, so überkommt uns unwillkürlich ein Mitleiden, und dann kommt noch der Abschied von der Familie, von den Kleinen.“*<sup>6</sup>

Das deckt sich mit den Beobachtungen, die der Pfarrer Adolf Ludwig beim Marsch zum Dinglinger Bahnhof machte: *„Die Straße entlang Tag für Tag Soldaten, die eingezogenen jungen Männer mit dem Köfferchen vorbeieilend, da und dort grüßend, ernst und entschlossen, freudig der eine, der andre in Tränen.“* Erst am Bahnhof selbst stellte sich so etwas wie Gruppeneuphorie ein: *„Und überall frohe Gesichter, wie wenn es ins Manöver ging, nicht übermütig, aber furchtlos und tapferen Sinnes.“*<sup>7</sup>

Parallel zur Mobilmachung machte sich in der Bevölkerung eine latente Panik breit. Wilde Gerüchte waren im Umlauf von Spionen allenthalben und eindringenden französischen Truppen. Die Menschen begannen ihre Bankkonten abzuräumen und Lebensmittel zu hamstern.<sup>8</sup> Auch in Lahr und Umland sollte man deshalb nicht von einer allgemeinen „Kriegsbegeisterung“ sprechen, sondern von einer *„Ambivalenz der Gemütslagen, zwischen nationalem Gefühlswall und Verteidigungsbereitschaft einerseits, Nervosität und Unsicherheit andererseits“*<sup>9</sup>.

<sup>5</sup> LZ v. 22.8.1914. Nach Schätzungen sollen in diesen Wochen täglich rund 50.000 Gedichte bei den deutschen Zeitungen auf den Redaktionstischen ge-

landet sein.

<sup>6</sup> LA v. 7.8.1914.

<sup>7</sup> Heimat 18/1914, S. 134f.

<sup>8</sup> Die Aufrufe, das Geld auf den Konten zu lassen, sowie die

Warnung, Gerüchte zu verbreiten, ziehen sich in den ersten Wochen durch die Tagespresse, so dass sich hier Einzelnachweise erübrigen.



In der Regel waren es dabei bürgerliche und bildungsbürgerliche Kreise, die eine besonders ausgeprägte Neigung zu patriotischen Demonstrationen hatten, während sich ländliche und nichtbürgerliche Schichten deutlich zurückhielten. Während der Dinglinger Oberlehrer Wilhelm Wiedemann auf den bereits Anfang September gefallen Gottfried Ludwig dichtete „*Gekämpft, gesiegt. Gefallen für das Vaterland, O weher-süßer Trost im Elternherzeleid [...] Es hat nicht sollen sein! Gott tat's – s'ist wohlgetan. Du starbst als Held, du fielst als deutscher Mann*“, schrieb dessen Kamerad an seine Eltern: „*Wollte Gott doch, dass dieses entsetzliche blutige Ringen und Schlachten ein schnelles Ende nehme. [...] Möge unser Herrgott bald das entsetzliche Toben dieses Krieges mit all seinen nicht zu schildernden Greueln rasch enden lassen.*“<sup>10</sup>

Mit dem Kriegszustand und den Einberufungen veränderte sich die Stadt zunächst äußerlich. Zahlreiche Pferde wurden zu Militärzwecken abgezogen, Ochsen- und Handkarren bestimmten neben Fahrrädern das Straßenbild. Autos wurden immer seltener, tausende fremder Soldaten, die meist nur kurzfristig in den Kasernen untergebracht waren, bevölkerten die Stadt. Über 4.700 Soldaten befanden sich im November 1914 in der Stadt und belegten zahlreiche Schulräume und Turnhallen. Im Laufe des Krieges stieg diese Zahl zeitweise auf über 10.000.<sup>11</sup> Andere, weniger wahrnehmbare Folgen des Kriegsbeginns griffen jedoch stärker in das Leben der Bevölkerung ein. Bereits mit den ersten Tagen des Krieges machte sich eine deutliche Preissteigerung bei Grundnahrungsmitteln bemerkbar. Vom Lahrer Wochenmarkt des 1. August wird von Preissteigerungen bei Butter und Eiern von über 50 Prozent berichtet, eine Folge sowohl der Hamsterkäufe als auch der Kriegsfurcht. Die Zeitungen fassten das Phänomen der Preissteigerung zunächst unter dem Begriff der „Ausbeutung“ (der Konsumenten), erst im Laufe des Krieges verschärfte sich die Begrifflichkeit: Nun war von „Kriegsgewinnlern“ und „Wucherern“ (letzteres beinhaltete eine antisemitische Konnotation) die Rede. Die Stadtverwaltung reagierte mit Marktkontrollen, Höchstverkaufsmengen (etwa fünf Eier/Person) und Preisfestsetzungen.

<sup>9</sup> Christian GEINITZ, Uta HINZ, Das Augusterlebnis in Südbaden: Ambivalente Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit auf den Kriegsbeginn 1914. In: Gerhard HIRSCHFELD, Gerd KRUMMEICH, Dieter LANGEWIESCHE,

Hans-Peter ULLMANN (Hg.), Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Ersten Weltkriegs, Essen 1997, S. 20 ff., hier S. 26

<sup>10</sup> Heimat 18/1914, S. 136f.

<sup>11</sup> Vgl. LZ v. 5.9.1914; Stadtarchiv Lahr (im Folgenden: StadtAL) Lahr II 325/1 (13.11.1914). Im Folgenden wird nicht jedes Detail durch Quellennachweise belegt, um den Anmerkungsapparat nicht zu überlasten.

gen, konnten den Anstieg damit aber nur vorübergehend aufhalten, nicht jedoch rückgängig machen. Im Laufe des Krieges verdoppelte oder verdreifachte sich der Preis der meisten Lebensmittel.<sup>12</sup>

Die schweren Störungen im Wirtschaftsgeschehen zeigten sich aber nicht nur im Handel, sondern auch in der Produktion. Zahlreiche Industriebetriebe hatten in der ersten Augushälfte ihre Produktion eingestellt und arbeiteten auch im September noch reduziert. Die Folge war eine gravierende Arbeitslosigkeit in der Lahrer Bevölkerung, die auch durch die Einberufungen nicht ausgeglichen wurde. Zwischen dem 3. und 8. August meldeten sich bereits knapp 500 Menschen beim Lahrer Arbeitsamt als arbeitsuchend, Zweidrittel davon waren Männer im Alter unter 20 oder über 25 Jahren.<sup>13</sup> Im Verlaufe des Herbstes 1914 normalisierte sich das Wirtschaftsleben dann wieder, im Februar 1915 ließen sich nur noch 82 Männer und 152 Frauen als erwerbslos registrieren.

Rücklagen oder finanzielle Reserven hatten die meisten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Familien nicht. Das Arbeitsamt ließ deshalb Suppe verteilen, verschätzte sich dabei aber kräftig. Mitte August 1914 – der Krieg war zwei Wochen alt – waren alle 200 Portionen bereits morgens um 10 Uhr vergriffen.<sup>14</sup>

Neben den Ausgaben für Essen und Miete betraf die finanzielle Notlage besonders die Ausgaben für Hausbrand, also Holz und Kohlen. Die Stadt richtete deshalb Ende Oktober 1914 in der Wirtschaft Eichacker eine Wärmehalle ein, die von morgens neun bis abends 21 Uhr geöffnet war. Ende 1914 besuchten monatlich rund 2.300 Menschen die Halle, im Jahresschnitt 1915 waren es täglich 38 Menschen, in den Wintermonaten über 50.

Für die betroffenen Familien war der Ausfall eines Haupternährers durch den Kriegsdienst ein schwerer Einschnitt. Der weitaus größte Teil der Lahrer verfügte sowieso nur über ein Jahreseinkommen von unter 2.400 Mark, nämlich 9.821. Das waren 75 Prozent der Bevölkerung, sie galten als die „Klasse der Minderbemittelten“.<sup>15</sup> Die bewilligte staatliche Unterstützung reichte auch mit dem städtischen Zuschlag bei weitem nicht aus, den Ausfall zu kompensieren. Etwa 240 Familien waren im Oktober 1914 davon betroffen. Die Stadt leistete deshalb zusätzliche Hilfe, die vor allem in einem 75%-Zuschuss zur Miete sowie der Lieferung von Milch und Brot bestand. Ein Jahr nach Kriegsbeginn – im Oktober 1915 – zahlte die Stadt bereits für 560 Parteien den größten Teil der Miete, später auch Hypothekenzinsen der Eigentümer.<sup>16</sup> Der Mann als Soldat fehlte aber nicht nur

<sup>12</sup> Vgl. die Übersicht über die Marktpreise in den Zeitungen, etwa LZ v. 20.7.1914 u. 15.8.1918

<sup>13</sup> LZ v. 11.8.1914

<sup>14</sup> StadtAL Lahr II 327/1 (18.8.1914)

<sup>15</sup> Die Angaben in StadtAL 344/1 (21.5.1915); vgl. StadtAL Lahr II 337/2 (4.4.1917)

<sup>16</sup> StadtAL Lahr II 330/1 (14.10.1914); 333/3 (9.10.1915)



als Ernährer, sondern auch als Arbeitskraft. Besonders wenn die Familie vor dem Krieg durch eine Gastwirtschaft oder einen Handwerksbetrieb unterhalten wurde, dann blieb der Ehefrau oft nichts anderes übrig, als zusätzliche Hilfskräfte einzustellen. Da zugleich der Umsatz des Geschäftes in der Regel zurückging, gerieten auch zuvor durchaus gesicherte Mittelschichtsfamilien in eine soziale Notlage. Hierzu einige Beispiele.

Während die Mitglieder der städtischen Notstandskommission zunächst vornehmlich das Problem der Arbeitslosigkeit im Blick hatten, machte der Vertreter des Gewerbe- und Handwerkervereins, Maler Wilhelm Schmelzer, darauf aufmerksam, dass sich die Kriegsfürsorge hauptsächlich um Frauen kümmern sollte, deren Männer im Feld seien. *„Die Handwerker seien oftmals Häuserbesitzer und mit Schulden belastet. Es wäre gut, wenn man den Frauen und Kindern der Handwerker eine Unterstützung gewähren könnte.“*<sup>17</sup>

Der Handlungsreisende Arthur Seupin etwa wandte sich Mitte September 1914 an die Stadt und verwies darauf, dass er kaum noch Geschäftsreisen unternehme, nur noch die Hälfte seines monatlichen Gehaltes von 150 Mark bekomme und zudem ein untervermietetes Zimmer seiner Wohnung wegen der Einberufung des Mieters nicht mehr vermieten könne. Er bat um Nachlass städtischer Umlagen und eine Mietunterstützung.<sup>18</sup> Ebenfalls betroffen waren die zahlreichen Hausmädchen in den bürgerlichen Haushalten, bei denen es zu einer Entlassungswelle gekommen war und die jetzt auf den Arbeitsmarkt drängten.<sup>19</sup>

Die Frau des Kaufmanns Carl Hockenjos, Frieda, gab sich mit dem ablehnenden Bescheid des Bezirksamtes auf Familienunterstützung nicht zufrieden und schrieb mit der Bitte um Unterstützung an die Stadt: *„Mein Mann mußte bei Ausbruch des Krieges sofort einrücken. Ich habe wohl noch meine Eltern, bei denen ich Unterkunft finde, aber unsere gemietete Wohnung muß ich weiterzahlen, und muß die Mittel hierzu aus unseren Ersparnissen nehmen, und ebenso die Unterstützungen, die ich meinem Mann im Felde angedeihen lassen muß.“*

Die Tatsache, dass zahlreiche Ehefrauen oder Angehörige ihre kriegsdienstleistenden Männer besonders in den ersten Kriegsjahren mit sogenannten Liebesgaben im Feld unterstützten, belastete den familiären Haushalt stark. Lebensmittel, Alkohol, Tabak und Kleidungsstücke gehörten zu den am häufigsten ins Feld geschickten Gütern. Sofie Köbele, Frau eines Steindruckers, schrieb im Juni 1915 an die Stadt: *Ich möchte in Anbetracht der gegenwärtigen allgemeinen Teuerung*

<sup>17</sup> StadtAL Lahr II 327/7 (16.2.1915)

<sup>18</sup> StadtAL II 327/1 (16.9.1914)

<sup>19</sup> Thorsten MIETZNER, Außer Brot gesetzt. Arbeitsmarktpolitik in Lahr vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg. In: Geroldsecker Land 49, 2007, S. 91-114, hier: S. 100

*sämtlicher Lebens- u. Bedarfs-Artikel u. da ich jede Woche etwa 3 M. für Liebesgaben bezwse. zu Feldpaketen für meinen Mann benötige, mein Gesuch um die Reichsunterstützung erneuern u. bitte um Verwilligung derselben vom 25. März ds. Js. (dem Hochzeitstage) an.*<sup>20</sup>

Im Verlaufe des Krieges gerieten immer mehr Familien in Notlagen. Nun traf es auch gut situierte Schichten des wohlhabenden Mittelstandes. Im Juli 1916 bat die Mutter des Bauunternehmers Meurer um Unterstützung, da die Bautätigkeit völlig daniederliege: „Was den Ertrag meiner Wohnhäuser angeht, so möchte ich von vornherein erwähnen, dass ich bis heute nachweislich gegen 1600 Mk an Wohnungsmiete eingeüßt habe.“ Nachlassende Geschäfte machte auch Friseurin Schäfer im März geltend ebenso wie die Pflug-Wirtin Anna Schulz, die im März 1917 einen Antrag auf Unterstützung stellte.<sup>21</sup> In all diesen wie vielen weiteren Fällen ist nicht ganz sicher, ob immer schon eine anerkannte Notlage vorlag, doch zeigte sich, dass sich der Mittelstand zunehmend ökonomisch und sozial bedroht fühlte. Betroffen davon waren auch jene Bevölkerungsteile, die – wie Adolf Schwarzer – lediglich eine kleine Rente bekamen (in seinem Fall war das eine Mark pro Tag) und damit in der allgemeinen Teuerung unmöglich leben konnten. Schwarzer bat deshalb die Stadt um eine Anstellung als Schreiber.<sup>22</sup>

Gerade für die Mitglieder bürgerlicher Familien bedeutete die Abhängigkeit von städtischen und staatlichen Leistungen eine schwere Demütigung, hing doch ihr ganzes Selbstbild davon ab, sich von den sozialen Unterschichten abzusetzen und vor allem, eine gewisse Selbständigkeit zu wahren.

Da es immer schwieriger für weite Teile der Bevölkerung wurde, sich ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, war bereits im März 1916 eine sogenannte „Volksküche“ im „Pflug“ eingerichtet worden – neben der bestehenden „Kriegsküche“ oder Suppenanstalt, die bereits kostenlos Essen an Berechtigte ausgab. Von März bis Dezember 1916 wurden hier u.a. über 41.000 Mittagessen und 44.000 Abendessen an ärmere Teile der Bevölkerung zu günstigen Preisen ausgegeben. Während 1917 die Zahl der Mittagessen leicht auf rund 60.000 und die der Abendessen deutlich auf 86.000 stieg, ließ es sich aber nun nicht mehr vermeiden, auch die Mittelschichten durch öffentliche „Massenspeisung“ zu versorgen. Am 25.8.1917 eröffnete deshalb in den Räumen der Volksküche eine sog. „Mittelstandsküche“. Um die soziale Distanz zu wahren, erfolgte hier die Bedienung beim Essen am Tisch, bei ansonsten gleichen Speisen. Für dieses Privileg zahlte der Mittelstand zehn Pfennig mehr, nämlich 50 anstelle

<sup>20</sup> StadtAL Lahr II 333/3 (18.10.1914; 28.6.1915)

<sup>21</sup> StadtAL Lahr II 333/2 (31.7.1916, 7.3.1917, 13.4.1917)

<sup>22</sup> StadtAL Lahr II 327/5 (22.9.1915)



von 40 Pfennig für ein Mittagessen. Der Bedarf war groß. Von August bis Dezember 1917 wurden über 18.000 Mittagessen und rund 25.000 Abendessen verteilt.<sup>23</sup>

<sup>23</sup> StadtAL Lahr II  
334/3

<sup>24</sup> Hierzu und zum  
Folgenden: StadtAL  
Lahr II 336/12

## Die Milchversorgung

Auf zwei Gebieten wollen wir hier ein wenig genauer hinschauen, wie sich die Lebenssituation der Lehrerinnen und Lehrer im Ersten Weltkrieg entwickelte. In den Blick genommen werden sollen zwei Grundnahrungsmittel: die Milch und die Kartoffeln.

Milch war fester Bestandteil der Fettversorgung der Bevölkerung, notwendig für die gesunde Entwicklung von Kindern und Kranken. Vor dem Krieg lag der Tagesverbrauch der Stadt Lahr bei rund 5.800 Litern, bis zum November 1915 war er bereits um ein Drittel auf knapp 4.000 Litern gefallen.<sup>24</sup> Das Milchsystem hatte dabei verschiedene Säulen: Rund 44 Prozent wurden von Lahrer Milchhändlern verkauft, ein Viertel von auswärtigen Händlern und der Rest wurde von Landwirten aus Dinglingen, Mietersheim und Lahr direkt oder ebenfalls über Milchhändler abgesetzt. Lahr war deshalb in großem Maße von der Lieferung auswärtiger Milch aus dem Bezirk (besonders dem Ried) abhängig, die täglich mit dem Bähnle oder der Eisenbahn angeliefert wurde.

Nachdem bereits nach einem Kriegsjahr aufgrund schlechter Bewirtschaftung, mangelnder Fütterung, Schlachtungen und teilweise auch zunehmender Verbutterung in ganz Deutschland die Milch knapp wurde, erließ der Bundesrat im November 1915 eine Verordnung, nach der die Verwendung von Milch zum Backen sowie Sahne verboten sowie Höchstabgabemengen festgelegt wurden: Kinder bis zwei Jahre sowie stillende Frauen sollten hiernach täglich einen Liter, ältere Kinder einen halben Liter und Kranke (mit ärztlichem Berechtigungsschein) einen Liter Milch pro Tag bekommen. Der Rest durfte an Erwachsene (über 14 Jahren) abgegeben werden. Am 30. November 1915 gab der Stadtrat die Umsetzung dieser Regelung in Lahr bekannt und verordnete den Milchhändlern, pro Person nicht mehr als die erlaubte Menge abzugeben. Dementsprechend hatte die Stadt einen täglichen Bedarf an Milch von 5.004 Litern, nämlich für 452 Kleinkinder, 500 stillende Mütter und Kranke (die bemerkenswerter Weise in einer Kategorie zusammengefasst wurden), 3.305 weitere Kinder und 9.603 Erwachsene, die mit einem Viertel Liter pro Tag versorgt werden sollten. Um die Versorgung überwachen zu

können, besaßen die Milchhändler Kundenlisten, d.h., jeder durfte nur bei einem Händler oder Landwirt beziehen.

Die rund 5.000 Liter täglicher Bedarf übertrafen also bereits zum Zeitpunkt der Verordnung die in der Stadt vorhandene Menge, von der rund Dreiviertel von außerhalb eingeführt wurde. Diese eingeführte Milch allerdings erwies sich in der folgenden Zeit als sehr unkalkulierbar, da der dafür zugestandene Preis zunehmend dazu führte, dass die Landwirte die Milch zurückhielten, schwarzhandelten oder woanders verkauften. Im November 1915 lag der Milchpreis bei 20 Pfennig pro Liter (Stallpreis, bei Lieferung nach Lahr bei 21,5 Pfennig), aber bereits im Februar 1916 weigerten sich die Milchproduzenten in Ottenheim, die Milch für weniger als 24-25 Pfg. abzugeben. Die Folge: Milch wurde noch knapper.

Ende Januar 1916 zeigte deshalb Regine Lauber den Milchhändler Ernst Dreher aus Lahr an: *„Ich habe bis vor etwa 8 Wochen von dem Milchhändler Bürklin von Oberweier Milch bezogen und als derselbe zum Heeresdienst eingezogen wurde konnte ich wegen bestehender Milchknappheit von Niemand mehr Milch bekommen. Da ich mein eigenes Kind sowie ein Pflegekind stille und außerdem z. Zt. noch 3 Kinder unter 14 Jahr habe, wandte ich mich an den Polizeikommissär Sandrissler, von welchem der Milchhändler Dreher hier Weisung erhielt, mir die notwendige Milch zu verabfolgen. Dreher gab mir dann anfänglich 2 l, später nur noch 1 l. Milch täglich und seit 8 Tagen gar keine mehr, weil derselbe angeblich selbst von seinen Lieferanten weniger Milch bekomme.“*<sup>25</sup>

Doch war dies, wie Dreher zugab, nur die halbe Wahrheit: alten und Großkunden wie der Gastwirtschaft „Zur Sonne“ gab er mehr, als diesen zustand – wohl um sie weder zu verärgern noch zu verlieren. Ein Lieferboykott durch die auswärtigen Landwirte machte sich also in der Stadt sofort bemerkbar und verschärfte die Stimmung. Dies machte die Stadt erpressbar und rief zudem den Staat auf den Plan. Ende Februar 1916 regelte das badische Innenministerium den Milchpreis, worauf der Stadtrat den Verkaufspreis in Lahr auf 26 Pfg. festlegte. Das war freilich für die Bauern nur ein Abgabepreis von 21 Pfg., deutlich etwa unter den Ottenheimer Forderungen. Die Folge war zwangsläufig: Die Milchknappheit verschärfte sich weiter, im April 1916 verfügte auch das Bezirkskrankenhaus für längere Zeit nicht mehr über Milch. Versuche des Lahrer Stadtrats, den Preis der Milch zu erhöhen, scheiterten am Widerstand der Regierung. Schmuggel breitete sich aus.<sup>26</sup>

Nun nahmen die Spannungen allerorten zu. In Lahr wurden schärfere Kontrollen und Strafen bei den Erzeugern gefordert, den Händ-

<sup>25</sup> StadtAL Lahr II 336/12 (26.1.1916)

<sup>26</sup> Besonders nach Straßburg, vgl. etwa LZ v. 14.12.1916.



lern wurde eine zu hohe Gewinnspanne unterstellt, der Transport für zu teuer gehalten. Die Bauern beklagten sich, die Städter würden bei der Versorgung bevorzugt.<sup>27</sup> Im August 1918 waren bereits über 1.000 ärztliche Berechtigungsscheine ausgestellt worden, was das Misstrauen gegenüber den Ärzten schürte. Nur eins nahm nicht zu: die Milch. Vorübergehende Ersatzlieferungen aus der Schweiz blieben ein Tropfen auf dem heißen Stein. Offenburg, welches von der Regierung angewiesen worden war, Milch nach Lahr zu liefern, weigerte sich erfolgreich.<sup>28</sup>

Staat und Stadt reagierten mit weiteren Reglementierungen. Eine Milchversorgungsstelle auf dem Rathaus sollte alle eingeführte und in Lahr hergestellte Milch registrieren. Gleichzeitig wurden die sog. „Vollmilchberechtigten“ weiter differenziert: Kinder im dritten und vierten Lebensjahr etwa sowie Schwangere in den letzten drei Monaten vor der Entbindung hatten jetzt Anspruch auf einen dreiviertel Liter Milch. Falls ein Händler nicht genügend Milch bekam, sollte er Ersatz bei einer „Ausgleichsstelle“ (untergebracht im Spital) anfordern usw.<sup>29</sup> All das aber konnte weder den Milchmangel beheben noch das Steigen der Preise verhindern: Im November 1916 lag der Verkaufspreis in Lahr schon bei 34 Pfg. (der Vorkriegspreis war 20 Pfg.), der Bauer erhielt 25 bis 26 Pfg.

Mit der Verschärfung des Verhältnisses zu den Milchbauern der Umgebung und der zunehmenden Verknappung der Milch beschloss der Stadtrat Anfang August 1916 schließlich, eigene Kühe anzuschaffen.<sup>30</sup> „Es sei zur Steuerung der immer noch herrschenden & voraussichtlich sich verschärfenden Milchnot, die im kommenden Winter voraussichtlich sehr kritisch werde“, erläuterte Oberbürgermeister Altfelix diese Beschlüsse. Zehn Kühe wurden zunächst angeschafft, bis zum November 1916 waren es schließlich 25. Die Sommerweide befand sich auf dem Langenhard, im Winter wurden sie im Stadtpark versorgt.

Die Stadt versuchte von vorneherein, allzu viel Hoffnung zu dämpfen, tatsächlich lieferten die Kühe bis Ende März 1917 zwar 31.000 Liter Milch, doch machte das pro Tag dann doch nur knapp 160 Liter. Umso größer waren die Probleme, die Kühe zu versorgen. Besonders Heu war zeitweise nur sehr mühsam und unter hohen Kosten zu besorgen, weil hier besonders die Heeresstellen als Konkurrenten auftraten.

Aber es blieb nicht nur bei internen Regelungen. Als sich im Januar 1917 die Gemeinde Sulz mit der Anlieferung von Milch Zeit ließ, schickte die Stadt Lahr „ein aus einem Gendarm und einem Schutzmann

<sup>27</sup> Vgl. zu den Stadt-Land-Spannungen LZ v. 8.7.1916

<sup>28</sup> Lahr war in Sachen Milch deutlich schlechter gestellt als Offenburg, was durch den hohen Militärbesatz noch verstärkt worden war.

<sup>29</sup> Vgl. LZ v. 29.12.1916

<sup>30</sup> Hierzu und zum Folgenden: StadtAL Lahr II 334/1

*bestehendes Strafkommando auf Kosten der [...] Gemeinde“ dorthin und drohte Schuttern dasselbe an.<sup>31</sup>*

Die Versorgung von Milch war jedoch zunehmend nicht nur von den Maßnahmen der Stadtverwaltung abhängig. Im Januar 1918 war die täglich ausgegebene Menge Milch zunächst auf nur noch 2.400 Liter gesunken, also unter 50 Prozent des 1915 ermittelten Bedarfs. Im Februar jedoch konnte die Menge bereits wieder auf 3.800 Liter gesteigert werden.<sup>32</sup> Der Preis lag nun bei 40 Pfg./Liter. An gesunde Erwachsene wurde überhaupt keine Vollmilch mehr ausgegeben (ab August 1918 auch nicht mehr an Berechtigte), die Versorgungsberechtigten bekamen nur noch  $\frac{1}{4}$  Liter Milch pro Tag. Große Teile der Milch wurden entrahmt und die Butter gesondert verkauft. Trotz dieser zunehmenden Mangelsituation war Lahr aber überdurchschnittlich mit Milch versorgt. Besonders die Großstädte in Deutschland hatten einen weitaus größeren Mangel zu beklagen. Bereits im Juli 1918 wurde der Stadt deshalb angekündigt, dass sie mit einer Kürzung ihrer Menge um 1.000 Liter rechnen müsse. Diese Maßnahme trug zum Kriegsende noch einmal erheblich zur Verschärfung bei. Mitte November 1918 konnte noch  $\frac{1}{8}$  Liter Magermilch pro Kopf ausgegeben werden, wobei zunehmend (mit bis zu 35 Prozent) illegal verwässerte Milch in den Handel gelangte.<sup>33</sup>

## Die Kartoffelversorgung

Kartoffeln waren neben Getreide das wichtigste Nahrungsmittel für die Menschen, zumal Teigwaren (Spätzle, Nudeln) in der Kriegszeit fast völlig ausfielen. Der permanente Mangel an Kartoffeln – der im berühmt-berüchtigten Kohlrübenwinter 1916/17 gipfelte – blieb lange im kollektiven Gedächtnis und war Mitschuld an den rund 800.000 Hungertoten in Deutschland während des Ersten Weltkrieges.<sup>34</sup> Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Bedarf an Kartoffeln durch den Mangel an Getreide und Fleisch gegenüber der Vorkriegszeit stark gestiegen war.

Bereits im Dezember 1914 hatte deshalb die Stadt Lahr den Einzelhandelspreis für Kartoffeln auf 3,50 bis 3,75 Mark pro Zentner festgelegt. Aber schnell zeigten sich die negativen Seiten von zu niedrigen Höchstpreisen: „Die Landwirte hielten mit dem Verkauf zurück, da sie eine Erhöhung [...] der festgesetzten Höchstpreise erhofften oder es bei teuren Futtermitteln vorzogen, die Speisekartoffel zu verfüttern.“ Außerdem war der norddeutsche Kartoffelgroßhandel (von hier kamen auch in

<sup>31</sup> StadtAL Lahr II 327/2 (Protokoll des Kommunalverbandsausschusses 17.1.1917)

<sup>32</sup> StadtAL Lahr II 327/2 (6.2.1918)

<sup>33</sup> Alle Angaben nach StadtAL Lahr II 327/2

<sup>34</sup> Vgl. Art. Hunger. In: Gerhard HIRSCHFELD, Gerd KRUMMEICH, Irina RENZ (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 565



Lahr die meisten Kartoffeln) nicht an Höchstpreise gebunden und dementsprechend zu teuer für den verlustfreien Weiterverkauf in Lahr.<sup>35</sup> Bereits im Februar 1915 waren deshalb die Zentnerhöchstpreise im Kleinhandel in Lahr auf 4,50 bis 4,75 Mark erhöht worden. Aber schon eine gute Woche später war das Makulatur: Die Stadt konnte *um dem hier herrschenden empfindlichen Kartoffelmangel abzuhelpfen* bei einem Regensburger Großhändler zwar vier Wagen Speisekartoffeln ordern, musste aber dafür 5,55 Mark pro Zentner bezahlen. Folgerichtig wurde damit der erlaubte Einzelhandelspreis Anfang März auf 5,75 bis 6 Mark pro Zentner festgelegt. Damit hatte sich der Kartoffelpreis innerhalb weniger Monate bereits verdoppelt. Dem Kartoffelmangel allerdings half das nicht ab. Obgleich die Stadt selbst im ersten halben Jahr des Krieges 9.000 Zentner Kartoffeln gekauft und zum Selbstkostenpreis abgegeben hatte, fehlten im Frühjahr 1915 vor der neuen Ernte über 7.000 Zentner in der Stadt, um den Bedarf zu decken. Die Lahrerinnen und Lahrer behalfen sich vorerst damit, dass sie selber in erhöhtem Maße Frühgemüse (etwa Spinat, Radieschen, Kohlrabi, Salate) anbauten und ersatzweise aßen. Pfarrer Adolf Ludwig, der in seinen Heimatbriefen schon aus wehr- und zensurpolitischen Gründen nicht zur Dramatisierung neigte, beschrieb die Situation wie folgt: *„Die Ernährung ist staatlich sichergestellt. [...] Wir haben zu leben. Aber die Preise sind gestiegen. [...] Die Gemeinde [Dinglingen, T.M.] ließ einen Wagen Kartoffeln kommen, den Ztr. zu 7,25 Mk. [...]. Die Brotverteilung war gut, hat aber zu mancherlei Beschwerden geführt. Jede Familie erhält pro Kopf für eine Woche 3  $\frac{3}{4}$  Pfd. Brot. Das ist zu knapp für Leute, die schwer arbeiten, manche haben noch übrig. Glücklicherweise kann das Mehl durch stärkere Zugabe von Kartoffeln oder Gerste gestreckt werden.“*<sup>36</sup>

Im Laufe des Sommers 1915 entspannte sich die Situation etwas, so dass die Notstandskommission Ende Oktober 1915 den Kleinverkaufspreis auf 3,70 Mark pro Zentner festlegte. Kurz darauf jedoch rationierte sie den Kartoffelbezug: Pro Käufer durfte nur noch ein Zentner abgegeben werden, *„da der Weiterbezug größerer Mengen nicht gesichert ist“*.<sup>37</sup> Doch im darauf folgenden Jahr brach das System aus Höchstpreisen und Kontingentierung zusammen. Am 7.7.1916 hatte die Lahrer Zeitung noch optimistisch vermeldet, dass es in anderen Städten zwar einen Kartoffelmangel gebe, in Lahr aber *„das hiesige Lebensmittelamt, dank vorsorglicher Maßnahmen, noch immer in der glücklichen Lage [sei], Kartoffeln zu angemessenen Preisen an die Bevölkerung abzugeben.“* Doch schon am nächsten Tag musste die Zeitung zurückrudern: *„Vom städtischen Lebensmittelamt werden wir ersucht, darauf*

<sup>35</sup> Vgl. Erlass des bad. Innenministeriums v. 12.2.1915, in: StadtAL 344/1. – In dieser Akte auch das Folgende.

<sup>36</sup> Heimat 21/1915

<sup>37</sup> StadtAL Lahr II 327/7 (29.10.1915; 4.12.1915)

hinzuweisen, dass die Haushalte mit zwei Köpfen, die heute Samstag  $\frac{1}{4}$  Zentner Kartoffeln erhalten, nächsten Samstag vom Bezug ausgeschlossen bleiben, da die zur Verfügung stehenden Vorräte nur noch gering sind.“ Das bedeute: Pro Person gab es noch vor dem Winter 1916/17 pro Tag rund 440 Gramm Kartoffeln. Das hört sich nicht nach wenig an, doch darf nicht übersehen werden, dass mangels Fleisch und Brot die damit verbundenen rund 300 Kcal./Tag sehr wenig waren.

Der Winter 1916/17 ging dann als „Steck- oder Kohlrübenwinter“ in die Geschichte ein. Zwar war der Verkaufspreis mit (zunächst) 4,75 Mark pro Zentner Kartoffeln recht moderat – gemessen an der allgemeinen Preissteigerung –, doch gab es bei weitem nicht genug. „Kohlrübe als Kartoffelersatz“ empfahl deshalb die Lahrer Zeitung am 15. November 1916 ihren Lesern. Diese sei „leicht verdaulich und enthält die Nährstoffe in leicht aufnehmbarer Form; der Gehalt an hochwertigem Eiweiß ist bedeutend höher, die Zubereitung bequem.“ Was der Artikel vermaß: Die Kohlrübe besteht zu über 90 Prozent aus Wasser und die Kalorienzahl beträgt bei gleichem Gewicht nur ein gutes Viertel der Kartoffel. Der Hausfrau wurde nun empfohlen, die zur Verfügung stehenden Kartoffeln gut abzuwiegen und „eher zu knapp als reichlich zuzumessen, denn das Ende trägt die Last“.<sup>38</sup> Hungern als Überlebensstrategie, und das war nötig. 20 Pfund Kartoffeln und zehn Pfund Rüben gab das Lebensmittelamt im Januar 1917 pro Kopf aus, also etwa ein Pfund pro Tag, im März 1917 waren es nur noch 14 Pfund.<sup>39</sup>

Wer irgend konnte, besorgte sich nun Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt oder bei Hamsterfahrten in die Dörfer der Umgebung. Alternativ wurden zahlreiche Ersatzstoffe verzehrt: Blutwurst ohne Fleisch (gab es markenfrei), Fischfrikadellen aus Köpfen und Füßen notgeschlachteter Tiere, Kunsthonig aus Trauben- und Fruchtzucker, gestreckte Brote mit Kartoffelschalensmehl und vieles andere mehr. Nicht nachgewiesen ist bislang der Verzehr von Hunden oder Katzen in der Stadt. Im Juni 1917 war im Auftrag des Landespreisaamtes Karlsruhe eine Kontrolleurin mit der Überprüfung der Ersatzmittel in den Lahrer Lebensmittelgeschäften unterwegs. Der Leiter des Lebensmittelamtes berichtete, „welch üblen Erfahrungen dieses Fräulein hier gemacht habe und das es sich als notwendig erwiesen habe, hierfür (für die Kontrolle) eine besondere Person zu bestellen.“<sup>40</sup> Auf vielfältige Weise versuchten sich die Menschen zu helfen, manchmal mit katastrophalem Ausgang: Ende September 1916 starben zwei der vier Kinder des Bierbrauers Max Klausmann an Pilzvergiftung.

Die Katastrophe vom Winter 1916/17 wiederholte sich 1917/18 nicht, doch blieb die Versorgungslage bis zum Kriegsschluss angespannt.

<sup>38</sup> So in der LZ v. 25.11.1916

<sup>39</sup> LZ v. 30.12.1916; 5.3.1917

<sup>40</sup> StadtAL Lahr II 337/2 (27.6.1917)



Zahlreiche Maßnahmen der Stadt erwiesen sich als nur wenig wirksam. Das lag zum Teil auch an der zentralen Organisation der Kartoffelversorgung. Im Herbst 1918 etwa enthielt eine Lieferung 11.050 kg Kartoffeln, davon waren 6.050 kg „vollkommen unbrauchbar“ und 2.000 kg nur als Futterkartoffeln verwendbar. Von der darauf folgenden Lieferung an die Stadt im Umfang von 7.810 kg waren 1.500 kg völlig unbrauchbar und 400 kg nur als Futterkartoffeln verwendbar.<sup>41</sup>

<sup>41</sup> StadtAL Lahr II  
328/5

<sup>42</sup> LZ v. 16.10.1916

<sup>43</sup> LZ v. 13.6.1916

## Krieg, Kritik und Krise

Die Verwaltung des Mangels konnte letztlich nur Unzufriedenheit schaffen. Das Klima gegenseitiger Verdächtigungen, bei denen der Kleinhändler genauso in Verruf geriet wie der Kunde, dem von Seiten der Behörden permanente Betrugsabsichten unterstellt wurden, ist ja schon erwähnt worden. Wenn es Nahrungsmittel gab, musste oft stundenlang und in langen Schlangen gewartet werden. Auf die Schlangen vor den Metzgerläden reagierte die Stadt wiederum mit der Einführung von Kundenlisten für die Metzger. Dies hatte neue Unbequemlichkeiten für die Kundschaft zur Folge. Die Lahrer Zeitung berichtete: *„Die Metzgermeister sollten (...) unbedingt darauf bestehen, dass jeder Kunde in der für ihn vorgeschriebenen Zeit seinen Einkauf besorgt, und nur an diejenigen Waren abgeben, die ihre Kontrollkarte bei sich führen und den Namen auf der Fleischkarte eingetragen haben.“*<sup>42</sup> Wer in solchen Situationen sein Zeitmanagement nicht völlig im Griff hatte (weil er zum Beispiel an einer anderen Verkaufsstelle zu lange warten musste) oder womöglich Essensmarken verlor, kam schnell in existenzielle Not. Nötig waren Ellenbogen und robustes Durchsetzungsvermögen. Eine Szene der Butterausgabe im Juni 1916: *„Zwei bis drei Stunden vor Beginn des Verkaufs stehen Frauen und Kinder, eng zusammengedrängt, wartend, vor der Ladentüre. Wer die besten Ellenbogen und die größte Energie besitzt, steht vornen und erreicht nach harten Stunden seinen Zweck; die Bescheidenen aber kommen zuletzt oder gehen meistens leer aus.“*<sup>43</sup>

Mit zunehmender Dauer des Krieges und abnehmender Siegeszuversicht nehmen deshalb in der Stadt die Zeichen der Unzufriedenheit zu. Der Lebensmitteleinzelhandel und die landwirtschaftlichen Produzenten gerieten spätestens ab 1917 massiv in die Kritik ihrer Kunden. Ab Anfang 1918 dehnte sich das Misstrauen dann endgültig auch auf die Verwaltung aus. Der mühsam aufrechterhaltene Kriegskonsens begann zu bröckeln. „Autokratisch-bureaukratische Geschäftsführung“ unterstellten 32 Bürgerausschussmitglieder in einem of-

fenen Brief an den Stadtrat im Januar 1918 der Stadtverwaltung. Sie forderten wieder mehr Einfluss der Parteien und warfen der Presse vor, jegliche Kritik und Aussprache zu unterdrücken.<sup>44</sup> Urheberin war vermutlich die Fortschrittliche Volkspartei, also die Linksliberalen, die bereits am 15.1.1918 in einem Brief an den Stadtrat einen stärkeren Einfluss verlangte hatte.<sup>45</sup> Die Bürgerausschussmitglieder verlangten die Einsetzung eines „Kriegsausschusses“, der außerhalb und über den bestehenden Einrichtungen wie dem Kommunalverband oder den diversen Kommissionen stehen sollte. Er sollte sich aus den bestehenden Parteien, einer „Frau aus Arbeiterkreisen“ und einer „Frau aus bürgerlichen Kreisen“ zusammensetzen. Der Stadtrat wies dieses Ansinnen scharf zurück. Es sei nicht gesetzeskonform, spalte aber besonders die Bevölkerung und säe Misstrauen und Unzufriedenheit.

Die politische Krise war zugleich eine Parteienkrise. Auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Lahrer SPD monierte vor allem der Vorsitzende Gustav Richter, dass die Initiatoren des Antrags (unter denen sich auch fünf Sozialdemokraten befunden hatten) nicht zuvor die Parteivorstände informiert hatten. Richter, der fester Bestandteil des kriegswirtschaftlichen Systems war, kritisierte den Antrag und brachte bei der anschließenden Vorstandswahl aber einmal fast alle Stimmen hinter sich (eine Stimme erhielt Frieda Unger, eine die Genossin Dürr).

Ebenfalls Anfang 1918 beschwerte sich der Ortsausschuss Lahr des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen über seine Bezirksleitung beim Innenministerium, dass es in Lahr keine Schwerstarbeiterzulage gebe, die Kranken nicht befriedigend beliefert würden und die allgemeine Versorgung ungenügend sei – was besonders die „minderbemittelte Bevölkerung“ treffe. Oberbürgermeister Altfelix klagte in der Kommunalverbandsausschusssitzung – in der auch der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen vertreten war –, dass dieser sich direkt an das Ministerium gewandt und nicht den internen Weg gesucht habe.<sup>46</sup> Deutlich wird erneut der steigende Legitimationsverlust der Stadtverwaltung, der ebenso wie zunehmende Rauheiten in der Volksküche oder im Lebensmittelamt den Zusammenbruch des Kriegskonsenses andeuteten.

<sup>44</sup> Vgl. LZ v. 24.1.1918

<sup>45</sup> StadtAL Lahr II 326/1 (hier auch das Folgende)

<sup>46</sup> StadtAL Lahr II 337/2 (6.3.1918)

## Schluss

Am Anfang des Ersten Weltkrieges standen auch in Lahr Erwartungen, Hoffnungen und Unsicherheiten. Politische und soziale. Der



lokale „Burgfrieden“ wurde einerseits durch Einbeziehung liberal- und sozialdemokratischer sowie katholischer Politiker abgesichert, andererseits durch die starke Belastung der Arbeiter- und Mittelschichtskreise von Beginn an geschwächt. Nur die restriktive Zensur – auch Selbstzensur – in der lokalen Presse verhindert, dass sich der Unmut bereits ab dem zweiten Kriegsjahr politisch äußerte.

Der Krieg war der Zeitraum, in dem sich grundsätzliche Loyalitäten auflösten – eine Voraussetzung für die Revolution 1918, aber auch für die Instabilität der Weimarer Republik. Eine wichtige Rolle spielte hierbei nicht nur der verlorene Krieg und die enttäuschten patriotischen Hoffnungen. Viele Konflikte der Kriegs- und auch Nachkriegszeit entzündeten sich an der Versorgungslage und der Erfahrung, dass Staat und Stadt dem Hunger und Mangel nicht wehren konnten. Schleichhandel und Preissteigerung sorgten dafür, dass der Mangel letztlich eben doch nicht gleich verteilt wurde, Maßnahmen gegen die (eigene, kleine) Schleichversorgung und (zu hohe) Preisfestsetzungen aber verfielen ebenso der Kritik der Konsumenten. Die Radikalität der politischen Verhältnisse in Lahr bis zu den Arbeiterunruhen im Herbst 1923 geht auf diese Widersprüche zurück.

Scherzpostkarten wie die hier abgebildete waren besonders ab 1916 im Umlauf. Mit Galgenhumor versuchten sie die katastrophale Versorgungslage zu karikieren. (Abbildung/Vorlage: Stadtarchiv Lahr)

## Trauer-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die wirklich schmerzliche Nachricht, daß heute früh 7 Uhr unser lieber unvergeßlicher

### Laib Brot

im Alter von kaum 3 Tagen infolge Aufzehrung den Weg alles irdischen gegangen ist.

Wer die Vorzüglichkeit des Dahingeschiedenen kannte wird unseren Schmerz zu würdigen wissen.

Von Beileidsbesuchen wolle man Abstand nehmen, dagegen bitten um Brotmarken die Hinterbliebenen:

Magerstadt, 1. März 1918

Hans Mehlnot als Vater,  
 Anna Mehlnot geb. Hunger, verw. Kohldampf  
 Fritz Schmalhans, Schwiegersohn  
 Karl Wenigfleisch, „  
 Berta Ohnefett, Nichte.

Im Abschiedsbrief  
am 9.

Meine lieben

Im tiefen Glauben, bei  
eines Sohneleides, sehr  
dies feilen. Seit einiger  
als vorne wurden plötz-  
lich nicht. Hoffe aber bis die  
in Ruhe zu sein. Heut  
werden die Leichen  
die ersten Packete  
schickt nur was ihr  
Kommt. Ihr ist u.  
wir da brauchen  
müssen, einmal  
so immer ist. Auf



Feldpostbrief.



Familie Herrmann  
Feldpost

Seelbach

Ort: Lehr (Baden)

blühe Ernst Kramer  
MG. I. R. / S. Komp.  
III. Abt. / XIV. AK. Lobnitz Wald

Zblender

Feldpostkarte



Herrn  
Julius Kramer

Seelbach  
Ort: Lehr  
Baden



Das Bild des Eisener Kreuzes

absender  
J. Kramer  
Regt Nr. 13  
2. Bataillon  
Abteilung  
6. Komp.  
Batterie  
Escadron  
Sämtl. Formationen:  
Kolonnen, Pflieger Punkte usw.)  
Deutsche Feldpost Nr.

immer das noch  
ich's  
die

Feldpost

Familie  
Herrn. Kramer  
Feldpost



Seelbach

Ort: Lehr Baden



... für die Packete  
... Stück mit ...  
... dem lb Brief ...  
... geben ...  
... große hat ...  
... nicht ...  
... geschickte ...  
... hat kommand ...  
... sofort ein ...  
... drückt ...  
... dann ...  
... und ...  
... nicht ...  
... Herrmann



# „Ich möchte nicht in fremder Erde liegen“ ✓

Aus den Feldpostbriefen der Brüder Ernst und Hermann Krämer aus Seelbach, die im Frühjahr 1918 mit 20 und 18 Jahren an der Westfront gefallen sind

Von Erich Krämer

In insgesamt 46 erhaltenen Briefen und Postkarten aus der Zeit zwischen 9. September 1916 und 10. April 1918 berichten die Brüder über ihre Zeit erst auf Truppenübungsplätzen und dann von der Front. Ernst ab Mai 1917 und Hermann ab Dezember 1917. Ergreifend der Zusammenhalt der Familie, der sich in regem Briefwechsel zwischen Eltern und Geschwistern mit ihren beiden Soldaten ausdrückt. Zuhause sorgten sich außer den Eltern fünf Geschwister um ihre Brüder an der Front: Greta \*1896, Olga (Olle) \*1898, Julius \*1901, Richard \*1904 und Lisbeth \*1906.

Neben Briefen waren es zahlreiche Päckchen und Pakete mit Zigarren der väterlichen Zigarrenfabrik und Produkten aus der eigenen Landwirtschaft, die den beiden das Leben im Dreck des Heubergs und die Not im Schützengraben am „Chemin des Dames“ etwas erleichterten.

Bemerkenswert: Was in diesem Krieg offensichtlich bis zuletzt funktionierte, war die Feldpost.

## Ernst Krämer

Ernst Krämer wurde am 3. August 1897 in Seelbach geboren. Nach der Volksschule war er von 1908 bis 1913 auf dem Großherzoglichen Gymnasium in Lahr, danach absolvierte er eine kaufmännische Lehre bei der Firma Stoesser-Fischer und trat dann in das väterliche Unternehmen in Seelbach ein.

Seit Juli 1916 ist er „unter der Fahne“. Ein Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Dienst belegt, dass er sich offensichtlich freiwillig gemeldet hat.

Über irgendwelche persönlichen Neigungen des jungen Mannes wissen wir nichts. Aus einem

Ernst Krämer 1915 mit 18 Jahren im Garten des elterlichen Hauses in Seelbach – mit Hund Lux. Das Foto findet sich auf seinem Personalausweis



Brief einer seiner Schwestern geht lediglich hervor, dass er gerne Zupfgeige spielte.

Seinen ersten Brief als Rekrut schreibt er am 9.9.1916 aus Bruchsal an die Eltern, er ist gerade 19 Jahre alt.

*Die beiden Pakete habe ich mit herzl. Dank erhalten und aufgegessen ... Für die Zigarren und Brotkarten auch tausend Dank. – Leider bekam ich heute keinen Urlaub, aber nächsten Sonntag hoffe ich gehen zu dürfen. Es geht nur alle 14 Tage. Ich muß jetzt viel essen, denn ich habe 14 Pfund abgenommen. ... Scharfschießen und Märsche darf man nicht versäumen. Aber heute gehe ich hin. Auch will ich mir eine Uniform machen lassen. Denn voraussichtlich kommen wir am 1. October in die Compagnien oder weiter fort? Habe aber jetzt keine Angst mehr, denn die schlimmsten Rekrutentage sind jetzt vorbei u. hoffe ich auch, bald mehr zu wiegen...*

Am 11.9. wieder aus Bruchsal

*Lb. Eltern! Schon wieder darf ich Gott danken! Morgen kommen jetzt fast alle Kameraden fort in das Feldepst [?] nach Beverleau, also nicht hinter die Front. Durch reines Glück blieb ich mit noch ein paar Leuten zurück, von unserem ganzen Depot sind wir jetzt noch ca. 20 Mann stark übrig. Heute kommen aber schon wieder Rekruten. Wenn ich dann noch da bleiben darf, hoffe ich bald in die Compagnie zu kommen u. dann ist viel Zeit gewonnen. So lange ich halt hier bin, ist man eben doch noch im Frieden. Es geht mir auch ganz gut jetzt. Man muß das Soldatenleben eben nur gewöhnt sein ... Am Sonntag habe ich mir auch Stoff für eine Uniform ausgesucht. Es ist Triest [?], aber der Meter kostet Mk 35.- und die Uniform ca Mk 120.-! Ich glaube aber, daß ich sie doch kann machen lassen?! Denn es wäre mein ganzer Stolz, und die paar Tage, wo ich vielleicht noch da auf Erden bin, will ich doch nochmals ein paar Freuden haben.*

Am 24. 9. 1916 ein letzter Feldpostbrief aus Bruchsal:

*Das lb. Paket und Gretas lb. Brief habe ich dankend erhalten ... Nur muss ich noch Handschuhe haben. Es ist jetzt schon sehr kalt morgens. Aus meinem letzten Brief habt Ihr ja ersehen, daß ich heute leider nicht in Urlaub darf. Und vor der Besichtigung gibt es auch keinen längeren Urlaub. Hoffe aber nachher gleich fahren zu dürfen. Heimweh habe ich ja keines mehr, aber doch sehne ich mich schrecklich nach Hause. Bei dem harten und strengen Dienste der letzten Tage muss man unbedingt wieder einige Zeit sich ausruhen. Morgen früh gehen Moser und Schwörer auch ins Feld zu den 185ern nach Rumänien. Die 21er Dragoner sind auch dort. Unser Regiment ist jetzt an der Somme und hat schon fast 50% an einem Tag verloren. Drum glaube ich bald, daß wir versetzt*



werden. Hat Papa schon Kriegsanleihe gezeichnet? Ich würde zeichnen, denn wir können oder werden dadurch wahrscheinlich siegen ... Wenn ich im Felde wäre u. würde sehen, daß zu Hause auch geopfert wird, so würde ich doch sicher dann mir sagen, wenn in der Heimat der Wille zum Sieg ist, so muß ich als Soldat erst recht fest bleiben. Denn wenn unsere Soldaten noch einen Siegeswillen haben, erschüttert ihn auch Trommelfeuer nicht ...

Am 1.10.1916 gratuliert Ernst seinem Bruder Hermann in einem Feldpostbrief aus Rastatt zu seinem 17. Geburtstag:

Lb. Hermännle! In Eile möchte ich Dir heute schon zu Deinem Wiegenfeste gratulieren, denn sonst vergiß ich es doch noch. Wünschen brauche ich Dir ja noch nicht viel, so blutjung. Wünsche Dir aber nur, daß Du dem Panier: „Für Treue, Ehre, Einigkeit in Treue fest“ wirklich treu bleibst, u. dann gibst Du sicher mal ein echter deutscher Junge, wie so viele heute mit reinem Herzen dem Tode ins Auge schauen! Also immer echt deutsch u. rein bleiben, der Lohn dafür ist einmal ein herrlicher. Dann zum Geburtstag ein kräftiges Prosit! Mit Heil in Treue, Ernst

Am 25.10.1916 schreibt Ernst als „Schütze“ vom „MG Ausb. Kdo II/ Abtlg. I“ vom Truppenübungsplatz Heuberg:

Lieber Vater! Ich hoffe Dich wieder wohl zu Hause ... Betreffs eines Flieger M.-G. Schützen brauchst Du keine Angst zu haben; glaube mir nur, ich habe mein Leben lieber als je u. verwegen spiele ich nicht damit. – Heute u. gestern Nacht hatte ich Stallwache, was bei dieser Kälte nicht angenehm war. Aber sonst ist der Dienst immer noch zum Aushalten, nur der Dreck hier ist unbeschreiblich! Hettstedt sagt, in der Schweiz seien auch Friedensverhandlungen. Ich glaube auch, daß es bald klappt. Auf baldigst Wiedersehen, liebe Grüße – Dein dankbarer Sohn Ernst

Am 11.11.1916 letzter Brief vom Heuberg:

Meine Lieben! Leider konnte ich diese Woche nicht viel zum Schreiben kommen, denn z.Zt. ist ziemlich dreckiges Wetter und da hat man keine Minute vor lauter Putzerei frei. Es geht mir aber ganz gut und da vorgestern Ernst Schätzle hierher mit den 169ern kam, so habe ich sehr viel Zerstreung. Denn auf die Dauer wird mir der Dreck doch zu bunt hier, da gehe ich lieber gleich ins Feld, da braucht man dann doch nicht mehr soviel putzen ... Habt Ihr letzten Samstag ein Paket abgeschickt von Seelbach? ... Lina soll mir nur einen großen Kaffeekuchen backen, denn ich habe Mordshunger ... Die Sachen fürs Feld richtet bitte alle zusammen, damit ich es evtl. mal schnell haben kann. Ein paar gute Wickelgamaschen u. einen Dolch muß ich mir noch kaufen. Und evtl. auch gefütterte Lederhandschuhe. Denn wenn man Patrouillen machen

*soll im Feld, da geht es über Tote und Verweste weg u. da schützt bloß Leder vor Ansteckung ...*

Am 24.11.1916 dann eine Postkarte aus Frankfurt a.M, sie zeigt das Opernhaus:

*Meine Lieben! Bis jetzt ist alles gut abgelaufen. Sind heute Abend schon in Döberitz. Hier haben wir 3 Stunden Aufenthalt, u. sende Euch herzl. Grüße, Euer Ernst*

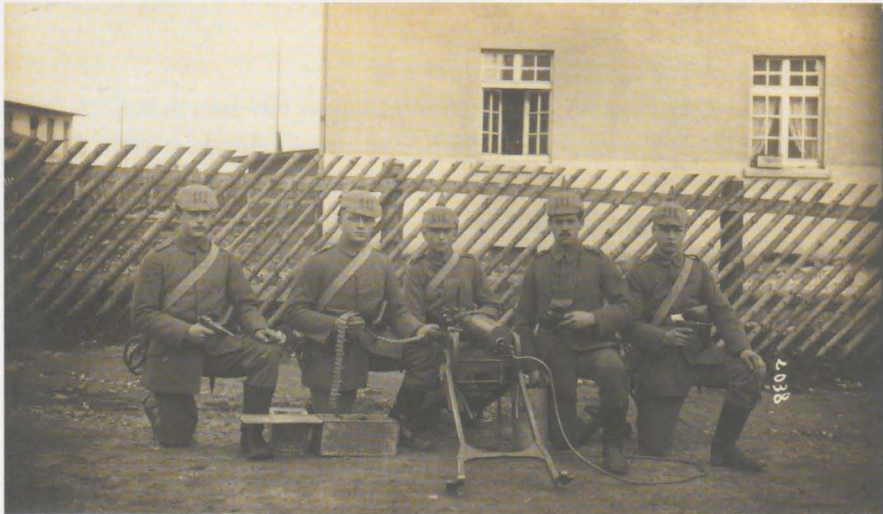
26.11.1916, Feldpostbrief vom Truppenübungsplatz Döberitz bei Berlin:

*Meine Lieben! Mein Telegramm werdet Ihr erhalten haben u. es wird auch ein Paket unterwegs sein? Denn was es hier zu essen gibt, kann man gar nicht sagen. Aber ich iß als im Soldatenheim, trotzdem es halt arg teuer ist. Karten brauch ich keine mehr! Nur eine Fleischkarte evtl. Wie es hier aussieht, werde ich Euch ein andermal schreiben. Ich bin aber doch froh, daß ich da bin, denn vorerst bleiben wir 4 Wochen hier.*

5.12.1916, Feldpostbrief aus Döberitz

*Liebe Mutter! Bekam heute das 2. Eilpaket mit herzl. Dank, auch für die lb. Zeilen. Was Du mir schickst, ist ja königlich, und danke ich dem Herrgott für diese Tage noch. Die Pakete tun hier aber auch bitter Not, denn Geld müsste man haben wie Laub, wenn man sich davon ernähren sollte ... Dein mütterliches Zutrauen stärkt mich innerlich und bin ich auch stolz darauf bis heute es rein gehalten zu haben. Nun für heute Abend seid alle innigst begrüßt in Dankbarkeit Euer tr. Sohn Ernst*

Ernst Krämer (li.) mit Kameraden im Dezember 1916 auf dem Truppenübungsplatz Döberitz bei Berlin.





Am 12.12.1916 aus Döberitz:

*Der Dienst und alles hier ist mir egal, wenn wir nur an Weihnachten in Urlaub fahren dürfen. Evtl. kommt ja bei dem Friedensangebot auch was heraus, wobei ich dann in diesem scheußlichen Weltkrieg glänzend durchgekommen wäre. Aber mir scheint, als müssten wir noch mal feste dreinschlagen. Na, wollen wir mal abwarten, und vorerst den Herrgott um Hilfe anflehen, das Fell dürfen wir noch nicht verteilen ...*

Am 31.12.1916 aus Döberitz

*Meine Lieben! ... Die lb. Mama darf sich wegen mir ja nicht ängstigen, denn ich bin doch nun schon so lange Soldat und da lernt man sich überall durchzuschlagen. Es ist ja auch alles nicht so schlimm, wie es aussieht! Nur die Gewohnheiten muß man lassen und immer wieder anpassen. Ich glaube auch, daß sich in nächster Zeit im Innern Deutschlands viel ändern wird. Aber wenn der Wille da ist, wird alles gehen. Wenn man bedenkt, welche furchtbaren Kräfte wir noch gegen Rumänien aufstellen konnten. Und wenn man hier in Döberitz ist, sieht man erst recht, was Deutschland noch an Kraft besitzt ...*

3.1.1917, Feldpostbrief aus Rastatt

*... Ich bin gestern Abend noch gut hier angekommen ... Betr. mein Fortkommen habe ich noch näheres nicht erfahren, am 15. sollen wir auf dem Heuberg sein u. am 8.II. geht die Formation ins Feld ...*

Am 14.2.1917 aus Rastatt

*... wir werden noch nicht so schnell hier fortgehen. Gestern sind wir auch wieder umgezogen in die Leopoldskaserne, und haben jetzt ein freundliches u. warmes Zimmer. Gottlob sind wir jetzt aus dem Schwindsuchtskasten raus. Ich kann mich jetzt überhaupt über nichts mehr beklagen, nur ist die lange Schafferei nicht angenehm. Daß der liebe Papa wieder munter ist, freut mich. Hoffentlich geht auch das Geschäft ungestört weiter. Der Tabak ist eben jetzt aller verwogen und jetzt wird er froh sein.*

*Der holden Schwester Greta sage bitte, ich werde ihr noch antworten, wenn ich sehr gut aufgelegt bin. Das wird ja jetzt so was sein für die Backfische, das Eis! Ich darf gar nicht daran denken.*

29.3.1917, Feldpostkarte aus Rastatt

*... es kann sein, daß wir nach dem Süden kommen. Die Sache hier wird allmählich elend langweilig. Ich hätte nichts dagegen, wenn's mal endlich losginge ...*

29.3.1917, Brief aus Rastatt an den Vater Hermann sen., der am 31. März 1917 seinen 49. Geburtstag feierte

Lieber Vater! Zu Deinem Geburtstag wünsche ich Dir von Herzen recht viel Glück. Vor allem möge Dir noch ein langes, rüstiges Leben beschieden sein. Leider kann ich nicht dazu beitragen, daß Du Deine Gesundheit jetzt schonen könntest. Gerne würde ich meine Kraft einsetzen, damit Du entlastet würdest. Aber unsere junge Kraft ist heute zu mehr bestimmt. Hoffentlich bleibt mir das Glück weiter hold. Daß wir Scharfschützen sind, macht ja nichts, auch hier gibt's Glück. Und wir dürfen auf unsere Waffe auch stolzer sein als jeder andere. Es ist leicht möglich, daß wir nach Italien kommen. Auf jeden Fall wird's da wo wir hinkommen, ganz interessant werden. Ins Elsaß glaube ich aber nicht. Hindenburg täuscht.

Dann vor allen Dingen herzl. Dank für gesandte Mark 60.- Ich werde davon Mark 20.- für eine kleine Bibliothek hergeben, die wir in der Compagnie einrichten wollen. Aus allem, was ich immer höre, geht es Euch zu Hause recht gut und das freut mich. Du meinst, ich schreibe zu wenig. Mag sein. Aber Ihr müsst denken, Ihr seid zu Hause noch eigentlich wie im Frieden. Ihr habt es noch sehr gut und lebt noch gut. Da will man halt auch immer sein Sach haben. Man ist an „Entbehren“ nicht gewöhnt. Aber stellt Euch mal uns vor. Was ist heute ein Soldat? Was hat er noch vom Leben? Hat er noch irgendwelchen Genuß? Was gibt's denn hier Interessantes? Die Zeit tötet die Nerven allmählich und das ist auch gut so. Sonst würde man verrückt werden. Was soll ich Euch nur immer schreiben? Interessantes gibt's ja gar nichts. Man ist im Gegenteil auf jede kleine Neuigkeit von zu Hause gespannt. An Liebe zu Euch dürft Ihr aber gar nicht zweifeln. Wir kämpfen ja nur aus Liebe für Euch. Unser eigenes junges Leben hat ja vielfach nicht viel Wert ...

Hoffentlich kommen meine Glückwünsche noch rechtzeitig und treffen Dich gesund an. Sei nun mit allen Lieben herzlich gegrüßt von Deinem Sohn Ernst

Am 22. Mai 1917, im Felde

Am Sonntag in aller Früh fuhren wir aus dem schönen Rocquigny fort. Wir hatten einen heißen schönen Tag. Ich fuhr mit dem Rad und war recht froh darum, denn 50% hatten abends Wunden an den Füßen. Aber doch mußte ich elend schwitzen, denn unser Hauptmann ist ein ganz ---, die wahnsinnigsten Sachen läßt er einen machen. Unser Komp.Führer ist gerade das Gegenteil. In einem größeren Dorf bei Clermont übernachteten wir. Dann ging's am anderen Morgen auf nach Laon. Wo meint Ihr, daß wir nun sind. Der lb. Papa wird sich an die Hoh-Salzburg erinnern können?! Ähnlich liegt die Kathedrale und große Gebäude auf einem Hügel hier. Dann das Quartier! Mancher Fürst wohnt nicht so schön. Vor knapp 3 Wochen war seine Majestät hier kurze Zeit einquartiert. Es ist die Préfecture. Ein großartiges Gebäude. Bis jetzt war es das



Quartier von Erzherzog Heeringen. In dem Zimmer, wo die Schreibstube ist, war seine Privatstube, und in seinem Badezimmer schlafe ich. Aber nun kamen die Soldaten herein, als der Rummel vorn los ging. In dem großen herrlichen Gebäude ist alles radical ruiniert. Nicht ein Stück Möbel, das noch ganz wäre, die Bilder herausgeschnitten, die großen Säle total ausgeräumt. Das ganze einzige Mobiliar ist ein Klavier. Herrlich. Draußen donnerts und hier singen wir die lustigsten Lieder. Von meinem Zimmer habe ich Aussicht wie ungefähr so prachtvoll von der Salzburg. Eine Hügelkette vor uns nur schließt uns vor dem Furchtbaren ab. Direkt über dem Hügelzug ist die Ailette und der „Damenweg“. Die Franzmänner schießen immer auf den Kamm herauf, aber bis hierher kommen sie noch nicht. Die letzten Tage ist es ziemlich ruhig, nur am Winterberg bummern sie viel. ...

11.6.1917, Brief aus dem Feld an seine ein Jahr ältere Schwester Greta  
 Liebe Greta! Daß ich Deinen Geburtstag verpaßt habe, ist ja selbstverständlich. Ich dachte überhaupt an so was nicht mehr. Nun nachträglich herzlichste Gratulation und Wünsche. An Jungfer und so Zeugs darfst Du aber bei Gott nicht denken, das ist doch direct ausgeschlafen, so wenig wie ich heuer noch Pfarr werde. Das Herz muß immer noch hoch und jung bleiben, mag auch am Leben so manches häßlich sein. Über Deine Ehe-Hamsterei bzw. Ausstaffiererei mußte ich natürlich lachen, die Zeiten ändern sich halt doch. Ich meine wir waren noch gestern Kinder, gell?! Mußt mal so einen Lehrauspracticant (Offizier) nehmen, die machen momentan halb Frankreich arm, d.h. sie schaffen ganze Ausstattungen an Möbel etc. fort. Nun zum Lachen ist's mir eigentlich heute auch nicht. Habe überhaupt schon lange nimmer gelacht ... Wenn ich nicht so viel Pakete bekäme, müßte ich verdammt Kohldampf schieben. Mamas lb. Zeilen erhielt ich auch. Bis jetzt hatte unsere Komp. noch keine Verluste. Sie liegen 5 km hinter der vordersten Linie, und die 3. Komp. sogar 11 km dahinter. Natürlich wird zt. wenig geschossen, aber ab und zu gehen doch Dicke hinein. Sie schießen halt fast immer 28er Gasgranaten u. da kann's einen packen man weiß nicht wie.

8.7.1917, Feldpostkarte

Meine Lieben! Es geht mir wieder gut. Die Kompagnie kommt jetzt etwas zurück. Hoffe Euch auch wohl. Letzte Zeit kommt sehr wenig Post, doch die Packetchen noch regelmäßig

13.7.1917, Brief im Felde

Meine Lieben! Auf Mamas Wunsch will ich Euch mal kurz schreiben, wo ich stecke. Obgleich ich's nicht gern tue. Also vorgestern kamen wir bei unseren Nestern bei Dorf Vandesson nach 4 Wochen heraus, und hiermit aus dem größ-

ten Schlamassel. Trotz allem hatten wir nur einen Toten, aber das ist Glück gewesen. Verwundete gab es natürlich viele. Ich war ja immer vorn mit dem Rad, im Quartier lag ich ca. 7 km zurück. Abends oder morgens, wenn die Fesselballone noch nicht hoch waren, ging's also los. Ein Lahrer und ich noch. Die letzte Woche wurde ich nun ganz malade von der Hitze u. Essen. Vorgestern hieß es nun Stellungswechsel. Die Kompagnie kam in die Normalstellung, ca. 3-4 km hinter der Front zum Schutze der Artillerie. Und da waren tiefe Stollen u. Baracken an einer Wand, wo die Franzmänner nicht hinschießen konnten. Und deshalb kam auch die Schreibstube und alles nach vorn. Nun setzten aber die Franzmänner massige Brocken gestern direkt vor unsere Baracken, und am selben Tag mußte deshalb die Schreibstube wieder weiter zurück. Heute sitze ich nun wieder in Ruhe und brauche auch nicht mehr so viel vor, denn die neue Stellung ist von hier nur ca. 1 Stunde weg. Wie es überall aussieht, kann ich ja nicht schildern. Das machen ja zur genüge die „Bierhelden“, die wissen tatsächlich immer besser, wie es im Feld aussieht. Aber nur nicht wie in Wirklichkeit. Die Hauptsache ist, daß es mir immer noch gut geht, klagen darf man nicht, das ziert den Mann nie. Aber Zeit zum Frieden wäre es doch allmählich, hoffentlich bringt es der Reichstag fertig, denn wenn der U'-Krieg machen soll, ist in zwei Jahren noch Krieg. – Für heute herzlichste Grüße u. Küsse, Ernst Die Linzertörtle sind wunderbar und unentbehrlich

13.8.1917, Feldpostbrief

... sagt mal, war ein Feldw. Zimmermann aus Lahr mal bei Euch! Weist diesen bitte nicht ab, kann ihn gut gebrauchen. Er ist die Mutter der Lahrer Ers.Komp.

...

16.8.1917, Feldpostbrief

... haben momentan schöne, ruhige Tage. Am Montag fährt mein Lahrer Kamerad Seefried, der mit mir auf der Schreibstube bzw. Ordonnanz ist, auf Urlaub. Selbstredend kommt er zu Euch nach Seelbach. Ich werde ihm alte Wäsche mitgeben. Ihr könnt ihm alles anvertrauen. In Zivil ist er allerdings Handwerksbursch ect. gewesen, aber heute kann man ihn besser brauchen wie jeden anderen, schon weil er 2 Jahre im Feld war und alles weiß und versteht, und zudem verleugnen wir den „Lands“ in keiner Lage. Er will auch 200 Zigarren für den Leutnant mitnehmen ... Mir muß er mitbringen, was er tragen kann, denn wir zwei essen und schlafen miteinander, drum muß er froh sein, wenn er viel bekommt, dann haben wir auch viel zu nagen. Er wird auch meine Schuhe zurücknehmen, der Schuhmacher soll sie wieder etwas machen und nageln ...



9.10.1917, Feldpostbrief an seine Mutter, die sich zur Kur in Baden-Baden befindet

*... Gerne wollte ich mit Dir wieder jetzt in B.-Baden auch ein bißchen ausspannen, um auch mal wieder etwas von Menschen zu sehen. Ich weiß eigentlich gar nicht, warum wir nicht verrückt werden hier vorn, ich meine, es wäre doch eine Erlösung, denn schön wird's auf dieser Welt nicht mehr getrieben. Aber wir haben halt doch noch einen Glauben an unseren Herrgott und einen Hoffnungsschimmer, daß wir vielleicht doch nochmals zurückkommen und dabei etwas von unserer Gesundheit retten. Wenn ich Glück habe, werde ich im Dezember Heim kommen, wie ich mich freue, kann ich Euch nicht sagen. ... Wir haben elend schlechtes kaltes und nasses Wetter... Eine Kleinigkeit wäre mir sehr lieb: 2-3 Tafeln Schokolade für Reservebestand. Denn manchmal hat man verfluchten Hunger und eine Tafel Schokolade hilft ... Jeder hat einen braven Engel, mir war meiner wenigstens bis heute immer hold gewesen.*

22.10.1917 Feldpostkarte, das erste Mal als Gefreiter  
*Meine Lieben! Es geht mir noch gut! Herzlichste Grüße, Ernst*

2.12.1917, Feldpostbrief  
*... Der Urlaub zögert sich immer weiter hinaus ...*

Sein sehnlichster Wunsch nach Urlaub geht in Erfüllung. Am 19.12.1917 schreibt seine Mutter Luise ihrem Sohn Hermann ins Feld:  
*... meine größte Freude ist mir schon beschert worden, mein Ernst kam am Mittwoch, ganz unbemerkt stand er vor mir. Ich heulte vor Freude u. er aber auch. Er ist so nett geworden, etwas größer und gesetzter im Charakter. Er bleibt bis am Stefanstag.*

Am 6. Februar 1918 war sein Bruder Hermann mit 18 Jahren gefallen

19.2.1918, Feldpostbrief  
 (erstmalig geht aus dem Absender hervor, dass Ernst inzwischen Unteroffizier ist, erwähnt hat er das nie)  
*Heute kam wieder sehr viel Post an. Die Mundharmonika lag auch bei. In-nigsten Dank für alles. Hoffe, daß es Euch wieder besser geht und der ärgste Schmerz vorbei ist. Mir selbst geht's gut soweit wieder, der Dienst lenkt mich ab. Wir liegen in sehr schönen Quartieren, die Verpflegung ist auch ganz gut geworden, und der Dienst ist vorerst auch ganz mäßig. Hoffentlich bleibt's so, denn so macht's allenthalben Spaß, an die Zukunft darf man natürlich nicht denken. Ich habe sehr viel Post bekommen von allen Seiten, allen geht Hermanns junges Leben sehr nahe.*

25.2.1918, Feldpostbrief

Meine Lieben! Für viel Post habe ich zu danken ... Vor einer Stunde kam Seefried aus dem Urlaub zurück. Ich wartete schon jede Stunde auf ihn und war die Freude groß, als er heute Abend endlich kam. Zwei große Pakete mit den schönsten Sachen brachte er mit und von der lb. Olle u. lb. Mutter u. Julius lb. Briefe. Tausend innigen Dank empfangt für alles. Ich werde nachher nochmals zu S. gehen, dann muß er mir von zu Hause erzählen, er weiß sicherlich viel Neues, er sagte schon, daß es Euch noch allen gut geht, was mich herzlich freut. Mit selbst geht es ja auch ganz gut, das Quartier ist sehr gut, ebenso die Verpflegung. Es kann eben jetzt jeden Tag losgehen. Wo wir liegen wißt Ihr ja, ganz nahe an der belg. Grenze. Wir wurden der 5. Garde-Division einverleibt. Diese Regt. lagen schon bei uns am Chemin des Dames, wo sie sich so rühmlich benahmen. Was sonst an der Westfront los ist, wißt Ihr besser als ich und interessieren wird Euch der Schwindel auch nicht viel. Die Hauptsache ist, daß es dem Ende und Friede entgegen geht. –

Es ist wirklich schön, daß Ihr Hermann so gut nach Hause bekommt und für alle auch ein Trost. Hier in Frankreich würde es mir niemals gefallen, daheim ist's viel schöner. Wo Tannen wachsen und man Blümlein aufs Grab bekommt. Heute habe ich in der Lahrer Zeitung die Danksagung gelesen, das Wort „Heldentod“ hat mich aber so kalt berührt. Dieses Wort ist so gefühllos.

Jeden Tag erhalte ich auch viele Briefe von allen Seiten, ich kann gar nicht alle beantworten. Ich komme sowieso fast nie zum Schreiben. Wenn die Offensive beginnt, werdet Ihr lange Zeit keine Post von mir und ich auch keine von Euch bekommen, ängstigt Euch nur niemals, ich komme bestimmt wieder, und wenn ich um die ganze Welt segeln muß.

Die Paketpost erhalte ich ziemlich regelmäßig und bin immer sehr gut versehen mit allem, wenn's aber einmal soweit ist, schickt keine Pakete mehr, da gibt's vorn genug zu essen....

5.4.1918, Stellung

Meine Lieben! Endlich komme ich dazu, Euch einen Brief zu schreiben. Ich habe schon dreimal inzwischen versucht, Euch Nachricht zu kommen zu lassen. Hoffentlich habt Ihr ein Lebenszeichen erhalten. Denn ich weiß bestimmt, daß Ihr ohne Nachricht von mir keine schöne Ostern verlebt habt u. auch der lb. Vater kein schönes Geburtstagsfest gefeiert hat. Allerdings ging es mir ja noch viel schrecklicher wie Euch, die Feiertage waren direct furchtbar. Ich glaubte oft, ich könnte keinen Schritt mehr weiter u. müßte im Dreck liegen bleiben. Dem Herrgott danke ich dafür, daß ich heute noch lebe. Allerdings sitze ich noch feste im Dreck u. Feuer, aber die schlimmsten Tage sind doch vorbei. An dieser Stelle ist jetzt wieder Stellungskrieg und ich bin mit meinem Gewehr in einem früheren engl. Artl. Stollen. Es kommt wenigstens jetzt öf-



*ters etwas Essen nach vorn, sogar auch Post. Heute früh bekam ich von Julius 1 Brief u. Karte vom 23.3., was mich herzlich freute. Vielleicht kommt auch bald mehr nach. Hauptsächlich fehlen uns die Zeitungen, denn wir wissen ja nicht, was links und rechts von uns vorgeht. Wenn nur die Geschichte zu einem glücklichen Ende führt.*

*Wenn ich aus diesem nassen Loch nochmals glücklich und u. heil herauskomme, dann darf ich aber Gott danken. Hoffen wir das Beste.*

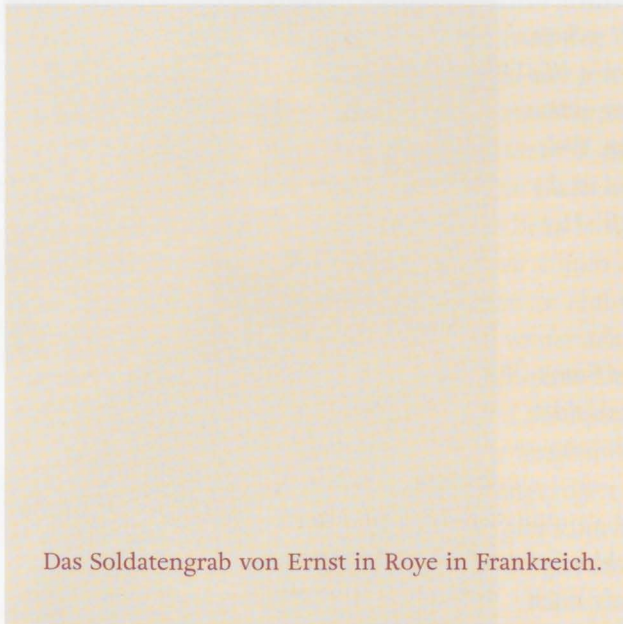
*Seid alle innigst begrüßt von Eurem Ernst*

10.4.1918, Stellung

*Meine Lieben! Immer noch bin ich heil und gesund. Unser Unterstand wurde zusammen geschossen und sitzen wir jetzt in einer windigen Bude, doch wenigstens ist es trocken hier. Nachts funkt er immer mächtig u. nervös das Gelände ab, der Franzmann. Na vielleicht geht's bald wieder weiter vor, allerdings sind wir sehr ruhebedürftig. Doch hat sich unsere Division geweigert, abgelöst zu werden, und sind wir andauernd in Stellung, trotzdem wir die ganzen Stürme gemacht haben. Der Geist unserer Truppe ist also noch herrlich, wenn nur die körperlichen Strapazen nicht zu stark werden. Mit Gottes Hilfe werden wir zu einem glücklichen Ende kommen und uns heil wiedersehen.*

*Alle seid herzlichst begrüßt von Eurem Ernst*

Am 11. April 1918 ist er gefallen. Er ruht in fremder Erde, auf einem deutschen Soldatenfriedhof in Roye, Frankreich, etwa 40 km nördlich von Compiègne



Das Soldatengrab von Ernst in Roye in Frankreich.

## Hermann Krämer

Hermann Krämer wurde am 5.10. 1899 in Seelbach geboren, wie sein älterer Bruder besuchte er das Gymnasium in Lahr und schloss nach der Untersekunda mit dem Einjährigen ab. Sein Ziel war Berufsoffizier. Ob das sein eigener Wunsch war oder der seines Vaters, ist nicht ganz klar. Nach der Schule war er zur Ausbildung als Fahnenjunker (Offiziersanwärter) im „I. Rekr. Dpt. I E 113“ in Freiburg.

Seine erste Feldpostnachricht stammt vom 8.9.1917, eine Postkarte von Sigmaringen an seine Schwester:

*Liebe Greta! - Kommen gerade von einer Übung hier an und rasten. Hoffe Dich im Oktober mal besuchen zu können. – Heil Hermann*

6.10.1917 – Feldpostbrief aus Baden-Baden

*Liebe Greta! – Recht herzlichen Dank für Deine Glückwünsche zum Geburtstage, konnte ihn leider nicht mehr so feiern, wie in jenen früheren so glücklichen Stunden. Heute bin ich hier bei Muttchen in Urlaub, lasse es mir wohl sein. Erfuhr gestern, daß ich in 14 Tagen ins Feld komme, somit also ein Kommen zu Dir leider unmöglich gemacht. Muß sehen, daß ich ... wenigstens noch nach Hause komme. – Mit herzl. Brudergruß, Hermann*

Hermann Krämer  
1917 mit 17 Jahren  
als Fahnenjunker in  
Freiburg.

21.10.17, Brief aus Freiburg

*Liebe Greta! – Dank für Deine lb. Zeilen. Leider Gottes ist es mir unmöglich, Dich noch einmal zu besuchen, da jetzt jeder Urlaub gesperrt ist, es muß gut gehen, wenn ich noch einmal Urlaub bekomme, bevor's in's Feld geht! Mitte November erst soll's rausgehen, umso besser, dann komme ich halt etwas später zum Weltkrieg. Kam diese Woche in die Feldkompanie, da ist der Dienst wieder verdammt streng. Mit Treugruß, Hermann*

1.11.1917, aus Freiburg an die Eltern

*M. Lieben! – Komme morgen abend, spätestens Samstag in Urlaub bis 10.11. Werde morgen früh eingekleidet. Am 12.11. geht's in's Feld. – Heil u. Gruß, Hermann*

1.12.1917, im Felde an Greta

*Liebe Greta! – Kam heute hierher in einen wahnsinnigen Dreck. Schreibe mir wieder soviel wie als nach*





Freiburg, bin Dir recht dankbar dafür. Hast Du meine Brotkarten noch erhalten? Wenn's gut gehen soll, so komme ich ja schon im März wieder zurück. Vielleicht gibt's auch Frieden bis dahin ...

5.12.1917, im Felde

Liebe Mutter! – Erhielt heute in Form eines Briefes von Dir und Julius die erste Post. Hoffe morgen oder übermorgen das Freßpaket zu erhalten. Meine mitgenommenen Freßsalien, Hartwürste usw. sind aufgezehrt, die unzähligen Ratten helfen mir, die Schweinigels fressen mir jede Nacht den 1/2 Kisper [?]. Kalt ist's hier. Schicke bitte sofort einen guten Kopfschoner, habe den anderen verloren. Kerzen! die sind hier unentbehrlich. Treffe bereits täglich Löffler, der gute Mensch sucht mich fast immer auf ... Morgen mehr.

6.12.1917, im Felde. Feldpostbrief

Liebe, gute Mutter! – Im fernen Schützengraben denke ich heute an Dich und wünsche Dir zu Deinem Geburtstage alles, was man Dir wünschen kann. So Gott will bleibst du uns noch lange, lange Zeit erhalten. Hier draußen fühlt man so recht, was eine gute, liebe Mutter wert ist. Mache Dir vor allen Dingen keine Sorgen um mich. Was die Pflicht und mein Vaterland von mir verlangt, werde ich tun, im übrigen handle ich nach dem Grundsatz: Schön ist es für das Vaterland zu sterben, noch schöner ist es, für das Vaterland zu leben. Und jetzt zu Deinem Geburtstag einen innigen Kuß von Deinem dkb. Sohn Hermann

6.12.1917, abends 10 Uhr, im Felde an die Familie

Meine Lieben! – Habe jetzt Gott sei Dank genug Zeit zu schreiben. Jetzt etwas von meinem Leben hier. Ihr denkt Euch wohl wie primitiv wir hier leben. Bin jetzt noch in Reserve direkt hinter den Front. Warten stündlich darauf eingesetzt zu werden. In einer Ferme hat sich unser I. Bataillon einquartiert. In kalten zu recht gemachten Stuben unter einem Dach haben wir unser Quartier aufgeschlagen. Bringen soweit es geht unser Zeug in Ordnung, holen Holz für unsere „Öfen“ und von Zeit zu Zeit haben wir Unterricht. Das Essen geht soweit, dürfte aber besser sein, da muß halt von zu Hause nachgeholfen werden. Sogar ein Kino gibt's hier direkt hinter der vordersten Stellung, wo es für den Franzmann eine Kleinigkeit wäre hereinzufunken. Dann gibt's eine Kantine, da kann man Schinken (100 Gramm für 1.50 Mark) Sardinen, Bier (sehr gut), Trops (Stück à 2 Pfg.) und noch mehr kaufen, nur ist's eben teuer. Nur kalt ist's hier. Jede Nacht muß man völlig angezogen in die „Federn“, kommt halt nie aus den Kleidern. Läuse und Flöhe gibt's auch schon, gibt's denn kein Gegenmittel? So und jetzt erwarte ich auf morgen abend einige Törtchen, die langersehnten ...

9.12.1917, im Schützengraben

*Meine Lieben! – Im tiefen Stollen, beim Scheine eines „Totenlichtes“ schreibe ich diese Zeilen. Seit einigen Tagen bin ich vorne, wurden plötzlich alarmiert. Hoffe aber bis Weihnachten in Ruhe zu sein. Heute abend werden die Essenholer wohl die ersten Pakete bringen. Schickt nur, was Ihr entbehren könnt. Ihr wißt nicht, was wir da draußen mitmachen müssen, zumal wenn man noch so jung ist. Müssen hier vorne bei Nacht und Nebel ziemlich viel schanzen, auch ich als Junker. Alles muss man eben mitmachen bevor man Vorgesetzter sein will. Ich höre eben, daß kleine 1 Pfund Pakete nicht mehr gesandt werden dürfen, schickt dann einfach größere Pakete, aber immer dann noch mäßig. Essen tue ich schon ...*

25.12.17, Feldpostkarte an seinen Bruder

*Lieber Julius. – Habe wieder eine große Bitte an Dich. Sende an folgende Adresse in einigen Feldpostpäckchen 3 - 400 „Um die Welt“: Vizefeldwebel Banzhof 1. Kompagnie I. R. 113, aber bald und bestimmt. Die Zigarren sind für die Unteroffiziere der 1. Kompagnie bestimmt. Bin jetzt in der 6. Kompagnie, II. Bataillon. – In aller Treue, Hermann*

16.12.17, Feldpostkarte an die Familie

*... Heute bekamen wir, wie immer 2 Zigarren und die waren von Geiger i. Oberweier. Sonst nichts Neues. herzl. Hermann*

14.12.17, – Feldpostbrief aus Vigneul bei Montmedy

*Liebe Mutter! – Tausend Dank für die Pakete, erhielt eben wieder 2 Stück mit 2 Paar Socken, 1 Waschlappen und in dem anderen waren schauderhaft gute kleine Törtle, die ich sofort mit Haut und Haar aufaß. Morgen kommen vielleicht Zigarren und Zigaretten ohne die man hier draußen nicht leben kann. Weihnachten könnt Ihr jetzt in Ruhe feiern, wenn Ernst kommt, ich bin ja bis auf Weiteres auch geborgen. Ich schreibe hier zum Zeitvertreib soviel ich kann, um dann auch wieder geschrieben zu bekommen. Post bringt uns hier draußen zum Leben und in Stimmung. Jetzt Schluß. Hab 8 Tage nur wenig, in den letzten 48 Stunden überhaupt nicht geschlafen. – Innigste Grüße, Dein dkb. Sohn Hermann*

1.1.1918, Brief an die Familie

*Meine Lieben! – Habe gestern abend mit den Offizieren vom 2. Bataillon Neujahr gefeiert. Stramm und doch schön ging's zu. Es gab ausgezeichnetes Bier, Glühwein, Gebäck, belegte Brötchen u.a.m. Musik fehlte nicht. Bin nur froh, daß ich eine zweite Uniform bei mir habe. Gestern wurden wir wieder gebadet und entlaust. 2 Ohrenschützer habe ich nicht erhalten, wohl aber 2 Kopfschüt-*



zer. Esse von nun an hier und da beim Kompagnieführer und nicht schlecht. Meine 100 Mark sind weg: 20 Mark habe ich Kriegsanleihe gezeichnet und der Rest ging für Neujahr, Weihn. und für die „Gefreiten ...“ drauf. In den Kantinen gibt es allerhand zu kaufen und da braucht man ziemlich viel. ... Kohldampf muß ich augenblicklich schieben, unerhört. Schickt nur wieder Törtle. Schickt eine meiner beiden Klappmützen, aber die bessere. – Mit den herzlichen Grüßen. Euer dkb. Hermann

8.1.1918, im Felde

Liebe Mutter! – Herzlichen Dank für die Pakete. (bis jetzt 3 Stück seit Weihnachten) und den lb. Brief. Behaltet ja unseren guten Lux!!! Unsere Gruppe hat sich kürzlich einen Hund geschlachtet und aufgezehrt. Das kommt täglich vor ...

19.1.1918, im Feld an die Familie

Meine Lieben! – Gestern und in den vorigen Tagen erhielt ich 11 (elf) Pakete mit Speck, Schnaps, Zigarren und Zigaretten ..., Schokolade und ... Alles noch in gutem Zustand. Bis jetzt überhaupt Zeit nur wenig. Herzliche Grüße an alle, Hermann

Letzte Nachricht:

Im Felde, den 4. Februar 1918

Regimentsbefehl

Der Fahnenjunker Gefreite Krämer der 6. Kompagnie wird mit dem heutigen Tage wegen Tapferkeit vor dem Feinde zum Unteroffizier befoerdert.

gez. Kuhlmann

Oberst und Regimentskommandeur

Am 6.2.1918 ist Hermann mit 18 Jahren bei Beaumont in Frankreich gefallen. Er wurde noch im selben Monat in seine Heimat überführt und ruht seither auf dem Friedhof in Seelbach.

In der Familie ist überliefert, dass einer der beiden Brüder bei einem Gasangriff, der andere durch einen Bauchschuss ums Leben kam. Einschließlich Ernst und Hermann Krämer verloren 90 Seelbacher im Ersten Weltkrieg das Leben.

# Meine Erlebnisse im Weltkrieg 1914-1918 ✓

Von Edmund Ruf

Bürgermeister in Ettenheim von Oktober 1946 bis Dezember 1955

Mit Einwilligung von Studiendirektor a. D. Franz Ruf konnte ich im März 2010 die „Lebenserinnerungen“ seines Vaters, die dieser im Alter von 74 Jahren aufgezeichnet hatte, herausgeben.

Damit wurde ein einmaliges zeitgeschichtliches Dokument, das zuvor nur im Familienbesitz war, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und vor dem Vergessen bewahrt. Die „Lebenserinnerungen“ von Edmund Ruf (29. August 1895 – 26. März 1986) geben einen Einblick in das noch landwirtschaftlich geprägte Leben in Ettenheim zu Beginn des 20. Jahrhunderts, vermitteln einen Eindruck von den persönlichen Erlebnissen des Autors im Ersten Weltkrieg mit Verwundung, Lazarett und Beinamputation und einem nicht enden wollendem Leidensweg bis ins hohe Alter, zeigen die Schikanen auf, die er im „Dritten Reich“ wegen seiner ablehnenden Haltung zum NS-Regime erdulden musste, lassen die Nöte des Nachkriegs-Bürgermeisters (1. Oktober 1946 – 12. Dezember 1955) erkennen, dem die Bevölkerung die Maßnahmen persönlich anlastete, welche von der französischen Besatzungsmacht angeordnet waren, jedoch von ihm durchgeführt werden mussten, und schließlich berichtet diese nur in kleiner Auflage erschienene Schrift über die mutige und vorausschauende Entscheidung, die zum Bau des neuen Krankenhauses auf dem Meierberg führte. Aus all diesen Ereignissen, die vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stattfanden, soll mit dieser Veröffentlichung die persönliche Erfahrung von Edmund Ruf im Ersten Weltkrieg einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden.

Bernhard Uttenweiler

Am 28. Juni 1914 wurde der Thronfolger von Österreich, Erzherzog Franz Josef in Sarajewo (Serbien) mit seiner Gemahlin ermordet. Durch dieses Ereignis war der große Weltkrieg, dem 12 Millionen Menschen darunter 2 Millionen Deutsche zum Opfer fielen, heraufbeschworen.

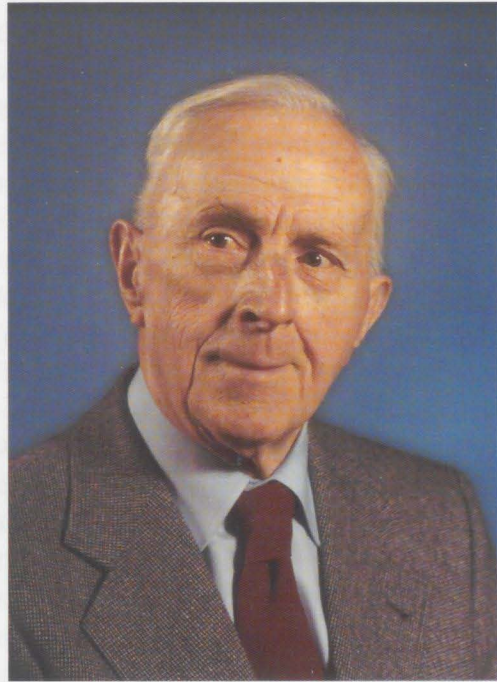
Am 26. Juli 1914 erklärte Österreich an Serbien den Krieg, und am 2. August 1914 hat Deutschland an Frankreich ebenfalls den Krieg erklärt.



Inzwischen war Rußland überraschend in Deutschland eingebrochen und hatte Ostpreußen verwüstet.

Eine ganze Reihe von Ländern erklärten nacheinander Österreich und Deutschland den Krieg, sodaß wir in kurzer Zeit die halbe Welt zum Feinde hatten.

Die Begeisterung für den Krieg war außerordentlich groß, glaubte man doch, es handle sich um eine edle Sache. Patriotische Aufrufe haben dazu beigetragen, daß die Jugend in großen Massen zu den Fahnen strömte. Zunächst war es nicht möglich, die Freiwilligen alle aufzunehmen, ein großer Teil mußte nach Hause geschickt und auf später vertröstet werden. Da sich gleich zu Beginn des Feldzuges im Oberelsaß eine Schlacht anbahnte, mußten in aller Eile große Truppenverlagerungen nach dort vorgenommen werden. Der Verkehr auf der Bahn



und der Landstraße war in diesen Tagen unvorstellbar. Der zivile Personen- und Frachtverkehr auf der Bahn war ganz eingestellt. Tag und Nacht, ohne Unterbrechung, fuhren die unendlich langen, mit Mannschaften, Geschützen und Munition beladenen Züge das Land hinauf. Der Verkehr war derart, daß sich die Züge auf der ganzen Strecke stauten.

Wenn ein Zug Platz machte, so rückte schon der nächste nach, und so ging es im Schneckentempo weiter. Das ununterbrochene Pfeifen und Gerassel der schweren Züge war weithin zu hören. Die Eisenbahnwagen waren vielfach mit Blumen geschmückt und mit allerlei witzigen Versen beschrieben.

Ein ähnliches Bild in anderer Form bot sich auf der Landstraße. Da das Auto zu Beginn des Krieges noch eine ganz unbedeutende Rolle spielte, mußten die Soldaten große Strecken zu Fuß zurücklegen, da die Bahn nicht in der Lage war, die großen Truppenverbände schlagartig zu transportieren. Ununterbrochene Kolonnen marschierten in den ersten Kriegstagen das Land hinauf. Das Wetter war schön, aber sehr heiß. Für die Soldaten, welche in Eilmärschen täglich bis zu 70 km zurücklegen mußten, war dies eine ungeheure Leistung. Man muß sich vorstellen, daß der Soldat in voller Ausrüstung (Tornister, Gewehr, Patronentaschen und Patronengurten sowie Schanzzeug) etwa 60-70 Pfd zu tragen hatte. Es war daher nicht verwunderlich,

wenn bei der außergewöhnlichen Hitze mancher zusammenbrach und im Straßengraben liegen blieb, wo ihn dann die Sanitäter aufhoben und auf ihren Wagen versorgten.

Viele Leute gingen daher mit Eimern und Kannen, gefüllt mit Kaffee, Tee oder sonstigen Erfrischungen oder auch Nahrungsmitteln auf die Landstraße, um die Durstigen und Hungrigen zu erquicken und zu stärken. Trotz der Strapazen herrschte bei den Soldaten ein beispielloser Humor und eine Begeisterung ohnegleichen, konnte sich doch damals noch niemand eine Vorstellung von der Dauer und der Furchtbarkeit des Krieges machen. Man glaubte allgemein, bis Weihnachten wieder zu Hause zu sein. Bei der allgemeinen Begeisterung spielte auch ich mit dem Gedanken, mich freiwillig zu melde, bin aber dann doch davon abgekommen, was ich nie bereut habe.

Im Frühjahr 1915 kam ich zur Musterung und wurde am 1. Mai 1915 zum 1. Bad Leibgrenadierregiment Nr. 109 eingezogen. Hier wurde mir mit vielen Kameraden die notwendige Kriegsausbildung im Eiltempo beigebracht. Da ich in meinem Beruf an schwere Arbeit gewöhnt war, ist mir die Ausbildungszeit nicht besonders schwer gefallen. Ich konnte mich den jeweiligen Verhältnissen anpassen, war in nichts verwöhnt und meine Muskeln konnten manches vertragen. Somit war die Ausbildungszeit für mich beinahe eine Erholung, was durch eine erhebliche Gewichtszunahme bestätigt war. Bei den Vorgesetzten war ich wegen meiner Willigkeit gut angeschrieben und hatte dadurch manche angenehme Vergünstigung. Unser Kompaniefeldwebel hatte mir beim Auszug ins Feld sogar eine Kiste guter Zigarren überreicht, was beim Militär wohl selten vorkam.

Dreimal kamen wir auf den Truppenübungsplatz Heuberg, wo wir jeweils 8-10 Tage blieben. Hier hatten wir ausgedehnte Ausmärsche und kriegsmäßige Gefechtsübungen. Wir wurden hier zwar nicht geschont, hatten aber eine regelmäßige und gute Verpflegung und ein Bett. Mittlerweile war unsere Ausbildung beendet. Es war nun zu erwarten, daß wir jederzeit ins Feld abgerufen würden.

Es war Ende August 1915, ich war auf Sonntagsurlaub zu Hause und mußte am Montagvormittag wieder in der Kaserne sein. Am Sonntagmittag bekam ich ein Telegramm mit dem Inhalt, „sofort zurückkehren“. Ich witterte, was dies bedeuten könnte, zog es vor, meinen Urlaub nicht zu kürzen, und kehrte erst am Montag früh in die Kaserne zurück. Als ich in Karlsruhe ankam, wurde auf einem anderen Bahnsteig gerade ein Transportzug fertig gemacht.

In der Kaserne erfuhr ich, daß der Transport aus meinem Regiment zusammengestellt war. Alle Kameraden waren dabei. Mein Empfang



war zwar wenig freundlich, doch hatte die Sache keine schweren Folgen. Wäre ich mit dem Transport fortgekommen, befände ich mich kaum noch am Leben. Die frisch aufgefüllte Kompanie kam direkt in die Champagne-Offensive. Nach 8 Tagen Einsatz sehr zusammengeschumpft, viele Kameraden verwundet oder tot.

Nur noch kurze Zeit hatte ich das Glück, in der Heimat bleiben zu dürfen, dann hatte die Stunde auch für mich geschlagen. Die gewaltigen Verluste in der Champagne verlangten laufend Ersatz, und so kam auch ich auf den Transport. Die Fahrt ging über Mannheim durch Lothringen nach Belgien. Dabei berührten wir die Städte Namur, Brüssel, Antwerpen und kamen schließlich durch Frankreich in nächster Nähe von Reims an. Nach dreitägiger Fahrt und manchen Umwegen wurden wir um Mitternacht ausgeladen. Nun waren wir in der Nähe der Front, hörten zum erstenmal das Donnern der Geschütze, sahen Scheinwerfer und Leuchtkugeln. Da die Bahn hier zu Ende ging, mußte die Strecke bis zum Ziel zu Fuß zurückgelegt werden. Die Stimmung unter uns Neulingen war gedrückt, gesprochen wurde nur wenig, jeder hing seinen eigenen Gedanken nach, vielleicht waren sie noch einmal in der Heimat. Wir marschierten Stunde um Stunde, mit dem kriegsmäßigen Gepäck schwer belastet. Anfangs kamen wir einigermaßen zügig voran, nach 2 oder 3 Stunden war es kein Marschieren mehr, eher ein sich langsam Dahinschleppen. Man darf sich unseren Weg allerdings nicht als eine normale Straße oder nur einen Feldweg vorstellen. Es war Spätjahr, Regenzeit, die Straßen durch den starken Fahrzeugverkehr aufgeweicht. In der Frühe kamen wir an unserem Bestimmungsort Vytry an. Es ist dies eine kleinere Ortschaft mit etwa 800 Einwohnern. Zur Hälfte war der Ort zerschossen, aber noch teilweise bewohnt. Wir wurden je nach Bedarf in einzelnen Gruppen zugeteilt und in die Quartiere gebracht. Zunächst gab es auf beiden Seiten viel zu fragen. Die Kameraden, welche aus der Champagne-Offensive zurück gekommen waren und zur Erholung in der ruhigen Stellung vor Reims lagen, hatten uns viel Trauriges über die schwere Schlacht zu erzählen.

Die Stellung befand sich direkt vor der Stadt Reims, etwa 800 Meter davon entfernt. Die herrliche Kathedrale mit dem unvergleichlich schönen Portal lag gerade in unserem Blickfeld. Die Stadt war zu dieser Zeit noch nicht oder doch nur geringfügig zerstört.

In der Zwischenzeit war es Mittag geworden. Zeit zum Essenempfang. Das Essen wurde für die Gruppe von 2 Kameraden an der Feldküche empfangen. Es gibt nur Eintopf. Am Morgen und am Abend

gibt es schwarzen Kaffee dazu abwechselnd Wurst, Käse oder Marmelade sowie jeden zweiten Tag ein Kommissbrot.

Mit der Besichtigung der neuen Umgebung verging der erste Tag. Wir legten uns früh zur Ruhe nieder, denn von der langen Fahrt im Viehwagen und dem anstrengenden Marsch waren wir sehr ermüdet. Trotz des ungewohnten und harten Lagers hätten wir Ankömmlinge gut geschlafen, aber es gab hier Ratten, an die wir uns erst noch gewöhnen mußten.

Diese Viehcher waren besonders in den Unterständen im Graben lästig, da vor ihnen nichts sicher war, alles zernagten sie. In dieser ruhigen Stellung vor Reims gab es keine Ablösung. Eine Einheit blieb jeweils 4 bis 6 Wochen, dann wurde sie wieder verlegt. Die Besetzung der Front war im Normalfall wie folgt geregelt:

- a) der Grabendienst,
- b) der Dienst in der Reservestellung,
- c) Erholung in einem außerhalb der Kampflinie (10-15 km) gelegenen Barackenlager.

Die Kompanie war daher in 3 Abteilungen zerlegt.

Zu a: Der Dienst im Schützengraben war sehr anstrengend. Die Haupttätigkeit bestand in der Feindbeobachtung, also im Postenstehen. Jeweils standen 2 Mann zusammen Posten, der eine stand auf der Schulterwehr und beobachtete, was in der gegenüberliegenden feindlichen Stellung vor sich ging, der zweite stand im Graben und hatte die Aufgabe, im Falle eines Angriffes die Mannschaft zu alarmieren. Die Wachezeit betrug 2 Stunden. Während des Tages mußte man alle 4 Stunden aufziehen, während der Nacht alle 2 Stunden. Außerdem wurden die Posten während der Nacht verstärkt. Schlafmöglichkeit gab es in vorderster Stellung sehr wenig, denn in den Freistunden hatte man meist dringende, unaufschiebbare Arbeiten zu erledigen. Besonders erregend war der Postdienst während der Nacht. In der Champagne standen wir uns teilweise nur etwa 30 Meter entfernt gegenüber, in den Sappen (gegen den Feind vorgetriebene Laufgräben) vielleicht nur 10 Meter. Da hieß es gut aufpassen, die Nerven waren angespannt bis zum Zerreißen. Wie oft glaubte man plötzlich, einen Franzosen zu entdecken, dann stellte sich heraus, daß es ein Pfahl im Drahtverhau war. Jedenfalls war man froh, wenn die Ablösung kam.

Zu b: Die Reservestellung war möglichst nahe bei der Front. Die Mannschaft lag in Bereitschaft und hatte die Aufgabe, bei einem Feindangriff zur Unterstützung der Grabenbesatzung in Stellung zu



gehen. Darüber hinaus hatte sie die Front mit allem Notwendigen, d.s. Bohlen für die Unterstände, Stege für die Laufgräben, die Munition, die Lebensmittel usw. zu versorgen. Da die Versorgungsfahrzeuge nicht bis an die Front gelangen konnten, mußten die Fußtruppen dafür eingesetzt werden. Außerdem übernahm die Reservemannschaft noch Schanzarbeit. Immer wieder mußten neue Gräben angelegt, Drahtverhau vor dem Graben ausgebessert werden usw. Die Arbeitszeit begann nach Einbruch der Dunkelheit und endete vor Beginn der Morgendämmerung. Den Tag über war Ruhezeit.

Zu c: Die Ruhestellung war der Erholung und Reinigung der Kleider und Waffen vorbehalten.

Mit der Beschreibung der Einsatzfähigkeit der Truppe habe ich meinem Bericht etwas vorgegriffen. Noch sind wir ja in Vitry. Wie schon erwähnt, war diese Stellung für abgekämpfte, ermüdete Truppen ein idealer Erholungsaufenthalt, warum die Stellung so ruhig war, läßt sich leicht enträtseln. Wenn die französische Seite ein Paar Schüsse abgab, genügte von uns ein Schuß in die Stadt, und die Ruhe war wieder hergestellt. Eine Reservestellung gab es hier nicht. Ein Laufgraben führte vom Ort direkt in die Stellung. In Ruhestellung mußten wir lediglich im vorderen Graben Unterstände bauen.

Alle übrigen Arbeiten außerhalb der Frontstellung mußte die französische Bevölkerung ausführen. Meist waren es ältere, oft sehr gebrechliche Männer und Frauen. Täglich um 6 Uhr mußten sie zur Arbeit antreten! Wer Pferde hatte, mußte mit Pferd und Wagen erscheinen. Es war keine Kleinigkeit für sie, Tag für Tag von früh bis spät in Arbeit zu stehen, oft zwecklose Arbeiten zu verrichten und nicht selten ihr eigenes Gut zerstören zu müssen.

Die Behandlung der armen bedauernswerten Zivilbevölkerung von Seiten mancher Offiziere ließ vieles zu wünschen übrig, war sogar brutal und unmenschlich. Auch ihre Wohnverhältnisse waren menschenunwürdig. Unser Hausbesitzer mußte mit seiner 6-köpfigen Familie in einem kleinen Raum leben. Die wenigen Möbel waren zum größten Teil für die militärischen Büros beschlagnahmt worden. Die Leute führten ein armseliges Dasein. Selbst die wenigen Habseligkeiten, welche sie noch besaßen, waren ihnen nicht sicher. Leider hatten wir unter unseren Kameraden gewissenlose Schurken, die den Leuten das Wenige noch wegstahlen, selbst wenn sie für das Gestohlene keine Verwendung hatten. Beschwerden konnten sich die Bestohlenen nicht, wenn sie es dennoch taten, bekamen sie kein Recht. Auch mit ihrer Verpflegung war es nicht zum Besten bestellt. Da sie von der Feldküche verpflegt wurden, bekamen sie immer nur,

was übrig blieb und das war manchmal herzlich wenig. Zu ihrem Glück bekamen sie ab und zu von Frankreich Brot und Schokolade, sodaß sie sich einigermaßen über Wasser halten konnten. Ich vermute, daß dies durch Vermittlung des roten Kreuzes geschah. Da es in unmittelbarer Nähe keine Waldungen gab, stand es mit Holz zum Feuern ziemlich schlimm. Kohlen waren ebenfalls nicht aufzutreiben. Wenn die Kälte auch nicht groß war, mußten wir doch immer Feuer unterhalten, da durch das herbstliche Regenwetter unsere Kleider immer durchnäßt waren. So wurde Holz beschafft, wo es eben zu finden war, meistens in den Häusern.

Bretter und Balken wurden herausgerissen oder herausgesägt, soweit für das Haus keine Einsturzgefahr bestand. Einmal war ich dabei, als wir eine große Scheuer, welche im Mittelpunkt von einem starken getragen wurde, zum Einsturz brachten, indem wir diesen Balken ansägen. Wir taten dies nur, weil es eine andere Möglichkeit, zu Brennholz zu kommen, nicht gab. Da diese Abbrucharbeiten streng verboten waren, mußten wir heimlich ans Werk gehen. Es war eine harte Arbeit, den eichenen Balken mit unseren primitiven Werkzeugen zu Fall zu bringen. Wir benutzten die Zeit während eines Konzertes unserer Regimentskapelle. Nach dem Einsturz mußten wir natürlich schnellstens verschwinden. In wenigen Tagen war das ganze Holz von uns und der Bevölkerung weggebracht worden. Die Angelegenheit wurde wohl untersucht, sollten doch die Beteiligten bestraft werden, aber niemand, auch nicht bei der Bevölkerung hatte den Vorfall beobachtet, alle haben dicht gehalten.

Nach etwa 4 Wochen kamen wir in eine andere Stellung. Nach mehrstündigem Marsch wurden wir auf der Bahn verladen und nach kurzer Fahrt wieder ausgeladen. In einem kleinen Dorf wurden wir für einen Tag einquartiert. Hier gab es etwas Besonderes für uns. Seit wir aus der Kaserne fort waren, hatten wir Kartoffel weder gesehen noch gegessen. Kaum angekommen, entdeckten wir ein Kartoffelfeld. In der Nacht wurde das Feld so ziemlich ausgeplündert. Den andern Tag gab es dann geschwellte Kartoffeln, welche wir ohne jede Zutat wie eine seltene Delikatesse mit Hochgenuß vertilgt haben.

Gegen Abend sind wir wieder eingeladen worden und kamen am nächsten Morgen in Ardöl, unserer Endstation, an. Welch ein Gegensatz zwischen Reims und hier! Gab es dort noch begehbbare Straßen, so versanken wir hier schon beim Aussteigen knietief im Schlamm. Durch den ungeheuren Verkehr mit schweren Fahrzeugen aller Art bei andauerndem Regenwetter waren die Straßen derart aufgeweicht, daß der Fahrweg vielfach neben die Straße verlegt



wurde. Die Fußstruppen mußten sowieso meistens auf dem freien Feld marschieren, da die Straße mit Fahrzeugen verstopft war, und der gesamte Verkehr wegen Feindsicht bei Nacht abgewickelt werden mußte.

Hier hatten wir Gelegenheit, die Wirkung des Krieges richtig kennenzulernen. Unser Weg führte uns zunächst durch ein Dorf in der Größe von Ettenheim. Von dem ganzen Ort standen nur noch Mauerreste, alles andere war dem Erdboden gleich gemacht. Alles irgendwie brauchbare Material war für alle möglichen Zwecke verwendet worden, sodaß nur noch Schutthaufen übrig geblieben waren.

Nach einem dreistündigen Marsch in weglosem, mit Granatlöchern besätem Gelände kamen wir in das Lager Wittelsbach, etwa 400 Meter abseits der Straße in einer Talmulde gelegen. Die Wohnbaracken waren an einem leicht bewaldeten Steilhang in mehreren Etagen übereinanderliegend aufgestellt, vor Feindeinsicht gut geschützt. Am Fuße des Abhangs stand ein großes Zelt, in dem die verschiedenen Lagerräume sowie die Feldküche untergebracht waren. Der Weg zum Lager durch die Talmulde mit schwerem zähem Lehmboden war kaum begehbar. Durch die vielen Fuhrwerke, welche täglich die Bedarfsgüter für das Lager brachten, war der Boden knietief aufgeweicht. Die Stiefel hatten wir mit Gurten über der Schulter befestigt, damit sie uns nicht verloren gingen. Auch die armen Pferde hatten unter den schlechten Wegverhältnissen sehr zu leiden. Es war nicht möglich, mit einem leeren Wagen und zwei Pferden durch den tiefen Schlamm zu kommen. Ein beladener Wagen kam nur mit 4 oder gar 6 Pferden bespannt und auch dann nur mühsam vorwärts. Da ich gerade von Pferden spreche, möchte ich noch ein kurzes Wort über sie hinzufügen. Das Schicksal dieser armen Tiere habe ich immer sehr bedauert. Sie müssen sehr schwere Zeiten durchstehen, ungeheure Leistungen vollbringen und bekamen eine Verpflegung, welche mit der Arbeitsleistung nicht in Einklang zu bringen war. Sie bekamen z.B. als Ersatz für Heu gemahlenes Rebreis, standen Wochen und Monatelang im Freien. Zu all diesen Entbehrungen wurden sie nur zu oft grausam geschlagen und mißhandelt. Wir waren nur einen Tag im Ruhelager. Den nächsten Abend ging es weiter und zwar sogleich in die vorderste Stellung, da das Regiment durch den Erholungsaufenthalt vor Reims ausgeruht und auch wieder aufgefüllt war.

Unser Weg führte einer Talmulde entlang über freies Ackerfeld, da die Straße wie schon erwähnt den Munitions- und Proviantkolonnen vorbehalten war. Es war schon schwer, in stockdunkler Nacht

durch den aufgeweichten Boden weiter zu kommen, zumal immer wieder Granatlöcher zu überwinden waren. Trotzdem sind wir alle in der Reservestellung wohlbehalten angekommen, wo wir für einen Tag blieben. Unsere Stellung lag etwa 1.000 Meter hinter der Front. An einer kleinen Bodenerhebung waren große, flache Unterstände gebaut, jeder etwa 40 Mann fassend. Todmüde legten wir uns nieder, wo es eben Platz gab. Nun waren wir im Kampfgebiet. Den Tag über konnten wir uns ausruhen und ausschlafen. Gegen Mitternacht ging es dann in Stellung und zwar von der Reservestellung aus in einem 2 Meter tiefen Laufgraben. Um 12 Uhr mußte die Ablösung vollzogen sein. Von der September-Offensive her befand sich der Graben in einem trostlosen Zustand. Die Unterstände waren zusammengeschoßen und der Graben teilweise eingeebnet. Es gab also sehr viel Arbeit, und wir haben uns zunächst tüchtig drangehalten, galt es doch zunächst für unsere persönliche Sicherheit besorgt zu sein. Auf schnellstem Wege mußten wir den Graben soweit ausheben, daß uns der Franzmann nicht mehr beobachten konnte, denn wenn er einen Kopf zu sehen bekam, ging die Schießerei los. Vorerst mußten wir in der Freizeit im Freien kampieren. Zum Schlafen gruben wir in die Grabenwand eine Rinne, gerade so groß, daß der Körper darin Platz fand. Darüber wurde eine Zeltbahn gehangen.

In der Grabensohle fanden wir bei den Aushebungsarbeiten vereinzelt noch Leichenteile, welche schon stark in Verwesung übergegangen waren. Mit den gleichen ungewaschenen Händen, mit denen wir mit den Leichen in Berührung gekommen waren, mußten wir dann wieder unser Brot essen, da es im Graben kein Wasser gab, d.h. Wasser genug, aber nur mit Schlamm vermischt.

Solange die Stellungen nicht ganz wieder hergestellt und die Unterstände wohnfähig gemacht waren, gab es kaum Ruhepausen. Neben den schon angedeuteten Aufgaben gab es noch so manchen Kleingram: Zweimal täglich mußte in der Reservestellung das Essen geholt werden, das waren abwechselnd 2 Mann von jeder Gruppe; bei Regenwetter lief das Wasser in den Unterstand und mußte ausgeschöpft werden; in dem Schlamm waren die Gewehre täglich zu reinigen, sonst gab es Ladehemmung. Hatte man einmal Zeit, sich aufs Ohr zu legen, dann gab es von unseren lieben Feinden einen Minen- oder Artillerie-Überfall, dann war es aus mit der Ruhe, denn danach mußte mit einem Angriff von feindlicher Seite gerechnet werden.

Mit mancherlei Aufregungen für uns Neulinge ging die erste Schicht mit 14 Tagen vorüber. Wir freuten uns sehr auf das Ruhelager, denn wir waren ziemlich erschöpft. Die Ablösung war inzwischen vollzo-



gen, nun hatten wir noch den Marsch ins Ruhelager vor uns. In der Frühe kamen wir, wenn auch mit einigen Beschwerden, im Lager Wittelsbach an. Man darf nun aber nicht annehmen, daß wir in den nächsten 14 Tagen uns ganz der Ruhe hingeben durften. Hier ging es wieder kasernenmäßig zu. Um 5 Uhr kamen wir aus der Stellung an, und um 11 Uhr gab es schon Appell in Kleidern und Schuhen, wenn bis dahin alles in Ordnung sein sollte, konnte man sich nur für kurze Zeit die wohlverdiente Ruhe gönnen, denn bis selbst der gröbste Schmutz beseitigt war, gab es schwere Arbeit zu leisten. Beim nächsten Appell waren die Gewehre an der Reihe. Hier wurde peinliche Sauberkeit verlangt, und wir mußten lange fummeln, bis die durch das viele Regenwetter angelaufenen Gewehre wieder blank waren. Es folgte so Appell auf Appell, bis unsere ganze Ausrüstung wieder in Schuß war. Damit die steifen Glieder wieder in Bewegung kamen, durfte das Exerzieren nicht vergessen werden, obwohl wir auf diese Tätigkeit gerne verzichtet hätten. Auch an Kriegsdienstübungen fehlte es nicht. Immer wieder wurden wir in der Handhabung der verschiedenen, teilweise neuen Waffen geübt. In der Hauptsache war es der Umgang mit Handgranaten. Die Handgranate war eine gefährliche Waffe, nicht zuletzt gefährlich, für den, der sie trug. In vorderster Stellung hatte man solche am Koppel hängen. Sie war an einem etwa 30 cm langen Holzstiel befestigt, an dessen Ende eine Schnur herausragte, wenn man die Granate zur Explosion bringen wollte, mußte man an der Schnur ziehen. Nach etwa 3-4 Sekunden kreperte dann dieselbe. Es war daher notwendig, daß die Granate sofort nach Abzug geworfen wurde. Mancher Kamerad verlor sein Leben oder wurde schwer verstümmelt, weil er mit dem Abwurf zu lange gezaudert hatte. Die Handgranate war wegen ihrer Wirkung sehr gefürchtet.

Langeweile hatten wir also auch in der Ruhestellung nicht, aber wir hatten ein regelmäßiges Essen, ein trockenes Lager und unsere Nachtruhe, das war sehr viel wert. Ganz vollkommen war die Nachtruhe allerdings auch wieder nicht, denn inzwischen haben wir mit einer Begleiterscheinung des Krieges, den Läusen, Bekanntschaft machen müssen. Wenn man in der Nacht aufwachte, sah man da und dort eine Kerze brennen, daneben einen sitzend, das ausgezogene Hemd einer Kontrolle nach Läusen unterziehend. Da man selbst von diesen Quälgeistern geweckt worden war, folgte man dem Beispiel. Diese Biester erwachten zum Leben, wenn sie richtig warm hatten. Sie konnten einem aus dem Schlaf bringen, auch wenn man noch so müde war. Zu Tausenden haben wir dieses Ungeziefer vernichtet.

Am schlimmsten war es mit der Läuseplage in der Stellung. Da man das Koppel immer (auch bei Ruhe) umgeschnallt haben mußte, war man um die Lenden immer verschwitzt und warm. Just zogen sich alle hier zu einem Stelldichein zusammen. Solange man irgendwie beschäftigt war, konnte man darüber hinwegkommen, wollte man sich aber zur Ruhe begeben, war das Gekrappel zum aus der Haut fahren.

Nach Wochen wurden wir in der Ruhestellung entlaust. Wir durften dabei ein Bad nehmen, während unsere Kleider in einem erhitzten Ofen desinfiziert wurden. Das Bad war natürlich nicht mit großem Luxus ausgestattet. Ich kann mir gut denken, daß z.B. Sr. Elisabeth in hygienischer Hinsicht Bedenken geäußert hätte, zumal das Badewasser aus einem schmutzigen Bach, in dem vielleicht da und dort noch ein Pferdekadaver zu finden wäre, entnommen war. In einem offenen Schuppen standen zwei kleine Bottiche mit je etwa 50-60 Liter Wasser zur Verfügung. 2 Mann zusammen mußten in einem Bottich baden, man konnte darin notdürftig knien und mußte sehen, wie man den ganzen Körper mit Wasser in Berührung brachte. Vier Mann mußten im selben Wasser ihr erfrischendes Bad nehmen. Für die zweite Abteilung war die Sache nicht mehr sehr appetitlich. Wie anspruchslos der Mensch in Notzeiten werden kann, zeigt dies Beispiel. Trotzdem war das Baden für uns eine angenehme Sache, und der Badetag, weil er sehr selten war, ein freudiges Ereignis, dazu eine dringende Notwendigkeit. Wir lagen doch buchstäblich im Schlamm, verdreckt bis auf die Haut.

Nunmehr rückte das Weihnachtsfest, das Fest des Friedens, heran. Manchen meiner Kameraden habe ich in der kurzen Zeit verloren, über mir aber auch dann und wann die schützende Hand Gottes verspürt. Nur einen Fall möchte ich anführen: Es war in der Grabenstellung, von 10-12 Uhr hatte ich Posten zu stehen. Mein Postenkamerad und ich hatten ausgemacht, daß er die erste Stunde auf der Brustwehr steht, und ich ihn die zweite Stunde ablöse. Ich stand somit von 10-11 Uhr im Graben, wobei ich etwas Bewegungsfreiheit hatte, durfte aber keinesfalls meinen Kameraden aus dem Auge verlieren. Ich stand einige Meter entfernt vom Posten vor einem Unterstand und unterhielt mich mit den Kameraden, welche gerade in Ruhe lagen. Ganz überraschend setzte ein Feuerüberfall mit schwerer Artillerie (15cm) auf unserem Abschnitt ein. Plötzlich sah ich, wie sich mein Kamerad bückt, als wollte er einer Gefahr ausweichen. Im gleichen Augenblick liege ich auch schon im Stollen, vor dem ich gestanden habe. Von dem Luftdruck der krepierenden



Granate und dem Sturz in den Unterstand war ich zunächst betäubt. Als ich dann herauskam in den Graben, fand ich den Platz, auf dem der Posten gestanden hatte, vollständig eingeebnet. In der Aufregung hatte ich gehofft, mein Kamerad könnte sich noch gerettet haben, und lief den Graben entlang bis zur nächsten Kompanie, natürlich vergeblich. Wir durchwühlten nun den aufgeworfenen Boden und fanden den Verschütteten auf der Grabensohle, den Kopf wie mit einem Messer abgeschnitten vom Rumpfe getrennt. Vom Kopf fanden wir keine Spur mehr. Wäre ich in der ersten Stunde oben gestanden, so hätte eben mich das Los getroffen. Es gab manchmal Situationen, wo man sich wunderte, wie es möglich war, aus diesem Hexenkessel lebendig herauszukommen. Da wir über die Weihnachtsfeiertage in Stellung lagen, hatten wir schon einige Tage vorher eine bescheidene Weihnachtsfeier verbunden mit einem Gottesdienst, übrigens den einzigen, welchen ich an der Front erlebt habe. Da die Zeit sehr kurz bemessen war, so daß keine Möglichkeit zur Beichte blieb, erteilte uns der Feldgeistliche die Generalabsolution, worauf dann alle zur hl. Kommunion gingen. Die anschließende Feier war kurz und höchst einfach. Nach einigen Weihnachtsliedern gab es eine Portion Büchschinken sowie einen Becher Wein, und aus war das Fest. Für die Feiertage haben wir auf eine gewisse Waffenruhe gehofft, wurden hierin aber enttäuscht. Am hl. Abend schien die ganze Hölle los zu sein. Ich hatte das Pech, in dieser Nacht 4 Stunden, von 10-12 und von 2-4 in einer Sappe Posten zu stehen. Hier hatte man keine Begleitung, man war allein auf vorgeschobenem Posten. Schweren Herzens und in Ängsten habe ich meine 4 Stunden durchgestanden, denn gerade in den Sappen hatte es die meisten Opfer gekostet. Bei etwa 10 Meter Entfernung vom Feind kann man ja leicht Handgranaten werfen. Ich nahm jedoch an, daß mein Gegenüber auch gerne auf den Heldentod verzichtete und dies auch von mir erhoffte. In der Kaserne hatten wir zwar befehlsmäßig gesungen, daß der Tod im Felde der schönste Tod sei. Hier an der Front und später noch mehr im Lazarett habe ich die Erfahrung machen müssen, daß dies keinesfalls zutrifft, viel eher kann ich das Gegenteil behaupten. In den Lazaretten hatte ich während Monaten reichlich Gelegenheit, das Sterben von Kameraden studieren zu können. In keinem Fall konnte ich feststellen, daß der Anblick dieses Sterbens der manchmal bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten Menschen, die nach tage- oder gar wochenlangen Qualen und nicht minder schwerem Todeskampf – weil das junge Leben eben das Recht zum Leben geltend machte – endlich erlöst wurden, irgendetwas Erhebendes erkennen ließ.

Durch den schweren Beschuß mußten wir über die Feiertage ununterbrochen arbeiten, da die Stellung immer wieder zusammengeschoßen wurde. Hatten wir ein Stück notdürftig hergestellt, wurde ein anderes wieder demoliert. Auch war dringend notwendig, daß mehr und bessere Unterstände gebaut wurden; nur wenige der vorhandenen waren einigermaßen sicher, die meisten nur Notlösungen und daher vollständig ungenügend. Der Eingang dieser Notunterstände war etwa 60-70 cm hoch, sodaß man auf allen Vieren hineinkriechen mußte. Das Innere war so niedrig, daß man mit knapper Not sitzen konnte. Auf drei Seiten waren Nischen in die Wand getrieben, etwa 70 cm breit und 60 cm hoch. In diese Nischen mußten je 2 Mann rückwärts hineinkriechen. Diese waren so zusammengedrückt, daß sie sich nicht umdrehen konnten. Über dem Unterstand war eine Erdauffüllung von kaum einem Meter. Wenn man hineinkroch, wußte man nicht, ob man wieder lebend heraus kam, denn die schwächste Granate hätte sie durchschlagen. Die Schanzarbeiten gestalteten sich in dieser Gegend ziemlich schwierig, da man in einem halben Meter Tiefe schon auf Kreidefelsen stieß. Das Gestein ist zwar nicht sehr hart und läßt sich mit dem Pickel lösen, ist aber schwer zu Schaufeln.

Anfang April kam ich als typhusverdächtig in ein Lazarett nach Charleville. Die Ursache war vermutlich der Genuß von verseuchtem Trinkwasser. Es war uns zwar streng verboten, aus dem Bach oder aus Pfützen Wasser zu trinken, aber der Durst war manchmal groß, und es gab pro Tag nur  $\frac{1}{2}$  Kochgeschirr Kaffee zu trinken. Da ist man doch hin und wieder der Versuchung erlegen und hat das wohlgemeinte Verbot in den Wind geschlagen. Sobald einer von uns Brechdurchfall bekam, wurde er ins Lazarett abgeschoben.

Die Krankheit ist glücklicherweise harmlos verlaufen. Durch eine strenge Diät und einige Medikamente war ich nach etwa 3 Wochen wieder etwas auf dem Damm, sodaß man mich als Kaffeekoch beschäftigte. Zweimal täglich mußte ich für das Haus den Kaffee kochen, daneben hatte ich den Vorratsraum in Ordnung zu halten und den Schwestern in der Küche gröbere Arbeiten abzunehmen. Darüber hinaus hatte ich täglich mit zwei Mann in einer Meierei am entgegengesetzten Ende der Stadt die Milch für das Haus zu holen, wobei wir nicht vergessen haben, den Trinkbecher mitzunehmen, um uns mit genügend Milch zu versorgen. Das Kaffeekochen war gar keine einfache Sache. In einem großen Waschkessel sollte das Wasser kochend gemacht werden, was mir kaum einmal gelungen



ist. Schon um 5 Uhr in der Frühe wurde ich geweckt, um 7 Uhr hatte ich noch kein warmes Wasser. Manchmal wurde es 8 Uhr, bis ich einigermaßen heißes Wasser hatte. Es war daher kein Wunder, wenn es keinen guten Kaffee gab. Kaffeebohnen standen mir genügend zur Verfügung, diese bekam ich sackweise, und konnte auch manche Portion an bedürftige ältere Franzosen abgeben. Lorbeeren habe ich mir als Kaffeekoch keine geholt, dafür regnete es Reklamationen und Vorwürfe auf mein armes Haupt. Die Schuld an dem Mißgeschick lag jedoch nicht an mir, sondern am Fehlen jeglichen Brennmaterials. Nicht ein Span Holz stand mir zur Verfügung. Täglich war ich auf der Suche nach ein paar Splitter Holz damit ich anheizen konnte. Der Kohlenkeller war restlos leer, kein Stückchen Kohle war mehr zu finden. Was noch da war, war Kohlengrus oder besser gesagt Kohlenstaub. Ich bin zwar im Heizen nicht ungeschickt, aber dieses Zeug war einfach nicht zum Brennen zu bringen.

Nun tappte ich in der Küche in einen anderen Fettnapf. Ich sollte eine größere Masse Teig zu Schnee schlagen. In der Absicht, bei der Sr. Oberin wieder gutes Wetter zu machen, habe ich kräftig zugeschlagen. Von Schnee keine Spur, dafür aber schöne Butter. Nun war das Unglück voll. Schon damals mußte ich feststellen, wie die liebenswürdigen, so gutmütigen Schwestern angriffslustig werden können. Beinahe hätte ich die Butter mitsamt der Schüssel an den Kopf bekommen. Es versteht sich, daß ich nicht mit Handkuß aus der Küche herausgeflogen bin, sondern mit weniger empfehlenswerten Nachrufen. Trotz dieser Widrigkeit hätte ich es hier den Krieg über aushalten können, aber die Stunde des Abschieds hatte geschlagen, da halfen kein Fieber machen oder sonstige Experimente mehr. Der Chefarzt hatte mich durchschaut, hatte mich entlarvt, vielleicht hatte Sr. Oberin etwas nachgeholfen.

Zu meinem Bedauern kam ich nicht mehr zu meinem Regiment, sondern wurde dem Füselierregiment Nr. 40 zugeteilt, welches auf der Höhe 304 lag. Am frühen Morgen kam ich im Graben an und wurde einer Gruppe zugeteilt. Die Stellung war gut ausgebaut, wir hatten tiefe, massive Unterstände. Der unsere hatte etwa 15 Stufen und einen Notausgang, damit ein zweiter Ausweg offen blieb, wenn ein Ausgang verschüttet war. Der Durchbruch in den zweiten Ausgang war ein rundes Loch, gerade so groß, daß ein Mann durchkriechen konnte. In der Zeit von 8-10 bin ich Posten gestanden. Ich befand mich im Unterstand, hatte inzwischen etwas gegessen, stand neben dem Ausgang neben der Wand und unterhielt mich mit den gerade ruhenden Kameraden. Plötzlich setzte ein Minenüberfall ein

und zwar mit schweren Flügelminen. Der Boden bebte, das Krachen und Getöse war so stark, daß man sich selbst im Unterstand nicht mehr verständigen konnte. Die Sprengwirkung ist größer als die einer Granate, und die Verheerung ganz ungeheuer. Die Minen werden von der Grabenstellung aus mit Preßluft abgeschossen, sodaß man den Abschluß kaum hört. In der Luft kann man die Mine im Augenblick der Wendung ganz gut sehen und hat noch Zeit, soweit dies in vorderster Stellung überhaupt möglich ist, sich in nächster Nähe in Sicherheit oder doch in Deckung zu bringen.

Ein plötzlicher Blitz, ein Schlag, und mein Heimatschuß war perfekt, allerdings nicht so, wie ich ihn mir gewünscht hätte. Das Bewußtsein hatte ich verloren und konnte mich daher nicht erinnern, wie lange ich gelegen hatte. Das Jammern eines verwundeten Kameraden brachte mich etwas zu mir. Es war finstere Nacht, das Getöse hielt noch an, und wo ich meine Hand hintastete, stieß ich auf Holz und Steingeröll. Diese Feststellung trieb mir den Angstschweiß aus allen Poren. Das Gefühl, von der Außenwelt abgeschlossen, lebendig begraben zu sein, kann man nicht schildern; um das zu begreifen, muß man selbst so etwas erlebt haben. In der Champagne-offensive sind manche Unterstände verschüttet worden, wobei viele Kameraden auf diese Art begraben wurden. Es stellten sich jetzt die Schmerzen ein. Mein Leidenskamerad war verstummt und schlummerte vermutlich einem besseren Jenseits entgegen. Nun war ich mit meiner Not allein. In meiner verzweifelten Lage fing ich an, soweit dies mein Zustand zuließ, die heruntergefallenen Gesteinsmassen zu durchwühlen. Bald mußte ich feststellen, daß der Hauptaussgang vollständig verschüttet war. Nach mühsamen Suchen fand ich endlich den Notausgang, welchen ich leicht frei bekommen konnte. Keine geringe Anstrengung war es, sich durch das Loch durchzuzwängen. Nur die Todesangst und der Wille zum Leben hat mir die Kraft gegeben, aus dem Unterstand heraus zu kommen. Nun mußte ich noch die vielen Stufen erklettern. Mein linker Fuß war unverletzt, hingegen war der rechte Fuß von unten bis ins Kniegelenk derart versplittert, daß er nur noch mit dem Fleisch zusammen hielt. Beim Hinaufklettern blieb das verletzte Bein immer wieder an den Stufen hängen, was erhebliche Schmerzen verursachte. Ich brachte noch die Kraft auf, im Graben ein Stück weiter zu kriechen, um so aus der Feuerzone zu kommen, dann brach ich zusammen und war restlos erledigt. Ich stellte fest, daß Gesicht und Hals verbrannt, die Haare angesengt und das Augenlicht getrübt waren. Nicht lange hatte ich hier gelegen, dann kamen zwei Sanitäter, die vermutlich von den Kameraden,



welche bei mir im Unterstand waren, geschickt wurden, aber wegen des starken Minenfeuers nicht an den Unterstand herankommen konnten. Man hat den Fuß notdürftig verbunden. Nun mußte ich in den einige Hundert Meter zurückliegenden Sanitätsunterstand gebracht werden. Da im Graben eine Tragbahre wegen der Schulterehren nicht verwendet werden konnte, mußte ich einem der Sanitäter an den Hals hängen, während der andere die Füße hochhob. Im normalen Zustand wäre dies bestimmt nicht schwierig gewesen, aber ich war bereits ausgeblutet und hatte keine Kraft mehr, mich zu halten. Schon nach kurzer Wegstrecke bat ich die Sanitäter, mich abzulassen. Aber diese Herren waren nicht so zartfühlend, sie haben mich im Gegenteil ziemlich barsch angefahren und mir angedroht, mich meinem Schicksal zu überlassen. Ich mußte also durchhalten, und die Angst um das bißchen Leben hat mir dazu die Kraft gegeben. Ich muß allerdings zugeben, daß der Transport für die Sanitäter sehr anstrengend war, denn ich war schwer.

Nachdem der anwesende Arzt meinen Puls gefühlt und festgestellt hatte, daß mein Lebenslichtlein nur noch schwach flackerte, bekam ich eine Kampferspritze und eine Morphiumspritze gegen die Schmerzen, wurde verbunden und der Fuß in Schienen gelegt. Es wurde auch festgestellt, daß der ganze Rücken Splitter abbekommen hatte. Vom frühen Nachmittag bis in der Frühe des nächsten Tages war ich allein. Kein Mensch hat in dieser Zeit nach mir gesehen, niemand, der mir einen Tropfen Wasser gegeben oder nur ein Wort des Trostes für mich gehabt hätte. Die heftigsten Schmerzen verursachten mir die Brandwunden im Gesicht; hauptsächlich in den Augen war der Schmerz schier unerträglich. Ich hatte das Gefühl, als ob mir jemand glühenden Sand in die Augen streuen würde. Die Zeit im Sanitätsunterstand bleibt mir unvergeßlich. Nur wer selbst schon auf dem Schmerzenslager gelegen hat, weiß wie lange so eine Stunde sein kann. Endlich war es soweit, daß ich abtransportiert werden konnte. Eine kleine Rollbahn führte vom Unterstand bis an eine befahrbare Stelle. Ein ebenfalls verwundeter Kamerad wurde mit mir auf einen Rollwagen gebracht, und dann ging es in schnellem Tempo durch das Gelände. Da die Wagen ein starkes Geräusch verursachten, wurden wir bald von der feindlichen Artillerie unter Feuer genommen. Auf der rasenden Fahrt in dem unebenen Gelände wurden wir hin und her geworfen, was die Schmerzen noch erhöhte. Am Ende der Rollbahn wurden wir dann in einen Sanitätskrankenwagen umgeladen und fort ging es über Stock und Stein. An einer mir unbekanntem Bahnstation wurden wir in einen Zug

verladen. Im Verlaufe der Fahrt verlor ich das Bewußtsein. Später konnte ich mich nur noch dunkel erinnern, daß ich viel gesungen habe und den Kaiser hoch leben ließ. Nach Tagen kehrten meine Sinne wieder langsam zurück, ich lag in einem Lazarett in Vouzieres. Man hatte mit meinem Ableben gerechnet, aber meine Stunde hatte noch nicht geschlagen, meine kräftige Natur trug den Sieg davon. Durch die Schwäche und die Spritzen stand ich immer noch wie unter einem Schleier und konnte meine Lage nicht erfassen. Inzwischen hatte mir der Arzt mitgeteilt, daß er mir den Fuß abnehmen mußte. Ich habe davon Kenntnis genommen, als würde es mich gar nicht betreffen. So verging Tag um Tag, bis ich endlich klar zum Bewußtsein kam. Die größte Sorge waren meine Augen: werde ich das Augenlicht wieder voll erlangen? Der Arzt hatte mir Hoffnung gemacht. Im Gesicht bildeten sich nun Eiterbeulen, ich muß wenig empfehlenswert ausgesehen haben, gut, daß ich keinen Spiegel gehabt habe. Es kamen für mich nun schwere Tage durchzustehen. Ich war 20 Jahre alt, ein Mensch voller Ideale und Hoffnungen, nun mit einem Schlag jeder Hoffnung beraubt, ein Krüppel, die Zukunft ganz in Dunkel gehüllt. Wußte ich, ob ich mich einigermaßen erholen würde, mein Augenlicht erhalten bliebe? Was werden meine Eltern sagen, wenn ihr kraftstrotzender Sohn als Krüppel nach Hause kommt? Es waren sehr bittere Stunden, welche ganz allein ohne ein hoffnungverheißendes Trostwort von Freundesseite durchgestanden werden mußten. Ich muß gestehen, ich habe geweint. Ich darf aber auch sagen, daß ich mich bald wieder fassen konnte, daß ich den Mut gefunden habe, das Los, welches mir nun einmal zugefallen war, auf mich zu nehmen. Mein Gottvertrauen hat mir über manche Klippe hinweggeholfen. Ich sagte mir, der Herrgott hat es zugelassen, er wird es auch sein, der mir die Kraft gibt, es zu tragen. Zudem hatte ich noch Kameraden im Saal, welche noch schlimmer dran waren als ich. Trotzdem kamen die schweren, zweifelnden Stunden immer wieder auf. Nachdem ich wieder klar bei Bewußtsein war, wurden auch die Schmerzen fühlbarer. Ich war doch ordentlich hergenommen, die Augen, welche nicht wenig schmerzten, die Brandwunden an Gesicht und Hals, das zersplitterte Bein und nicht zuletzt der ganz mit Splitter und Splitterwunden bedeckte Rücken. Die Schmerzen waren manchmal schier unerträglich. Man bekam wohl Spritzen, aber diese hielten nur kurze Zeit an, und dann mußte man sehen, wie man mit den Schmerzen fertig würde. Lautes Jammern wurde nicht geduldet, denn alle Kameraden im Saal hatten ja gleiches zu erdulden, und so blieb nur eines, auf die Zähne beißen.



Gefürchtet waren die Tage, an denen verbunden wurde. Dabei kamen jedesmal die Schweißtropfen auf die Stirne. Schon das Lösen der Verbände, besonders zu Anfang, war sehr schmerzhaft. Bis dann die Wunden gereinigt und der Verband wieder angelegt war, hatte man manches auszuhalten, zumal das Militärpersonal nicht sehr zimperlich mit uns umging. Der Transport in den Verbandsraum war wegen der Rückenverletzung besonders schmerzhaft, wo man mich anfaßte, tat es mir weh. So wie meine Verwundung war, konnte ich mich auf einen längeren Lazarettaufenthalt einrichten. Im Saal, wo ich lag, befanden sich 18 Betten. Die Betten waren belegt mit nur Schwerst- und Schwerverwundeten, vorwiegend Bauchverletzten. Der Saal war immer voll belegt, manchmal wurden sogar noch Tragbahnen eingeschoben. Unser Pflegepersonal bestand aus einer Ordensschwester und einem schwächlichen, buckligen Helfer, ebenfalls aus einem Orden. Diesen beiden Personen waren wir anvertraut, sie allein hatten uns zu betreuen. Unser Arzt (es war nur ein Arzt im Haus) war ein seelenguter Mensch in vorgerücktem Alter. Er opferte sich ganz für die Verwundeten, war sehr tüchtig (Spezialist in Bauchschüssen), war aber weit überfordert. Unsere Pflegerin, im mittleren Alter, tüchtig, nicht ohne Mitgefühl für unsere Gebrechen, bei kleinen Vorkommnissen unsererseits, wie einem Tintenfleck auf dem Bettuch unbeherrscht, ja grob. Der Helfer, ein Ordensbruder, klein, mit einem starken Höcker, daher etwas gekrümmt, konnte nicht als volle Arbeitskraft angesehen werden, war aber sehr willig und jederzeit hilfsbereit. Wenn ich die Schwester getadelt habe, weil sie hin und wieder aus der Rolle gefallen ist, so möchte ich sie doch gleich wieder voll und ganz rehabilitieren. Diese Frau war weit über das Menschenmögliche überfordert. Man stelle sich vor: 18 Schwerverwundete, darunter Sterbende, von denen die meisten für sich allein eine Pflegerin nötig gehabt hätten! Wir waren doch viele verstümmelt und hilflos. Dem einen fehlten die Arme, dem anderen der Fuß oder beide Füße, dem nächsten war der Unterkiefer weggeschossen, sodaß die Zunge am Halse hing, und er mit einem Schlauch ernährt werden mußte. Wieder einer hatte dort wo die Nase war, ein großes Loch, oder einem fehlte eine ganze Gesichtshälfte usf. Neben mir lag ein Kamerad, der hatte am ganzen Körper, von Kopf bis zu Fuß eine Wunde neben der anderen. Eine Qual war es jedesmal für ihn, bis er verbunden war. Drei Wochen mußte der Arme bei vollem Verstand mitmachen, bis er erlöst war. Trotz der Schmerzen kam keine Klage aus seinem Mund. Die Bauchverletzten, welche meistens Bauchfellentzündung hinzu bekamen, waren sehr

unruhig und fielen öfters aus dem Bett. Es war dann nicht leicht, den Patienten wieder in das Bett zu bringen. Neben alledem mußte die Schwester mit Unterstützung des Bruders den Saal sauber halten und - was noch sehr belastend war- die anfallende Wäsche in einer Badewanne, welche in einer Ecke des Saales aufgestellt war, waschen. Freizeit gab es nicht, irgendeine Ablösung war nicht vorhanden. Wenn es möglich war, konnte die Schwester von 12-2 Pause machen. So ging es Tag für Tag, Werktag wie Sonntag, vom frühen Morgen 7 Uhr bis zum späten Abend frühestens 8 Uhr. Diese Überbelastung, auch die seelische (so viel Elend mußte auch die kälteste Natur zermürben), mußte früher oder später zum totalen Zusammenbruch führen. Ich möchte daher diese kleinen, im Grunde so nebensächlichen Entgleisungen unserer sonst so guten, sich für uns so liebevoll opfernden Schwester, welche jeden von uns pflegte, so gut es in ihrer Lage eben möglich war, als Verzweiflungsausbrüche werten, weil sie der Arbeit einfach nicht nachkommen konnte, wie es notwendig gewesen wäre, insbesondere, daß sie uns seelisch nicht beistehen konnte. Die Sterbenden hatten es besonders schwer, die Schwester konnte nicht bei ihnen bleiben, denn sie wurde in allen Ecken und Enden gebraucht, vielleicht reichte es zu einem kurzen Gebet. Manchmal habe ich gedacht, es ist gut, daß die Angehörigen in der Heimat nicht wußten, wie verlassen ihr Sohn und Bruder in der Ferne sterben mußte.

In unserer sicher nicht beneidenswerten Lage hatten wir sehr unter nächtlichen Fliegerangriffen zu leiden. In der Stadt lag ein Generalkommando und außerdem sehr viel Militär. Jeweils um 11 oder 12 Uhr begann das Bombardement. Die explodierenden Bomben und die Abschüsse der Abwehrgeschütze verursachten einen ungeheuren Lärm. Wer einigermaßen gehen oder kriechen konnte, flüchtete in den Keller. Nur aus unserem Saal konnte niemand fliehen.

Wir waren dem Schicksal ausgeliefert. Wenn die Bomben in nächster Nähe fielen, haben wir das Kopfkissen über das Gesicht gezogen und auf das Ende, auf unser Ende, gewartet. So vergingen - wenn auch nur langsam - Tage und Wochen, jeder Tag seine besondere Sorge, seinen besonderen Schmerz. Im Lazarett sah man doch weit mehr als an der Front die furchtbaren Auswirkungen des Krieges. Auch hier mußten schwere Kämpfe ausgetragen werden. Unser Arzt gab sich alle erdenkliche Mühe, das abflackernde Lebenslichtlein wieder zum Brennen zu bringen. Wie schon erwähnt, war er Spezialist bei Bauchverletzungen. Er soll sich die Kenntnisse in einem Krieg, vielleicht im Orient, erworben haben. Dieserhalb bekam er alle Bauch-



schüsse der Umgebung zugewiesen. Jeder eingelieferte Verwundete wurde, wenn notwendig, sofort operiert, auch wenn der Fall noch so hoffnungslos war, und das bei jeder Tages- oder Nachtzeit. Manchem Kameraden hat er dadurch das Leben gerettet. Viele dieser Armen mußten jedoch sterben. In den meisten Fällen kam Bauchfellentzündung hinzu, damit wurde der Fall ziemlich hoffnungslos, weil die Verwundeten in Unruhe verfielen. Unbedingte Ruhe war aber Vorbedingung für die Genesung. Manchmal mußten sie an Händen und Füßen festgebunden werden.

Wegen meiner Rückenverletzung hatte man mir ein Wasserbett beschafft. Es ist dies ein Sack aus Leder oder Gummi, etwa 80 cm lang und vielleicht 70 cm breit. Dieser Sack oder Beutel wird mit Wasser gefüllt und ins Bett gelegt, worauf man dann zu liegen kommt. Wenn der Sack richtig gefüllt ist, kommt man nicht auf den Sackboden zu liegen, sondern schwebte frei im Wasser. Dies war für mich eine unsagbare Wohltat. Ich kann mir nicht vorstellen, wie ich es auf dem harten Lager ausgehalten hätte, sicher wäre es eine zusätzliche Qual gewesen, da ich für Wochen und Monate gezwungen war, unbeweglich auf dem Rücken zu liegen. Bei der Amputation hatte man mir den Fuß lediglich abgeschnitten, den Stumpf aber nicht überzogen, da dies nicht möglich war, weil das Fleisch samt Haut verfetzt war. Dazwischen möchte ich eine Erwähnung machen: Man hätte mir 3 Amputationen, mehrere Operationen und damit viele Schmerzen und jahrelange Beschwerden ersparen können, wenn man mir das Bein gleich bei der ersten Amputation kurz über dem Knie abgenommen hätte. Es wäre dann möglich gewesen, den Stumpf gleich fertig zu machen, d.h. Muskel und Haut darüber zu ziehen. Der Heilungsprozeß wäre im gesunden Fleisch auch viel rascher vor sich gegangen, denn der Oberschenkel war mit Ausnahme einer Splitterwunde am oberen Rande unverletzt. Ich kann dem Arzt jedoch keine Vorwürfe machen, denn er hatte eine gute Absicht, er wollte mir den Unterschenkel möglichst erhalten. Er wußte aus Erfahrung, daß man mit dem Unterschenkel sehr viel sicherer und mit weniger Beschwerden gehen kann.

Nach einiger Zeit zeigte sich, daß sich das Fleisch am amputierten Stumpf zurückzog, sodaß der Knochen einige cm herausragte. Nun begann eine neue Quälerei, ich bekam einen Streckverband. Am amputierten Stumpf wurden starke Heftpflasterbänder festgeklebt, daran eine Schnur befestigt, welche durch eine Rolle über den Betttrand lief. An dieser Schnur waren Gewichte in Form von Sandsäcken festgemacht. Anfangs waren es etwa 4 Pfund, später wurden sie auf 6

und 8 Pfund erhöht. Die ganze Sache war höchst unangenehm, denn das Gewicht zog mich immer herunter und war auch mit Schmerzen verbunden. Ich hatte das große Verlangen, mich auf die Seite legen zu können, die Wunden am Rücken wären dann vermutlich schneller verheilt. Es war dies schon eine Buße für sich, viele Wochen hindurch fast unbeweglich auf dem Rücken liegen zu müssen. Nach 3-4 Wochen stellte sich heraus, daß der Streckverband seine Wirkung verfehlt hatte: der Knochen stand nach wie vor heraus. Es gab also nur eine Möglichkeit, die Nachamputation. Die Operation stellte man zunächst zurück, vielleicht wollte man abwarten, bis meine übrigen Wunden etwas verheilt waren, und ich etwas kräftiger geworden war.

Die Verpflegung kann ich keinesfalls als gut bezeichnen. Man hätte annehmen müssen, daß den Schwerkranken leichte Kost gegeben würde, das war aber nicht der Fall. Wir bekamen das schwere Kommißbrot wie jeder gesunde Soldat, für den Mittag und Abend ebenfalls schwer verdauliche Speisen, wie Hülsenfrüchte, ja sogar Sojabohnen. Eine Ausnahme gab es nur bei den Bauchverletzten. So gingen die Tage dahin trotz mancherlei Beschwerden. Man hatte hier auch viel Zeit zum Meditieren, es waren dies ernste Themen, Fragen über Leben und Tod. Man hatte Gelegenheit, manchen jungen Menschen sterben zu sehen. Der eine durfte sanft, ohne jeden Kampf, hinüberschlummern, der andere hatte oft tagelang zu kämpfen. Als ich ins Lazarett kam, hatten wir einen Verwundeten im Saal, welcher aufstehen konnte, es war ein starker Mann, ein Hannoveraner. Er half der Schwester, wo er konnte und hat uns manche Erleichterung gebracht. Eines Tages bekam er Kopfschmerzen und mußte sich ins Bett legen. Sein Zustand verschlimmerte sich zusehends, es ging dem Ende entgegen. Drei Tage kämpfte er mit dem Tode, es war ein Kampf, kaum anzusehen, immer wieder wurde er vom Lager hochgeworfen, bis endlich die Erlösung kam. Nachträglich haben wir von der Schwester erfahren, daß man wußte, daß er sterben müsse, er hatte einen großen Splitter im Hirn, welcher operativ nicht entfernt werden konnte. Wenn man ein solches qualvolles Sterben mit ansehen musste, gab man sich mit seinem eigenen Los zufrieden.

Eines Tages, es war um die Mittagszeit, ging die Tür auf, und ein Sanitäter fragte, wer hier transportfähig sei. Alle ohne Ausnahme riefen hier. Es ging nämlich ein Lazarettzug in die Heimat; ein für den Transport vorgesehener Verwundeter hatte plötzlich hohes Fieber bekommen und durfte nicht fahren. Ich hatte das große Glück, an der Türe zu liegen und bekam die Fahrkarte angehängt. Es gab



zwar Schwierigkeiten, weil ich noch nicht transportfähig war, aber auf mein inständiges Bitten hin wurde meinem Wunsche entsprochen. In aller Eile wurden meine Papiere fertig gemacht, und in ganz kurzer Zeit war ich startbereit. Meine Sachen waren bald gepackt, ich nannte nichts mein Eigentum, alles hatte ich im Unterstand verloren.

Der Abschied war für mich ein freudiger, doch mit etwas Wehmut vermischt, weil ich wußte, daß sich die zurückbleibenden Kameraden ebenso sehr nach der Heimat sehnten und mich dieserhalb beneideten. Im Krankenwagen wurde ich zum Lazarettzug gefahren. Es war ein sächsischer Zug (sächs. Personal), freundlich und sauber, schön eingerichtet mit guten Betten, das Personal freundlich und hilfsbereit. Aus dem sehr primitiven, notdürftig eingerichteten Lazarett kamen wir in eine neue Welt. Ich kam an ein Fenster zu liegen und konnte die Landschaft schön übersehen, ohne mich von der Stelle zu bewegen. War das ein herrliches Gefühl, nach langen Wochen wieder ein Stück Himmel und die grüne Landschaft zu sehen, dazu dem zermürbenden Trommelfeuer der nächtlichen Fliegerangriffe entronnen zu sein!!

Die angenehmste Überraschung war aber die gute Pflege, die sauberen Betten, nicht zuletzt die vorzügliche Verpflegung. Die erste Mahlzeit war eine Nudelsuppe und echtes Weißbrot. Das Essen war gut zubereitet und reichlich. Drei Tage dauerte die Reise. Immer wieder gab es Aufenthalte, manchmal standen wir für mehrere Stunden auf einem Abstellgleis. Unsere Endstation war Würzburg. Die Fahrt war anstrengend und auch mit erhöhten Schmerzen verbunden, aber wir nahmen dies gerne in Kauf.

Auf Pritschenwagen wurden wir in das Lazarett überführt. Es war dies eine große Schule. 1.500 Verwundete, in der Mehrzahl Amputierte, sollen hier untergebracht worden sein. Ein großer Raum, ich vermute es war die Turnhalle, war als Verbandsraum eingerichtet. In der Mitte stand eine Anzahl Verbandstische, und an den Wänden Stühle für Verwundete, die gehen konnten. Hier war ein regelrechter Schlachthausbetrieb, da bekam man schreckliche Verwundungen zu sehen.

Gleich in den ersten Tagen wurde ich amputiert. Schließlich gingen auch hier Wochen der Schmerzen vorüber, und eines Tages konnte ich das Bett verlassen. Bald war ich soweit, daß ich mich in ein Heimatlazarett versetzen lassen konnte. Ich meldete mich nach Lahr, was mir auch genehmigt worden ist. Allein in einem Schnellzugabteil 1. Klasse, in Begleitung eines Sanitäters, durch das schöne Ne-

ckartal der Heimat entgegen. War das ein herrliches Gefühl! In Lahr blieb ich einige Wochen, bis das Bein soweit geheilt war, daß ich keine ärztliche Behandlung mehr benötigte.

In Lahr hatte ich den ersten und letzten Besuch während meiner ganzen Lazarettzeit. Ich bekam den Besuch von Vater und Mutter. Sie getrauten sich allerdings nicht, ins Lazarett zu kommen, sie warteten bei Frau Gluitz auf mich. Die Wiedersehensfreude war, wie nicht anders zu erwarten war wegen meines jetzigen Zustandes auf beiden Seiten etwas getrübt. Wieder nach einigen Wochen kam ich zur gänzlichen Erholung in das Reservelazarett nach Herbolzheim. Hier erlebte ich eine schöne Zeit. Es war im Spätherbst 1916. Als einziger Verwundeter – die anderen Kameraden waren alle krank – wurde ich von der Bevölkerung richtig verwöhnt, ich bekam so viele Einladungen zu Hausbesuchen, daß ich ihnen bei weitem nicht nachkommen konnte. Ich hatte viel freie Zeit, konnte den ganzen Tag ausgehen, so besuchte ich auch die verschiedenen Zigarrenfabriken. Hier bekam ich jedesmal so viele Zigarren, daß meine sämtlichen Taschen, selbst das umgestülpte Hosenbein bis oben gefüllt waren. Auch die Verpflegung war fürstlich. Die schönen Tage gingen rasch vorbei. Die weitere Reise ging nach Freiburg, wo ich von der Fa. Fischer eine Prothese angefertigt bekam. Auch hier hatte ich noch einige schöne Wochen verbringen dürfen. Zu meiner Entlassung mußte ich noch einige Zeit zu meinem Regiment nach Rastatt. Am 1. April 1917 wurde ich dann aus dem Heeresdienst entlassen.

## Nachtrag

Mit meinem amputierten Stumpf hatte ich leider einiges Pech. Auch bei der Operation in Würzburg hatte man den Fehler begangen, daß man den Stumpf 10 cm unter dem Knie abgenommen hatte. Die Absicht war sicher gut, man wollte ein Stück Unterschenkel erhalten. Die Gehsicherheit ist in diesem Falle weit größer als beim Oberschenkelstumpf. Wie schon erwähnt hatte ich im Kniegelenk große Splitterwunden. Während des Heilprozesses legte sich das Knie um und wurde steif. Man glaubte zwar, durch Behandlung könnte das Gelenk wieder beweglich werden, was aber leider nicht der Fall war. Ich mußte also auf dem umgelegten Knie laufen. Das Stumpfende schaute hinten an der Prothese heraus. Der Zustand war von Anfang an wegen dauernden Beschwerden unbefriedigend. Das Stumpfende war sehr empfindlich, und es ließ sich nicht vermeiden, daß man es immer wieder anstieß. Dann hatte ich laufend mit Schleimbeuteln



zu tun, ich mußte dieserhalb mehrmals operiert werden. Im Jahre 1920 stellte ich Antrag auf Nachamputation. Die Operation wurde genehmigt und auch durchgeführt. Der Stumpf wurde oberhalb des Kniegelenkes abgenommen, und die Kniescheibe auf den Stumpf aufgelegt. Diese Art der Operation wurde für gut befunden und öfters durchgeführt. Leider mußte ich auch jetzt bald feststellen, daß sich die erhofften Erwartungen nicht erfüllten. Am hinteren Rande des Stumpfes hatte ich dauernd mit Entzündungen zu kämpfen, was wiederum kleinere Operationen notwendig machte. Jedesmal, wenn ich wegen Verbesserungen am Kunstbein zum Orthopäden kam, erklärte er mir, mein Stumpf taue nichts, ich müßte mich nachamputieren lassen.

Im Jahre 1940 stellte ich an das Versorgungsamt einen diesbezüglichen Antrag. Nach einer Untersuchung in der orthopädischen Klinik in Freiburg wurde der Antrag jedoch abgelehnt. 1941 stellte ich den Antrag mit entsprechender Begründung nochmals, wobei ich die Äußerungen des Werkmeisters der Fa. Fischer vorbrachte, diesmal mit Erfolg. Ich wurde zur Operation in die Klinik einbestellt. Nach kurzer Untersuchung wurde der Operationstag festgelegt. Am genannten Tag bekam ich meine Beruhigungsspritze, wurde abgeholt und im Vorbereitungsraum fertig gemacht. Im OP. gab es eine kurze Besprechung unter den Ärzten, dann wurde ich wieder zurück in mein Bett gebracht. Nach kurzer Zeit erschienen einige Ärzte und der Werkmeister der Fa. Fischer (Gremmelsbacher) an meinem Bett. Gremmelsbacher erklärte den Herren ausführlich, weshalb und wo der Fuß abgenommen werden mußte. Am nächsten Tag wurde ich operiert. Seit dieser Zeit sind meine früheren Beschwerden verschwunden.

Während meines Klinikaufenthaltes hatte ich einmal Gelegenheit ein Röntgenbild von dem Stumpf vor der Operation zu sehen. Nun wunderte ich mich nicht mehr, wo die laufenden Beschwerden her kamen. Die dünne Scheibe stand hinten mindestens einen cm vor. Wenn ich beim Gehen den Kunstfuß vorgestellt habe, muß ich das (Gelenk mit dem Stumpf gleichzeitig zurückdrücken, damit ich nicht mit dem Knie einsinke und zu Fall komme. Dies gibt jedesmal ein Schlag und dieser Schlag mußte der schmale Rand der Kniescheibe auffangen. Also daher kamen die unausgesetzten Beschwerden viele Jahre hindurch.

Zwischenzeitlich sind fast alle derartigen Operationen rückgängig gemacht, bzw. durch Amputation die Scheibe entfernt worden.

# Kurioses aus der Zeit des Ersten Weltkrieges ✓

Von Ralf Bernd Herden

Für die Generationen derjenigen Deutschen, die nach Ende des II. Weltkrieges geboren sind, sind die Schrecken, Ängste und Sorgen der Weltkriege unvorstellbar. Bei denjenigen, die den II. Weltkrieg noch erleiden mussten, dominiert verständlicherweise diese Erinnerung. Erinnerungen, welche allerdings anders sind als jene Erfahrungen, welche die Opfer des I. Weltkrieges gemacht haben. Manche der Denk- und Merkwürdigkeiten des I. Weltkrieges muten uns heute – mehr als eigenartig, oft geradezu kurios an.

## Provisorisches Gesetz ohne Parlament

Die Ernährungslage war mehr als katastrophal, wohl mindestens so schlimm wie bei den Missernten 1816/17 und 1846/47. Die am 19. Februar 1915 eingeführte Brotkarte war dafür nur ein äußeres Indiz.<sup>1</sup> Großherzog Friedrich II. erließ am 1. März 1915 ein (provisorisches) Gesetz „Die Entziehung der Nutzung von Grundstücken zur Anpflanzung von Nahrungs- oder Futtermitteln betreffend“.<sup>2</sup> Zur Nahrungserzeugung konnte Eigentümern ein Grundstück entschädigungslos nutzungsentzogen werden. Hauptsache war die Nahrungserzeugung. Der Großherzog erließ das Gesetz gem. § 66 S. 2 der damals (noch oder wieder) geltenden, badischen Verfassung von 1818<sup>3</sup> als „durch das Staatswohl dringend gebotene Verordnung, deren vorübergehender Zweck durch jede Verzögerung vereitelt würde.“

Also ohne parlamentarische Mitwirkung des Landtages. Die Errungenschaften von 1848 waren vor langem von den nunmehr verbündeten Preußen niederfüsilirt worden. In der schwierigen Lage legte wohl auch damals niemand Wert darauf, zusätzlich in die politische Verantwortung treten zu müssen. „Im Westen nichts Neues“, um es mit Erich Maria Remarque zu sagen.

## Friedhofsgemüse und Kleingärten

Im April 1915 wurden auch die letzten Flächenreserven mobilisiert: „Im neuen Friedhof wird zur Gemüse-, Kartoffel- oder Getreidepflanzung für dieses Jahr unentgeltlich Gelände abgegeben. Liebhaber wollen sich beim

<sup>1</sup> WK I: KRB S. 212

<sup>2</sup> Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden 1915, S. 45 f.

<sup>3</sup> In der Fassung der Neubekanntmachung vom 26. August 1904, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden 1904, S. 374 f.



Friedhofverwalter Egri melden, der das Gelände, das sich zum Bepflanzen mit Kartoffeln besonders eignet, zur Auswahl geeigneter Abschnitte vorzeigen wird. Unter Umständen kann alsdann das Feld vom nächsten Jahre ab auf längere Zeit gegen entsprechenden Zins in Pacht behalten werden.“<sup>4</sup> Diese Teile des 1905 erbauten Friedhofes waren selbstverständlich noch nicht mit Grabstätten belegt.

Die Ernährungslage in Deutschland blieb lange Zeit mehr als katastrophal, was auch die 1919 erlassene „Kleingarten und Kleingrundpachtordnung“<sup>5</sup> beweist: Die Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung hielt nach dem I. Weltkrieg den Bereich des Kleingartenwesens für so bedeutungsvoll, dass man die o.g. Vorschrift 1919 noch vor dem Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung<sup>6</sup> in einem laufenden Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen hat. Später ist diese Rechtsgrundlage ausdrücklich mehrfach bestätigt worden,<sup>7</sup> – nicht aus Liebe zu den Kleingärtnern, sondern wiederum aus blanker Not während des II. Weltkriegs.

### Jugendwehr übt Judica

Im ganzen, deutschen Kaiserreich wurden während des I. Weltkrieges Jugendwehren eingerichtet. Die Idee war bereits in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden, durchaus strittig – aber bei Kaiser Wilhelm II. eben gerade nicht unbeliebt. Er wollte eine Bewegung ähnlich jener der „Boy-Scouts“ in England gründen. Pfadfinder als paramilitärische Vorbildung. Es war sogar ein Jugendwehrgesetz geplant, man wollte also eine Art „Kaiserlicher Staatsjugend“ gründen – eine vorweggenommene „Hitler-Jugend“ oder „FDJ“? Sicherlich hätte sich Wilhelm II. diesen Vergleich trotz allem nicht zu Unrecht verboten.

Der Andrang zur Jugendwehr war recht unterschiedlich. In Lahr benutzte man die Übungen der Jugendwehr des Bezirks auch zu politischen Zwecken: Am Sonntag Judica, dem traditionellen Konfirmationssonntag, wurden die Jugendwehren des Bezirks Lahr zu einer gemeinsamen Übung auf den Langenhard befohlen. Sammeln

<sup>4</sup> LZ vom 19. April 1915

<sup>5</sup> Gesetz der verfassungsgebenden, deutschen Nationalversammlung mit Zustimmung des Staatenausschusses vom 31.7.1919, RGBl. 1919 Nr. 150 S. 249, ausgegeben zu Berlin am 11.

August 1919.

<sup>6</sup> Vom 11. August 1919

<sup>7</sup> Verordnung über den Kündigungsschutz von Kleingärten, vom 27.9.1939, RGBl. 1939, S. 1966; Verordnung über den Kündigungsschutz und andere,

kleingartenrechtliche Vorschriften vom 23. Mai 1942, RGBl. 1942, S. 343; Verordnung über Kündigungsschutz und andere, kleingartenrechtliche Vorschriften in der Fassung vom 15. Dezember 1944, RGBl. 1944, S.347.



Mit solchen Postkarten – hier die Nr. 5: Schützengraben – wurde Werbung für die Jugendwehr gemacht.

war um halb zwei auf dem Lahrer Bahnhofsvorplatz, Abmarsch zum Langenhard um zwei, Übungsbeginn um drei.

Originalton der Ankündigung: „Wir glauben, dass die Konfirmation für Führer und Jungmänner kaum ein Abhaltungsgrund sein wird, da ja doch, dem Ernst der Zeit entsprechend, größere Familienfeiern nicht abgehalten werden können und dürfen, die Jugendwehr jedoch eine aus der großen Zeit geborene Einrichtung darstellt, die uns tüchtig machen soll, unserem bedrohten Vaterlande uns zur Verfügung zu stellen, wenn es uns rufen sollte. Wir erwarten also möglichst vollzähliges Antreten der Kompanien.“<sup>8</sup> Die Berichterstattung über die Übung vor den Spitzen der Militärs und der Zivilbehörden war voll des Lobes – ob den durch Marsch und Übung sicher hungrig gewordenen rund 500 Jungmännern aber Zehrung gewährt worden ist, wurde nirgends erwähnt.

<sup>8</sup> Lahrer Zeitung vom 19. März 1915

<sup>9</sup> HAASE, insbesondere S. 17, aber auch S. 91

## Seidenwäsche und Taschenfilter

Die Bevölkerung wollte wenigstens versuchen, den Angehörigen in der Ferne etwas Gutes zu tun. Soldaten sandten, wenn irgend möglich, Feldpostpäckchen mit Spezialitäten der Küche oder des Kunsthandwerks aus Feindesland. Solange dies zu bekommen war. Von der Heimat an die Front kamen praktische Dinge auf den Weg (sofern man es sich leisten konnte): Beispielsweise Seidenunterwäsche für den Herren (nicht weil schön, sondern zumindest teilweise laussicher)<sup>9</sup> oder sogenannte „Feldfilter“ zum Reinigen des Trinkwassers. Zu Recht jedoch warnte schon damals die „Lahrer Zeitung“: „... Feldfilter werden oft als geeignete Gegenstände zum Nachsenden an Heeresangehörige im Felde angepriesen. Mit ihrer Hilfe kann sich angeblich jeder Soldat sein Trinkwasser frei von Krankheitserregern und sonstigen, schädlichen Stoffen machen. Vor dem Ankauf solcher Filter muss jedoch gewarnt werden, denn



sie leisten nicht das, was an ihnen gerühmt wird. Die KleinfILTER vermögen zwar trübes Wasser zu klären, sie sind aber nicht imstande, krankmachende Bakterien oder Stoffe, wie sie häufig im verschmutzten Wasser sich vorfinden, mit Sicherheit abzufangen. [...] Taschenfilter wiegen somit ihre Besitzer in eine falsche Sicherheit und verführen sie zur Leichtfertigkeit im Wassertrinken. Abgekochtes Wasser ist solchem, das durch Taschenfilter gegangen ist, unbedingt vorzuziehen.“<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Lehrer Zeitung vom 25. Februar 1915

<sup>11</sup> Lehrer Zeitung vom 26. April 1915

<sup>12</sup> Lehrer Zeitung vom 21. April 1915

<sup>13</sup> WK I: KRB S. 228

<sup>14</sup> WK I: KRB S. 228

<sup>15</sup> WK I: KRB S. 248

<sup>16</sup> HERDEN (1989), S. 84

<sup>17</sup> HUGGLE, S. 73.

<sup>18</sup> HERDEN (2005), S. 114

## Bomben contra Hunger

Bereits am 22. April hatte man in Lahr die Bevölkerung ermahnt: „Wir bringen nochmals unter eindringlicher Warnung zur öffentlichen Kenntnis, daß beim Hören von Kanonenschüssen beim Herannahen eines Flugzeuges die Einwohner in Deckung (Häuser, Keller usw.) sich begeben sollen. Strenge Mahnung an die Kinder seitens des Elternhauses ist notwendig.“<sup>11</sup> Die Warnung war wohl notwendig, wollten doch bei einem Luftangriff auf Kandern am 20. April 1915 die auf dem Wochenmarkt befindlichen Frauen nicht einmal der „Einladung der Polizei Folge leisten“, sich in die Keller der benachbarten Häuser zu begeben.<sup>12</sup> Die Befürchtung, für die Kinder nichts Essbares ergattern zu können, muss größer noch als die Angst vor feindlichen Fliegern gewesen sein.

Straßburg und Rottweil wurden am 16. April 1915 Opfer feindlicher Luftangriffe. Durch Bombenabwürfe eines französischen Luftschiffes wurden in Straßburg Zivilisten verletzt,<sup>13</sup> in Rottweil war die Pulverfabrik Angriffsziel eines französischen Fliegers.<sup>14</sup> Ludwigshafen war am 27. Mai 1915 Ziel eines Angriffs von 18 feindlichen Fliegern, das Führungsflugzeug des Angriffs wurde zur Landung gezwungen, der Kommandant gefangen genommen.<sup>15</sup>

Lahr selbst wurde im September 1917 erstmals von feindlichen Fliegern angegriffen.<sup>16</sup> Weitere Angriffe erfolgten im Dezember 1917, im Januar und Juli 1918. Die Luftangriffe auf Lahr forderten im ersten Weltkrieg drei Todesopfer.<sup>17</sup> Im II. Weltkrieg sollte die Zahl der Opfer bekanntermaßen bedeutend höher werden.

## Krieg macht erfinderisch

Der Luftkrieg hatte die Menschen überrollt. Der erste Luftangriff war aber bekanntlich bereits auf Venedig erfolgt.<sup>18</sup> Im Jahre 1849 hatten österreichische Ballonflieger Brandbomben auf die Stadt abgeworfen. Die beiden preußischen „Ballon-Detachements“ bei der Belagerung Straßburgs 1870 hatten nur als „Recognoszierungsmitel“

eingesetzt werden sollen.<sup>19</sup> Die Völkerschlacht von Leipzig (1813)<sup>20</sup> und die Schlacht von Waterloo – Belle Alliance (1815)<sup>21</sup> sahen die ersten Einsätze des britischen „Royal Rocket Corps“, und den Flammenwerfer erfand – ein deutscher Feuerwehrkommandant: Major Reddemann, Branddirektor u.a. in Posen und Leipzig.<sup>22</sup> Im Erfinden von Scheußlichkeiten ist der Mensch nicht zu übertreffen...

<sup>19</sup> HERDEN (2006), S. 121

<sup>20</sup> PLATTHAUS, S. 284

<sup>21</sup> SIBORNE, S. 32

<sup>22</sup> HERDEN (2005), S. 182 ff.

## Literatur

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden, zitiert nach Jahrgang und Seite.

Albrecht HAASE, Beiträge zu einer Biologie der Kleiderlaus. Nr. 1 der Flugschriften der Deutschen Gesellschaft für angewandte Entomologie, Berlin 1915. Zitiert: HAASE

Ralf Bernd HERDEN, 125 Jahre Volksbank Lahr. Herausgegeben von der Volksbank-Raiffeisenbank Lahr. Lahr 1989. Zitiert: HERDEN (1989)

Ralf Bernd HERDEN, Roter Hahn und Rotes Kreuz. Chronik der Geschichte des Feuerlösch- und Rettungswesens. Band 2004/2 der Diskussionspapiere der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl am Rhein. BoD Norderstedt 2005. Zitiert: HERDEN (2005)

Ralf Bernd HERDEN, Straßburg Belagerung 1870. Europas Hauptstadt und das Elsass im Spannungsfeld der deutsch-französischen Auseinandersetzungen. Band 2006/17 der Diskussionspapiere der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl am Rhein. BoD Norderstedt 2006. Zitiert: HERDEN (2006)

Ursula HUGGLE, Alltag in Lahr von 1900 bis 1950. In: Geschichte der Stadt Lahr Bd. 3: Im 20. Jahrhundert. Hg. von der Stadt Lahr, Lahr 1993, S. 67-106

Lahrer Zeitung (LZ), verschiedene Ausgaben, zitiert jeweils mit dem Erscheinungsdatum

Andreas PLATTHAUS, 1815 – Die Völkerschlacht und das Ende der alten Welt. Berlin 2013. Zitiert: PLATTHAUS

Reichsgesetzblatt, zitiert jeweils nach Jahrgang und Seite

William SIBORNE, Geschichte des Krieges in Frankreich und Belgien im Jahre 1815 mit einer genauen Darstellung der Schlachten von Quatre-Bras, Ligny, Wavre und Waterloo, Band II. Ins Deutsche übersetzt von E. Siber. Verlag E.S. Mittler, Berlin, Posen und Bromberg 1846. Zitiert: SIBORNE

Weltkrieg – Kriegs-Ruhmesblätter. Herausgegeben vom Hilfsverein Deutscher Frauen, Preußisches Herrenhaus, Berlin W 66, 1914 (Nr. 1) bis 1918 (Nr. 224), zitiert: WK I: KRB



# Ordnung muss sein ✓

*Eine Kalendergeschichte von Thomas Keilhack*

Arnold (nennen wir diesen Menschen mal so) stammte aus der Lahrer Geroldsecker Vorstadt. Im Oberstübchen nicht ganz der Hellste, trug er gut trainierte Muskelpakete auf seinen groben Knochen herum, und wenn einer, der dumm genug war, sich über den Klumpfuß vom Arnold lustig zu machen, dann bekam er vom wütenden Arnold was hinter die Ohren. Arnold war berüchtigt für seine Wirtshausschlägereien in der Lahrer Altstadt, aber ebenso legendär waren seine Anfälle von Gutmütigkeit; er liebte es, in den Straßen an verschreckte Kinder seine „Gutsele“ zu verteilen, und nur zu oft ließ er sich überreden, von seinem knappen Geld teure Lokalrunden für seine feixenden Kumpels zu bezahlen.

Seine innere Unruhe trieb ihn von einem Job zum anderen. Oft trieb man auf den Baustellen oder Lagerhallen üble Späße mit ihm, die er mit seiner Schlagkraft vergelten musste, weil er sich nicht anders wehren konnte. Später zog er mit wechselnden Schaustellern durch unser Land, montierte Achterbahnen und Kinderkarussells, gehetzt von seinem Unglücklichsein, verfolgt von seinen Ängsten. Einmal handelte er sich eine Verurteilung wegen Körperverletzung ein, aber der milde gestimmte Richter ließ es bei einer kleinen Bewährungsstrafe bewenden. Außer den Ausnüchterungszellen der Polizei sah Arnold nie eine Gefängniszelle von innen.

Schließlich fand eine mitleidige Seele eine Arbeit für ihn in den Katakomben des alten Lahrer Krankenhauses. Ich erinnere mich noch gut, wie ich dem Arnold einige Male in den schlecht beleuchteten Kellergängen begegnet war. In die Jahre gekommen und korpulent, hinkte er trotzdem affenartig schnell durch die verwinkelten Gänge wie das Phantom in der Pariser Oper, und manchmal schleppte er schnaufend einen Wäschesack oder merkwürdige Behälter auf dem krummen Rücken, was sein Erscheinungsbild nur noch seltsamer werden ließ. Obwohl man mir versichert hatte, dass der Arnold durch und durch harmlos sei – sofern man ihn nicht durch eine von ihm als Ungerechtigkeit empfundene Sache reizte – war ich damals doch erleichtert, wenn er um die nächste Ecke verschwunden war, seine langen Arme schlenkernd, mich nicht weiter beachtend.

Denn mit Arnold war eine Verwandlung vor sich gegangen. Aus dem ruhelosen, in seinen chaotischen Verhältnissen verlorenen Menschen war ein stiller, scheuer Mann geworden, der ohne zu murren seine Arbeit pünktlich erledigte und freundlich gegen jeden war. Begegnete er früher seinen Mitmenschen mit Argwohn und aggressivem Verhalten, so konnte man jetzt in freundlich zwinkern- de Augen blicken, aus denen eine harmlos-kindliche Fröhlichkeit herauschaute. Er sprach nie viel, aber bei allem, was er verrichtete, murmelte er gerne ein „Ja, ja, Ordnung muss sein“ vor sich hin und nickte dabei mit seinem mächtigen Schädel. Bekam er einen Auftrag erteilt, wiederholte er penibel die Anordnung, die man ihm gedul- dig vorgesagt hatte, und schloss wieder mit seinem „Ja, ja, Ordnung muss sein.“ Es war ihm also gut bekommen, durch diese Arbeit zum ersten Mal in seinem Leben in ein durchdachtes Ordnungssystem eingespannt zu sein. Die regelmäßige Arbeitszeit, die nicht minder regelmäßigen Pausen, das nahrhafte Essen, ja und zuletzt, um es nicht zu vergessen, die Belobigungen seiner Vorgesetzten (und die ihm zugesteckten Zigarettenpäckchen) hatten aus Arnold einen an- deren, besseren Menschen gemacht.

Das Leid und das Sterben der Kranken ist einer Ordnung unter- worfen, die an die letzten Dinge rührt, die bekanntlich den Ein- flussmöglichkeiten des Menschen entzogen sind. Arnold kam nie mit kranken oder sterbenden Patienten in Berührung; das manch- mal schier nicht zu ertragende Leid dieser Menschen konnte ihn nicht erreichen. Aber die Wucht und starke Präsenz dieser allerletz- ten Ordnung wirkte von den Krankenbetten bis hinab zu ihm in die Kellergänge, wo sie ihm Grenzen und Chancen seiner Restzeit in diesem Leben warnend aufzeigte. Sie weckte in ihm auf eine heilsa- me Weise eine Ahnung von Demut, die ein fester Bestandteil seines sich wandelnden Charakters wurde, sodass er endlich einen festen, wenn auch bescheidenen Platz im Ordnungsgefüge der Gesellschaft finden konnte.

Eines Tages war der Arnold verschwunden, und es stellte sich her- aus, dass er während einer Rauferei besonders hart zugelangt hatte: seine alten Dämonen hatten ihn eingeholt. Niemand konnte sich so recht den Vorfall erklären. Der Amtsrichter war diesmal nicht milde, fand, dass für Ordnung gesorgt werden müsse, und schickte daher den todunglücklichen Arnold für zwei Monate ins Gefängnis.



Dort führte er sich tadellos und fügte sich in die Gefängnisordnung. Er sprach wie immer recht wenig, nur mehrmals am Tag versicherte er allen und jedem, dass Ordnung sein müsse, wobei ihm Mitgefangene und Aufseher grinsend Recht gaben. Zweifellos profitierte er von seinen Erfahrungen im Lahrer Krankenhaus, wo er die niedere und höhere Ordnung des menschlichen Daseins erleben oder zu mindestens erahnen durfte, und so dauerte es nicht lange, bis man ihm eine kleine, überschaubare Arbeit in der Wäscherei des Gefängnisses zuwies, wo er eine erste, sortierende Ordnung in die anfallende Schmutzwäsche bringen konnte.

Eines Montags Morgen wurde Arnold zum Direktor gerufen, der die Akte dieses merkwürdigen Häftlings vor sich liegen hatte.

„Arnold“, sagte nach einer Weile der Direktor, „Arnold, meine Leute sind zufrieden mit dir, ich höre nur Bestes. Schau, ich bin auch zufrieden, und so ist auch der Herr Haftrichter zufrieden, was zur Folge hat, dass er dir vier Wochen plus zwei Tage deiner Strafe zur Bewährung aussetzt. Hast du das kapiert?“

Arnold brachte kein Wort heraus, nickte allerdings mit seinem mächtigen Schädel, und fing an, heftig zu schwitzen.

„Gut, Arnold. Morgen früh packst du deine Sachen, und um acht Uhr bist du draußen vor dem Tor. Sollen wir jemand benachrichtigen, der dich abholen will?“

Arnold schüttelte erst den Kopf, gab aber dann doch – allerdings mit einem unguuten Gefühl im Bauch – den Namen und die Adresse seines Nachbarn.

„In Ordnung, Arnold. So, du kannst jetzt abtreten. Mach's gut, und hoffentlich ein Nicht-Wiederssehen.“

Zu seiner Überraschung wurde Arnold am gleichen Tag nach dem Mittagessen noch einmal zum Direktor gerufen. „Arnold, da wäre doch noch eine Sache, die wir in Ordnung bringen sollten. Ich sehe gerade, dass dir noch ein ganzer Tag Urlaub zusteht. Allerdings hättest du die dafür notwendigen dreißig Tage noch nicht abgessen, wenn du morgen von hier entlassen werden solltest; dir fehlen also zu eben diesen erforderlichen dreißig Tagen Haft, die dich in den Genuss eines ganzen Urlaubstages bringen würden, noch ganze zwei Tage hier bei uns. Also, Arnold, was machen wir jetzt? Meinst Du nicht, dass es schade wäre, einen wunderschönen Tag Urlaub zu verschenken, nur weil dir zwei lächerliche Hafttage fehlen?“ An dieser Stelle blickte der Direktor besonders angestrengt in die Akte.

Arnold schwirrte der Kopf, er konnte der Mathematik des Herren Direktor nicht ganz folgen; aber andererseits, grübelt er, würde doch hier sicher alles seine Ordnung haben, oder nicht? Würde sonst der Direktor seine kostbare Zeit verschwenden, an ihn, den Arnold aus der Wäscherei? Arnold rang seine kräftigen Hände, war aber schließlich mit dem Vorschlag des Direktors einverstanden und meinte verschüchtert, es müsse eben alles seine Ordnung haben. Statt morgen am Dienstag würde er also am Donnerstag entlassen, und der freundliche Direktor würde ihm einen Tag Urlaub gutschreiben. Arnold trollte sich zurück an seine Arbeit.

An diesem Punkt des Geschehens wandelte sich alle Ordnung im Leben des Arnold wahrscheinlich für immer in Unordnung und Dysfunktion. Wir können heute natürlich nicht mehr wissen, warum der Direktor auf diese Weise seinen zynischen Spaß mit dem armen Arnold getrieben hatte und mit seinem, gelinde gesagt, unordentlichen Verhalten die Kette der folgenden Ereignisse verursachte. Vielleicht empfand er tief in seinem Unbewussten diesen lächerlichen Arnold, der auf eine so herrlich komische Weise für alle das Prinzip Ordnung verkörperte, nur als pure Provokation und Konkurrenz zu seiner eigenen Person und zu seinen eigenen Vorstellungen von Ordnung und Macht, denen er in seinem Leben als Direktor Geltung verschaffte. Aber vielleicht wurde der Direktor an diesem Tag nur von einem bösen Geist geritten. Auf jeden Fall war er mitschuldig, dass seine Sekretärin es unterließ, dem Nachbarn des Arnold für den Dienstag abzusagen und ihn erst für den Donnerstagsmorgen acht Uhr zu bestellen.

So kam es, dass dieser Nachbar am Dienstagmorgen mit seinem kleinen Lieferwagen völlig umsonst auf dem Parkplatz der Justizvollzugsanstalt auf den noch nicht entlassenen Arnold wartete. Nachdem man ihm Bescheid gegeben hatte, dass an der Pforte kein Hinweis für eine Entlassung vorliege, stieg der Nachbar wieder wutentbrannt (er gehörte auch zu den leicht reizbaren Menschen) in seinen Lieferwagen. Auf der Bundesstraße kurz vor Friesenheim, seine Wut war noch nicht abgeklungen, verlangte es ihn wieder nach einer Zigarette, und während er, noch wütender werdend, auf dem zugemüllten Beifahrersitz vergeblich nach der Zigarettschachtel herumkramte, verriss er unachtsam das Steuer nach links und krachte frontal in einen entgegenkommenden Kieslaster der Firma Vogel.



Man könnte jetzt glauben, dass der dumme Spaß des Direktors dem Arnold das Leben gerettet hatte, denn wenn Arnold wie ursprünglich vorgesehen am Dienstag zu seinem Nachbarn in den Wagen geklettert wäre, hätte er mit Sicherheit auch den Tod gefunden, das fürchterlich zugerichtete Wrack des Lieferwagens ließ kein Zweifel aufkommen. Aber wer weiß, vielleicht hätte es die beiden Nachbarn ebenso gut am Donnerstag erwischt, bekanntlich ist das Schicksal in seinen einmal gefassten Entschlüssen unerbittlich. Weder die Gefängnisverwaltung noch Arnold selbst bekamen zunächst von dem Unfall eine Nachricht, und als Arnold am Donnerstag sich lange genug die Beine in den Bauch gestanden hatte, draußen vor dem Gefängnistor, hinkte er missmutig zum Bahnhof, bestellte sich ein Bier im Kiosk und bekam per Zufall die verfleckte Zeitung vom Vortag in die Hand, in der mit Fotos lang und breit vom Unfall seines Nachbarn berichtet wurde.

Plötzlich einsetzende Schuldgefühle am frühen Morgen haben schon weit stärkere Naturen als den Arnold vernichtet. Jedenfalls konnte die Polizei nur noch rekonstruieren, dass der Arnold nach einem zweiten Bier mit seinem kleinen Koffer den Bahnhof verlassen hatte, offenbar zur Stadt hinaus gehinkt war und angeblich kurz vor der Autobahn in einen Lastwagen mit holländischem Kennzeichen geklettert war. Man hat nie wieder etwas vom Arnold gehört.



Ansicht der Stadt Ettenheim.  
Foto nach einer Gouache-Male-  
rei (von Joseph von Haubert?).  
Original im Zweiten Weltkrieg  
vernichtet.

Aufgrund der Existenz einiger  
Gebäude muss das Bild zwi-  
schen 1814 und 1834 entstan-  
den sein. Ältere Datierungen sind  
unrichtig, weil das Bild den erst  
1813/14 errichteten Frucht- und  
Kornspeicher zeigt.



# Zum Abbruch des Thomastor-Turmes im Jahr 1787 ✓

Von Dieter Weis

Nach der Zerstörung der Stadt Ettenheim im 30-jährigen Krieg wurden die drei Tortürme nach und nach wieder hergestellt. Näheres dazu ist mir nicht bekannt. Die Türme am Oberen Tor und am Thomas-Tor (später auch als Ringsheimer Tor bezeichnet) standen im Eigentum der Stadt, während es sich beim großen Turm beim Unteren Tor um den Herrschaftsturm handelte. Es war der Gefängnisturm der Landesherrschaft bis zu seinem Abbruch in den Jahren 1844/45.

<sup>1</sup> Philipp HARDEN-RAUCH, Ettenheim. *Aus der Geschichte seiner Türme und Tore.* In: Geroldsecker Land 15, 1973, S. 175-184

<sup>2</sup> GLA 229/27094

Beim Wiederaufbau der beiden Stadttürme musste vermutlich an den Baukosten gespart werden, so dass man schlechtes Baumaterial verwendete und deswegen die Türme auch nicht allzu hoch ausfielen. Auf einem alten mit Wasserfarben gemalten Bild aus der Zeit zwischen 1814 und 1834 (Original vernichtet) sind alle drei Türme zu sehen: der Turm am Unteren Tor sehr breit mit einem Storchennest darauf, die beiden Stadttürme hingegen schmal und niedrig. Die Türme mit den angebauten Torhäusern dienten dem Schutz der Stadt und ermöglichten das Erheben des Wegzolls (Pflastergeld). Über die Geschichte der Ettenheimer Türme und Tore und ihren Abbruch berichtete bereits Philipp Harden-Rauch, worauf hier hingewiesen wird.<sup>1</sup>

Nun fand sich im GLA Karlsruhe eine Akte mit dem für dieses Thema unverdächtigen Titel „Gülten“ (Zinse), „*die Beschwerde des Barons von Türckheim gegen die Stadt Ettenheim wegen eines mit Gewalt von ihr eingezogenen auf dem Endingischen Stammhaus daselbst haftenden Bodenzins betr. de 1793*“<sup>2</sup>. Mit dem „Endingischen Stammhaus“ war der vielen noch bekannte alte Stammhof in der Thomasstraße gemeint, ein früherer Lehenshof des Straßburger Hochstifts (Abbruch 1983).

In der (dünnen) Akte des Karlsruher Archivs von 1793 befinden sich ein Beschwerdebrief des Altdorfer Barons Johann von Türckheim vom 25./26.1.1793 an die „*bischöfl. Strasburgische Landes Commission*“ (Entwurf und Reinschrift) sowie die Antwort bzw. Stellungnahme dazu vom Ettenheimer Schultheiß, Bürgermeister und Rat vom 21.12.1793 (unterschrieben vom Amtsschultheiß Müller und Bürgermeister M. Jäger).

Aus den beiden Schriftstücken lassen sich einige wichtige Angaben zum Abbruch des Thomastor-Turmes entnehmen, die hier mitgeteilt werden, weil sie bisher nicht bekannt waren.

Freiherr von Türckheim schreibt in seiner Beschwerde u.a.: „Die Stadt Ettenheim fordert für einen Bodenzinnß, der in anno 1788 bey Gelegenheit des bey dem Thomas-Thor zu Ettenheim abgebrochenen Thurns [!] auf das Endingische Stammhaus soll gelegt worden seyn, Rückstände von 3 Jahren mit 3 R [Rheintaler]. Diese Anforderung ist mir nicht anderst bekannt geworden, als durch die äußerst auffallende und beleidigende arrestation [Festsetzung] meiner Habern-Gült [Hafer-Erträge], da man ohne daß zuvor diese Abgab wäre abgefordert, noch weniger von mir beharrlich verweigert worden, an dem Einzugstag den 5. dieses [Monats] meinem Schafner obgemeldte Gült vorenthalten hat, ich habe mich bey dem Stadt Rath über diese unnachbarliche und schimpfliche Behandlung beklagt, und von daher den 7ten Jenner die noch befremdlichere Antwort erhalten, daß dieses Procedere [Verfahren] auf Euer Wohlgebohrn ausdrücklichen Befehl geschehen sey.“

Von Türckheim beschwert sich bei der Hochfürstlichen Landes-Kommission wegen des unfreundlichen Benehmens der Stadt Ettenheim ihm gegenüber als „benachbarten Edelmann, in dessen Herrschafft ermeldte Stadt selbst mehrere Gülten und Renten besitzt“ und ersucht dann, ihn in der Antwort „geneigtest wissen zu lassen, ob es im Bisthum Rechtens oder Herkommens seye, einen benachbarten Cavalier wegen einer Ansprache [eines Anspruchs] von 3 R, die man niemals in Ordnung gefordert, und die allenfalsigen Einwendungen dawider vernommen hat, mit arresten und beleidigenden Zwangmitteln zu belegen“.

Er fordert, man solle die ihm vorenthaltenen zwei Viertel (222 Liter) Hafer ohne Abzug sogleich in die Hände seines Amtmanns Stoll abliefern, die angebliche Schuldigkeit ordentlich einfordern und belegen, womit sie begründet ist.

Am Schluss des Schreibens macht von Türckheim Angaben, die für uns von besonderem Interesse sind:

Die Kommission solle „lieber von selbst zu erwägen belieben, daß da ich mit gedachtem Haus (Stammhof) erst anno 1789 belehnt worden und Jahrs darauf dasselbe wieder an Seine Hochfürstliche Durchlaucht [Kardinal Rohan] überlaßen habe, ich höchstens für ein Jahr diesen Bodenzinnß zu entrichten hätte, das Haus niemals bewohnt habe, und gar nicht weiß, quo titulo [durch welchen Rechtsgrund] das lehenbare Eingenthum des Hochstifts in anno 1788 mit diesem Onere [Belastung] hat belegt werden wollen“.



Mit Schreiben vom 21.12.1793 nahm die Stadt Stellung zur Beschwerde des Freiherrn von Türckheim, wobei sie sich auch zum Abbruch des Thomastor-Turms und dessen Verbindung zum Stammhof näher äußerte:

*„Es hat der Freyherr von Gayl, ehemaliger Besitzer des dahiesig sogenannten Endingischen Stammhaußes als der davor gestandene alte Thomas Thor Thurn abgebrochen, und ihm auf deßen Ansuchen einige Schue von der Allmend abgegeben, und erlaubet worden ist, eine Mauer an gedachten Stammhauß auf die Fundamenten dießes Turns aufführen zu dürfen, sich anheuschig, und verbindlich gemacht der Stadt alljährlich 1 fl Allmend zinsß dargegen zu bezahlen, und solcher auch wirkklich anno 1787 dem dermahligen Steuermeister Benedict Werber abgeführt, alß nun hierauf der Freyherr von Türckheim anno 1788 sothanes Stammhauß von dem Herrn von Gayl an sich erkaufft, so wurde dießer Bodenzinsß demselben durch seinen Herrschafft. Botten vom nehmlichen Steuermeister abgefordert, dießer mit der Antwortt abgewießen, wie man sich fordersamst der Sache erkundigen, und sofort bezahlen wolle; die nehmliche Anforderung machte der Steuermeister Möroth pro 1789 et 1790 an den Freyherr von Türckheimischen Schaffner bey dem alljährlichen Einzug in Altdorf, wurde aber allemahl mit der nehmlichen Antwortt abgewießen.*

*Da nun die Steuermeistern dießen Bodenzinsß alljährlichen Lauth Register in Rechnungs Einnahm gebracht, solchen aber ohngeachtet mehrern Erinnerungen nicht erhalten konnten, und inzwischen Frh. von Türckheim sothanes Stammhauß an gnädigste Herrschafft überlaßen, so hat mann solchen Rückstand bey letzterer Rechnungs Abhör mit andern Posten in Verlust setzen wollen, welches aber nicht pahsirt sondern dem Steuermeister aufgegeben worden, denselben quocunqui modo [wie auch immer] einzutreiben, und allenfalls an der von der Stadt zu liefernden Fruchtzinsß einzubehalten, es ist bekannt, und der neu aufgeführte Bau zeigt es noch offenbar, daß als der alte Thomas Thor Thurn abgebrochen ward, ein Theil des fraglichen Stammhaußes vornerhalb offengestanden Freyherr von Gail dahero genötiget, vornerhalb eine Mauer aufzuführen, diese Mauer hätte er 2 Schue [ca. 60 cm] zurück, neue Fundamenten graben, und solche Mauer darauf setzen müssen.*

*Da nun dem Frh. von Gail dienlich, und nützlicher ware seine Mauer auf die alte Fundamenten des abgebrochenen Thurmsß zu setzen, so wurde ihme solches bey einem in deßen Gegenwarth von Stadtrath eingenommenen Augenschein mit der Bedingnuß erlaubt, daß er dargegen alljährlichen der Stadt 1 fl Allmend Zinsß bezahlen solle, ein welches er auch versprochen, und wirklichen bezahlet hat, dieße Fundament Mauer, worauf vorhin der Thomas Thor Thurn gestanden, hat bekannter Dingen, und offenbar nicht zum Endingischen Stammhauß gehört, es ist dahero nicht wie Frh. von Türckheim vorgiebt das Lehabare Eigenthum des Hochstiftt, sondern leediglich der dem Frh. von Gail*

*cedirte [überlassene] Stadt Allmend Platz, worauf die Fundamenten des erwähnten Thurns, und nunmehr die fordere Mauer eines Theils des Stammhauß steht mit dem fraglichen Allmend Zinß belegt worden. Frh. von Gail hat sich deßsen anheischig gemacht, und wircklich bezahlt, mithin ist Frh. von Türckheim, welcher solches Hauß samt errichteter Mauer käuflichen übernommen, solchen Zinß solange er daselbe im Besitz gehabt ebenfalls zu zahlen schuldig.*

*Das Angeben daß man solchen Zinß niemahlen in der Ordnung und mit der einem benachbarten Edelmann schuldigen Respect gefordert ist ganz ungegründet, da Steuermeister Werber und Möroth nach ihrem pflichtmäßigen Angaben alljährlichen verlangt, und der vormjährige Steuermeister noch deßsen erinnert, aller Erinnerungen ohngeachtet solche rückständige 3 fl. jedoch nicht erhalten können;*

*Da nun die Stadt Frh. von Türckheim einige Bodenzinß in Frucht zu liefern schuldig, so wurde nach der bey der leztern Rechnungen Abhör erhaltenen Weißung dießer Rückstand an dem zu liefernden Fruchtzinß einbehalten.*

*Daß Frh. von Türckheim mit sothanem Stammhauß erst anno 1789 belehnet worden, wird seine Richtigkeit haben, allein ist bekannt, daß derselbe ein solches bereits anno 1788 erkaufte, und in Besitz gehabt, mithin auch schuldig für selbes und die 2 nachfolgende Jahre als er es beseßen, den erwähnten Allmend Zinß davon zu entrichten.“*

Über den Fortgang der Angelegenheit lässt sich aus der Karlsruher Akte nichts Weiteres mehr feststellen. In den Ettenheimer Steuermeister-Rechnungen erscheint der „Allmend Zinß vom Gailischen Hauß“ ab 1791 mit 1f jährlich als Verlust, in der Rechnung für die Jahre 1791 bis 1793 mit insgesamt 3 f. Wegen fehlender Rechnungsjahrgänge und Beilagen lässt sich nicht alles nachvollziehen.

Wichtiger sind die Angaben über den Abbruch des Thomastor-Turms. Diese werden durch die in den Steuermeister-Rechnungen von 1786 und 1787 aufgeführten Ausgaben ergänzt.

In der Rechnung 1786: „Item Jacob Georg dem Jungen erlittenen schaden bey abbrechung des thomas thor thurns lauth anweißung No. 67 bezahlt 10 f.“

In der Rechnung 1787: „Item bemelten Statt Maurer [Friedrich Kirn] besag ferner absignation Conto No. 30 von Abbrechung des thoma thor thurns 41f 4ß 4d“.

Das genaue Alter des Turms ist nicht bekannt. Womöglich war sein Zustand nicht viel besser als der des Turms am Oberen Tor, der nach den Aufzeichnungen des Chronisten Machleid bei Abbruch- oder



Reparaturarbeiten am 2.3.1758 plötzlich zusammenfiel.<sup>3</sup> In der Steuermeister-Rechnung von 1758 (Beilagen fehlen) sind verschiedene Kosten aufgeführt, die sich auf den Abbruch des Turms beziehen und die Angaben Machleids bestätigen:

<sup>3</sup> HARDEN-RAUCH,  
S. 180

*Item Michel Fahrländer dahier wegen durch Einfallung des thurns ahn seinem Hauß erlittenen Schaden (nach deme solcher durch ohnpartheysche Experten visitiert worden) auß Befelch E.E. raths bezahlt* 9f 7ß 6d

*Item Hanß geörg Herrmann dem Zimmermeister dahier wegen abbrechung des oberen thurns Lauth accord und quith. Nr. 20 bezahlt* 45f

*Item Jacob Kusterer, Hyacinth Weißhaar und Joseph Eichmüller alle Maurer dahier umb den schon gedh. oberen thurn abzubrechen bezahlt Lauth schein Nr. 24* 16f 2ß

Beide Stadttürme wurden nach ihrem Abbruch wiedererrichtet!

Was den am Stammhof neu errichteten Teil seiner Straßenfassade (Nordseite) angeht, so ergeben die obigen Briefauszüge, dass der Stadtturm vor dem Abbruch mit seiner Südseite gleichzeitig einen Teil der Straßenfassade des Stammhofs bildete, d.h. dass nach dem Abbruch des Turms ein Teil der vorderen Stammhoffassade offen stand, also ein „Loch“ vorhanden war, das geschlossen werden musste. So erlaubte man seitens der Stadt dem Frh. von Gail zur Kostenersparnis, die neu zu erbauende Hauswand auf einen Teil der Fundamente des abgebrochenen Turms zu setzen. Damit nahm Herr von Gail aber städtischen Boden (Allmend) in Anspruch, wofür er und die späteren Besitzer des Stammhofes Bodenzins an die Stadt zu entrichten hatten. Da der alte Stammhof 1983 abgebrochen wurde, lassen sich die baulichen Verhältnisse nicht mehr genau überprüfen. Die alten Fotos und der im Jahr 1980 im Rahmen eines Gutachtens gefertigte Erdgeschoss-Grundriss zeigen gegen Ende der Nordfassade (in westlicher Richtung) einen Knick in der Fassade. Ob sich hier die 1787 errichtete neue Hauswand befand? Davor, inmitten der Thomasstraße, hätte dann der alte Torturm gestanden. Seine Fundamente hat man vielleicht bei der Verlegung der großen Abwasserrohre gesehen.

Der Thomastor-Turm (Abbruch 1834), Ausschnitt aus der Stadtansicht.



### Der neue Thomastor-Turm von 1787

Ausgaben für den neuen Thomastor-Turm und das neue „Wacht-haus“ enthalten die Steuermeister-Rechnungen 1787/88.

1787

„Item bemelten Maurermeister (Friedrich Kirn) lauth anderweitigen accord und ahsignation sub No. 31 von Erbauung des wachthauses thomas thor bezahlt 131f 7ß 6d“

„Item Barthel Gidemann dem steinhauer zu wallburg für gehauenen stein zum wachthauß beym thoma thor l. quitth. No. 39 bezahlt 24f 2ß 5d“

1788

„Item gedachtem Maurermeister (Friedrich Kirn) für samtliche Maurer arbeit am thomas thor thurn accorderter maaßen beßag quittung No. 29 bezahlt 266f“

„Item Barthel Gidemann dem steinhauer zu wallburg für den zum thomas thor geliefert und gefertigte steinhauer arbeit vermög angeheffter Verzeichnuß und quitth. No 31 bezahlt 72f 6d“

„Item Franz Joseph wagner dem Bildhauer von Herbolzheim den stattwappen am thomas thor thurn [!] auszuhauen lauth ahsignation und quitth. No.32 bezahlte 13f“

„Item Anton Fritschi dem hiesigen stattzimmermann für die am thomas thor thurn gefertigte Zimmermannsarbeit accorderter maaßen lauth quittung No.33 bezahlt 69f 7ß“

„Item Georg Kollifrath dem Ziegler dahier für die zum neuerbauten thomas thor thurn gelieferte Ziegelwaaren lauth. Conto und asign. No.34 bezahlt 90f 4ß 4d“

„Item Lorentz Fahrländer dem Kupferschmitt für das fähnel auf dem thomas thor thurn zu verfertigen lauth schein No. 41 bezahlt 4f“

„Item Hrn. Amtschultheiß, amtschreiber und Burgermeister und Blanck des Raths wegen Erbauung des thoma thor thurns die accord mit Maurer und steinhauer lauth. Verzeichnis No. 52a bezahlt 5f 7ß 6d“

„Item wegen desfalsigen accord mit dem Zimmermann lt. schein No. 52b 2f 8ß 4d“.

Bildhauer Joseph Wagner fertigte auch das Stadtwappen am Oberen Tor (Rechnung 1778) und vielleicht auch dasjenige am Unteren Tor, was sich aber nicht nachweisen lässt, weil die Steuermeister-Rechnung für das betreffende Jahr fehlt.

Ein wichtiger Hinweis ist auch die Angabe, dass das Stadtwappen am Thomastor-Turm angebracht wurde und nicht an einem barocken Vortor wie am Unteren und Oberen Tor. Man kann daraus ableiten, dass vor dem Torturm kein barockes Vortor gestanden hat! Das Wappen kam beim Abbruch des Thomastor-Turms im Jahr 1834 an das Haus des Xaver Köbele, Thomasstr. 8, was allgemein bekannt ist.



Das Stadtwappen am Oberen Tor (links) und das Stadtwappen am Haus Köbele, Thomasstraße 8 (rechts)



### Zum Verkauf der Zollhäuser im Jahr 1833 und zum Abbruch der Stadttor-Türme im Jahr 1834

<sup>4</sup> Alle Angaben aus StA Ettenheim, alte Akte Nr. 288

Nach der Aufhebung des Pflastergeldes (Wegzolls) wurden die Zollhäuser an den Stadttoren nicht mehr gebraucht. Die Stadt beschloss, sie zu verkaufen. Dabei wurde lt. Protokoll vom 11.1.1833 *„außer Acht gelassen, ob [dass] der Thurm am Thomastor, der bisher nicht benutzt wurde und welcher mit dem Zollhaus so innig zusammenhängt, ja sogar seinen Eingang durch das zum Verkauf bestimmte haus allein hat, und auch der Thurm am oberen Thor abgebrochen und die Materialien davon verkauft werden sollen“*.

Außerdem wurde beschlossen, *„das Bürgergefängniß, welches bisher im oberen Thorturm gewesen, im Wachthaus am unteren Thor“* einzurichten.<sup>4</sup> Es gab demnach zwei Gefängnisse in Ettenheim: der städtische Arrest (Bürgergefängnis) und das staatliche Gefängnis im Unteren Torturm.

Das Zollhaus am Oberen Tor ersteigerte Josef Johner für 322 f (*land auf der Stadtgraben, land ab und gegen Wald die Allmend, gegen Rhein Barthel Welte*) und die *„Behausung am Thomas Thor (land auf der thurm, land ab Johannes Karles Tochter, gegen Rhein der Stadtgraben, gegen Wald die hintere Gaß) der Bäcker Josef Braun für 755 f“*. Die Versteigerung beider Häuser fand am 6.3.1833 statt.

Zuvor hatte der Zimmermeister Johannes Fritschi die Gebäude abgeschätzt: beide enthielten eine zweistöckige Wohnung, die jeweils genau beschrieben wird. Das Zollhaus am Oberen Tor hatte einen Wert von 250 f und dasjenige am Thomastor (mit Keller und Stall) von 450 f. Fritschi schätzte am 16.1. und 19.1.1833 auch den Materialwert der beiden Tortürme ab, wobei er alle wieder verwendbaren Materialien genau aufzählte.

Zum Obertor-Turm äußert er am 19.1.1833 unter anderem:

„Ferner ist am Thurn nur ein stockwerk hoch von stein erbaut, ein stock neun schuh hoch [2,70 m] von Holz, der steinerne stock 22 schuh [6,60 m] biß auf das Fundament. Das Fundament kann nicht ausgegraben werden. [!] Es gibt am ganzen Thurn 22 ½ Klafter maurstein, es können aber nicht mehr als 8 Klafter stein gerechnet werden, in dem daß die Mauren von Kallebergstein erbaut worden, so die meisten derardigen maurstein der alten mauren in schut übergehn per Klafter 4 f = 32 f<sup>5</sup>.<sup>5</sup> Fritschi errechnet einen Gesamtwert der Materialien von 215f 25 xr.

Bei Kanalarbeiten im Jahr 1964 wurden Teile des Fundaments vom Obertor-Turm freigelegt wie mündlich überliefert. Demnach stand der Turm inmitten der Straße zwischen den Häusern mit der heutigen Bezeichnung Friedrichstraße 3 und 4. Der Turm hatte eine Grundfläche von ca. 5 x 5 m. Leider hat man damals keine Vermessungen durchgeführt.

Beim Thomastor-Turm macht Fritschi keine Angaben zur Höhe des Turms. Er schreibt u.a. „Ferner am ganzen Thurn seint 24 Klafter Maurstein biß auf das Fundament dem Botten eben, das Fundament kann niemahl außgegraben werden. [!], es können nicht mehr als 12 Klafter maurstein gerechnet werden per Klafter 4f = 48 f<sup>6</sup>. An allen vier Ecken des Turmsockels (am Rand vermerkt: „die Hälfte bleibt stehen“) befinden sich Quatersteine (Wert 16f) und an den beiden Bögen ebenfalls (Wert 12f 32 xr). Er erwähnt auch das Eingangstor des Turms mit 5f Wert.

Insgesamt kommt er auf einen Wert von 245f 52 xr. Lt. Protokoll vom 9.3.1833 waren in diesem Schätzwert „die zwey äußern Säulen“ (?) nicht enthalten. Waren damit Wandsäulen oder Lisenen gemeint, die teilweise stehen blieben?

Wegen des geringen Kaufinteresses der Bürger mussten die Versteigerungen wiederholt angesetzt werden.

Bei einer Tagesfahrt am 11.12.1833 beschloss der Gemeinderat, den Abbruch des Obertor-Turms unter verschiedenen Bedingungen durchzuführen. Die Stadt behielt sich u.a. vor, zwei Türen, die eisernen Gitter, die hölzernen Doppelwände im Gefängnis (Arrest), den Ofen und das Lotteisen (Eisenkeil mit eisernem Befestigungsring) zu behalten und andererseits sich zu verpflichten, den Schutt wegzuführen, um ihn zur Herstellung der Wege zu verwenden.



Oberer Torturm (Abbruch 1834), Ausschnitt aus der Stadtansicht.

<sup>5</sup> 1 Klafter = ca. 4 m<sup>3</sup>



Schließlich ersteigerten am 9.3.1834 unter den Bedingungen des Protokolls vom 11.12.1833 den Obertor-Turm gemeinsam der Zimmermann Johannes Fritschi, die Maurer Johann und Anton Kirn sowie Karl Bleyle für 101f. Sie benötigten das Baumaterial zum Aufbau neuer Häuser bzw. Wiederaufbau nach dem Brandunglück unterhalb der Oberen Apotheke (jetzt Rohan-Straße).

Die Schwierigkeiten bei der Versteigerung des Obertor-Turms beruhten darauf, dass er „zu hoch taxiert wurde“ und „sich später ergeben, daß derselbe nicht viele brauchbare Steine enthält und überhaupt sehr baufällig ist, auf städtische Kosten abgebrochen, und die Materialien ebenfalls versteigert werden möchten“.

Auf die wiederholten Versteigerungsversuche konnte hier nicht näher eingegangen werden (s. Harden-Rauch). Aus den (nicht vollständigen) Akten ist zu entnehmen, dass Xaver Köbele den Turm am Thomas-Tor ersteigert hatte. Er hatte darum nachgesucht, den ersteigerten Turm beim Thomastor noch ein Jahr stehen lassen zu dürfen, weil er die Materialien zu seinem erst im künftigen Jahr (1834) zu beginnenden Hausbau verwenden wolle! „Ferner hat Rath Jäger sich erbothen, das bereits auf den Thurm beim obern Thor geschehene Angebot für ein Jahr lang zu halten, wenn der Verkauf desselben in gegenwärtigem Augenblick noch nicht genehmigt werden könnte.“ Beide Gesuche wurden am 18.5.1833 von der Stadt genehmigt.

Der Verkauf des Turms am Thomas-Tor an Xaver Köbele ist in der Akte nur indirekt erwähnt wie oben angegeben. Er ließ das Stadtwappen nach dem Abbruch des Turms an seinem Haus anbringen und ergänzte es mit seinen Initialen X.K. und denen seiner Frau Sch. I. sowie der Jahreszahl 1834.

Es muss davon ausgegangen werden, dass die städtischen Türme am Oberen Tor und am Thomas-Tor im Jahr 1834 abgebrochen wurden. Beide sind nicht sehr alt gewesen. Im Fall des Thomas-Tors ist, wie bereits angegeben, ein Neubau des Turms im Jahr 1787 nachgewiesen. Der Stadtturm am Oberen Tor wurde im Jahr 1721 neu erbaut, was die Steuermeisterrechnung dieses Jahres belegt. Er fiel schon im Jahr 1758 wieder zusammen, wie der Chronist Machleid berichtet. Er wurde neu errichtet.

Einen Verteidigungswert hatten beide Türme nicht. Dafür waren sie baulich nicht geeignet, da sie teilweise aus schlechtem, billigem Bau-



Stadteingang mit barockem Oberen (Vor-)Tor. Der frühere Torturm stand stadteinwärts dahinter in der Straßenmitte.

Westlicher Stadteingang, wo früher der Thomastor-Turm stand. Die Öffnung wurde durch den Abbruch alter Häuser erweitert.



material erbaut worden waren. Trotzdem erfüllten sie zusammen mit den Wacht- oder Zollhäusern ihren Zweck, die Stadt zu schützen und den Wegzoll zu erheben.

Warum man in den unruhigen Zeiten, als mit französischen Überfällen zu rechnen war, die Stadttore nachts nicht geschlossen hat, bleibt ein Rätsel. Bei geschlossenen Toren hätte die französische Gendarmerie in der Nacht vom 14. auf 15. März 1804 nicht unbemerkt in die Stadt eindringen können, um den Duc d'Enghien festzunehmen und wegzuführen. Als die Franzosen eingerückt waren, hat man sie endlich bemerkt, und so nahm alles den bekannten Verlauf. Ob hier Verrat im Spiel war oder nur das Unvermögen der Verantwortlichen?



## Abbruch des sogen. Hexenturms im Jahr 1769

<sup>6</sup> Siehe auch  
HARDEN-RAUCH, S.  
176-177

Außer den beiden Tortürmen gab es im 18. Jahrhundert in Ettenheim noch den sogenannten Hexenturm. Er stand an der inneren Stadtmauer „in der Muerlachen“. Heute steht an dessen Stelle das Wohnhaus Turmstraße 9. Von dem Turm blieben nur geringe Reste im Keller des Hauses übrig (Rundung erkennbar).

Vom Turm berichtet J.C.Machleid in seiner Chronik. Demnach hat man in früheren Jahrhunderten die Übeltäter im Turmverlies gefangen gehalten. Am 26.9.1769 sei der alte, zerfallene Hexenturm abgebrochen worden und „die großen Quader und andere Stein zuem newen Kirchengebey angewendet und zur Noth wegen Mangel der (Fron-) Fueren und Steine gebraucht wordten“.<sup>6</sup> Andere Quellen zum Hexenturm außer der Chronik Machleids sind mir nicht bekannt.

## Zum Abbruch des Herrschaftsturms (Gefängnisturms) in den Jahren 1844/45

Der Vollständigkeit halber soll noch der Abbruch des Herrschaftsturms am Unteren Tor erwähnt werden. Über ihn schrieb Ph. Harden-Rauch ebenfalls im „Geroldsecker Land“ 15/1973, S. 180-183. Dazu als Ergänzung nach Folgendes: Akten zu diesem Thema befinden sich im GLA Karlsruhe Abt. 391/No. 10 413 (Domänenverwaltung) und im StAF Freiburg, Abt. B 701/3 No. 84 (Bezirksamt Ettenheim).

Unterer Torturm (Gefängnisturm), der 1844/45 abgebrochen wurde. Ausschnitt aus der Stadtansicht.

Die Großh. Domänenverwaltung Ettenheim veröffentlichte im September 1842 in den Ausgaben Nr. 108, 109 und 111 des Breisgauer Wochenblatts die Anzeige, dass „der vormalige Gefängnisthurm in der Vorstadt dahier gelegen, mit den darin befindlichen 6 eisernen Rundöfen“ am 19.9.1842 in der Domänen-Verwaltungs-Kanzlei versteigert werde.

Nach einem Protokoll vom 14.5.1842 erklärte der Ettenheimer Bürgermeister Gschrey vor der Domänen-Verwaltung u.a. „es seye der Wunsch des Gemeinderaths, daß der herrschaftliche Thurm [...] versteigert werde und zwar aus dem Grund, weil es wünschenswerth für [die] Verschönerung der Stadt, und [die] Erweiterung der Straße nothwendig seye, daß derselbe abgebrochen werde“. Da zwei Häuser an dem Turm angebaut waren, sei mit Entschädigungsforderungen der Hausbewohner (Joseph Strickler und Lorenz Schmidt) zu rechnen.



Steigerer war Anton Kirn, *„der zwar in guten Vermögensumständen, aber als ein streitsüchtiger Mensch bekannt [ist], der mit niemand in Frieden auskommt“*, schreibt Domänenverwalter Fleiner am 19.5.1842. In einem weiteren Schreiben vom 25.6.1842 schreibt Fleiner mit Bezug auf die Entschädigungsforderungen der Anwohner an der Ostseite des Turms u.a.: *„Balthasar Stricklers Wittib hat eigenmächtig angebaut, und ihre Behausung an die Wand des Thurms angelehnt; denn dieser Thurm ist uralt und im 16. Jahrhundert gebaut worden, stand also jedenfalls schon lange, ehe die genannten Hausbesitzer bauten.“* Als Wohnung sei der Turm nicht verwendbar und fände deshalb kein Kaufinteresse. Auch fehle ein Hofplatz. Es käme nur ein Abbruch in Frage.

Das Bezirksamt Ettenheim (Oberamtmann Rieder) hatte eine sehr schlechte Meinung vom Wert des Gefängnisturms, was sich aus dem Schreiben an die Hofdomänenkammer vom 25.7.1842 ergibt (Auszug): *„Nothwendig sollte der alte Thorthurm, der durch den neuen Gefängnißbau disponibel geworden, entfernt werden, in dem dieses umförmliche, zu nichts brauchbare, das Auge eines jeden Vorübergehenden beleidigende und gar nicht mehr in unsere Zeit passende Gebäude den Eingang aus der Vorstadt in die Stadt, wo die Straße ohnehin sehr schmal ist, nicht allein hindert, sondern auch die von hiesiger Stadt beabsichtigte Verschönerung jener Straße zurückhält [!]. Wir erlauben uns daher die dringende Bitte, gefällig Anordnung zu treffen, daß gedachter Thurm noch im Laufe dieses Sommers abgebrochen werde. Dem Vernehmen nach soll die Domänenverwaltung dahier vor einiger Zeit eine Versteigerung des Thurms zum Gebrauch als Wohnung abgehalten haben; wenn dieses wirklich geschehen ist, so können wir unser Erstaunen darüber nicht unterdrücken, indem die Gelasse des alten Thurms kaum zum Aufenthalt für Thiere, nicht aber für Menschen geeignet sind. Ansprüche auf Entschädigung in Folge des Abbruchs, die übrigens aufgegeben worden sein sollen, können mit Grund nicht erhoben werden, indem der Thurm viel älter als die benachbarten Häuser und letztere an den Thurm angebaut worden sind, was der Domänenverwaltung auch bekannt sein muß.“*

Es zeigt sich, dass die damaligen fortschrittsgläubigen Zeitgenossen keinen Sinn für die Erhaltung des überlieferten Stadtbildes, insbesondere der Tortürme hatten. Diese Denkweise wirkte sich landesweit aus, wodurch viele Stadttürme als entbehrlich und für die Stadtentwicklung als hinderlich angesehen wurden. Also hat man viele Türme abgebrochen. Auch für das Klostergebäude von Ettenheimmünster fand man letztlich keine Verwendung, was aus heutiger Sicht bedauert werden muss.



Am 2.9.1842 ergänzte das Bezirksamt seinen vorigen Bericht mit der Mitteilung, dass vom Dach des alten Torturms häufig Ziegel auf die Straße herunterfielen, weil das Dachwerk in dem verwahrloseten Zustand sei. Um Unfälle zu verhüten, die sich wegen der belebten Hauptstraße leicht ereignen könnten, bat das Amt darum, *„diesem Übelstande so schleunig als möglich abzuhelfen, beziehungsweise dem ohnehin baufälligen Thorthurm [...] ohne Aufenthalt abbrechen lassen zu wollen“*.

Nach einem Bericht der Domänenverwaltung Ettenheim ersteigerte Anton Kirn am 19.9.1842 den Turm für 150 f (für seinen Sohn Joseph?). Ein anderer Interessent war nicht erschienen. Joseph Kirn beabsichtigte, sich ein neues Haus zu bauen und für diesen Zweck die Materialien des Turms zu verwenden.

Das auf dem Turmdach befindliche eiserne Rad des Storchennestes musste als Eigentum der Stadt nach den Steigerungsbedingungen an diese abgegeben werden.

Aufgrund eines Nachgebots von Joseph Hammerstiel über 50f wurde die Versteigerung des Turms am 5.11.1842 wiederholt. Steigerer war diesmal der Maurer Joseph Kirn selbst, der für 210f den Zuschlag erhielt. Höhere Gebote lagen nicht vor. Bürge war sein Vater Anton Kirn. Den Abbruchwert des Turms berechnete die Bezirks-Bauinspektion Offenburg auf 443f (ohne die alten Steine). *„Die geschätzten Gegenstände haben wenig Werth mehr, weil sie durchgehend durch den Gebrauch im Lauf der Zeit Noth gelitten haben.“*

Der Turm wurde nicht gleich abgebrochen, was die Beschwerden der Angrenzer Lorenz Schmidt und Josef Strickler bezeugen. Am 26.2.1844 meldeten sie Bürgermeister Gschrey, dass der Sturmwind einen Teil des Storchennestes auf dem alten herrschaftlichen Turm weggerissen habe, *„welcher [Teil] das auf der nördlichen [?] Seite über das Dach aufgeführte Kamin zusammengeschlagen, mit diesem auf mein - Lorenz Schmidt - Dach gestürzt und das Dach Gesimse nebst vielen Ziegeln zertrümmert“* habe. Auch das Stiegenhaus sollte baldmöglichst abgebrochen werden. Seitens der Stadt wurde festgestellt, dass das Stiegenhaus *„wirklich ganz baufällig ist“*. *„Das angehängte Stiegenhaus an diesem Thurme [!] ist im vernachlässigsten Zustande, und wir schweben stets in Gefahr, dass der heftige Sturm solches loßreißen möchte, in welchem Falle solches unsere Häuser zertrümmern würde.“*

Das Bürgermeisteramt bat das Bezirksamt, im Interesse der Polizei und zur Verhütung von Unfällen einzuschreiten. Man wies darauf

hin, dass am Dach des Turms sehr viele Ziegel fehlen würden und es leicht möglich sei, dass der Sturm durch diese Öffnungen dringen und auf der entgegengesetzten Seite das Dach abheben könne und durch die auf die Straße fallenden Ziegel die Vorübergehenden „beschädigt“ würden.

Ein Straßenplan des Feldmessers (und Maurers) Anton Kirn vom Jahr 1845 zeigt noch den Grundriss des Torturms mit der Wendeltreppe im Stiegenhaus auf der Ostseite des Turms und dem unmittelbar angebauten Teil des Hauses von Josef Strickler.<sup>7</sup>

Am 8.7.1844 wurde Anton Kirn aufgefordert, die Ziegel vom Turm abzunehmen, und am 28.5.1845 ordnete das Bezirksamt an, dass Anton Kirn zur Vermeidung einer Strafe von 5 fl einen Termin für das Abbrechen des Turmrestes bis zum 2.6.1845 einzuhalten habe und dass, wenn er der amtlichen Verfügung nicht folge, er nicht nur in die angedrohte Strafe verfalle, sondern noch überdies wegen Widersetzlichkeit gegen obrigkeitliche Gewalt in Untersuchung genommen werde. Man habe sich überzeugt, dass der Bäcker Strickler „mit der Aufführung der Stockmauer seines gestützten Hauses nicht fortfahren könne, wenn zugleich mit dem Abbruch des Thurmrestes fortgefahren wird und Kirn längst den Thurm hätte abbrechen sollen“.

„Zugleich wird demselben bedeutet, dass wenn er die längs dem Garten des Bierbrauers Stölcker [vom Freihof] aufgehäuften Baumaterialien nicht bis zum Samstag, dem 31. Abends 7 Uhr, weggeräumt habe, er in eine weitere Strafe von 5fl verfällt werde.“ Offensichtlich hatte Oberamtmann Fieser genug von den langen Verzögerungen beim Turmabbruch und vom Verhalten des Anton Kirn. Möglicherweise hing es auch mit den Baumaßnahmen der Angrenzer Strickler und Schmidt zusammen, die ihre Hauswände auf der Turmseite schließen mussten.

Die Gefangenen im alten Gefängnisturm bzw. Herrschaftsturm am Unteren Tor hatte man im Jahr 1841 in das neue Gefängnis verbracht (heute „Vereinshaus“).

<sup>7</sup> StA Ettenheim, alte Akte Nr. 41, Bd. 1

Rechte Seite: Straßenplan von Anton Kirn von 1845. Der genaue Standplatz des Turms (Grundfläche und Wendeltreppe) ist mit punktierten Linien und Strichen eingetragen, ebenso die Grundflächen der beiden Strebepfeiler (d). Demnach stand der Turm in der Straßenmitte zwischen der Bierbrauerei des Benedikt Stölcker (Freihof) und den beiden Anwesen Strickler und Schmidt.

Alle Abb.: Wolfgang Hoffmann





Ettenheim Straßen-  
Plan  
 wo der Platz von den bereits  
 abgebrochenen Thurmmauren  
 S. D. der Platz von den Stieb-  
 Pfeiler aufgenommen und gezeichnet  
 im März 1788 durch  
 Anton Kirm.

# Zum 100. Todestag von Otto Winterer (1846-1915) ✓

Freiburgs „zweiter Gründer“ war ein Kind des Geroldsecker Landes  
Von Dr. Niklot Krohn

So manches Gebäude in Konstanz und Freiburg erinnert an seine außerordentlich nachhaltigen Regierungszeiten als Oberbürgermeister beider südbadischer Städte. Geboren und aufgewachsen ist Otto Winterer allerdings im Geroldsecker Land. Am 8. Januar 1846 erblickte er in Ettenheim als Sohn des Bäckers Viktor Winterer in der Kirchstraße 5 im Haus der alten Stadtschreiberei das Licht der Welt.<sup>1</sup> „Was für ein treffender Geburtsort für einen späteren Bürgermeister!“ mag man da unwillkürlich denken. Doch ist es wohl kaum die Aura der ehemaligen Funktion seines Geburtshauses als vielmehr die Tradition der Familie, durch die Otto Winterer das Talent und die Leidenschaft zum erfolgreichen Wirken und Verwalten im Dienste eines städtischen Gemeinwohls buchstäblich in die Wiege gelegt bekam. Seine Mutter Rosalie war die Tochter des Ettenheimer Stadtschultheißen Kollofrath und auch sein Vater Viktor, der als Bäcker zugleich im Ettenheimer Stadtrat saß, stammte ebenfalls aus einer Familie von Schultheißen.

Otto Winterer wuchs in politisch bewegten Jahren auf, doch die bildungsbürgerlichen Ambitionen seiner Eltern gewährleisteten ihm und seinen Geschwistern Albrecht (der später eine Anwaltkanzlei in Konstanz betrieb) und Luise (die einen Freiburger Hauptlehrer heiratete), eine gute schulische Ausbildung. Parallel zum Besuch der Ettenheimer Volks- und Bürgerschule erhielt Otto Winterer privaten Lateinunterricht, der ihm den Besuch eines Gymnasiums ermöglichen sollte. Mit 14 Jahren wechselte er auf das Großherzogliche Lyceum in Freiburg (das heutige Berthold-Gymnasium), um 1865 nach dem Abitur zunächst in Freiburg und dann in Heidelberg Rechts- und Staatswissenschaften zu studieren.

Winterers Jurastudium wurde zum Beginn einer steilen beruflichen Karriere: mit 22 Jahren bestand er 1868 das erste und mit 25 Jahren das zweite Staatsexamen, trat nach einem dreijährigen Rechtsreferendariat 1871 in den badischen Staatsdienst ein und war in den Amtsgerichten und Bezirksämtern von Freiburg, Breisach, Müllheim und Wolfach beschäftigt. 1874 wurde er Amtmann in Mannheim, bereits zwei Jahre später dann Amtsvorsteher in Buchen und am

<sup>1</sup> Vgl. Dieter Weis, Zum ehemaligen Ettenheimer Stadtschreiberhaus. In: Geroldsecker Land 56, 2014, S. 149–158, bes. S. 149 u. S. 155.



4. April 1877 – mit gerade einmal 31 Jahren – Oberbürgermeister von Konstanz. Trotz eines rigorosen Sparkurses brachte Winterer in den elf Jahren seiner Amtszeit die finanziell ruinierte Bodenseestadt entscheidend voran und vertrat den städtischen Wahlkreis Konstanz von 1883 bis 1889 als Fraktionsmitglied der Nationalliberalen Partei in der Zweiten Kammer der Badischen Ständeversammlung. Die größte Herausforderung seines Lebens wartete auf den engagierten, als vorausschauend und durchsetzungsfähig bekannten Politiker aber dort, wo er seine schulische und universitäre Ausbildung genossen hatte. Ein Wahlkomitee des Freiburger Bürgerausschusses hatte Winterer im Februar 1888 die Nachfolge des zurückgetretenen Oberbürgermeisters Carl Schuster angetragen. Nachdem der Freiburger Beigeordnete Bürgermeister Emil Thoma seine ursprünglich geplante, eigene Kandidatur zurückzog, wurde Winterer im Alter von 42 Jahren am 24. Mai 1888 schließlich als einziger Bewerber von den 111 abstimmenden Wahlberechtigten des Bürgerausschusses zum neuen Oberbürgermeister von Freiburg gewählt.

Mit dem Dienstantritt des neuen Oberbürgermeisters 1888 – im gleichen Jahr wurde Winterer übrigens auch zum Ehrenbürger von Konstanz ernannt – begann eine neue Ära für Freiburg, das in jener Zeit noch alles andere als eine Metropole war. Zwar hatte sich die Einwohnerzahl bereits in der Amtszeit von Winterers Vorgänger Carl Schuster zwischen 1871 und 1888 von knapp 25.000 auf 41.500 erhöht. Die Stadt war aber noch immer auf die stark reduzierte Fläche beschränkt, die während der französischen Herrschaft im 17./18. Jahrhundert durch die von Sébastien Le Prestre de Vauban (1633–1707) errichteten Festungsanlagen entstanden war, und entbehrte vieler, in anderen deutschen Städten bereits längst schon üblicher Einrichtungen. Und so kam es unter Otto Winterer zu nachhaltigen infrastrukturellen und städtebaulichen Veränderungen, durch welche die Gründerzeit und der Historismus in Freiburg auch als „Wintererzeit“ bezeichnet werden und dem Namensgeber auch den ehrenvollen Titel des „zweiten Stadtgründers“ (nach der ersten Gründung durch die Zähringer) einbrachten.<sup>2</sup> In Winterers Amtszeit entstanden zahlreiche neue Gebäude, etwa das Stadttheater und die „neue“ Universität (Kollegiengebäude I), er veranlasste den Bau von Schulen und neuen Gewerbe- und Wohnquartieren wie dem Stühlinger im Westen und dem Güterbahnhof im Norden der wachsenden Innenstadt und sorgte dafür, dass die Stadtteile Herdern und Wiehre mit dem Lorettoberg von finanzkräftigen Neubürgern aus Norddeutschland und dem Ruhrgebiet bevölkert wurden.<sup>3</sup> Die Stadt erhielt eine

<sup>2</sup> Peter KALCHTHALER, Freiburgs zweiter Gründer. Wiedersehen! Vor 100 Jahren endete die „Wintererzeit“, benannt nach dem langjährigen Oberbürgermeister Otto Winterer. In: Badische Zeitung, Ortsbeilage Freiburg im Breisgau vom 21. Mai 2013.

<sup>3</sup> Heinrich MÜLLER, Oberbürgermeister Dr. Otto Winterer – Ein Vierteljahrhundert Entwicklungsgeschichte der Stadt Freiburg, Freiburg 1916; Wolfgang HERTERICH, Dr. Otto Winterer, Freiburgs großer Oberbürgermeister 1888 bis 1913. In: Freiburger Almanach 43, 1992, S. 57–64; vgl. auch [http://de.wikipedia.org/wiki/Otto\\_Winterer](http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Winterer) (Datum des letzten Zugriffs: 31. Oktober 2014).

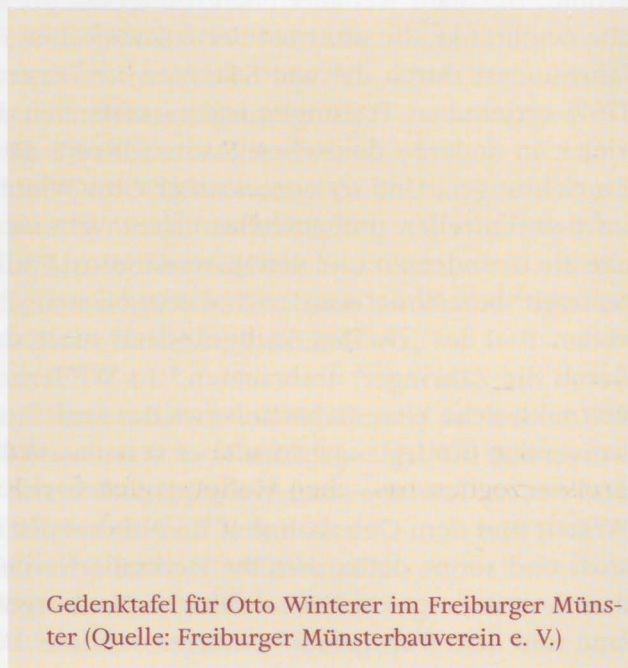
neue Wasserver- und Entsorgung und die Bächle mussten zugunsten des Straßenverkehrs an den Rand elegant konzipierter „trottoirs“ weichen<sup>4</sup>, damit auch die 1901 eingeführte Straßenbahn ungehindert fahren konnte, deren Energie vom ebenfalls neuen Elektrizitätswerk geliefert wurde. Der Aufschwung der Stadt zeigte deutlich messbare Spuren: im Jahr 1910 hatte sich die Einwohnerzahl Freiburgs auf 83.000 Menschen verdoppelt, darunter mehr als 3.000 Studenten.

„Winterers Bestreben war: Freiburg sollte Alles bieten, um den berechtigten neuzeitlichen Ansprüchen der Bürger und Fremden genügen zu können; andererseits wollte er vom alten Freiburg nichts untergehen lassen was erhalten zu werden verdient“.<sup>5</sup> Und so bestanden die baulichen Maßnahmen seiner Regierungszeit aus einer eigentümlichen, für seine Zeit aber keineswegs ungewöhnlichen Mischung von innovativer Stadtplanung und restriktiver Denkmalpflege. „Ein Dorf hat Dächer, eine Stadt hat Türme!“ ist einer der berühmtesten Aussprüche des rhetorisch begabten, wortgewaltigen Juristen Otto Winterer, mit dem er sich für den Erhalt von Martins- und Schwabentor einsetzte und diese aufstocken ließ, damit sie sich, von Weitem sichtbar, von den Häusern der Altstadt hervorhoben. „In der Tat hat Freiburg zu keiner Zeit so viele neue Turmbauten bekommen, wie in den Jahren unter Otto Winterer“<sup>6</sup>, und zur Pflege des schönsten und ehrwürdigsten Turmes im Reigen des pittoresken, neuen Freiburger Stadtbildes wurde 1890 unter Winterers maßgeblicher Initiative der Freiburger Münsterbauverein

<sup>4</sup> Joachim SCHECK und Magdalena ZELNER, Das Freiburger Bächlebuch, 2. überarbeitete Auflage, Freiburg 2012.

<sup>5</sup> MÜLLER 1916 (wie Anm. 3) Vorwort, S. V.

<sup>6</sup> KALCHTHALER (wie Anm. 2).



Gedenktafel für Otto Winterer im Freiburger Münster (Quelle: Freiburger Münsterbauverein e. V.)



Otto Winterer (1846-1915), Oberbürgermeister von Konstanz (1877-1888) und Freiburg (1888-1913) war ein Kind des Geroldsecker Landes (Quelle: Freiburger Münsterbauverein e. V.)



gegründet.<sup>7</sup> Dabei waren die konservatorischen Maßnahmen keineswegs dem reinen Selbstzweck geschuldet. Vielmehr erkannte Winterer darin auch das gewaltige wirtschaftliche Potenzial, das Freiburgs Erscheinungsbild für den aufkommenden Tourismus bot.<sup>8</sup> Dieser touristischen Inwertsetzung widmete Winterer auch die Umgestaltung des Schlossberges zum Naherholungsgebiet und die Anlage von Panoramawegen auf den Hängen des Stadtwalds rings um Freiburg mit einer grandiosen Aussicht auf die Silhouette der Stadt. Hinzu kamen die neuen Häuser mit ihren historisierenden Fassaden, welche die geeignete „Wohlfühl-Kulisse“ für ein wohlhabendes, touristisch ambitioniertes Zielpublikum boten.

Trotz aller Erfolge blieb Winterer, den uns das berühmte Foto des großherzoglich-badischen Hoffotografen Carl Ruf als stattliche und selbstbewusste Erscheinung mit Amtskette und sämtlichen Auszeichnungen sowie dem in der Studentenverbindung Corps Suevia erlangten Schmiss auf der linken Wange präsentiert, zeitlebens ein bescheidener Mann. Zwar leistete er sich ein Arbeitszimmer, das zu

<sup>7</sup> Vgl. Yvonne FALLER / Heike MITTMANN / Stephanie ZUMBRINK, Die Münsterbauhütte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Freiburg 2012, S. 32 mit weiterer Literatur.

<sup>8</sup> Vgl. Rüdiger HITZ, Entstehung und Entwicklung des Tourismus im Schwarzwald – Das Beispiel Hochschwarzwald 1864–1914 (Freiburg 2011).

den schönsten Räumen im Neuen Rathaus zählte und nach dem Vorbild einer Stube im Südtiroler Schloss Velthurns gestaltet worden war<sup>9</sup>, weshalb Winterer mitunter auch als der „Romantiker auf dem Ratssessel“ bezeichnet wurde. Zusammen mit seiner Ehefrau Maria, welche übrigens eine Tochter des Direktors der Ettenheimer Volks- und Bürgerschule war und den insgesamt zehn Kindern (von denen allerdings vier früh verstarben) wohnte er in einer sehr bescheidenen Dienstwohnung im Alten Rathaus nebenan. Erst nach seiner Pensionierung am 24. Mai 1913 – auf den Tag genau 25 Jahre nach seiner Bürgermeisterwahl – zog Winterer schließlich nach Herdern in eine Villa in der nach ihm benannten Wintererstraße.

Otto Winterer starb zwei Jahre nach Beendigung seiner Dienstzeit am 26. Februar 1915 im Alter von 69 Jahren an einem schweren Magenleiden im Herdermer St. Josefskrankenhaus und wurde auf dem Freiburger Hauptfriedhof beerdigt. Nicht nur in Freiburg, sondern auch in seiner Geburtsstadt Ettenheim erinnert ein Straßennamen an den „zweiten Gründer Freiburgs“,<sup>10</sup> der mehr als die Hälfte seines Lebens (insgesamt 36 Jahre) als Bürgermeister gewirkt hatte.

<sup>9</sup> Peter KALCHTHALER, Freiburg und seine Bauten. Ein kunsthistorischer Stadtrundgang, 4. neu bearbeitete Auflage, Freiburg 2006, S. 22–27, bes. S. 26 f,

<sup>10</sup> Erika SIEBERTS, Straßennamen erzählen: 36 Jahre lang Oberbürgermeister. BZ-Serie (Teil 13): Die Wintererstraße erinnert an den Baumeister des modernen Freiburgs. In: Badische Zeitung, Ortsbeilage Ettenheim vom 3. November 2012.

Das Familien-  
grab von Otto  
Winterer auf  
dem Freiburger  
Hauptfriedhof.





# 's Milchhiesl ✓

Die Geschichte der einstigen Ottenheimer Milchsammelstelle

Von Martin Frenk

„Wenn Steine sprechen könnten....“ heißt es, und man verbindet damit die Gewissheit, dass sie es ja doch nicht können. Aber wenn alte Mauern tatsächlich von vergangenen Zeiten erzählen könnten, dann hätte das unscheinbare Häuschen in der Ottenheimer Hintere Straße 7 bestimmt gar Vieles zu berichten. Dieses kleine Haus, in dem die örtliche Milchsammelstelle untergebracht war, ist ein ganz besonderes bauliches Stück Dorfgeschichte. Denn es hat so manches gesehen und erlebt, das zu schildern vermutlich eine überaus umfangreiche Aufzeichnung ergeben würde. Das „Milchhiesl“, wie das kleine Haus bis heute in Ottenheim genannt wird, wurde 1939 gebaut und diente bis zu seiner Schließung in den 1980er Jahren der Milchlieferung und als Milchsammelstelle der Ottenheimer Landwirte. Das Haus ist sozusagen ein Dorfmöbel, das als nostalgisches Überbleibsel einer längst vergangenen Epoche nicht nur von sich selbst, sondern auch sehr viel über Ottenheim und dessen Einwohner erzählen könnte. Zumal die Milchzentrale schon am frühen Morgen und erst recht am Abend der Ottenheimer Kommunikationsmittelpunkt und dazu auch noch täglicher Treffpunkt der ländlichen Jugend war.

## Ein kleiner Rückblick in die Geschichte von Milchproduktion und Vermarktung

Aber wie kam es zum Bau dieser zentralen Milchsammelstelle? Ein Blick zurück in die Geschichte der Arbeit des Bauern gibt Aufschluss. Bis vor etwas mehr als einem halben Jahrhundert bestritten die Einwohner in den überwiegend bäuerlich strukturierten Dörfern ihren Lebensunterhalt fast ausschließlich mit der heimischen Landwirtschaft. In jedem Ort gab es zwar auch einige Handwerker, die aber alle zusätzlich zu ihrem erlernten Beruf noch eine kleine Nebenerwerbslandwirtschaft betrieben. So befand sich praktisch bei jedem Haus ein landwirtschaftliches Ökonomiegebäude mit einem mehr oder weniger großen Viehstall. Traditionell diente die Kuh im landwirtschaftlichen Betrieb als Zugtier, Milch- und Fleischlieferant sowie als Düngerproduzent. In den überwiegend kleinbäuerlichen Strukturen waren Pferde wenig rentabel, so dass sich ihre Haltung

nicht lohnte bzw. sich dies nur wenige Bauern leisten konnten. Obwohl man mit einem Kuhfuhrwerk nicht so schnell vorankam wie mit einem Pferd, so gab eine Kuh jeden Tag noch Milch und sie konnte, sofern sie nicht mehr zum Zuge tauglich war, immer noch gemästet und geschlachtet werden. Dagegen musste ein altes oder krankes Pferd in aller Regel dem Abdecker überlassen werden. Auch von der Fütterung her gesehen war eine Kuh weitaus genügsamer als ein Pferd. So lag es nahe, dass die vielfach einzige Kuh im Stall neben ihrer originären Aufgabe als täglicher Milchlieferant zusätzlich auch noch als Arbeits- und Nutztier herangezogen wurde. Nachdem zu Beginn des Zweiten Weltkrieges die Landwirte den Großteil ihrer Pferde zum Kriegseinsatz an die deutsche Wehrmacht abgeben mussten, waren es fast ausschließlich Kühe, da und dort auch noch Ochsen, die als Zugtiere eingespannt wurden.

Die produzierte und nicht für den Eigenverbrauch oder für den Direktverkauf im Umkreis des Hofes benötigte Kuhmilch übergaben die Ottenheimer Bauern einem privaten Milchhändler, dem so genannten „Milcher“. Dieser transportierte sie mit seinem Pferdefuhrwerk nach Lahr und verkaufte sie in den ihm speziell zugewiesenen Straßen. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hatten Johann Baptist Ziegler<sup>1</sup> und Johann Georg Maurer XII<sup>2</sup>, sowie Franz Xaver Naudascher<sup>3</sup> jeweils solch eine private Milchsammelstelle eingerichtet. Später transportierten „Frachtfuhrmann“ Johann Georg Heimbürger XII.<sup>4</sup>, Gustav Maurer<sup>5</sup> und Karl-Albert Langenbach<sup>6</sup> die Milch der Ottenheimer Landwirte nach Lahr und boten von ihrem Karren aus das „weiße Nass“ zum Verzehr an. Ein Pfiff aus einer Trillerpfeife von dem auf dem Wagen stehenden „Milcher“ kündete den Verkauf auf offener Straße an. Daraufhin kamen die Hausfrauen aus den Häusern, um den jeweiligen Tagesbedarf an Milch zu kaufen. Aus den Milchkannen schöpfte der „Milcher“ mit einer speziellen „Milchschapf“ die gewünschte Menge in das mitgebrachte „Milchkännel“ um.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Johann Baptist Ziegler (18.3.1854 – 1.10.1915); vgl. Ortschaftsbuch Ottenheim (OSO) 4516

<sup>2</sup> Johann Georg Maurer XII. (9.11.1869 – 26.6.1943); vgl. OSO 2322

<sup>3</sup> Franz Xaver Naudascher (13.11.1845 – 1.1.1919); vgl. OSO 2550. Obwohl der Familienna-

me Naudascher in Ottenheim heute nicht mehr existiert, werden die in dem Anwesen lebenden Nachkommen nach wie vor als „s Milchers“ bezeichnet.

<sup>4</sup> Johann Georg Heimbürger XII. (7.8.1859 – 20.9.1920); vgl. OSO 1240

<sup>5</sup> Gustav Maurer (3.3.1899 – 3.4.1958); vgl. OSO 2351

<sup>6</sup> Karl Albert Langenbach (25.3.1901 – 28.3.1958); vgl. OSO 1879

<sup>7</sup> Ingrid Dunker hat den Lahrer Straßenverkauf der Milch und die später in Lahr zahlreich vorhandenen Milchläden beschrieben: Ingrid DUNKER, Milchlädle. In: Der Storchenturm 9/2005



Gustav Maurer  
(d'r Mür Güscht)  
als Milcher in  
Lahr in der  
Schillerstraße.  
Links auf dem  
Bock Ernst Rieth.



Milch war seinerzeit ein unverzichtbares Nahrungsmittel für Kinder im ersten Lebensjahr, sofern sie nicht gestillt wurden, und sie war auch ein wichtiges Grundnahrungsmittel für heranwachsende Kinder. Welche Bedeutung der Milch beigemessen wurde, wird daran deutlich, dass im September 1915 ein Verbot erlassen wurde, wonach Milch und Sahne nicht mehr zum Backen von Kuchen verwendet werden durften. Am 11. November 1915 wurde im Rahmen der allgemeinen Lebensmittelrationierung des Ersten Weltkrieges eine reichsumfassende Bewirtschaftung von Milch eingeführt. Die entsprechende Verordnung vom 11. November schrieb vor, dass Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr und stillende Mütter je einen Liter, ältere Kinder einen halben Liter und Kranke eine Menge bis zu einem Liter Milch auf ärztliche Bescheinigung pro Tag erhalten sollten. Zugleich wurde jedoch auch festgelegt, dass die Ration beginnend bei den älteren Kindern entsprechend herabgesetzt werden kann, wenn die erforderliche Milchmenge nicht zur Verfügung steht. Alle übrigen Personen bzw. Haushaltungen hatten wohl Karten, erhielten aber äußerst selten oder überhaupt keine Milch.<sup>8</sup> Auf Grund der damals vorherrschenden unhygienischen bäuerlichen Produktionsstruktur war Milch jedoch ein idealer Nährboden für Bakterien und gehörte deshalb zu den empfindlichsten aller Handelswaren. Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts gab

<sup>8</sup> Vgl. Andreas MICHAELIS, Die Lebensmittelrationierung <http://www.dhm.de/lemo/html/wk1/alltag/ration-lebens/index.htm> (zuletzt abgerufen am 2.10.2014)



es zudem kaum Möglichkeiten, Milch zu kühlen. Das Produkt war also auch deshalb sehr leicht verderblich. Oft wurde der Tod von Kindern auf den Verzehr von verdorbener Milch zurückgeführt. Es ist deshalb leicht nachvollziehbar, dass dieses seinerzeit unverzichtbare Grundnahrungsmittel für Kinder schon sehr früh die Gesundheitspolizei beschäftigte. Dennoch dauerte es bis zum 1. Januar 1932, bis das Reichsmilchgesetz<sup>9</sup> in Kraft trat. In diesem „Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten“, das in modifizierter Form bis heute Gültigkeit hat, ist alles Wesentliche geregelt. Es stellt Milchfälschung und Verbrauchertäuschung unter Strafe. Es verpflichtet Bauern zu Sauberkeit - Melken nur mit nacktem Unterarm - und es sieht vor, dass Milch nur an autorisierte Molkereien abgegeben werden darf. Darüber hinaus werden die Milcherzeuger verpflichtet, die Milch, die sie in den Verkehr bringen, nur an bestimmte, dafür autorisierte Molkereien zu liefern. Deshalb konnten die dörflichen Milchhändler ihre Milch nicht mehr „frei verkaufen“, sondern mussten sie in die Lahrer Milchsammelstelle anliefern. Diese „Milchzentrale“ mit Milchreinigungs- und Tiefkühlanlage war auf dem ehemaligen „Tramplere'schen Anwesen“ in der Kaiserstraße, dort wo sich später die „Filmpalette“ befand, eingerichtet<sup>10</sup>. Hier erhielten die örtlichen Milchhändler die gereinigte und geprüfte Milch zum Weiterverkauf in den Straßen des zugewiesenen Verkaufsbezirks. Dieser Lahrer Milchzentrale war jedoch nur eine kurze Zeit der Eigenständigkeit beschieden. Denn im Rahmen der Gesetzgebung im Reichsnährstand<sup>11</sup> wurde am 27. März 1934 mit der „Verordnung über den Zusammenschluss der deutschen Milchwirtschaft“ die Schließung und Zusammenlegung von Molkereien festgelegt<sup>12</sup>. Diese Anordnung wurde in Lahr durch Beschluss des Lahrer Stadtrates vom 25. September 1934 umgesetzt. Das bedeutete, dass die Lahrer Milchzentrale aufgelöst und am 1. Oktober 1934 in die Offenburger Zentralgenossenschaft integriert wurde. Da mit diesem Gesetz jedoch auch jegliche Weiterverarbeitung der Milch auf dem Bauernhof und die Direktvermarktung von Milch und Milchprodukten verboten war, wurde für alle milchproduzierenden Bauern die Ablieferung der nicht im eigenen Haushalt benötigten Milch zur Pflicht. Und so musste auch überall das Verbot der Direktvermarktung von bäuerlichen Milchprodukten umgesetzt werden. In Ottenheim erfolgte dies mit der am 10. Mai 1934 gegründeten Milchgenossenschaft<sup>13</sup>. „Milcher“ Karl Albert Langenbach beantragte beim damaligen Landratsamt Lahr die Erlaubnis zum Betrieb eines Unternehmens zur Abgabe von Milch in die Stadt Lahr<sup>14</sup>. Gleichzei-

<sup>9</sup> Reichsmilchgesetz vom 31. Juli 1930, in: Reichsgesetzblatt Jg. 1930, Teil I, S. 421-431

<sup>10</sup> Vgl. StadtA Lahr Bauamt 658

<sup>11</sup> Der „Reichsnährstand“ war eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, in der alle in der Landwirtschaft, in der Fischerei und im Gartenbau tätigen Betriebe, Verbände sowie die Landwirtschaftskammern zwangsvereintigt wurden.

<sup>12</sup> Verordnung über den Zusammenschluss der deutschen Milchwirtschaft vom 29. März 1934, in: Reichsgesetzblatt Jg. 1934, Teil I, S. 259-262

<sup>13</sup> StaatsAFR G 16/8 Nr. 1304

<sup>14</sup> StaatsAFR B 717/2 Nr. 614



tig stellte er in seinem Anwesen in der Lange Straße 118 (heute Vogesenstraße 6) entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung, so dass dort eine zentrale Milchsammelstelle eingerichtet werden konnte. Nunmehr konnten die Landwirte morgens und abends ihre Milch abliefern. Diese wurde in Kannen zum Milchhäusle geschafft. Jeder Lieferant brachte seine Stempelkarte mit, in die die jeweils abgelieferte Literzahl eingetragen wurde. So kamen jeden Tag zwischen 900 und 1.000 Liter Milch zusammen<sup>15</sup>, die in 40 Liter fassende, verzinkte Kannen gefüllt und bis zum Abtransport nach Lahr zur Kühlung in ein Wasserbecken gestellt wurde. Jeweils zum Monatsende gab es für die Milchbauern das „Milchgeld“. Es war bei nahezu allen bäuerlichen Familien das Haushaltsgeld. Wenn die Kühe in der Erntezeit verstärkt im Arbeitseinsatz waren, gab es natürlich weniger Milch und auch weniger Geld. Den Milchtransport von Ottenheim nach Lahr übernahm Langenbach zunächst noch mit dem Pferdefuhrwerk und später mit seinem Kraftdreirad der Marke Goliath.

Während mit dieser Vorschrift und der eingerichteten Milchsammelstelle Gustav Maurer seinen Milchtransport nach Lahr einstellen musste, stellten die 200 Liter, die täglich auf dem Ottenheimer Reiterhof produziert wurden, einen Sonderfall dar. Mit einer Ausnahmegenehmigung ausgestattet aber durch regelmäßige staatliche Kontrollen überwacht konnte Hofbauer Ernst Reitter<sup>16</sup> diese an ausgewählte Lahrer Kunden direkt verkaufen. Hierzu fuhr der auf dem Hof angestellte Melker Johann Ziegler<sup>17</sup> (Sohn von Johann Baptist Ziegler) täglich nach Lahr und lieferte die Milch an den festen Kundenstamm aus. Diese Ausnahme dauerte bis nach der Landung der Alliierten im November 1944 an, in deren Folge die Front nach 1939/40 ein zweites Mal an den Rhein verlegt worden war.

### Das „Milchhiesl“ wird gebaut

1939 errichtete die Milchgenossenschaft Ottenheim in der Hintere Straße ein kleines Häuschen mit einer typischen Rampe und Treppenaufgang, in dem eine zentrale Sammelstelle mit Verkaufsraum eingerichtet wurde. In den Räumlichkeiten gab es sämtliche Gerätschaften zur Kühlung wie auch der geforderten hygienischen Aufbewahrung von Milch. Sehr schnell wurde das Haus in Ottenheim nur noch als „'s Milchhiesl“ bezeichnet. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Ende der Zwangsbewirtschaftung der ersten Nachkriegsjahre führten die Ottenheimer ihr „Milchhiesl“ als zentrale örtliche Sammelstelle weiter. Betrieben wurde es seit Anfang

<sup>15</sup> StaatsAFR G 16/8  
Nr. 1304

<sup>16</sup> Ernst Reitter (9.6.1887 – 19.10.1963); vgl. OSO 2987

<sup>17</sup> Johann Ziegler (12.2.1882 – 31.7.1957); vgl. OSO 4523

der 1950er Jahre durch die örtliche Spar- und Darlehnskasse, in die die örtliche Milchgenossenschaft nach Kriegsende integriert worden war.

Zunächst war Frieda Schuldis geb. Schwärzel<sup>18</sup> für den ordnungsgemäßen Betrieb im Ottenheimer „Milchhiesl“ verantwortlich. Nach deren Tod im Jahre 1953 übernahm Hilda Marx geb. Maurer<sup>19</sup> die Leitung der Ottenheimer Milchsammelstelle<sup>20</sup>. Jeden Morgen und jeden Abend lieferten die Ottenheimer Landwirte den Inhalt in ihren gefüllten Milchkannen hier ab. Zunächst erfolgte die exakte Messung und Registrierung der angelieferten Menge. Anschließend wurde die Milch noch einmal gereinigt und über einen installierten Metall-Flächenkühler in einen Sammelbehälter geleitet. Abends konnten die Ottenheimer, die über keine eigene Milchproduktion verfügten, ihren Tagesbedarf käuflich erwerben. Die nach dem Verkauf nicht benötigte Milch ging zunächst in die Lahrer Außenstelle der Offenburger Milchzentrale, später wurde sie direkt in die Schwarzwald-Milch GmbH in Offenburg angeliefert. Den Milchtransport übernahm nach dem Zweiten Weltkrieg der Meißenheimer Fuhrunternehmer Hermann Biegert<sup>21</sup>. Anstelle des jeweiligen örtlichen Milchhändlers transportierte er nun die Milch aus allen Gemeinden im Ried zwischen Altenheim und Wittenweier in die Lahrer und später in die Offenburger Molkerei. Später wurde diese Aufgabe von Hermann Biegerts Sohn Robert<sup>22</sup> übernommen.

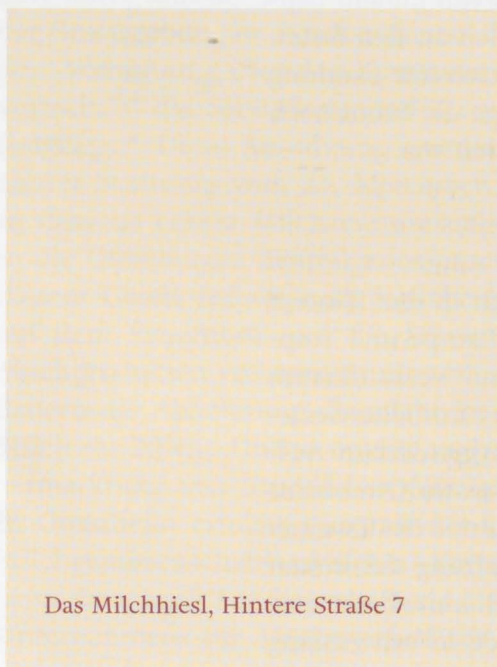
<sup>18</sup> Frieda Schuldis geb. Schwärzel (23.7.1902 – 18.11.1952); vgl. OSO 3519

<sup>19</sup> Hilda Marx geb. Maurer (23.10.1919 – 31.3.2007); vgl. OSO 2127

<sup>20</sup> StaatsAFR G 16/8 Nr. 1305

<sup>21</sup> Hermann Biegert (31.1.1911 – 18.11.1952); vgl. OS Meißenheim 142

<sup>22</sup> Robert Biegert (31.8.1935); vgl. OS Meißenheim 149



Das Milchhiesl, Hintere Straße 7





## Das Haus hat als örtliche Milchzentrale ausgedient

Das nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzende so genannte Wirtschaftswunder und der damit verbundene Wandel im dörflichen Zusammenleben zogen enorme technische, gesellschaftliche und auch kulturelle Veränderungen nach sich. Dabei gingen viele Dinge des dörflichen Alltags verloren, an die man heute gerne, da und dort auch mit etwas Wehmut, zurückdenkt. Diese Neuorientierung machte auch vor der Landwirtschaft nicht Halt. Die Entwicklung und Strukturveränderung ging auch hier immer mehr zu größeren Betriebseinheiten. Auf Grund dieses stetig fortschreitenden landwirtschaftlichen Strukturwandels nahm die Zahl der kleinbäuerlichen Betriebe von Jahr zu Jahr ab. Bei der Milchproduktion kam noch hinzu, dass immer neue, immer strengere Hygieneverordnungen den Rohmilchverkauf zugunsten der Versorgung mit pasteurisierter Milch über den Lebensmittelhandel drastisch einschränkten. Dies führte auch in Ottenheim dazu, dass immer mehr bäuerliche Betriebe die Milchviehhaltung aufgaben, während andere immer größer wurden und sich auch immer mehr Milchvieh hielten. Und so war es plötzlich wirtschaftlicher, die Milch durch Tankwagen (samt Kühleinrichtung) direkt auf den Höfen abzuholen. Diese geänderten Produktions- und Vertriebsstrukturen in der landwirtschaftlichen Milchproduktion waren es dann auch, die zu Beginn der 1980er Jahre zur Schließung der Ottenheimer Milchsammelstelle führten.

Damit war in Ottenheim das „Milchhiesl“ oder „d' Milchzentral“, wie das kleine Haus in der Hintere Straße im Dorf auch noch genannt wurde, zur Vergangenheit geworden. Mit dieser Schließung verloren die Ottenheimer auch eine in jener Zeit nicht zu unterschätzende soziale Funktion. Denn das kleine Häuschen war nicht nur die örtliche Milchsammelstelle, sondern auch die lokale Nachrichten- und Informationszentrale und dörfliches Kommunikationszentrum. Während die älteren Ottenheimer mit „d'r Milchzentral“ ein allabendliches Schwätzchen verbinden, so sind es für die nur etwas wenig jüngeren eher schöne Erinnerungen an die einstige jugendliche Unbekümmertheit. Denn hier kamen Bewohner aller Generationen des Dorfes zusammen. Zumal ein Mitglied fast jeder Familie des Dorfes beim „Milchhiesl“ vertreten war. Und so wurde hier alles, was im Dorf passiert war, „durchgehechelt“. Die ältere Generation im Dorf nutzte das „Milchhiesl“ zu einem „Schwätzl“ oder trug mit dem Insiderwissen, „wer gerade mit wem poussierte“, „wo schon wieder oder auch völlig unerwartet Nachwuchs erwartet wur-

de“ und über vieles andere mehr wesentlich zum Dorfratsch bei. Die dörfliche Jugend dagegen nutzte die Milchanlieferungen vielfach auch, um die ersten „Annäherungsversuche“ zum anderen Geschlecht zu starten, bedeutsame Blicke zu wechseln und so manche erste zarte Bande zu knüpfen. Denn das Abgeben oder das Kaufen von Milch war sehr oft eine Aufgabe der Jugend, zumal der weiblichen. Dass sich die männliche deshalb von selbst einfand, lag in der Natur der Sache. Allerdings ging es im Kreis der Jugend nicht immer nur gemächlich zu. Fahrräder und Mopeds wurden begutachtet und geräuschvoll getestet. Zwischen den Gruppen der Mädchen und Jungen flogen lautstark Scherzworte hin und her. Das wiederum war nicht bei allen gern gesehen und vor allem nicht gern gehört. Wenn es dann mal wieder zu kunterbunt zugging, dann konnte es schon einmal vorkommen, dass Otto Stute<sup>23</sup>, der gegen Ende der „Milchhieslepoche“ gemeinsam mit Hilda Marx sowohl die Milchannahme wie auch den Milchverkauf managte, beim Reinigen der Innenräume urplötzlich die Tür öffnete und den Störenfrieden mit dem Wasserschlauch eine kalte Dusche verpasste. In aller Regel waren die Gemüter dann gekühlt.

<sup>23</sup> Otto Stute  
(25.7.1932); vgl. OSO  
3837

### Schlussbemerkungen

Heute steht das „Milchhiesl“ noch immer an seinem angestammten Platz in der Hintere Straße. Rainer Subgang, der das Häuschen 1998 gekauft hat, baute es zu einem kleinen aber überaus schmucken Wohngebäude um. Da es äußerlich nur geringfügig verändert wurde, können so bei seinem Anblick immer wieder Erinnerungen wach werden an alte, vielfach auch fast vergessene Zeiten, an die typischen Geräusche wie das Klappern der Milchkannen, an die ersten scheuen Tête-à-têtes und noch an vieles andere mehr.



# Auf dem Altar des Mars geopfert? ✓

Industrie und Garnison im 20. Jahrhundert in Lahr

Von Thorsten Mietzner

„Militär und Industrie“ gilt gemeinhin als ein spannungsreiches Begriffspaar. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein pflegte das Bürgertum ebenso wie andere nichtadelige Gesellschaftsschichten und Klassen eine mal stärker, mal schwächer ausgeprägte Abneigung gegen alles Militärische. Thomas Nipperdey formulierte zusammenfassend: „[Zwischen] 1848 und den 60er Jahren [war] eher das Misstrauen gegenüber dem Militär dominant gewesen. Das Militär war teuer, es war privilegiert und exklusiv, anti-zivil und anti-bürgerlich, es war anti-parlamentarisch, innenpolitische Waffe der Gegenrevolution und des Staatsstreichs.“<sup>1</sup> Kurz: Militär galt als unproduktiv, parasitär, undemokratisch und zerstörerisch. Bekanntlich änderte sich das in den 1860er Jahren, doch das gleichzeitige Mit- und Nebeneinander von Industrie und Militär bemerkte noch sehr kritisch um 1900 der katholische Pfarrer und badische Abgeordnete Heinrich Hansjakob: „Heute Nachmittag fiel mir bei der Fahrt hierher am Bahnhof in Dinglingen auf, dass die benachbarte Stadt Lahr an demselben einen Plakatstock aufgestellt hat mit der stolzen Inschrift: ‚Lahr, Industrie- und Garnisonsstadt‘. Man macht in der Regel an Bahnhöfen Plakate, um sich den durchkommenden Fremden zu empfehlen. Ich weiß aber nicht, was der Name Industrie- und Garnisonsstadt für eine Empfehlung sein soll. Eine Industriestadt wird höchstens arbeitslose Leute und eine Garnisonsstadt Dienstmädchen und Köchinnen anlocken. Fremde aber, die sich amüsieren oder erholen wollen, sicherlich nicht. Darum kam mir die Plakattafel vor wie ein Schwabenstreich der guten Lahrer. Über ihrer Stadt sieht man von ferne die neuen Kasernen wie Zwingburgen leuchten, und der Militarismus schaut stolz herab auf das Land ringsrum und auf die Fabrikschlote im Schuttertal. Fabriken und Kasernen sind die zwei Wahrzeichen unserer Zeit, aber keine, die auf wahre Volkswohlfahrt deuten, und je mehr beide ins Zeug schießen, umso schlimmer sieht's aus mit dem Volkswohl. [...] Übrigens ist die Vermehrung der Kasernen und Garnisonen im schönen Lande Baden auch noch ein besonderer Nachteil für die badischen Heiratskandidaten, da die höhern und niedern Weibervölker eine preußische Richtung nehmen. Die preußischen Unteroffiziere und Offiziere sprechen in den Augen dieser Gänse, die den Mann nach dem Tuch beurteilen, viel schöner als die badischen „vom Zivil“. Drum schnappen diesen die Preußen die besseren Dienstmädle und die Töchter der reichen Fabrikanten und Bankiers mit Leichtigkeit weg. Wenn eine „höhere“ Bürgerstoch-

<sup>1</sup> NIPPERDEY, S. 233

*ter gar noch einen militärischen „Herren von“ bekommen, auf ihre Nastücher eine Krone stecken, auf die Briefbogen ein Wappen drucken und sich „gnädige Frau“ titulieren lassen kann, dann opfert ihr bürgerlicher Vater mit Wonne seine sauer verdienten Hunderttausende auf dem Altar des Kriegsgottes.“<sup>2</sup>*

Hansjakob sah Lahr noch mit beiden Begriffen – Industriestadt und Garnisonsstadt – für sich Werbung machen, auch wenn er wenig Verständnis dafür aufbrachte. Im Laufe des 20. Jahrhunderts aber verliert Lahr zwar nicht seinen Status als Garnisonsstadt, wohl aber seine Neigung, dies selbstbewusst und stolz nach Außen hin zu präsentieren. Hier bildet das Jahr 1945 die entscheidende Wende. Postkarten etwa, auf denen die Kasernen oder Soldaten zu sehen sind, sind bis 1918 häufig, in geringerem Maße auch noch bis zum Zweiten Weltkrieg aufgelegt worden und demonstrieren damit das Selbstverständnis der Stadt. Nach dem Krieg jedoch sind (bislang) keine Ansichtskarten aus Lahr nachweisbar, die mit dem militärischen Charakter der Stadt Werbung betreiben.<sup>3</sup>

Die Gründe hierfür – etwa eine allgemeine Ablehnung alles Militärischen in der Bundesrepublik oder der ausländische Charakter der nunmehrigen Truppen in Lahr – können hier nicht erörtert werden. Der Befund aber lässt sich noch durch eine andere Beobachtung erhärten. Zieht man die seit den 1960er Jahren von der Stadtverwaltung herausgegebenen Photo- und Imagebände zu Lahr heran, so fällt auf, dass zwar die Geschichte der Stadt, ihre Industrie und ihre Modernität in Bild und Text eine herausragende Rolle spielen, die in der Stadt anwesenden Soldaten jedoch im Text nur denkbar knapp und in den Bildern gar nicht erwähnt werden. Bei einer Stadt, bei der auf drei Einwohner immerhin ein ausländischer Soldat kam, eine durchaus bemerkenswerte Wahrnehmung und Selbstdarstellung.<sup>4</sup>

Damit unterschied sich die Selbstsicht der Stadt deutlich von den Anfängen ihrer Zeit als Garnisonsstadt. Als 1919, aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrags, das Lahrer Militär die Stadt verlassen musste, entbrannte in dem nun nachgeholtten Oberbürgermeisterwahlkampf sogleich ein heftiger Streit um die Entwicklungsstrategie der Stadt. Der oppositionelle liberaldemokratische Kandidat Gustav Massa formulierte in einem Zeitungsbeitrag: *„Der vorliegende Friedensvertrag dürfte nun endlich auch die letzten der maßgeblichen Persönlichkeiten unserer Stadtverwaltung überzeugt haben, wie falsch es war, alles auf eine Karte zu setzen und die ganze Entwicklung der Stadt einzig*

<sup>2</sup> HANSJAKOB, S. 233 f.

<sup>3</sup> Die Aussage beruht auf der Durchsicht des sehr umfangreichen Postkartenbestandes des Stadtarchivs Lahr. Eine vollständige Sammlung existiert jedoch nicht, so dass denkbar ist, dass noch entsprechende Karten auftauchen.

<sup>4</sup> 1989 lebten und arbeiteten rund 12.600 kanadische Staatsangehörige im Rahmen der Lahrer Garnison in Lahr und der Lahrer Region, in der Stadt selber waren es rund 6.800. Vgl. PAUL, S. 138. Paul gibt „über 8.000“ an, greift damit aber wohl zu hoch. Vgl. die statistischen Angaben vom September 1990 in: Stadtarchiv Lahr, Heizmann 24.



und allein nach der militärischen Seite hin zu verlegen, anstatt rechtzeitig auch Opfer zu bringen für die Ansiedlung von Industrie.“<sup>5</sup> Vor dem Ersten Weltkrieg sah man also in den Stationierungen deutlich eine Entwicklungsvariante der Stadt – eine Sichtweise, die den Verantwortlichen nach 1945 völlig fremd war. Militär, so scheint es, lief hier mehr nebenbei „so mit“.

<sup>5</sup> Lahrer Zeitung v. 20. Mai 1919

<sup>6</sup> Stadtarchiv Lahr, Heizmann 24, Schreiben von OB Werner Dietz an MP Erwin Teufel v. 19.09.1991

Dennoch stellt sich die Frage, welchen Einfluss die Stationierungen auf die wirtschaftliche, zumal die industrielle Entwicklung der Stadt hatten. Im Zusammenhang mit dem kanadischen Abzug ihrer Truppen aus Lahr erwähnte Lahrs Oberbürgermeister Werner Dietz in einem Schreiben an Ministerpräsident Erwin Teufel Behinderungen bei der Industrieansiedlung durch das Militär.<sup>6</sup> Doch führte er dies nicht genauer aus. Aus den Akten der Stadt jedenfalls ist bislang eine misslungene Ansiedlung oder Vergrößerung aufgrund der Garnison nicht nachgewiesen. Und so schwankt denn das Verhältnis von Stadtpolitik und -gesellschaft im Laufe der rund einhundertjährigen Garnisonsgeschichte zwischen ökonomischen Hoffnungen, patriotischer Begeisterung und zurückhaltender Ignoranz. Diese Geschichte soll im Folgenden mit Blick auf das Verhältnis von Garnison und Wirtschaft etwas genauer rekonstruiert werden. Hatte die Stadt ihre ökonomischen Möglichkeiten tatsächlich „auf dem Altar des Kriegsgottes“ geopfert?

<sup>7</sup> Vgl. zur wirtschaftlichen Entwicklung Lahrs im späten 18. und 19. Jahrhundert HESSLÖHL und MIETZNER (1991)

## Die Garnison als Wachstumsimpuls

Lahr war um 1800 eine kleine Landstadt mit rund 4.000 Einwohnern. Mit vier umliegenden Dörfern bildete es zusammen eine Herrschaft, deren Regierung in Wiesbaden saß – Nassau-Usingen. Bereits im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts fand die Kleinstadt den Übergang zur Frühindustrialisierung. 1774 wurde eine Schnupftabakfabrik eröffnet, wenig später erfolgten fabrikmäßige Zichorienverarbeitung und Kartonageproduktion. Um 1860 hatte Lahr bereits über 1.000 Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter und galt als eine der großen Fabrikstädte Badens.<sup>7</sup> 13 Fabriken mit mehr als 20 Mitarbeitern beschäftigten in jenem Jahr 1.030 Arbeiterinnen und Arbeiter, 1895 waren es bereits 40 Unternehmen dieser Kategorie mit über 2.500 Beschäftigten. Von diesen 2.500 Menschen arbeiteten 20 Prozent im Kartonagegewerbe, etwa dieselbe Zahl im Druck- und Verlagsbereich, 17 Prozent im Textilgewerbe, 16 Prozent in der Tabakverarbeitung und rund 9 Prozent in der Zichorienindustrie, um nur die größten

Gewerbe zu nennen. Das heißt aber: Abgesehen von der Druckindustrie hatten sich in Lahr ausschließlich Unternehmen durchgesetzt, denen ein hoher Anteil an Frauen- und Handarbeit, zum Teil auch Heimarbeit zu Eigen war. Es handelte sich also um typische Manufakturgewerbe, die zum einen bestimmte Größenordnungen nicht überschritten, zum anderen Niedriglohngewerbe waren, die den Arbeiterbauern als klassischen Arbeitertypen der Oberrheinebene benötigten.<sup>8</sup>

Diese Gewerbe hatten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur in Lahr, sondern in Form der Zigarrenindustrie auch im Lahrer Umland und in Mittelbaden weit verbreitet. Ab den 1880er Jahren klagte die Lahrer Handelskammer regelmäßig über Arbeitskräftemangel und fehlende Expansionsmöglichkeiten. Bereits zuvor, während des sogenannten Gründerbooms der 1870er Jahre, hatten sich die Grenzen des Lahrer Industrialisierungsmodells gezeigt: Neue, moderne Industrien der zweiten Industrialisierungsphase, besonders in den Bereichen der Metallverarbeitung, der chemiebasierten Industrien oder der Elektroindustrie fanden nicht den Weg in die Stadt. Weder gab es hier die nötigen Arbeitskräfte, noch waren sie aufgrund der Gefahr für das Lohnniveau sonderlich willkommen. Verschiedene Faktoren – etwa eine mangelnde Kapitalausstattung, hohe Energiepreise, eine restriktive Zollpolitik ausländischer Handelspartner sowie Wandel der Konsumgewohnheiten – setzten die exportorientierte Nahrungs- und Genussmittelindustrie weiter unter Druck. Kurz: Die Stadt geriet spätestens ab 1871 in eine veritable Wachstumskrise.<sup>9</sup>

Vor diesem Hintergrund erfolgten bereits ab den 1860er Jahren Bemühungen der Stadt Lahr um Ansiedlung einer Garnison. Der Schritt war zunächst keineswegs selbstverständlich. Bis 1806 waren die Lahrer aufgrund herrschaftlicher Privilegien vom Kriegsdienst freigestellt gewesen. Die Erfahrungen, die man bis ins Zweite Kaiserreich mit Militär gemacht hatte, waren – angefangen beim spät-

<sup>8</sup> Zu den Zahlen vgl. ROTH, S. 78; zum „Arbeiterbauern“: ZIMMERMANN.

<sup>9</sup> Vgl. HESSLÖHL, bes. S. 151 f. Zwar kommt es in Lahr nicht zu Deindustrialisierungstendenzen, aber eine Stagnation ist unübersehbar – besonders im

Vergleich zu konkurrierenden Zentren der Nachbarschaft. Als sehr allgemeiner, aber immer noch aussagekräftiger Indikator soll hierfür die Bevölkerungszahl heran gezogen werden. Bis in die 1850er Jahre zeigte Lahr ein auch im badischen Vergleich

starkes Bevölkerungswachstum, das sich bis in die 1890-er Jahre deutlich abschwächte. Um 1900 wurde die Stadt von ihrer Nachbarstadt Offenburg eingeholt und auf den zweiten Platz in der Ortenau verwiesen.



mittelalterlichen Fehdewesen über die habsburgisch-französischen Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts bis hin zur (preußischen) Besetzung im Anschluss an die Revolution 1849 – ausschließlich negativ gewesen. Der badische Liberalismus des 19. Jahrhunderts zeigte traditionell wenig Neigung zum Militarismus, doch gab es ein bedeutendes Gegengewicht: die französische Nachbarschaft.

Die Badener hatten ein ziemlich eindeutiges Verhältnis zu ihrem französischen Nachbarn. Lahr selbst war 1677 während des Holländischen Krieges im Zuge einer Politik der verbrannten Erde von französischen Einheiten beinahe vollständig niedergebrannt worden. Während der Revolutions- und napoleonischen Kriege ab 1792 zeigte man zwar Sympathien für die Ideen der Revolution, kaum aber für die Revolutionstruppen. Die Erfahrungen dieser Zeit wirkten nach. Während der sogenannten „Rheinkrise“ 1840 gingen die patriotischen Emotionen hoch, im Frühjahr 1848 führte die sogenannte „Franzosenpanik“ zu teils spontaner Selbstbewaffnung zahlreicher badische Dörfer und Kleinstädte. Die zugrundeliegende Angst war immer dieselbe: Der Franzose kommt über den Rhein.

Damit befand sich aber besonders der badische Liberalismus in einem Dilemma: Denn das Einzige, was er eigentlich noch weniger mochte als den Franzosen, war der Preuße. Bis 1866 dominierte die

Der Bau der Infanteriekaserne im Jahr 1898.  
StadtA Lahr BildA II  
A 195



Distanz zur preußischen und bismarckschen Politik, dann vollzog sich unter dem neuen Ministerpräsidenten Karl Mathy die Wende, und Baden wurde – im Kontext eines geheimen, aber umfassenden Schutz- und Trutzbündnisses der beiden Staaten – Preußens treuester Verbündeter im deutschen Süden. Es war der badische Großherzog Friedrich I., der am 18. Januar 1871 in Versailles das erste Hoch auf den neuen deutschen Kaiser ausbrachte.<sup>10</sup>

In diesem Kontext war es also denkbar, dass eine im Grundsatz treu-liberale badische Kleinstadt mit alter protestantisch-kaufmännischer Tradition sich in den 1860er Jahren aus wirtschaftlichen Gründen für eine Garnison aussprach. Freilich funktionierte das nicht im ersten Anlauf. Erst dreißig Jahre später, im Zuge einer erneuten Heeresvermehrung, bekam Lahr 1898 Teile des Infanterieregiments 169 zugewiesen, vier Jahre später des Feldartillerieregiments 66. 1905 kamen somit auf 13.130 Einwohner zusätzlich 1.622 Soldaten, was 11 Prozent der Gesamteinwohnerzahl ausmachte.<sup>11</sup>

Die Stadt hatte die Kasernen auf eigene Kosten gebaut, rund 8,5 Millionen Mark hatten sie gekostet.<sup>12</sup> Zum Vergleich: der jährliche städtische Haushalt lag bei einer halben Million Mark. Der mit dem Reich abgeschlossene Mietvertrag sollte bis in die 1950er Jahre laufen, die vereinbarte Miete deckte Zins und Tilgung. Eigentlich also eine problemlose Sache, die über einen Sonderhaushalt abgewickelt wurde und die üblichen Ausgaben nicht belastete.

Die Strategie der Stadt war, wie schon erwähnt, nicht unumstritten. Lahr befand sich wie die meisten protestantischen Städte Badens fest in nationalliberaler Hand. Kritik an den Stationierungen kam deshalb zunächst nur von den beiden minoritären Strömungen in der Stadt, dem bereits zitierten politischen Katholizismus sowie der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Zeitschrift „Der Volksfreund“ kommentierte 1898: *„Lahr, die große See- und Industriestadt am Rande der Schutter, fand endlich nach 25jährigem Bauchrutschen und Kniebeugen vor Mars, dem Beschützer des Molochs und Krebsübels, das am Mark der Völker zehrt und ihm die besten Kräfte aussaugt, Gnade und Erhörung. Heil dem Förderer dieses menschenbeglückenden Kulturwerks, der es nach 25-jährigen Wallfahren zum Tempel des Mars fertigbrachte, dass demnächst der Militarismus seinen Einzug hier halten kann; unsäglichen Dank ihm, ruft die Lahrer Zeitung im Brustton seiner mordspatriotischen Überzeugung aus.“*<sup>13</sup>

<sup>10</sup> Vgl. zu diesem Komplex: BRANDT.

<sup>11</sup> Zur frühen Garnisonsgeschichte vgl. LIESSEM-BREINLINGER; ELL.

<sup>12</sup> Vgl. ELL, S. 39

<sup>13</sup> Der Volksfreund v. 6.10.1896, zit. n.: CAROLI/STIMPEL, S. 70



Die Kritik der Sozialdemokraten oder Katholiken hatte einen antimilitaristischen Hintergrund, wirtschaftlich wurde nicht argumentiert. Ökonomisch argumentierende Kritik gab es – wie oben bereits erwähnt – erst nach dem Scheitern der Garnisonspläne. Vor 1914 erfahren wir zu dieser Sichtweise nichts, doch könnte das auch an der schlechten Quellenlage bezüglich der Liberaldemokraten liegen. Öffentlich diskutiert wurden die politischen Entscheidungen, die zur Stationierung führten, nicht. Die Lahrer Industriellen hatten jedenfalls nichts dagegen.

1918/19 passierte, was nicht passieren durfte. Aufgrund der Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles fiel Lahr in die zu entmilitarisierende Zone – Anfang 1919 waren bereits beinahe alle Soldaten abgezogen. Es folgte das, was die Erste Lahrer Konversion genannt werden kann. Sie zeichnet sich durch mehrere Faktoren aus:

1. Der Abzug der Soldaten bedeutete zugleich einen starken Kaufkraftverlust für die Stadt. Es kann geschätzt werden, dass die militärischen Einheiten pro Jahr etwa eine Million Mark in der Stadt ausgaben, das Doppelte des städtischen Vorkriegshaushaltes.<sup>14</sup>
2. Durch den Verlust von rund 2.000 Konsumenten entstand nun ein deutlicher Übersatz im Bereich von Handel, Gastwirtschaft und Handwerk. Obgleich die Stadt bis 1925 ihren Bevölkerungsschwund wieder aufholte, blieb ein Defizit.
3. Nun schlug massiv der in der Vorkriegszeit verzögerte Strukturwandel der Lahrer Industrie durch. In den 1920er Jahren schlossen sowohl die Schnupftabak- als auch die Zichorienindustrie ihre Pforten. Hohe Arbeitslosigkeit blieb bis 1936 ein strukturelles Dauerproblem der Stadt.<sup>15</sup>
4. Die Inflation machte kommunale Haushaltspolitik zunehmend unkalkulierbarer. Doch hatte die Inflation zunächst ein janusköpfiges Gesicht. An ihr entschied sich der Erfolg der Konversionsbemühungen.

<sup>14</sup> Dies nach BRAUMANN. Braumann gibt an Sold- und Beschaffungskosten für ein komplettes Regiment (mit drei Bataillonen) 900.000 Mark/Jahr an, in Lahr waren neben Regiments- und Brigadestab zwei Infanteriebataillone und eine Artillerieabteilung stationiert.

Grundsätzlich ist aber Thomas Tippach zuzustimmen, der zum einen betonte, dass die Kaufkraft von Soldaten schnell überschätzt wurde und am Beispiel Koblenz gezeigt hat, dass die konkrete wirtschaftliche Auswirkung einer Garnison auf eine Stadt auch bei hohem Aufwand nur

schwer gemessen werden kann. Auch im Falle Koblenz' wurde wie in Lahr der wirtschaftliche Niedergang der 1920er Jahre in den zeitgenössischen Diskussionen mit dem Abzug der Garnison in Zusammenhang gebracht. Vgl. TIPPACH.

<sup>15</sup> Vgl. MIETZNER (2007).

Die Stadt besann sich nun ihrer traditionellen Mittel, um den Verlust der Garnison wettzumachen. Sie setzte auf Ansiedlung neuer Industrie in den ehemaligen Kasernengebäuden – und das mit durchschlagendem Erfolg. Bis 1922 hatten sich bereits knapp zwei Dutzend neue Unternehmen in den alten Militärgebäuden niedergelassen. Das Geheimnis dieses Erfolges lag in der Inflation. Das Ganze funktionierte wie folgt:

Ein Mannschaftsgebäude etwa kostete beim Bau rund 220.000 Mark. Diesen Betrag legte die Stadt auch ihren Verkaufsverhandlungen zugrunde. Bei Einzug der neuen Unternehmen bekamen diese nun entweder ein Vorkaufsrecht (wenn sie es nur gepachtet hatten) oder kauften das Gebäude gleich – bei mehrjährigem Zahlungsziel. Ergebnis war, dass alle Unternehmen 1921/22 entweder von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machten oder den gestundeten Kaufpreis rasch ganz abbezahlten. Dieser Kaufpreis aber orientierte sich laut Mietvertrag an den Buchpreisen – 220.000 Mark aber waren 1922 nur noch etwas mehr wert als der sprichwörtliche Apfel und das Ei.<sup>16</sup> Das war natürlich – einerseits – Verschwendung von öffentlichem Vermögen und wurde besonders von der kommunistischen Linken im Stadtparlament auch so kritisiert.<sup>17</sup> Andererseits aber konnte die Stadt natürlich ebenso gegenüber den Banken ihre Schulden tilgen. Am 1. Januar 1924 war sie so schuldenfrei wie nie zuvor in ihrer 650-jährigen Geschichte: ein Drittel Goldpfennig wies der Haushaltsplan aus.

Etwa die Hälfte der während der Inflation gegründeten Unternehmen ging in der sog. Reinigungskrise 1924 wieder ein. Einige erwiesen sich jedoch als echte Volltreffer: So zog 1919 aus Straßburg das Zigarettenunternehmen Roth-Händle nach Lahr und führte die Tradition der Tabakverarbeitung im modernen und innovativen Gewand fort. Anfang der 1970er Jahre arbeiteten hier über 2.000 Menschen. Auch der noch 1913 bis 1915 errichtete Zeppelinlandeplatz westlich der Stadt wurde zum Teil in einen Industriestandort umgewandelt. Hier siedelte sich ein Metallbauunternehmen an. Der

<sup>16</sup> Die Bürgerausschussvorlagen (BAV) der Jahre 1919-1921 enthalten zahlreiche Miet- und Kaufverträge. Vgl. etwa BAV v. 22.12.1919 oder BAV v. 22.10.1920. Der Dollarkurs der

Reichsmark lag im März 1922 bei rund 284 Mark pro Dollar (Monatsmittel, 1. Juli 1914 = 4,20 Mark/Dollar), d.h. 220.000 Reichsmark waren hiernach nur noch 1/68 wert.

<sup>17</sup> Vgl. etwa den Redenbeitrag von Karl Unger (USPD) im Bürgerausschuss am 31.12.1919 in Lahrer Zeitung v. 2.1.1920 sowie ders. in der Lahrer Zeitung v. 7.5.1921.



Graslandeplatz, der während des Ersten Weltkrieges einer Jagdfliegerstaffel gedient hatte, blieb jedoch erhalten – wie wir noch sehen werden mit weitreichenden Konsequenzen.

Mitte der 1920er Jahre kann die unmittelbare Konversion als abgeschlossen betrachtet werden. Alle ehemaligen Militäreinrichtungen waren in neuer Nutzung – als Fabrikgebäude, Wohnhäuser oder auch Altenheim. Die Stadt hätte sich an dieser Stelle von ihrem militärischen Abenteuer verabschieden können – tat es aber nicht. Das hatte mehrere Gründe.

1. Die Lahrer konnten sich ebenso wenig wie große Teile der deutschen Gesellschaft mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Versailler Vertrag abfinden. Revanchegefühle und nostalgischer Militarismus beherrschten weite Teile des politischen Lebens. Bereits 1930 wurde die NSDAP stärkste Partei im Stadtrat und Bürgerausschuss.<sup>18</sup>

2. Die neue Lage an der Grenze reflektierte der Südweststaat in der Formel vom „Grenzland“. Diese Wahrnehmung hatte automatisch den Ruf nach staatlicher Unterstützung und militärischem Schutz zur Folge. Trotz aller „Grenzland-Hysterie“, die immer auch übertrieben war, hatte die geographische Lage Lahrs und Badens doch reale Folgen. Investitionen besonders im rüstungswirtschaftlichen Zusammenhang wurden nach 1933 in Baden zunächst kaum getätigt und weitgehend nach Württemberg umgelenkt. Ein bekanntes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die „Umleitung“ der seit den 1920er-Jahren geplanten Autobahn „Hamburg-Frankfurt-Basel“ – die Hafraba – auf der Höhe von Karlsruhe nach Stuttgart. Basel und damit Südbaden wurden erst in den 1960er Jahren an die Autobahn angeschlossen.<sup>19</sup>

3. Unter den Bedingungen der mehrfachen Strukturkrise, die schließlich in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 ihren Höhepunkt fand, konnte die Stadt zunächst keinen krisenfreien Weg zur Konsolidierung einschlagen. Das Bedürfnis nach einer Garnison zur Unterstützung der Stadtökonomie blieb deshalb virulent.

Mit der Einführung der Wehrpflicht 1935 und dem Einmarsch in die entmilitarisierten Rheinlande 1936 wurde auch Lahr erneut mit Militär belegt. Diesmal musste sich die Stadtverwaltung kaum um die Stationierungen bemühen, begrüßte sie jedoch. Bis 1938 wurden im Osten der Stadt neue Kasernen gebaut, die das MG-Bataillon 11 aufnahmen.

<sup>18</sup> MÜLLER

<sup>19</sup> Der „Grenzland-Mythos“ wird in der wissenschaftlichen Literatur bis heute relativ unkritisch rezipiert. Vgl. BLAICH, Die Handelskammer Lahr übte ab 1926 eine Vorreiterrolle in der Meinungsbildung zu diesem Problem aus. Vgl. hierzu DEUSCHLE, S.50 ff.; TRÖNDLE, S. 244, 258 ff.; zur „Grenzlandproblematik“ im Kontexte der nationalsozialistischen Rüstungspolitik vgl. RUCK, bes. S. 117 f.; PETER.

Die Wehrmachtsgarnison blieb im Prinzip Episode – bereits ein Jahr später begann der Zweite Weltkrieg und damit stadtgeschichtliche Sonderbedingungen. Schwere Bombardierungen der Kasernen im Februar 1945 schienen dieser Episode ein schnelles Ende zu setzen. Sie hatte jedoch weitreichende Folgen.

Zum Kern der neuen Garnisonsgeschichte der Stadt nach 1945 wurde nun der Flugplatz. Er war weiterhin nur ein Grasflugfeld, doch ließ sich die französische Besatzungsmacht nun in der Stadt nieder. Anfang der 1950er Jahre wurden die zerbombten Kasernen wieder aufgebaut und der Flugplatz mit einer Betonbahn versehen. Im selben Zusammenhang wurde die französische Garnison deutlich ausgebaut, so dass schließlich rund 5.000 französische Soldaten und ihre Familienangehörigen in der Stadt lebten. Im Westen entstand ein eigenes Stadtviertel für sie.

Mit dem Austritt Frankreichs aus der NATO 1966/67 wurden die ausländischen Truppen ausgetauscht. Die kanadische Luftwaffe, die Frankreich verlassen musste, bezog den ehemals französischen Flugplatz Lahr samt der Kasernen. Mit dem Wandel der kanadischen Militärstrategie wurden die Düsenjägerdivisionen 1970 etwas weiter



In den 1970er und 1980er gehörten sie zum Lahrer Straßenbild: Kanadische Panzer auf dem Weg zum Langenhard.

StadtA Lahr BildA III E



nördlich nach Baden-Söllingen und dafür vormals in Westfalen stationierte motorisierte Infanterie- und Panzereinheiten nach Lahr verlegt. Da in Lahr das Hauptquartier der kanadischen Streitkräfte in Europa eingerichtet wurde, blieb der Flughafen weiter in Betrieb und wurde 1989 noch einmal auf eine Landebahnlänge von rund drei Kilometern ausgebaut. Die Zahl der in Lahr lebenden Kanadier schwankte und betrug 1968 rund 4.350, 1972 rund 7.700 und 1991 rund 6.900 in Lahr und weitere 5.100 Soldaten, Zivilangestellte und Familienangehörige im Lahrer Umland.<sup>20</sup> Im Herbst 1991 wurde der Abzug der kanadischen Einheiten bekanntgegeben, 1994 war er abgeschlossen. Lahr hatte zu diesem Zeitpunkt rund 35.000 Einwohner, in die freiwerdenden kanadischen Wohnungen, die zum Großteil von der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft übernommen wurden, zogen in den Folgejahren rund 9.000 Spätaussiedler aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion.<sup>21</sup>

### Lahrs Industrie im 20. Jahrhundert

Parallel zur geschilderten Garnisonsgeschichte vollzog sich ab Mitte der 1920er Jahre die Industriegeschichte der Stadt.<sup>22</sup> Unmittelbar nach Beendigung der Inflation 1924 setzte in Lahr eine „Reinigungskrise“ ein, die auch eine Reihe der altherwürdigen Industriezweige beseitigte: die Schnupftabakindustrie und kurz darauf die Zichorienverarbeitung schlossen für immer ihre Pforten. Der Strukturwandel kam jedoch nicht recht voran, in den zwanziger und auch den dreißiger Jahren siedelten sich neue und moderne Industrien nur zögerlich an. Im Rahmen der Rohstoff- und Devisenbewirtschaftung von Neuem Plan und Vierjahresplan ab 1934 blieb Baden als Grenzland sowohl von Rüstungsaufträgen als auch Neuansiedlungen weitgehend ausgeschlossen. In den letzten Kriegsjahren erfolgten jedoch kriegsbedingte Verlagerungen bombenbedrohter Rüstungsindustrie nach Lahr, die nach dem Krieg blieb und eine wichtige Rolle spielte. Das Elektrounternehmen Berger (1943) oder der Chemieproduzent Imhausen (Märkische Seifenindustrie, 1943) siedelten sich so in Lahr an und wurden zu wichtigen Großunternehmen der Nachkriegszeit. Nach 1945 schlug dann das sogenannte „Wirtschaftswunder“ voll durch. Dies und der europäische Einigungsprozess machten aus dem Oberrhein nun ein zentral gelegenes Musterland inmitten einer Boomregion, die von Mittelengland über die Beneluxstaaten nach Norditalien und Südfrankreich verläuft und von den Geographen „Blaue (gelegentlich auch: Goldene) Banane“ genannt wird.<sup>23</sup>

<sup>20</sup> Zu den kanadischen Streitkräften in Lahr vgl. NICKS.

<sup>21</sup> Vgl. Stadt Lahr, Integration der Aussiedler in Lahr - Großer Bericht, auf: <http://www.lahr.de/sixcms/media.php/7/Integration%20der%20Aussiedler.pdf> (Letzter Aufruf: 20.01.2013); BARTELS.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden: HUGGLE; BATEN.

<sup>23</sup> Vgl. GEBHARDT, S. 29. Als Überblick: BOELCKE.

1957 beschäftigte die Lahrer Industrie bei rund 23.000 Einwohnern über 7.000 Menschen in Fabriken mit mehr als 20 Beschäftigten. 1970 waren 55,6 Prozent der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe tätig, der Einpendlerüberschuss lag bei über 6.000 Menschen. Keine Stadt in Mittel- und Südbaden hatte einen so hohen Industriebesatz wie Lahr. 1976 wurden ein Drittel der Arbeitsplätze von moderner Metallindustrie, zwölf Prozent von der Kartonageindustrie, zehn Prozent von der Elektroindustrie und jeweils zehn Prozent von der Druck- und Zigarettenindustrie angeboten. Lahr war eine ausgesprochene Industriestadt geblieben.<sup>24</sup>

<sup>24</sup> 1957: ROTH, S. 78; 1970/76: Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der Stadt Lahr, Gutachten erstellt im Auftrag der Stadt Lahr (Adler-Plan), bearb. v. Franz GRÜNER, Karlsruhe 1978, S. 26, S. 39 ff., S. 56

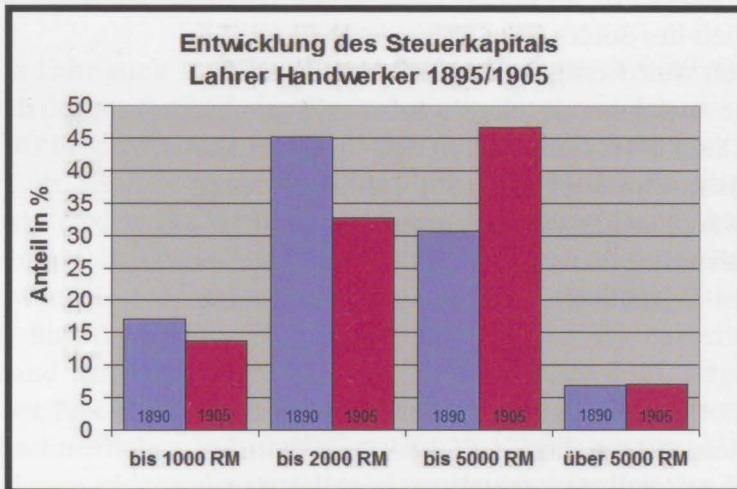
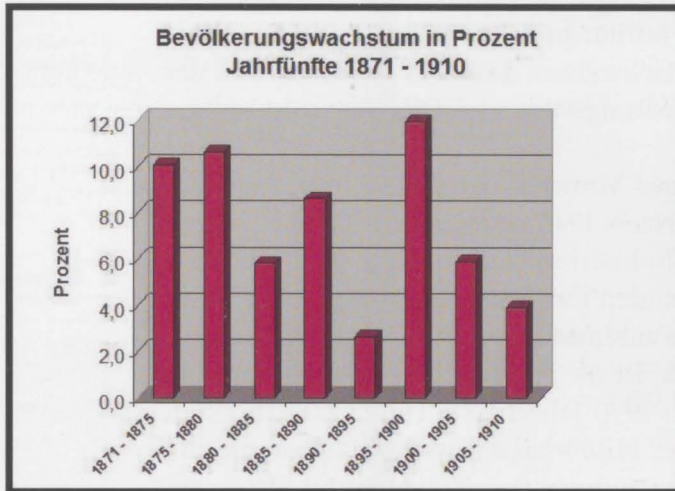
Der erste Durchgang durch die Geschichte Lahrs zeigt zunächst, dass es im 20. Jahrhundert nicht mehr vom Willen der Stadt abhing, ob sie Garnisonsstadt wurde oder nicht. Die Stationierungen im Nationalsozialismus waren der Remilitarisierung des Rheinlandes sowie der nationalsozialistischen Rüstungspolitik geschuldet. Die Franzosen stationierten ihre Soldaten im Zuge einer Doppelstrategie von Besetzung und Sicherheitspolitik einerseits und NATO-Verpflichtung andererseits. Die Kanadier kamen nicht als Besatzer, sondern als NATO-Soldaten, d.h. als Teil des westlichen Militärbündnisses. Für Lahr gab es somit immer nur die Option Industrie und Garnison, kein Entweder-oder. Vor diesem Hintergrund sollen nun das Verhältnis zwischen diesen beiden Entwicklungsvarianten erörtert werden: Welchen Einfluss hatte die Garnison auf die wirtschaftliche und besonders auf die industrielle Entwicklung der Stadt? Welches Wechselverhältnis lässt sich feststellen?

### Industrie und Garnison – Ergänzung oder Konkurrenten?

Zunächst einmal gelang es Lahr tatsächlich, wenn auch in Grenzen, seine Wachstumsschwäche zu beheben. Zwischen 1895 und 1905 zogen über 2.000 Menschen in die Stadt, abgesehen von den rund 1.600 Soldaten. Das Bevölkerungswachstum im Jahrfünft der ersten Stationierung (1895-1900) lag fast sechsmal so hoch wie im Jahrfünft davor, zwischen 1900 und 1905 war es immer noch relativ hoch, fiel aber bereits deutlich auf das vorherige Maß zurück (vgl. Grafik 1). Soziologisch gesehen bekam die Stadt einen Mittelstandsbauch – Handwerker, Kaufleute und Wirte waren es im Wesentlichen, die von der Garnison profitierten. Ihr Steuerkapital erhöhte sich deutlich (vgl. Grafik 2). Daneben wurde umfangreich gebaut, nicht nur die Kasernen, sondern auch die heute noch das Stadtbild bestimm-



menden historistischen Mietshäuser mit Sandsteinsockeln und vier Stockwerken. Hier wohnten die Offiziere und Unteroffiziere, die nicht kaserniert lebten, mit ihren Familien.



Indirekt allerdings verstärkte der Kasernenbau die Platzprobleme auf der recht kleinen Gemarkung der Stadt. Zentrales Problem war besonders die westlich vor der Stadt gelegene Gemeinde Dinglingen, die erst 1933 zwangsweise eingemeindet werden konnte. Dennoch führten die Gemarkungsprobleme zunächst nicht zu Ansiedlungshindernissen, da ab den 1920er Jahren zunächst die leerstehenden Militäranwesen genutzt wurden. Historisch gesehen war dies ein Zufall und hing mit dem verlorenen Ersten Weltkrieg zusammen, aber in diesem Sinne kann man der Garnisonspolitik sogar einen un-

gewollten positiven Industrieeffekt zuschreiben. Im Umkehrschluss heißt das aber auch, dass es nicht zu den Ansiedlungen etwa der Roth-Händle gekommen wäre, wenn die Soldaten vor Ort geblieben wären. Kontrafaktisch gefragt: Wäre die Lahrer Geschichte anders verlaufen? Vermutlich ja. Ob Militär in Lahr ein Ansiedlungshindernis war, lässt sich also nicht nachweisen, dass aber in diesem Fall das abgezogene Militär eine Ansiedlungsvoraussetzung war, sehr wohl.

Mit der Eingemeindung seines Vorortes Dinglingen war die Stadt aller Platzprobleme ledig.<sup>25</sup> Nach 1945 wurde auf der ehemaligen Dorfgemarkung ein großes Industriegebiet angelegt und der Platz reichte auch noch, die anwesenden französischen Truppen üppig mit Flugplatz- und Wohngelände auszustatten. Der wirtschaftliche Einfluss der anwesenden Soldaten ist nie genau untersucht worden. Die kanadische Regierung sprach 1990 Jahren von rund 560 Millionen DM, die jährlich in ihre Lahrer Militärbasis flössen.<sup>26</sup> Blieben die alle in Lahr? Wohl kaum. Untersuchungen von Bundeswehrgarnisonen haben gezeigt, dass in der Regel nur 30 bis 50 Prozent des Garnisonshaushaltes einschließlich des Soldes vor Ort ausgegeben wird.<sup>27</sup> In Lahr dürfte es sogar noch weit weniger gewesen sein, da die kanadischen Streitkräfte eine weitgehende eigene Infrastruktur mit Kultureinrichtungen und Geschäften unterhielten und ihren Sold in kanadischen Dollars bekamen. Dennoch: Auch 100 Millionen Mark pro Jahr für die Region wären kaum zu verachten. Die geschätzte Bruttolohn- und Gehaltssumme der rund 15.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Lahrs betrug 1991 rund 800 Millionen Mark.<sup>28</sup>

Ein Einfluss der Garnison auf die industrielle Entwicklung der Stadt ist dagegen unwahrscheinlich. Es ist richtig, dass die Lahrer Politiker nach Bekanntgabe des Abzugs der Kanadier 1991 gelegentlich davon sprachen, das Militär habe Lahr in seiner Entwicklung gehemmt, doch war dies nie genauer ausgeführt worden. Fest steht dagegen,

<sup>25</sup> Zur Eingemeindung: CAROLI, S. 261 ff.

<sup>26</sup> Vgl. „Kein Konzept für den ‚Tag danach‘“, in: Badische Zeitung v. 18.4.1990. Gemeint war aber wohl die gesamte Region Lahr-Söllingen, denn 1980/81 handelte es sich nur um 200 Millionen Mark. Vgl. StadtAL

Bildarchiv IV F.

<sup>27</sup> Vgl. die Zusammenfassung mehrerer Untersuchungen bei SCHMIDT, S. 403 ff.

<sup>28</sup> Daten aus Lahr liegen nicht vor. Die angegebenen grob geschätzten Zahlen gehen von den Durchschnittsbruttolöhnen

und -gehältern des Ortenaukreises (pro Beschäftigter) sowie den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Lahr aus. Daten nach dem Statistischen Landesamt auf [www.statistik.baden-wuerttemberg.de](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de) (Letzter Aufruf: 26.2.2013).



IMPACT OF CANADIAN FORCED LAHR  
EXPENDITURE ON GERMAN ECONOMY  
IN MILLIONS OF DM

	PY 84/85	PY 85/86
<u>MILITARY UNLAHR</u>		
Lahr Net Payroll	120,0	130,0
Total Military Payroll	120,0	130,0
<u>CIVILIAN UNLAHR - PUBLIC</u>		
Locally Engaged (600) Net Payroll	15,0	16,0
German National (730) Gross Payroll	22,0	24,0
Total Public Civilian Payroll	37,0	40,0
<u>CIVILIAN UNLAHR - NON PUBLIC</u>		
Locally Engaged (1000) Net Payroll	14,0	16,0
German National (100) Gross Payroll	2,5	3,0
Total Non Public Civilian Payroll	16,5	19,0
<u>IND. UNLAHR</u>		
Net Payroll (220)	10,0	11,0
<u>OTHER EXPENDITURES</u>		
CFB Lahr Operations and Maintenance	50,0	56,0
Other Lahr Units Operations and Maintenance	20,0	21,0
Minor and Major New Construction	12,0	10,0
Capital Equipment	10,0	8,0
Total, Other	92,0	95,0
<u>TOTAL EXPENDITURES</u>	275,5	315,0

Nach dieser Übersicht der kanadischen Streitkräfte gaben die in Lahr stationierten Truppen von 1984 bis 1986 rund 590 Mio. D-Mark aus. Die Rede ist jedoch von der „german economy“, nicht von der städtischen Wirtschaft.  
StadtA Lahr BildA IV F

dass in Lahr auch 1990 noch rund 60 Prozent aller Arbeitsplätze im Bereich des produzierenden Gewerbes angeboten wurden, das waren über 20 Prozentpunkte mehr als der bundesdeutsche Durchschnitt jener Zeit. Freilich geriet die Stadt mit dem Abzug der Kanadier ähnlich wie in den 1920er Jahren nun erneut in eine Doppelkrise: Zu den sozialpolitischen Problemen der Konversion und des Bevölkerungswandels kam nun noch eine massive Deindustrialisierungswelle: Binnen 20 Jahren sank die Zahl der Industriearbeitsplätze von rund 13.000 im Jahre 1990 auf 7.900 im Jahre 2010. Angesichts aber der Tatsache, dass Lahr bis 1990 mit einem ausgesprochen überdurchschnittlichen Industriebesatz als „Werkbank der Ortenau“ galt, ist es kaum plausibel zu machen, dass die Anwesenheit des Militärs die industrielle Entwicklung behindert habe. Das Auf und Ab der Industrie der Stadt hing von überlokalen Konjunkturen und Strukturwechseln ab, nicht von den Stationierungen.

Wie ist also der Einfluss der Militärstationierungen auf die Stadt einzuschätzen?

Von Bedeutung ist besonders aufgrund des großen Flächenbedarfs die Wirkung auf Stadtbild und Stadtplanung. Ganze Stadtviertel wurden entweder als Kasernenareale oder zivile Siedlungen ausschließlich für die militärische Nutzung vorbehalten.

Bedeutend, aber schwer zu bewerten, waren die finanziellen Zuwendungen, nicht nur durch die spezifisch kanadische Kaufkraft, sondern auch durch die erhöhten Mittel des kommunalen Finanzausgleichs. Lahr hatte immerhin rund ein Fünftel mehr an Einwohnern als ohne die Soldaten. Das mag, wie gelegentlich in der Stadt betont wird, eine gewisse Behäbigkeit und Reformunwillen befördert haben, doch nachgewiesen ist das bislang nicht.

Geringer als im heutigen und oft nostalgisch verklärten Rückblick oft betont war die mentale Auswirkung auf die Stadt: Internationalität, Mehrsprachigkeit, kulturelle Aufgeschlossenheit wurden nicht sonderlich gefördert. Die französischen und kanadischen Soldaten lebten weitgehend für sich, Kontakte mit der deutschen Bevölkerung wurden zwar nicht gemieden, waren aber gemessen an der Gesamtzahl der Soldaten selten.

### Schluss

Lahr ist ein Beispiel dafür, dass es zwar immer wieder zu Wechselwirkungen zwischen Militär und Industrieentwicklung kommen kann, dies aber vornehmlich dann geschieht, wenn das Militär kommt oder geht. In diesen Situationen verändert sich das Flächen- und Gebäudemanagement der Stadt entscheidend. Flächen und Wohnungen werden entweder knapp oder stehen zu günstigen Preisen massenhaft zur Verfügung. Im Fall des Abzugs von Militär setzt dies die Kommune unter einen starken Veränderungs- und Reformdruck. Verbunden mit staatlichen Zuschüssen und freiwerdenden Ressourcen liegt hierin eine zentrale Chance für die Gemeinden.

Im Normalfall des laufenden Militärbetriebs aber tangiert die Anwesenheit von Militär die industrielle Entwicklung nicht. Auf die entscheidenden Parameter industrieller Entwicklung – Fläche, Arbeitskräfte und Infrastruktur – hatte die Garnison keinen Einfluss gehabt, was im Wesentlichen daran lag, dass dank der Eingemeindung von Dinglingen 1933 ausreichend Fläche zur Verfügung stand. Lebensweltlich war dieser kaum wegzuleugnen, auch deshalb, weil die zivil wohnenden Soldaten die Mietpreise in die Höhe trieben. Strukturell aber hat man das Gefühl, dass man die Geschichte der Stadt fast ohne dieses Fünftel der Bevölkerung schreiben kann – wie es ja bislang auch gemacht wurde. Vielleicht ist dies die Erklärung dafür, dass die kanadischen Soldaten im Selbstbild der Stadt kaum eine Rolle spielen.



Lässt sich dieser Befund, der ja zunächst nur für eine badische Kleinstadt gilt, verallgemeinern? In seiner umfassenden Untersuchung zur Infrastruktur der Streitkräfte als Faktor sozioökonomischer Modernisierung in der Bundesrepublik nach 1955 kommt auch Wolfgang Schmidt zu einem sehr differenzierten Urteil. „Der begründete Eindruck“, so schreibt er, „ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen, dass die Streitkräfte auf der lokalen Ebene nur kurzfristig wirksame Effekte induziert haben.“<sup>29</sup> Schmidt macht deutlich, dass es sehr vom konkreten Einzelfall abhing, ob eine Bundeswehrgarnison etwa zur Modernisierung der Infrastruktur beitrug oder andersherum zu einem Investitions- und Modernisierungshindernis wurde. Doch gilt generell eher, dass die Wirkungen von Bundeswehrgarnisonen sogar in kleinen Städten des 20. Jahrhunderts schnell überschätzt werden. Der allgemeine Modernisierungstrend ab 1950 und das starke Wirtschaftswachstum – und dies hat sich auch in Lahr gezeigt – scheinen doch den weitaus stärkeren Einfluss gehabt zu haben.

<sup>29</sup> SCHMIDT, S. 473

## Literatur

Nadine BARTELS, Symbol misslungener Integration? Zur ethnischen Kolonie russlanddeutscher Migrantinnen und Migranten in Lahr, Marburg 2007

Jörg BATEN, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Lahr im 20. Jahrhundert. In: Geschichte der Stadt Lahr, Bd. 3: Im 20. Jahrhundert. Hrsg. von der Stadt Lahr, Lahr 1993, S. 45–66

Fritz BLAICH, Grenzlandpolitik im Westen 1926–1936. Die „Westhilfe“ zwischen Reichspolitik und Länderinteressen, Stuttgart 1978

Willi A. BOELCKE, Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs von den Römern bis heute, Stuttgart 1987

Harm-Hindrich BRANDT, Badens Beitrag zur Bismarck'schen Reichsgründung. In: Paul-Ludwig WEINACHT (Hg.), Baden – 200 Jahre Großherzogtum. Vom Fürstenstaat zur Demokratie, Freiburg/Br., Berlin, Wien 2008, S. 163–185

Friedrich BRAUMANN, Der wirtschaftliche Nutzen einer Garnison. Ein Beitrag zur Heereswirtschaft, Magdeburg 1913

Walter CAROLI, Robert STIMPEL, Geschichte der Lahrer SPD. Ein Beitrag zur politischen Entwicklung in der Stadt Lahr, o.O. (Lahr) 1979

Walter CAROLI, Dinglingen. Das Dorf am Schutterlindenberg. Eine Ortsgeschichte, Grenzach-Wyhlen, Weinstadt 2011

Jürgen DEUSCHLE, Die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Handelskammer Lahr in der Weimarer Republik und ihr Erfolg (1921–

1933). Zur Problematik eines Grenzlandes, Diplomarbeit Hohenheim 1985

Emil ELL, „In den Gärten prangen Kaiserblumen ...“ Wie Lahr Kasernen baute, um Garnisonstadt zu werden, Lahr 1980

Hans GEBHARDT, Baden-Württemberg: Raum und Grenzen. In: Geographie Baden-Württembergs. Raum, Entwicklung, Regionen. Hrsg. von Hans GEBHARDT, Stuttgart 2008, S. 28-53

Heinrich HANSJAKOB, Stille Stunden. Tagebuchblätter, Waldkirch 1990  
Reinhard HESSLÖHL, Die Entwicklung der Lahrer Industrie 1774-1918. In: Geschichte der Stadt Lahr, Bd. 2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ersten Weltkrieg. Hrsg. von der Stadt Lahr, Lahr 1991, S. 132-152

Ursula HUGGLE, Unterschiedliche Weichenstellung: Die wirtschaftliche Entwicklung von Freiburg und Lahr 1880-1933. In: Die Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberhein. Geschichte und Wirkungsfeld der Kammern Freiburg und Lahr. Hrsg. v. Bernd BOLL und Ursula HUGGLE, Freiburg 1998, S. 78-89

Renate LIESSEM-BREINLINGER, Die Garnison Lahr 1898-1920. In: Geschichte der Stadt Lahr, Bd. 2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ersten Weltkrieg. Hrsg. von der Stadt Lahr, Lahr 1991, S. 255-276

Thorsten MIETZNER, Zur Alltags- und Arbeitswelt in Lahr zwischen 1800 und 1871. In: Geschichte der Stadt Lahr Bd. 2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ersten Weltkrieg. Hrsg. von der Stadt Lahr, Lahr 1991, S. 171-196

Thorsten MIETZNER, Außer Brot gesetzt. Arbeitsmarktpolitik in Lahr im ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg. In: Geroldsecker Land 49, 2007, S. 115-131

Herbert L. MÜLLER, Zur Geschichte des Nationalsozialismus in Lahr von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. In: Geschichte der Stadt Lahr. Band 3: Im 20. Jahrhundert. Hrsg. von der Stadt Lahr, Lahr 1993, S. 114-137

Don NICKS, Lahr/Schwarzwald. Base de forces canadiennes Lahr/Canadian Forces Lahr. 1967-1992, Ottawa 1992

Thomas NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866-1918. Band 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1998

Harald PAUL, Kanadische Streitkräfte in Lahr. In: Detlef GRIESWELLE, Wilfried SCHLAU, Alliierte Truppen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990, S.136-141

Roland PETER, Rüstungspolitik in Baden. Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz in einer Grenzregion im Zweiten Weltkrieg, München 1995



Käthe ROTH, Die Stadt Lahr, Bad Godesberg 1961

Michael RUCK, Zentralismus und Regionalgewalten im Herrschaftsgefüge des NS-Staates. In: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. Hrsg. v. Horst MÖLLER, Andreas WIRSCHING und Walter ZIEGLER, München 1996, S. 100-122

Hermann SCHÄFER, Wirtschaftliche und soziale Probleme des Grenzlandes. In: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 168 ff

Wolfgang SCHMIDT, Integration und Wandel. Die Infrastruktur der Streitkräfte als Faktor sozioökonomischer Modernisierung in der Bundesrepublik 1955 bis 1975, München 2006

Thomas TIPPACH, Koblenz als preußische Garnisons- und Festungsstadt. Wirtschaft, Infrastruktur und Städtebau, Köln/Weimar/Wien 2000

Karl TRÖNDLE, Zur Geschichte der amtlichen Handelsvertretung Lahr, Lahr 1930

Clemens ZIMMERMANN, Arbeiterbauern: Die Gleichzeitigkeit von Feld und Fabrik 1890-1960. In: Sozialwissenschaftliche Informationen, 1998, S. 176-182.

# Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Gabriele Bohnert

Rathausplatz 4

77933 Lahr

Geboren 1958 in Lahr, Studium von Germanistik und Philosophie. Seit 1989 Stadtarchivarin, seit 1999 Leiterin von Stadtarchiv und Museum der Stadt Lahr. 1993 hat sie die Schriftleitung des Jahrbuchs Geroldsecker Land von Dr. Rudolf Ritter übernommen. Veröffentlichungen zur Lahrer Stadt- und Kulturgeschichte. Vorsitzende der Regionalgruppe Lahr im Landesverein Badische Heimat.

Dr. Walter Caroli

Albert-Schweitzer-Strasse 8

77933 Lahr

Veröffentlichungen zu den Themen: Geschichte der Lahrer SPD, Lahrer Familiengeschichte Caroli, Ortsgeschichte Dinglingen; mehrere Beiträge zur Heimatforschung im Geroldsecker Land. Landespreis für Heimatforschung 2011, 2. Preis.

Martin Frenk

Rheinstraße 6

77963 Schwanau-Ottenheim

Jahrgang 1956, seit 1986 als Justizbeamter beim Staatlichen Grundbuchamt in Lahr tätig. Seit 1983 freier Mitarbeiter erst bei der Lahrer Zeitung, dann bei der Badischen Zeitung. Zahlreiche regionalgeschichtliche Veröffentlichungen im Geroldsecker Land, in der „Ortenau“, bei der „Badischen Heimat“ und anderen historischen Fachblättern sowie die Bücher „Geschichte der Ottenheimer Michaelskirche“, „Riedprofile“ und „Kanzdriewili“. Begeisterter, engagierter Pferdesportler in verschiedenen Vereinen und Fachverbänden.

Ralf Bernd Herden

[www.77776.de](http://www.77776.de)

[publicistik@77776.de](mailto:publicistik@77776.de)

Geboren 1960 in Lahr / Schwarzwald. Rechtsanwalt in Lahr und Bad Rippoldsau-Schapbach, Bürgermeister a.D., Lehrbeauftragter an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl, Dozent und Publizist. Autor u.a. der Bücher „Roter Hahn und Rotes Kreuz“, „Straß-



burg Belagerung 1870“, „Fliegende Blätter der Geschichte“. Mitautor des Deutschen Erbrechtskommentars (2003), Mitautor und Herausgeber mehrerer Fachpublikationen im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes. Neben dem „Geroldsecker Land“ u.a. Publikationen in der „Ortenau“, der „Badischen Heimat“, „Hierzuland“, dem „Kreisjahrbuch Freudenstadt“, den „Freudenstädter Heimatblättern“, dem „Altvater“, der deutschsprachigen, freimaurerischen Forschungszeitschrift „TAU“ und dem „Jahrbuch für Freimaurerforschung“.

Wolfgang Hoffmann

J. B. Ferdinand-Str. 1

77955 Ettenheim,

wolfghoffmann@aol.com

Wolfgang Hoffmann wurde 1951 in Freiburg im Breisgau geboren. Er erlernte den Beruf des Farbenlithografen und arbeitete später in der elektronischen Bildbearbeitung. Privat beschäftigt er sich intensiv mit der Fotografie. Seit 1976 wohnt er in Ettenheim, wo er etliche historische Publikationen fotografisch begleitete. Seit 1989 ist er aktives Mitglied im Naturschutzbund NABU. (Mitautor des Buchs „Das Natur- und Landschaftsschutzgebiet Elzwiesen“ 2009) und ist als Storchenbetreuer in der Region bekannt. Der Prinzensgarten in Ettenheim ist ein weiterer Schwerpunkt seines Interesses.

Peter Kees

Dr. Heimbürger Str. 32

77963 Schwanau

Geboren 1963 fotografiert er seit 25 Jahren. Seit zehn Jahren widmet er sich auch der digitalen Bildbearbeitung.

Thomas Keilhack

29, rue de la Servette

1201 Genf

Aufgewachsen in Seelbach und St. Blasien, studierte er Kunstgeschichte und Archäologie in Freiburg i.Br. und in Zürich. Viele Jahre als Ausgrabungsleiter rund ums Mittelmeer tätig, lebt er heute als Herausgeber und Übersetzer in Genf und im französischen Jura.

Norbert Klein

Weihergarten 17

77933 Lahr

Geboren 1957 in Ettenheim. Seit 41 Jahren Polizeibeamter, früher

Sport- und Fachlehrer bei der ehemaligen Bereitschaftspolizei Lahr, heute Organisationsleiter der Hochschule für Polizei, Institutsbereich Ausbildung Lahr. Auf Exkursionen mit der Familiengruppe des Alpenvereins Lahr entdeckte er seine Vorliebe für das Elsass und dessen bewegte Geschichte. Zu seinen Spezialgebieten gehören die Burgengeschichte des Elsass, die Militärgeschichte der Stadt Lahr und die Geschichte des Nationalsozialismus in Lahr und im Elsass. Norbert Klein ist Mitglied im Historischen Verein Mittelbaden, Regionalgruppe Geroldsecker Land, im Verein zum Erhalt der ehemaligen Synagoge in Kippenheim und im Deutsch-Israelischen Arbeitskreis in Ettenheim.

Ekkehard Klem

Jasminstraße 28

77948 Friesenheim

Jahrgang 1943, pensionierter Hauptamtsleiter der Gemeinde Friesenheim und langjähriges Vorstandsmitglied im Historischen Verein Mittelbaden, Regionalgruppe Geroldsecker Land, ist der Friesenheimer Bürgerschaft durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Lokalgeschichte bestens bekannt. Seit 1987 ist er Mitarbeiter des Geroldsecker Landes.

Erich Krämer

77704 Oberkirch

Geboren 1936 in Lahr, aufgewachsen in Seelbach; in vierter Generation Mitinhaber der Zigarrenfabrik Franz Krämer in Seelbach, die als eine der letzten Oberbadischen Zigarrenfabriken 1975 die Tore schloss. Schon immer der Heimatgeschichte verbunden; Gründungsmitglied der Mitgliedergruppe Seelbach-Schuttertal des Historischen Vereins; einige Jahre deren Vorsitzender. Auf Grund des Berufswechsels seit 1985 in Oberkirch wohnend.

Verschiedene Veröffentlichungen im „Geroldsecker Land“ und der „Ortenau“, u.a. zu Themen der Geschichte der Tabakindustrie in unserer Heimat.

Dr. Niklot Krohn

Freiligrathstraße 90

79115 Freiburg

krohnologia@googlemail.com

Archäologe und Historiker. Studium in Berlin und Freiburg, Promotion 2004 zu den spätmerowingerzeitlichen Fundplätzen von Dürb-



heim, Kirchdorf und Lahr-Burgheim im Kontext der Entwicklung des frühmittelalterlichen Christentums. 2006-2010 Mitarbeiter des Stadtarchiv und Museums Lahr. Begründer der „Arbeitsgemeinschaft Spätantike und Frühmittelalter“ des West- und Süddeutschen Verbandes für Altertumsforschung, seitdem Mitherausgeber der Reihen „Studien zu Spätantike und Frühmittelalter“ (SAFM) und „Forschungen zu Spätantike und Mittelalter“ (FSM). Autor und Herausgeber zahlreicher weiterer Veröffentlichungen, vornehmlich zu Kirchenbau und frühem Christentum

Thorsten Mietzner

Schuhmacherstraße 20

77963 Schwanau-Allmannsweier

Geboren 1963 in Holzminden/Niedersachsen. Studium der Geschichte, Philosophie und Politischen Wissenschaft in Marburg und Freiburg. Seit 1998 am Stadtarchiv Lahr. Vorsitzender der Regionalgruppe „Geroldsecker Land“ im Historischen Verein für Mittelbaden.

Daniela Nußbaum-Jacob

Kreuzstraße 4

77743 Neuried

Geboren 1964 in Lahr volontierte sie nach dem Abitur bei der „Lahrer Zeitung“ und arbeitete anschließend dort als Redakteurin. Nach zwei Jahren Öffentlichkeitsarbeit im Pressereferat der Deutschen Reiterlichen Vereinigung und der Rückkehr in die Ortenau als Redakteurin beim „Offenburger Tageblatt“ beendete sie gesundheitsbedingt ihre hauptberufliche Tätigkeit. Seither schreibt sie als freie Journalistin für verschiedene Zeitungen und Publikationen und veröffentlichte nach Gesprächen mit Zeitzeugen im Verlag Ernst Kaufmann ein Buch mit dem Titel „Wie war das damals?“ über die letzten Kriegswirren in den Gemeinden des ehemaligen Landkreises Lahr.

Bernhard Uttenweiler

Sonnenberg 14

77955 Ettenheim

Geboren 1936 in Furtwangen im Schwarzwald, Studiendirektor i. R., bis 2000 Stellvertretender Schulleiter an der Heimschule St. Landolin in Ettenheim. Seit 1980 Vorsitzender des Historischen Vereins Ettenheim und Herausgeber mehrerer Bücher zur Geschichte Ettenheims, darunter 1988 das Buch „Schicksal und Geschichte der jüdischen Gemeinden Ettenheim, Altdorf, Kippenheim, Schmieheim

und Rust“. Zahlreiche heimatgeschichtliche Veröffentlichungen im Geroldsecker Land, in der „Ortenau“, in der Tagespresse und im Ettenheimer Stadtanzeiger.

Dieter Weis  
Meierbergweg 2  
77955 Ettenheim

Geboren 1942 in Ettenheim, zuletzt tätig als Verwaltungsbeamter bei der Bereitschaftspolizei Lahr, seit 2006 pensioniert. Heimatkundliche Veröffentlichungen seit 1978 in verschiedenen Zeitungen, Berichte in Büchern, in der „Ortenau“ und im Geroldsecker Land, insbesondere über kirchen- und kunstgeschichtliche Themen. Mehrere Buchveröffentlichungen u.a. über die Klosterkirche Ettenheimmünster (1999). 2003 erhielt er die Verdienstmedaille der Stadt Ettenheim.

**)) Meine Bank ((**  
**Für die Menschen in der Region**



Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

[www.volksbank-lahr.de](http://www.volksbank-lahr.de)



**Volksbank Lahr eG**

Schillerstraße 22 · 77933 Lahr · Telefon 07821 272-0



